

Freistaat Bayern

Haushaltsplan 2009/2010

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2009 und 2010.....	8
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	10
Kapitel 10 01 Ministerium	12
Kapitel 10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10	24
Kapitel 10 03 Allgemeine Bewilligungen	36
Kapitel 10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	72
Kapitel 10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation	78
Kapitel 10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen	106
Kapitel 10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe	124
Kapitel 10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte	150
Kapitel 10 12 Bayerisches Landessozialgericht, Sozialgerichte	162
Kapitel 10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung	174
Kapitel 10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales	182
Kapitel 10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung	222
Kapitel 10 30 Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen.....	228
Kapitel 10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)	232
Kapitel 10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern	242
Kapitel 10 56 Haus des Deutschen Ostens	254
Kapitel 10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung	260
Kapitel 10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter	268
Kapitel 10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik	272
Abschluss	279
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	280
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 10	285
Stellenplan	289

Vorwort zum Einzelplan 10

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

1. Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ist im Gesamtbereich der Gesellschaftspolitik für Fragen der Arbeits-, Sozial-, Familien- und Frauenpolitik zuständig. Es pflegt die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den sonstigen in diesen Bereichen tätigen Stellen. Bei der Regelung einschlägiger Fragen der Bundesgesetzgebung wirkt es mit. Im Einzelnen umfasst der Aufgabenkreis insbesondere
 - 1.1 **Arbeit und berufliche Bildung**
 - 1.1.1 Grundsatzfragen der Sozial- und Arbeitspolitik
 - 1.1.2 Arbeitsmarktpolitische Grundsatzfragen, Bestimmung und Wertung der Arbeitsmarktstruktur, Arbeitsmarktforschung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprobleme besonderer Personengruppen, soziale Probleme des technischen und strukturellen Wandels
 - 1.1.3 Individuelles, kollektives, zwischen- und überstaatliches Arbeitsrecht sowie Lohn-, Tarif- und Schlichtungswesen
 - 1.1.4 Heimarbeit und Heimarbeitsausschüsse
 - 1.1.5 Ehrung von Arbeitsjubilaren, Staatsmedaille für soziale Verdienste
 - 1.1.6 Koordinierung von Maßnahmen der nichtschulischen Berufsbildungspolitik
 - 1.1.7 Berufshilfen (Berufshinführung, -vorbereitung, -aufklärung, -orientierung, -anpassung), berufliche Bildung (Aus-, Fortbildung, Umschulung, berufliche Weiterbildung), insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und freiwillige soziale Dienste
 - 1.1.8 Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich zwischenstaatlicher Abkommen, Fragen des interkommunalen Belastungsausgleichs zum Vierten Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
 - 1.2 **Arbeitsschutz und Produktsicherheit**
 - 1.2.1 Technischer Arbeitsschutz (Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer, Erhaltung ihrer Arbeitskraft, Gestaltung menschengerechter Arbeitsbedingungen)
 - 1.2.2 Sozialer Arbeitsschutz (Arbeitsschutz einschließlich Sonntags- und Feiertagsarbeit, Jugendarbeitsschutz, Frauenarbeitsschutz, Mutterschutz, Schutz des Fahrpersonals)
 - 1.2.3 Medizinischer Arbeitsschutz (Beratung, ärztliche Untersuchungen, Betriebs- und Arbeitsplatzbesichtigungen)
 - 1.2.4 Schutz vor Gefahren, die von überwachungsbedürftigen Anlagen ausgehen
 - 1.2.5 Schutz vor Gefahren, die von explosionsgefährlichen Stoffen ausgehen
 - 1.2.6 Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter
 - 1.2.7 Produktsicherheit, Unfallverhütung in Heim und Freizeit
 - 1.2.8 Anerkennung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen

1.3 Soziale Entschädigung, Rehabilitationsmaßnahmen

- 1.3.1 Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden, insbesondere Kriegsoferversorgung, Versorgung von Soldaten und Zivildienstleistenden, Impfgeschädigten, Opfern von Gewalttaten und Betroffenen von SED-Unrecht
- 1.3.2 Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch, insbesondere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Feststellungsverfahren und Ausweiswesen, unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr
- 1.3.3 Kriegsoferversorgung und verwandte Leistungen
- 1.3.4 Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft
- 1.3.5 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft und zur medizinischen Rehabilitation, Frühförderung, Pflege von behinderten Menschen
- 1.3.6 Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
- 1.3.7 Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter, psychosoziale Prävention
- 1.3.8 Forensische Psychiatrie

1.4 Wohlfahrtswesen

- 1.4.1 Jugendhilfe
- 1.4.2 Familienhilfe
- 1.4.3 Frauenhilfe
- 1.4.4 Altenhilfe
- 1.4.5 Sozialpflegerische Dienste
- 1.4.6 Sozialhilfe

1.5 Gleichstellungs- und Frauenpolitik

1.6 Sozialversicherung

- 1.6.1 Fachliche Zuständigkeit für die Pflegeversicherung, Aufsicht über die landesunmittelbaren Träger der Unfallversicherung, die landwirtschaftliche Sozialversicherung sowie die Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung.
- 1.6.2 Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung der im Bereich der sozialen Selbstverwaltung tätigen landesunmittelbaren Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (vgl. Ziffer 1.6.1)

1.7 Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen

- 1.7.1 Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Vertriebenen, Kontingentflüchtlingen und Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern sowie Integration von Ausländern
- 1.7.2 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von nichtdeutschen Flüchtlingen
- 1.7.3 Lastenausgleich
- 1.7.4 Förderung von Maßnahmen nach § 96 BVFG
- 1.7.5 Grenzüberschreitende Hilfen für die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten

1.8 Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

2. Aufbau der Verwaltung

2.1 Das Ministerium gliedert sich in die Abteilungen

A	Grundsatzfragen	I	Arbeit, berufliche Bildung
P	Personal, Verwaltungsmanagement	II	Arbeitsschutz und Produktsicherheit
Z/LPrA	Haushalt, Recht, Bayerisches Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	III	Sozialversicherung, Pflege, Altenpolitik
		IV	Rehabilitation
		V	Europapolitik, Integration, Vertriebene und Zuwanderer
		VI	Familie und Jugend

Die Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Querschnittsreferat für die Aufgabe der Verwirklichung der Gleichberechtigung eingerichtet. Sie hat Koordinierungskompetenz (Kontrolle, Initiative und Zusammenarbeit) innerhalb der Staatsregierung und ist der Frauenbeauftragten der Staatsregierung unmittelbar nachgeordnet.

2.2 Gerichte, Behörden und Dienststellen des Geschäftsbereichs

2.2.1 Arbeitsgerichtsbarkeit

2 Landesarbeitsgerichte in München und Nürnberg, 11 Arbeitsgerichte (mit 11 auswärtigen Kammern) in Augsburg (Neu-Ulm), Bamberg (Coburg), Bayreuth (Hof), Kempten, München (Ingolstadt, Weilheim), Nürnberg, Passau (Deggendorf), Regensburg (Landshut), Rosenheim (Traunstein), Weiden (Schwandorf), Würzburg (Aschaffenburg, Schweinfurt)

2.2.2 Sozialgerichtsbarkeit

Bayerisches Landessozialgericht in München mit Zweigstelle in Schweinfurt und 7 Sozialgerichte in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg

2.2.3 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Das Zentrum Bayern Familie und Soziales hat seinen Sitz (Zentrale) in Bayreuth und Regionalstellen in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg. Das Bayerische Landesjugendamt (München) wurde in das Zentrum integriert. Die Reha-Klinik Bad Reichenhall ist Teil des Zentrums.

2.2.4 Gewerbeaufsicht

Die Gewerbeaufsichtsämter sind seit 01.01.2005 den Regierungen angegliedert.

2.2.5 Flüchtlingsverwaltung

Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg, 1 Beauftragter des Freistaates Bayern für das Verteilungsverfahren, 7 Regierungsaufnahmestellen, 140 Übergangwohnheime zur vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, 2 Aufnahmeeinrichtungen und 171 Gemeinschaftsunterkünfte für Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG

2.2.6 Sozialversicherung

2 Oberversicherungsämter bei den Regierungen von Oberbayern und Mittelfranken. Diese üben neben den zuständigen Regierungen die Fachaufsicht über 96 Versicherungsämter (25 städtisch und 71 staatlich) aus

2.2.7 Lastenausgleichsverwaltung

1 Außenstelle des Lastenausgleichsamts mit Zentralem Beschwerdeausschuss Bayern für den Lastenausgleich bei der Regierung von Mittelfranken und 7 Ausgleichsämter bei den Regierungen.

2.2.8 Sonstige

Verwaltungsschule der Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn, Haus des Deutschen Ostens in München, Staatsinstitut für Frühpädagogik in München, Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg

2.3 Der Aufsicht unterstehende Versicherungsträger

4 bzw. ab 01.01.2008 3 Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung mit Rehabilitationskliniken, 2 Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 2 Landwirtschaftliche Alterskassen, 2 Landwirtschaftliche Krankenkassen, 2 Landwirtschaftliche Pflegekassen, der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband, die Bayerische Landesunfallkasse, die Unfallkasse München.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Wesentliche Ausgaben bzw. Ausgabeprogramme des Einzelplans 10

Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	2008	2009	2010
		in Mio. EUR		
10 03	Allgemeine Bewilligungen			
633 02	Zuweisungen des Bundes gemäß Art. 13 Altersvermögensgesetz (Grundsicherung)	33,5	54,3	58,5
681 01	Blindengeld nach dem Bayer. Blindengeldgesetz	81,7	81,7	81,7
682 01	Unentgeltliche Beförderung Behinderter	36,0	35,8	37,0
TG 71	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	97,0	91,6	92,8
TG 86 - 87	Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX - Ausgleichsabgabe -	93,5	99,1	99,1
	(Verpflichtungsermächtigung)	(31,4)	(36,8)	(36,8)
883 01 – 893 05	Fördermaßnahmen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG)	-	19,8	22,7
	(Verpflichtungsermächtigung)		(25,4)	
TG 88, 89	Leistungen an Impfgeschädigte	14,0	13,9	14,0
TG 94 - 96	Leistungen an Opfer von Gewalttaten	19,9	21,5	22,4
10 05	Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation			
633 01	Erstattung des Bundes für Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Grundsicherung von Arbeitssuchenden (§ 46 SGB II)	240,0	240,0	240,0
TG 54 - 61	Maßnahmen nach dem Europäischen Sozial- und Regionalfonds	34,4	34,5	34,5
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen der Berufshilfe	1,3	1,2	1,2
	(Verpflichtungsermächtigung)	(0,6)	(0,8)	(0,8)
TG 78	Landesplan für Behinderte	25,9	22,9	22,9
	(Verpflichtungsermächtigung)	(8,0)	(11,0)	(11,0)
TG 81	Komplementärmittel für Zuweisungen der EU	4,0	1,5	1,5
	(Verpflichtungsermächtigung)	(4,0)	(1,5)	(1,5)
TG 82	Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter	1,3	1,4	1,7
	(Verpflichtungsermächtigung)	(0,8)	(1,1)	(1,3)
10 06	Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen			
686 01, 686 02, 686 03, 686 06, 686 21, 698 01, 893 01, 896 01 TG 71 – 74	Kulturelle und heimatpolitische Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge	3,3	2,7	2,4
	Leistungen der Kriegsopferfürsorge	5,8	4,8	4,7

Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	2008	2009	2010
		in Mio. EUR		
10 07	Jugend-, Familien, Frauen- und Altenhilfe			
TG 71	Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren (Verpflichtungsermächtigung)	5,8 (1,1)	6,5 (2,2)	6,1 (2,2)
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie (Verpflichtungsermächtigung)	5,2 (0,6)	6,2 (0,6)	5,7 (0,6)
TG 74, 76	Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe, Jugendschutz (Verpflichtungsermächtigung)	23,1 (2,0)	23,3 (5,9)	25,8 (5,9)
TG 77	Schwangerenberatung	9,0	9,2	9,5
TG 79	Einrichtungen nach dem Schulfinanzierungsgesetz (Verpflichtungsermächtigung)	2,0 (3,1)	2,5 (3,2)	2,0 (3,2)
681 80	Landeserziehungsgeld	149,6	122,0	101,2
TG 84	Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“	5,4	4,8	4,8
TG 87 - 90	Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	677,4	734,8	777,1
10 50	Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer) (Verpflichtungsermächtigung)	18,4 (2,2)	8,7 (1,2)	8,5 (1,2)
10 53	Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern (Verpflichtungsermächtigung)	84,0 (5,5)	78,2 (6,2)	77,2 (3,2)
10 72	Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter (Verpflichtungsermächtigung)	199,2 (20,0)	217,6 (30,0)	234,1 (35,0)
Epl. 10	Staatlicher Hochbau (Verpflichtungsermächtigung)	5,4 (5,4)	4,6 (5,4)	5,4 (9,4)

D. Personalsoll

Eine Zusammenstellung über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die Gesamtübersicht zum Stellenplan. Diese Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2009 und 2010

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert. Im Kapitel 10 20 wird der Haushaltsplan ab dem Doppelhaushalt 2007/2008 in der Form des produkt- und leistungsorientierten Haushalts aufgestellt. Hier ersetzen der Produktplan und die Überleitungsrechnung die Einzelerläuterungen der Einnahmen und Ausgaben, während der kamerale Teil des produkt- und leistungsorientierten Haushalts nach wie vor die gesetzliche Etatbewilligung darstellt.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 EUR,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 EUR nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
Für die Gewährung von Leistungszulagen, Leistungsprämien und Leistungsentgelten sind in den jeweiligen Sammelkapiteln eigene Titel 422 45 und 428 45 ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel mit Ausnahme der aus Umsetzungen entstandenen neuen Titel der Gruppen 428 und 815 unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.4 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.5 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Im Zusammenhang mit der Neugliederung der Geschäftsbereiche nach Art. 49 der Bayerischen Verfassung am 30.10.2008 (LT-Drs. 16/26) wurden im Einzelnen folgende betragsrelevanten Haushaltsmittel umgesetzt:

	bisher	2008 Tsd. EUR		2009 Tsd. EUR		neu
	Kap. / Tit.	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Kap. / Tit.
<u>Voll umgesetzte Kapitel</u>						
Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen	12 32	-	18.773,1	-	19.038,4	10 30
Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik	12 50	1.392,1	1.520,2	1.424,5	1.753,4	10 80
<u>Voll umgesetzte Einzelansätze</u>						
Allgemeine Bewilligungen	10 03/531 93		10,0		8,9	12 08/531 93
	540 93		8,0		7,1	540 93
	681 93		1,0		0,9	681 93
	683 91				700,0	683 97
	686 93		-		-	686 93
Ministerium	12 01/381 01	35,0		35,0		10 01/381 01
	636 01		4,3		-	636 01
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 12	12 02/281 12	229,8		238,6		10 02/281 12
Allgemeine Bewilligungen	12 03/119 51	15,0		5,0		10 03/119 52
	412 01		2,0		2,0	412 01
	511 51		4,6		4,1	511 52
	526 51		79,0		248,0	526 52
	531 51		55,8		49,6	531 52
	536 01		2.306,4		2.350,0	536 01
	536 07		1,4		1,2	536 07
	540 51		46,5		41,3	540 52
	547 51		50,0		148,5	547 52
	684 51		9,3		12,6	684 52
<u>Teilumsetzungen</u>						
	10 01/422 01		340,0		347,5	12 01/422 01
	517 01		12,8		12,8	517 01
	536 01		1,0		0,9	536 01
	10 03/683 01		82,2		9,2	12 08/686 95
	683 01				10,0	531 93
	683 01				10,0	540 93
	683 01				5,0	547 93
	683 01				30,0	531 95
	683 01				20,0	540 95
	683 01				5,0	547 95
	683 01				120,0	686 95
	683 01				25,0	531 98
	683 01				20,0	540 98
	683 01				5,0	547 98
	12 01/111 01			6,4		10 01/111 01
	124 01			90,0		124 01
	428 01				47,9	428 01
	511 01				2,0	511 01
	527 01				15,0	527 01
	12 02/422 45				43,2	10 02/422 45
	428 45				10,6	428 45
	443 15				15,8	443 15
	525 02				32,0	525 02
	545 01				3,0	545 01
	424 61				120,3	424 61
	432 61				8.279,7	432 61
	432 62				1.744,2	432 62
	434 61				196,0	434 61
	441 61				1.296,5	441 61
	441 62				47,6	441 62
	441 64				28,3	441 64
	446 61				1.793,4	446 61
	919 61				24,7	919 61
	686 07				4,0	10 03/685 05
	525 73				14,0	10 15/459 01
	527 73				5,2	527 05

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.7 DBestHG gelten die in Nr. 12.1 bis 12.6 DBestHG 2009/2010 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 10 03,
- Kap. 10 05,
- Kap. 10 06,
- Kap. 10 07,
- Kap. 10 10 Tit. 111 01 und 526 01,
- Kap. 10 12 Tit. 111 01 und 526 01,
- Kap. 10 20 Tit. 429 01, 429 02
- Kap. 10 50 Tit. 111 01 und TG 52,
- Kap. 10 53 Tit. 111 01 und 111 02,
- Kap. 10 65 TG 51, 52, 54 und 81 sowie
- Kap. 10 72.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-2	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6,4	6,4	A B C	--- 5,4 4,4
112 01-1	011	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	---	---	A	---
119 01-4	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 01.</i>	1,0	1,0	A B C	1,0 66,4 70,3
119 49-8	011	Vermischte Einnahmen	15,0	15,0	A B C	11,0 13,8 99,5
124 01-7	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	249,3	249,3	A B C	159,3 156,0 161,5
132 01-7	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	3,5	3,5	A B C	1,0 6,4 0,7
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-7	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
235 12-0	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
236 12-9	011	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
261 01-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	20,0	A B C	15,6 19,1 23,8
261 02-9	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben	***	***	A C	--- 22,2
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
381 01-5	990	Verrechnung von Verwaltungsleistungen des Staats- ministeriums	35,0	35,0	A B C	35,0 35,0 35,0
Gesamteinnahmen			330,2	330,2	A B C	222,9 302,1 417,4

Erläuterungen

Zu 10 01/124 01	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	16,3	16,3
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	233,0	233,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	249,3	249,3

2009 gegenüber 2008:
90,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von Kap. 12 01 Tit. 124 01.

Zu 10 01/381 01

Vergütung für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen des Staatsministeriums durch die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (vgl. 10 80/981 01).

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-7	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	333,6	340,0	A B C	322,8 326,0 320,1
422 01-6	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	14.113,0	14.465,0	A B C	13.065,7 13.015,9 12.929,7
422 11-4	011	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	***	A B C	241,7 340,5 278,4
422 31-0	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.225,3	1.251,0	A B C	1.091,7 1.168,6 945,0
422 41-8	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
427 01-1	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	2,6	2,6	A C	2,6 2,0
428 01-0	011	Entgelte der Arbeitnehmer	5.974,1	6.110,4	A B C	6.065,1 5.678,7 5.697,8
428 11-8	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
428 12-7	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
428 21-6	011	Entgelte der Arbeitnehmer	630,4	643,8	A B C	643,0 607,0 631,9
428 41-2	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	2,0	2,0	A B C	2,0 1,0 2,8
453 01-8	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	60,0	60,0	A B C	60,0 30,6 25,8
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-8	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	611,2	655,5	A B C	676,3 538,8 529,0

Erläuterungen

Zu 10 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	12,6	12,6

Zu 10 01/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt.

Zu 10 01/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/453 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	35,0	35,0
2. Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0
Zusammen	60,0	60,0

Zu 10 01/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	113,0	113,0
2. Bücher und Zeitschriften	120,0	120,0
3. Kommunikation	165,0	205,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	130,0	130,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	60,0	60,0
6. Sonstiges	23,2	27,5
Zusammen	611,2	655,5

2009 gegenüber 2008:

75,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2,0 Tsd. EUR	mehr infolge Umsetzung von Kap. 12 01 Tit. 511 01
8,0 Tsd. EUR	mehr wegen Einrichtung der Geschäftsstelle des Integrationsbeauftragten
65,1 Tsd. EUR	weniger

2010 gegenüber 2009:

44,3 Tsd. EUR mehr wegen höherer Kommunikationsaufwendungen.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
514 01-5	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	103,9	103,9	A	90,0
					B	84,6
					C	86,4
514 11-3	011	Dienst- und Schutzkleidung	5,9	5,9	A	6,6
					B	4,0
					C	3,4
517 01-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	687,5	687,5	A	1.465,2
					B	676,6
					C	1.136,6
517 05-8	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	445,1	445,1	A	757,2
					B	329,9
					C	531,7
518 01-1	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3,6	3,6	A	3,6
					B	3,0
					C	3,0
518 11-9	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	115,0	115,0	A	110,0
					B	92,2
					C	85,3
518 18-2	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	29,6	29,6	A	29,6
					B	29,2
					C	27,9

Erläuterungen

Zu 10 01/514 01		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Betriebsstoffe	70,0	70,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	33,9	33,9
	Zusammen	103,9	103,9

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
	Kosten wie vor	103,9	103,9
	Personalausgaben	585,7	598,2
	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
	Ausgaben für Leasing	29,6	29,6
	Zusammen	719,2	731,7

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	12	12	11	11	9
Kommunaltraktor	1	1	1	1	-

2009 gegenüber 2008:

10,0 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
23,9 Tsd. EUR	mehr	wegen gestiegener Betriebsstoffpreise
13,9 Tsd. EUR	mehr	

Zu 10 01/514 11, 531 21, 536 01 und 546 49

Weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:

295,6 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
496,1 Tsd. EUR	weniger	infolge Umsetzung auf die mitnutzenden Dienststellen (Kap. 05 30, 10 20, 10 65, 11 04 Tit. 517 31)
12,8 Tsd. EUR	weniger	infolge Umsetzung nach Kap. 12 01 Tit. 517 01
26,8 Tsd. EUR	mehr	wegen höherer Hausbewirtschaftungskosten
777,7 Tsd. EUR	weniger	

Zu 10 01/517 05

Zu 10 01/517 05		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Heizung	245,0	245,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	200,1	200,1
	Zusammen	445,1	445,1

2009 gegenüber 2008:

151,4 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
212,5 Tsd. EUR	weniger	infolge Umsetzung auf die mitnutzenden Dienststellen (Kap. 05 30, 10 20, 10 65, 11 04 Tit. 517 35)
51,8 Tsd. EUR	mehr	wegen höherer Hausbewirtschaftungskosten
312,1 Tsd. EUR	weniger	

Zu 10 01/518 11

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte, u.ä.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
519 01-0	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Einseitig deckungsfähig zulasten 10 20/745 01 in Höhe von 500,0 Tsd. EUR jährlich.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.600,0	1.600,0	A	700,0
					B	349,6
					C	802,1
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	301,5	301,5	A	252,0
					B	237,2
					C	251,7
529 01-8	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	11,4	11,4	A	11,4
					B	23,4
					C	23,4
529 04-5	011	Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz	100,0	---	A	25,0
531 01-4	011	Herausgabe amtlicher Blätter <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	---	---	A	---
					B	41,1
					C	59,0
531 11-2	011	Fachveröffentlichungen	---	---	A	---
					C	56,9
531 21-0	011	Sonstige Veröffentlichungen	10,7	10,7	A	12,0
					B	7,3
					C	8,9
533 01-2	011	Kosten für die Projekte "Automation im Gesundheitswesen" und "Kosten- und Leistungsrechnung"	***	***	A	207,5
					B	173,6
					C	215,1
536 01-9	011	Kosten, die dem Staatsministerium als zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz entstehen	1,9	1,9	A	2,1
					C	0,2
540 01-3	011	Kosten anlässlich der Arbeitstagung der Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger	***	***	A	4,5
546 49-1	011	Vermischte Verwaltungsausgaben <i>Der Titel kann aus jedem Titel des Epl. 10 um den dort anfallenden Betrag für die Künstlersozialabgabe verstärkt werden.</i>	17,8	17,8	A	20,0
					B	6,4
					C	11,2
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
636 01-8	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	***	***	A	4,3

Erläuterungen

Zu 10 01/519 01		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	800,0	800,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
3.	Optimierung gebäudetechnischer Brandschutz (W 9)	800,0	800,0
Zusammen		1.600,0	1.600,0

2009 gegenüber 2008:

77,8 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
977,8 Tsd. EUR	mehr	wegen dringender Bauunterhaltungsmaßnahmen
900,0 Tsd. EUR	mehr	

Die Neuveranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen dient der Vergabe von überjährigen Bauaufträgen.

Zu 10 01/527 01

2009 gegenüber 2008:

28,0 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
15,0 Tsd. EUR	mehr	infolge Umsetzung von Kap. 12 01 Tit. 527 01
33,5 Tsd. EUR	mehr	wegen höheren Bedarfs
29,0 Tsd. EUR	mehr	infolge Erhöhung der Wegstreckenentschädigung
49,5 Tsd. EUR	mehr	

Zu 10 01/529 04

Der Freistaat Bayern hat im Jahr 2009 den turnusmäßigen Vorsitz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK).

2009 gegenüber 2008:

75,0 Tsd. EUR mehr wegen Durchführung der Konferenz.

2010 gegenüber 2009:

100,0 Tsd. EUR weniger wegen Übergangs des Vorsitzes auf ein anderes Land.

Zu 10 01/531 21

Veranschlagt sind

		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Förderung der Informationstätigkeit		
-	Pressekonferenzen, Pressefahrten	7,0	7,0
-	Pressefotos	1,0	1,0
-	Sonstiges	1,0	1,0
2.	Ankauf von Informationsmaterial	1,7	1,7
Zusammen		10,7	10,7

Zu 10 01/533 01

2009 gegenüber 2008:

207,5 Tsd. EUR weniger wegen Privatisierung der DV-Programme im Gesundheitsbereich.

Zu 10 01/536 01

Aufgrund des Berufsausbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl I S. 931) wurden beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ein Berufsbildungsausschuss und Prüfungsausschüsse zur Abnahme der Prüfungen im Ausbildungsberuf für Sozialversicherungsfachangestellter/Sozialversicherungsfachangestellte gebildet.

		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses	1,5	1,5
2.	Arbeitstagungen der Prüfungsausschussmitglieder	0,1	0,1
3.	Druck- und Materialkosten	0,3	0,3
Zusammen		1,9	1,9

Zu 10 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-8	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Einseitig deckungsfähig zulasten 10 20/745 01 in Höhe von 500,0 Tsd. EUR jährlich.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 400,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	250,0	A	300,0
					B	521,0
					C	324,9
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-5	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
					B	38,9
812 01-4	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	76,9	88,9	A	100,0
					B	59,2
					C	68,7
812 03-2	011	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	---
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-1	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	145,0	145,0	A	91,0
					B	101,9
					C	84,2
514 99-8	011	Verbrauchsmittel	45,0	45,0	A	57,5
					B	40,3
					C	40,3
518 99-4	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-5	011	Aus- und Fortbildung	25,0	25,0	A	34,5
					B	13,6
					C	17,2
526 99-4	011	Ausgaben für Sachverständige	55,0	55,0	A	64,0
					B	8,4
					C	19,4
533 99-5	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 01/701 01	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sanierung der Küche und der Kantine	250,0	-
Abdichtung und Wasserablauf der Tiefgarage	-	250,0
Zusammen	250,0	250,0

2009 gegenüber 2008:

60,0 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
10,0 Tsd. EUR	mehr	wegen dringender Sanierungsmaßnahmen
50,0 Tsd. EUR	weniger	

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Zur rechtzeitigen Beauftragung jahresübergreifender Baumaßnahmen.

Zu 10 01/812 01	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Neuausstattungen	33,0	20,0
2. Beschaffung Flachbildschirme Besprechungszimmer	10,0	10,0
3. Kantine (Ersatzbeschaffungen)	25,0	50,0
4. Fax- und Diktiergeräte	8,9	8,9
Zusammen	76,9	88,9

2009 gegenüber 2008:

12,0 Tsd. EUR	weniger	nach dem voraussichtlichen Bedarf
11,1 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
23,1 Tsd. EUR	weniger	

2010 gegenüber 2009:

12,0 Tsd. EUR mehr wegen verstärkter Beschaffungen.

Zu 10 01/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung des Staatsministeriums mit Informations- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und die Informationsgewinnung.

Zu 10 01/511 99	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	45,0	45,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	100,0	100,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	145,0	145,0

2009 gegenüber 2008:

4,3 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2,4 Tsd. EUR	weniger	nach dem voraussichtlichen Bedarf
60,7 Tsd. EUR	mehr	infolge Umsetzung von 10 02/TG 97
54,0 Tsd. EUR	mehr	

Zu 10 01/514 99

Veranschlagt sind Aufwendungen für Toner, CD-Rohlinge, Bandkassetten, Tintenpatronen, u.ä.

2009 gegenüber 2008:

6,4 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
6,1 Tsd. EUR	weniger	nach dem voraussichtlichen Bedarf
12,5 Tsd. EUR	weniger	

Zu 10 01/525 99

2009 gegenüber 2008:

3,8 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
5,7 Tsd. EUR	weniger	nach dem voraussichtlichen Bedarf
9,5 Tsd. EUR	weniger	

Zu 10 01/526 99

2009 gegenüber 2008:

7,1 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1,9 Tsd. EUR	weniger	nach dem voraussichtlichen Bedarf
9,0 Tsd. EUR	weniger	

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
534 99-4	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	35,0	35,0	A	75,0
815 99-4	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	330,0	330,0	A B C	320,0 96,4 104,3
Summe der Titelgruppe			635,0	635,0	A B C	642,0 260,5 265,4
Gesamtausgaben			27.348,0	27.838,1	A B C	26.913,9 24.645,0 25.330,8

Erläuterungen**Zu 10 01/534 99**

2009 gegenüber 2008:

8,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
31,7 Tsd. EUR	weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf
<u>40,0 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 01/815 99

Veranschlagt sind:

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
1. Ersatz ein Viertel des PC-Bestandes, Bildschirme, Drucker und mobile Geräte	240,0	240,0
2. Server (Ersatz bzw. zusätzliche Geräte) incl. Betriebssystem	60,0	60,0
3. Sonstiges	30,0	30,0
Zusammen	<u>330,0</u>	<u>330,0</u>

2009 gegenüber 2008:

35,6 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
45,6 Tsd. EUR	mehr wegen verstärkter Beschaffungen
<u>10,0 Tsd. EUR</u>	mehr

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	275,2	275,2	A	172,3
					B	248,0
					C	336,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	20,0	20,0	A	15,6
					B	19,1
					C	45,9
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	35,0	35,0	A	35,0
					B	35,0
					C	35,0
		Gesamteinnahmen	330,2	330,2	A	222,9
					B	302,1
					C	417,4
		Personalausgaben	22.341,0	22.874,8	A	21.494,6
					B	21.168,4
					C	20.833,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.350,1	4.294,4	A	4.695,0
					B	2.761,3
					C	3.999,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	4,3
					B	-
					C	-
		Baumaßnahmen	250,0	250,0	A	300,0
					B	521,0
					C	324,9
		Sonstige Sachinvestitionen	406,9	418,9	A	420,0
					B	194,4
					C	173,0
		Gesamtausgaben	27.348,0	27.838,1	A	26.913,9
					B	24.645,0
					C	25.330,8
		Zuschuss	27.017,8	27.507,9	A	26.691,0
					B	24.342,9
					C	24.913,4

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-6	960	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
125 01-4	960	Erstattungen Dritter für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 525 02.</i>	---	---	A B C	--- 11,7 2,2
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
281 01-4	960	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
<u>281 12-1</u>	960	Einnahmen aus der Abführung von Versorgungszuschlägen für Personen, deren Amts-, Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis erstmals vor dem 1. Januar 2008 begründet wurde	238,6	243,6	A B C	229,8 175,7 179,1
<u>281 14-9</u>	960	Einnahmen aus der Abführung von Versorgungszuschlägen für Personen, deren Amts-, Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis erstmals nach dem 31. Dezember 2007 begründet wurde <i>Vgl. Vermerk bei 919 61.</i>	---	---	A	
Gesamteinnahmen			238,6	243,6	A B C	229,8 1.561,0 181,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 41-6	960	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Vgl. Vermerke zu 428 41.</i>	---	---	A	---
422 43-4	940	Zahlungen nach der Ausgleichszahlungsverordnung <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
422 45-2	011	Leistungszulagen und Leistungsprämien für Beamte aufgrund § 42a BBesG <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	227,1	227,1	A B C	183,9 119,7 186,2
427 01-9	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	10,0	10,0	A	10,0
427 41-1	290	Praktikantenvergütungen	---	---	A	---
428 41-0	960	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zu 422 41 und 428 41: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen.</i>	25,0	25,0	A	25,0

Erläuterungen

Zu 10 02/281 12

Von den Staatsbetrieben sowie von den Einrichtungen des Staates, die wie Staatsbetriebe behandelt werden und die kaufmännische doppelte Buchführung anwenden (z.B. staatliche Krankenanstalten), sind anstelle von Pensionsrückstellungen pauschale Versorgungszuschläge zu leisten.

Nachgewiesen wurden hier die im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen hierbei anfallenden Einnahmen.

Zu 10 02/422 43

Ausgleichszahlungen zur Abgeltung von Arbeitszeitguthaben, die Beamte aus einer langfristig angelegten ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit erworben haben (§ 48 Abs. 3 BBesG, Bayerische Ausgleichszahlungsverordnung vom 16. November 1999, BayRS 2032-3-1-7-F).

Zu 10 02/422 45

Zur weiteren Motivationssteigerung und Stärkung des Leistungsgedankens wurden in der bayerischen Verwaltung verstärkt leistungsbezogene Besoldungselemente eingeführt. Nachgewiesen werden bei diesem Titel die gewährten Leistungszulagen und Leistungsprämien.

Zu 10 02/428 41

Veranschlagt sind die Überstundenentgelte für Arbeitnehmer.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
428 45-6	960	Leistungsentgelte (§ 18 Abs. 1 TV-L) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	369,2	378,2	A	
443 15-3	940	Ergänzende Fürsorgeleistungen für Beamte nach Art. 97 BayBG (Ballungsraumzulage) <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>	200,8	200,8	A B C	156,0 176,3 183,3
453 01-6	960	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	35,0	35,0	A	35,0
459 11-8	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	2,5	2,5	A B	2,5 1,4
459 31-4	940	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
461 01-6	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 10 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 - ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 45 - und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 - ohne der Tit. 428 12 (AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tarifierhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln.</i>	934,0	1.234,0	A	34,0
461 02-5	981	Globale Mehrausgaben bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben	---	---	A	---
462 01-5	981	Globale Minderausgaben bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
519 01-8	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Die Mittel dienen zur Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	1.805,4	1.805,4	A	2.093,0
525 02-9	960	Fortbildung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 125 01. Vgl. Vermerke zu Kap. 10 15 Tit. 525 02, 10 30/525 02 und zu Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	309,5	309,5	A B C	399,4 331,2 250,1

Erläuterungen

Zu 10 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 97 BayBG in der ab 1. April 2009 geltenden Fassung.

2009 gegenüber 2008:

44,8 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 02/459 31

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (BayAER-Ausland - vom 15.12.1999, FMBl. Nr. 1/2000) geleistet.

Zu 10 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie für die Mehrausgaben des Neuen Dienstrechts.

Zu 10 02/519 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für Bauunterhaltungsmaßnahmen ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare Bauunterhaltungsmaßnahmen im Bereich der übrigen Kapitel.

Für die Bauunterhaltungsmaßnahmen der Grundstücke und baulichen Anlagen sind insgesamt veranschlagt:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10 01/519 01	1.600,0	1.600,0
10 02/519 01	1.805,4	1.805,4
10 15/519 01	55,0	55,0
10 20/519 01	400,0	400,0
10 50/519 01	1.000,0	900,0
10 53/519 01	5.500,0	5.500,0
10 72/519 01	173,4	173,4
Zusammen	10.533,8	10.433,8

2009 gegenüber 2008:

379,2 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

2.130,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf

2.509,2 Tsd. EUR weniger

2010 gegenüber 2009:

100,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 02/525 02

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zentrale Fortbildungsmaßnahmen		
- Sozialpolitik, Europarecht	10,0	10,0
- Führung und Kommunikation	75,0	75,0
- Arbeitstechniken/Selbstmanagement	55,0	55,0
- Berufspädagogik (Ausbilder, Prüfer)	10,0	10,0
- Gewerbeaufsicht	32,0	32,0
- Allgemeine Verwaltung	20,0	20,0
- Rechtspflege, Gerichtsbarkeit	30,0	30,0
- Familie und Soziales	25,0	25,0
- Sprachkurse	5,0	5,0
- Wiedereingliederung beurlaubter Mitarbeiter/-innen in das Berufsleben	5,0	5,0
2. Teilnahme an Veranstaltungen anderer Träger sowie dienststelleninterne Maßnahmen	42,5	42,5
Zusammen	309,5	309,5

2009 gegenüber 2008:

44,4 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

106,7 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 10 03/525 03

32,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von 12 02/525 02

29,2 Tsd. EUR mehr wegen Ausweitung der Fortbildungsmaßnahmen

89,9 Tsd. EUR weniger

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
526 01-9	960	Gerichts- und ähnliche Kosten	4,4	4,4	A	5,0
					B	2,2
					C	0,2
526 11-7	011	Kosten für Sachverständige	80,0	80,0	A	90,0
					B	16,7
					C	19,2
527 21-4	960	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	66,5	66,5	A	54,0
					B	50,2
					C	57,9
529 02-5	011	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	13,8	13,8	A	15,5
					B	13,6
					C	12,6
532 01-1	254	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie aufgrund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	13,3	13,3	A	15,0
					B	5,2
					C	41,9
532 11-9	012	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 01-0	168	Kosten für die Inanspruchnahme von Informationsdienstleistungen	---	---	A	---
545 01-6	254	Ausgaben für den arbeitsmedizinischen Arbeitsschutz und für die Arbeitssicherheit	3,0	3,0	A	
547 01-4	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Wohnraumarbeitsplätzen	---	---	A	36,3
					B	18,8
					C	25,3
548 01-3	988	Globale Mehrausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben ohne Ausgaben der Gruppe 529 und der Titel 531 2. <i>Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	350,0
549 01-2	989	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	-350,0
Baumaßnahmen						
701 01-6	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 400,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	440,0	440,0	A	550,0

Erläuterungen

Zu 10 02/526 01

Prozessvertretungskosten, soweit diese nicht im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten durch die Behörden der Finanzverwaltung (Finanzministerium, Landesamt für Finanzen) anfallen.

Zu 10 02/526 01, 526 11, 529 02, 532 01

Weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 02/526 11

Veranschlagt sind Sachverständigenkosten, insbesondere für die Erstellung von Gutachten sowie für Dolmetschertätigkeiten.

Zu 10 02/527 21

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Reisen des Hauptpersonalrates und der Personalräte in den Stufenvertretungen	32,0	32,0
2. Fortbildungsveranstaltungen der Personalräte und Schwerbehindertenvertreter außerhalb des Fortbildungsprogramms des StMAS	25,5	25,5
3. Fortbildungsveranstaltungen des StMAS für die Personal- und Schwerbehindertenvertretungen	9,0	9,0
Zusammen	66,5	66,5

2009 gegenüber 2008:

6,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
18,5 Tsd. EUR	mehr wegen zusätzlich erforderlicher Schulungen
12,5 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind.
- b) Repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, soweit die Mittel bei 10 01/529 01 sich nicht dafür eignen oder nicht ausreichen.

Zu 10 02/532 01

Ausgaben für Prozessvertretungskosten und Hauptsacheleistungen, soweit diese nicht im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten durch die Behörden der Finanzverwaltung angefallen sind und soweit nicht besondere Mittel zur Verfügung stehen.

Leistungen bei Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den einschlägigen Personaltiteln zu buchen.

Zu 10 02/545 01

Die Ansätze dienen der Gewährleistung einer arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung der Beschäftigten im gesamten Geschäftsbereich gemäß. Arbeitsschutzgesetz.

Zu 10 02/547 01

2009 gegenüber 2008:

4,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
32,3 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 20/TG 99
36,3 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 02/701 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare kleine Baumaßnahmen an den übrigen Dienstgebäuden.

Für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind insgesamt veranschlagt:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10 01/701 01	250,0	250,0
10 02/701 01	440,0	440,0
10 12/701 01	450,0	250,0
10 20/701 01	300,0	500,0
Zusammen	1.440,0	1.440,0

2009 gegenüber 2008:

360,0 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
702 01-5	019	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	185,2	185,2	A B C	231,5 210,7 38,3
Besondere Finanzierungsausgaben						
<u>981 11-5</u>	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	137,0	142,7	A	
981 12-4	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Deckungsfähig zu Lasten aller Titelgruppen 99 des Einzelplans 10 sowie aus Tit. 511 01 der Kap. 10 15, 10 56, 10 65.</i>	824,3	871,1	A B C	--- 1.023,7 930,4
981 16-0	990	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	7,4	7,4	A	15,5
989 01-9	990	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>						
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>						
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Angestellten, Arbeitern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung durch PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-9	960	Ausgaben der Beamten und Richter für die Versorgungsrücklage	645,9	659,4	A B C	499,3 531,1 464,5
432 61-9	018	Ruhegehälter	41.929,0	43.467,8	A B C	32.544,0 30.735,0 29.620,3
432 62-8	018	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Ruhelöhne und damit zusammenhängende Hinterbliebenenbezüge bezahlt werden.</i>	13.698,0	14.089,7	A B C	12.479,0 11.232,8 11.622,2
434 61-7	018	Ausgaben der Versorgungsempfänger für die Versorgungsrücklage	1.087,4	1.290,4	A B C	880,1 576,6 571,1
441 61-8	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne Zeiten einer Beurlaubung	6.616,5	6.878,3	A B C	5.207,6 4.894,2 4.879,6
441 62-7	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	407,0	423,1	A B C	461,1 330,6 380,9
441 63-6	940	Pflegeleistungen an Beamte und Richter - Dauerpflegefälle -	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 02/702 01

2009 gegenüber 2008:

46,3 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 02/981 11

Die Haushaltsstelle dient der Verrechnungsmöglichkeit von erstattungspflichtigen ADV-Auftragsarbeiten zwischen Dienststellen des Geschäftsbereichs und dem Rechenzentrum Süd (Kap. 03 07 TG 60).

2009 gegenüber 2008:

39,6 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 10 03/981 02

97,4 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von TG 97

137,0 Tsd. EUR mehr**Zu 10 02/981 12**

Die Haushaltsstelle dient der Verrechnungsmöglichkeit von erstattungspflichtigen ADV-Auftragsarbeiten zwischen Dienststellen des Geschäftsbereichs und dem Rechenzentrum Nord (Kap. 06 04 TG 60).

2009 gegenüber 2008:

20,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von 10 50/815 99

70,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von 10 53/815 99

587,5 Tsd. EUR mehr infolge Verrechnungskonzept (vgl. Kap. 06 04/381 60)

146,8 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von TG 97

824,3 Tsd. EUR mehr

2010 gegenüber 2009:

46,8 Tsd. EUR mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich.

Zu 10 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Vgl. Erläuterungen zu 13 03/989 01.

Zu 10 02/61 - 65

Nachgewiesen werden bei dieser Titelgruppe gemäß dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 11. September 1997 die im jeweiligen Ressortbereich anfallenden Versorgungsausgaben und Beihilfen.

Darüber hinaus werden bei den Titeln 424 61 und 434 61 die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen nach § 14a Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz ergebenden Beträge sowie die Beträge, die sich aus einer aufgrund von Verweisung auf das Bundesbesoldungsgesetz verminderten Anpassung der Amts- und Versorgungsbezüge der Mitglieder der Staatsregierung ergeben, nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage zugeführt werden.

Zusätzlich werden bei Titel 434 61 die Beträge nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage in Höhe von 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 sowie aufgrund von Verweisung auf das Beamtenversorgungsgesetz in Höhe von 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung zugeführt werden.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
441 64-5	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	87,2	90,6	A B C	79,2 54,2 -18,9
446 61-3	018	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	9.226,2	9.591,1	A B C	7.302,0 6.837,9 6.536,9
446 62-2	018	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle -	---	---	A B C	--- -0,1 -0,5
919 61-1	950	Zuführungen an den Versorgungsfonds <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 14. Vgl. Vermerk bei Kap. 13 20 Tit. 919 61.</i>	44,7	44,7	A	20,0
Summe der Titelgruppe			73.741,9	76.535,1	A B C	59.472,3 55.192,3 54.056,1
66 Einführung und Fortentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung <i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
428 66-0	960	Zeitbeschäftigte und Aushilfsbeschäftigte	---	---	A	---
511 66-8	960	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände	***	***	A B C	11,6 10,6 10,8
525 66-2	960	Aus- und Fortbildung	***	***	A	9,0
526 66-1	960	Ausgaben für Sachverständige	***	***	A	25,0
527 66-0	960	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	***	***	A B C	27,5 9,3 13,1
547 66-6	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit Elementen des neuen Steuerungsmodells	65,5	65,5	A	---
815 66-1	960	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	27,8	27,8	A	51,0
Summe der Titelgruppe			93,3	93,3	A B C	124,1 19,9 23,9
97 eGovernment <i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und mit den TG 99 des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 97-1	960	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	50,5	57,2	A B C	378,0 38,9 39,7
514 97-8	960	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
518 97-4	960	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 97-3	960	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 97-5	960	Aus- und Fortbildung	180,9	81,8	A B C	4,0 16,1 22,8

Erläuterungen

Zu 10 02/66

Der Ministerratsbeschluss vom 23. Oktober 2007 sieht vor, dass auf der Grundlage des Rahmenkonzepts zum Einsatz neuer Steuerungselemente in der bayerischen Staatsverwaltung für geeignete Bereiche verwaltungsspezifische Controllingkonzepte zu entwickeln und diese unter Wahrung des Wirtschaftlichkeitsgebots in eigener Verantwortung umzusetzen sind.

2009 gegenüber 2008:

13,9	Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
16,9	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>30,8</u>	Tsd. EUR	weniger

Zu 10 02/547 66

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Aus- und Fortbildung, Sachverständige sowie Reisekosten.

Zu 10 02/815 66

Veranschlagt sind Mittel für den Kauf von Lizenzen (Zeiterfassung) sowie für die Ersatzbeschaffung von Hardware.

Zu 10 02/97

Veranschlagt sind Mittel für die Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeiten vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 962). Die Ausgaben für eGovernment werden zentral in dieser Titelgruppe nachgewiesen. Die Titelgruppe kann gemäß Nr. 1.3 DBestHG aus den Ansätzen der Hauptgruppe 5 und der Obergruppen 81 und 82 aller Kapitel verstärkt werden.

Der Bedarf für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 ist insbesondere auf den Abschluss der Einführung einer neuen Gerichtssoftware in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit (Projekt "EUREKA-Fach") sowie der Umsetzung von Haushaltsmitteln in die Verrechnungstitel der Rechenzentren Tit. 981 11 und 981 12 zurückzuführen.

2009 gegenüber 2008:

152,5	Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
44,4	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 10/534 99
44,4	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 12/534 99
97,4	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 981 11
146,8	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 981 12
60,7	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 01 TG 99
62,7	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 20 TG 99
<u>158,0</u>	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
766,9	Tsd. EUR	weniger

2010 gegenüber 2009:

73,8 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 02/511 97

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Erhöhung der Bandbreiten sowie Wartung und Pflege der Software und Datenbanken für o.g. Projekte.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
526 97-4	960	Ausgaben für Sachverständige	105,5	160,4	A B C	70,0 99,7 145,1
527 97-3	960	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	5,6	5,6	A B	75,0 0,2
531 97-7	168	Entgelt für die Nutzung der juris-Datenbank	63,9	63,9	A B C	63,9 63,9 56,6
534 97-4	960	Vergabe von Entwicklungsarbeiten	55,5	166,7	A	228,0
701 97-1	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 97-4	960	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	205,5	58,0	A C	615,4 2,7
Summe der Titelgruppe			667,4	593,6	A B C	1.434,3 218,8 266,9
Gesamtausgaben			80.196,0	83.276,9	A B C	64.982,3 57.400,7 56.092,2

Erläuterungen**Zu 10 02/527 97**

Reisekosten im Zusammenhang mit der eGovernment-Initiative.

Zu 10 02/531 97

Veranschlagt sind die aus der Nutzung der juris-Datenbanken entstehenden Kosten gemäß dem Vertrag mit der juris GmbH.

Zu 10 02/534 97

Veranschlagt sind die Entwicklungskosten im Zusammenhang mit der Einführung der o.g. Projekte.

Zu 10 02/815 97

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Beschaffung von Softwarelizenzen, Datenbanken und Betriebssystemen sowie von Hardware zur Umsetzung der o.g. Projekte.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	-
					B	11,7
					C	2,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	238,6	243,6	A	229,8
					B	175,7
					C	179,1
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	-
					B	1.373,5
					C	-
		Gesamteinnahmen	238,6	243,6	A	229,8
					B	1.561,0
					C	181,2
		Personalausgaben	75.500,8	78.603,0	A	59.898,7
					B	55.489,8
					C	54.425,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.823,3	2.897,0	A	3.600,2
					B	676,5
					C	695,2
		Baumaßnahmen	625,2	625,2	A	781,5
					B	210,7
					C	38,3
		Sonstige Sachinvestitionen	233,3	85,8	A	666,4
					B	-
					C	2,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	1.013,4	1.065,9	A	35,5
					B	1.023,7
					C	930,4
		Gesamtausgaben	80.196,0	83.276,9	A	64.982,3
					B	57.400,7
					C	56.092,2
		Zuschuss	79.957,4	83.033,3	A	64.752,5
					B	55.839,7
					C	55.911,0

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 11-6	234	Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 145 Sozialgesetzbuch IX	5.550,0	5.550,0	A	5.430,0
					B	5.551,1
					C	5.546,0
119 01-0	252	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 21.</i>	---	---	A	---
<u>119 31-4</u>	011	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZulnvG <i>An den Bund abzuführende Zinsen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	---	---	A	
182 02-1	252	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	---	---	A	---
					B	5,1
					C	5,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-3	175	Zuweisungen des Bundes zur Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 03

Aus den bei diesem Kapitel veranschlagten Mitteln für Allgemeine Bewilligungen werden Maßnahmen und Einrichtungen finanziert, soweit es sich nicht um Angelegenheiten der Arbeits- und Berufsförderung und der Rehabilitation (vgl. hierzu Kap. 10 05), der Kriegsfolgenhilfe usw. (vgl. hierzu Kap. 10 06) sowie der Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe (vgl. hierzu Kap. 10 07) handelt.

Für Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) sind veranschlagt:

	Gesamt Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2011 Tsd. EUR	TG / Tit.
1. Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur (§ 3 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG)					
1.1 Zuschuss zur Errichtung einer freiheitsentziehenden Jugendhilfeeinrichtung mit Schule	3.750,0	1.000,0	2.000,0	750,0	883 01
1.2 Zuschüsse für familienersetzende und familienergänzende Einrichtungen (Heime, Heilpädagogische Tagesstätten)	2.660,0	930,0	1.330,0	400,0	893 01
1.3 Zuschüsse für Heime oder ähnliche Einrichtungen für behinderte Minderjährige	3.040,0	-	1.520,0	1.520,0	893 02
1.4 Zuschüsse für Werkstätten für behinderte Menschen und Wohnheime für Werkstattbeschäftigte	19.320,0	9.660,0	9.660,0	-	893 03
2. Schwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG)					
2.1 Zuschüsse für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung	14.280,0	7.140,0	7.140,0	-	893 04
2.2 Zuschüsse für Wohn- und Pflegeeinrichtungen sowie von Heimplätzen für entlassene Maßregelvollzugspatienten	2.100,0	1.050,0	1.050,0	-	893 05
2.3 Modernisierung der Kraftfahrzeugausstattung des Freistaates Bayern	34,0	15,0	19,0	-	811 01
Gesamtsumme ZulnvG	45.184,0	19.795,0	22.719,0	2.670,0	

Zu 10 03/111 11

Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken an Schwerbehinderte gemäß § 145 SGB IX.
Vgl. auch Erläuterungen zu 631 02.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.1.

2009 gegenüber 2008:

120,0 Tsd. EUR mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/119 01

Vereinnahmung von Schutzgebühren usw.

Vgl. auch Erläuterungen zu 531 21.

Zu 10 03/182 02

Vereinnahmung insbesondere zurückgezahlter Ausbildungsdarlehen.

Zu 10 03/231 01

Zuschüsse des Bundes für Untersuchungen, Forschungsvorhaben usw.

Die vereinnahmten Beträge werden bei 526 21 verausgabt.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
231 04-0	290	Zweckgebundene Zuweisung des Bundes für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung <i>Vgl. Vermerk zu 633 02.</i>	54.338,7	58.518,6	A	33.538,0
					B	33.538,0
					C	33.538,0
236 01-8	960	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern	---	---	A	---
281 01-2	290	Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferfürsorge) <i>Vgl. Vermerk zu 631 03.</i>	80,0	80,0	A	25,0
					B	71,5
					C	47,9
281 02-1	290	Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferversorgung) <i>Vgl. Vermerk zu 631 04.</i>	1.000,0	1.000,0	A	950,0
					B	1.037,2
					C	896,3
281 12-9	234	Rückzahlungen von Blindengeld	1.200,0	1.200,0	A	1.600,0
					B	1.163,5
					C	1.327,1
281 13-8	252	Rückerstattungen aus Zuschüssen	100,0	100,0	A	100,0
					B	261,5
					C	13,3
282 02-0	290	Beiträge, Spenden u.ä. zur Förderung des Qualitätsmanagements sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Sozialarbeit <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 03/231 04

Der Bund beteiligt sich an den den Sozialhilfeträgern durch Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (§§ 41 ff.) entstehenden Kosten. Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches vom 24.09.2008 (BGBl. I S. 1856) wird die Höhe der Bundesbeteiligung ab 01.01.2009 neu geregelt. Danach trägt der Bund anstelle des bis 31.12.2008 nach § 34 Abs. 2 WoGG gewährten jährlichen Festbetrages von 409 Mio. EUR (hiervon entfielen auf Bayern 33,538 Mio. EUR)

- im Jahr 2009 einen Anteil von 13 v.H.
- im Jahr 2010 einen Anteil von 14 v.H.
- im Jahr 2011 einen Anteil von 15 v.H. und
- ab dem Jahr 2012 jeweils einen Anteil von 16 v.H.

der reinen Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (ohne Gutachtenkosten) des jeweiligen Vorvorjahres (§ 46a SGB XII).

Die Erstattungsleistungen des Bundes sind nach dem in Art. 88 Abs. 4 AGSG festgelegten Verfahren an die Träger der Sozialhilfe weiterzuleiten (vgl. 633 02).

Die veranschlagten Erstattungsbeträge basieren auf den im Bericht des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung "Sozialhilfe in Bayern 2007" enthaltenen reinen Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (ohne Gutachtenkosten) des Jahres 2007.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.5.

2009 gegenüber 2008
20.800,7 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009
4.179,9 Tsd. EUR mehr in Anpassung an die voraussichtliche Erstattungshöhe aufgrund Neuregelung der Bundesbeteiligung an den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Zu 10 03/236 01

Die Kosten, die durch die Bestellung des Landeswahlausschusses für Sozialversicherungswahlen und seine Tätigkeit entstehen, tragen die landesunmittelbaren Versicherungsträger nach dem Verhältnis der Zahl der wahlberechtigten Versicherten, wenn für sie eine Wahl mit Stimmabgabe stattgefunden hat oder sie an einem Beschwerdeverfahren beteiligt gewesen sind. Die Kosten für den Landeswahlausschuss werden durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgestreckt und nach Abschluss der Sozialversicherungswahlen anteilig zurückgefordert. Die entsprechenden Ausgaben werden bei 536 06 geleistet. Die nächsten Wahlen werden 2011 durchgeführt.

Zu 10 03/281 01

Vgl. Erläuterungen zu 631 03.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.3.

2009 gegenüber 2008:
55,0 Tsd. EUR mehr wegen des zu erwartenden Aufkommens.

Zu 10 03/281 02

Vgl. Erläuterungen zu 631 04.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.3.

2009 gegenüber 2008:
50,0 Tsd. EUR mehr wegen des voraussichtlich höheren Aufkommens.

Zu 10 03/281 12

Veranschlagt sind die zu erwartenden Rückzahlungen von Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.5.

2009 gegenüber 2008:
400,0 Tsd. EUR weniger aufgrund der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/281 13

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

Zu 10 03/282 02

Leertitel zur Vereinnahmung von Spenden, Sponsoring- und Werbeaufkommen sowie sonstiger Beiträge bei Produkten und Projekten aus dem "Aktionsprogramm für Qualitätsmanagement sowie Kommunikationstechnik einschließlich neuer Medien in der Sozialen Arbeit"; Ausgaben bei Titelgruppe 74.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
282 04-8	227	Einnahmen im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege <i>Vgl. Vermerk bei 536 08.</i>	***	***	A C	10,0 6,8
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
<u>334 31-3</u>	262	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Schulinfrastruktur - Errichtung einer freiheitsentziehenden Jugendhilfeeinrichtung mit Schule) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 883 01.</i>	1.000,0	2.000,0	A	
<u>334 32-2</u>	262	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Schulinfrastruktur - Förderung von Heimen und Heilpädagogischen Tagesstätten) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 893 01.</i>	700,0	1.000,0	A	
<u>334 33-1</u>	290	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Schulinfrastruktur - Förderung von Heimen und ähnlichen Einrichtungen für behinderte Minderjährige) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 893 02.</i>	---	1.300,0	A	
<u>334 34-0</u>	290	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Kommunale und gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung - Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen und Wohnheimen für Werkstattbeschäftigte) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 893 03.</i>	7.800,0	7.800,0	A	
<u>334 41-1</u>	235	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Sonstige Infrastrukturinvestitionen - Förderung von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 893 04.</i>	6.000,0	6.000,0	A	
<u>334 42-0</u>	235	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Sonstige Infrastrukturinvestitionen - Förderung von Wohn- und Pflegeeinrichtungen sowie von Heimplätzen für entlassene Maßregelvollzugspatienten) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 893 05.</i>	900,0	900,0	A	
<u>334 43-9</u>	011	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Sonstige Infrastrukturinvestitionen - Modernisierung der Kraftfahrzeugausstattung des Freistaates Bayern) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 811 01.</i>	3,0	3,7	A	

Erläuterungen

Zu 10 03/282 04

Ab 2009 Buchung bei 10 07/282 04.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Titelgruppen				
		52 Einnahmen aus der Förderung von Maßnahmen auf den Gebieten des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin und des Unfallschutzes <i>Vgl. Vermerk zu TG 52 (Ausgaben).</i>				
119 52-8	254	Einnahmen aus Veröffentlichungen	5,0	5,0	A	15,0
					B	5,4
					C	1,6
		Summe der Titelgruppe	5,0	5,0	A	15,0
					B	5,4
					C	1,6
		71 Einnahmen aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz				
231 71-8	237	Erstattung des Anteils an den Leistungen durch den Bund	27.766,7	28.133,3	A	29.558,0
					B	29.215,8
					C	30.433,7
281 71-7	237	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 71.</i>	24.990,0	25.320,0	A	24.828,7
					B	25.912,2
					C	24.445,2
		Summe der Titelgruppe	52.756,7	53.453,3	A	54.386,7
					B	55.128,0
					C	54.878,9
		86 - 87 Einnahmen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe				
111 87-5	290	Aufkommen an Ausgleichsabgabe durch private Arbeitgeber und durch Arbeitgeber der öffentlichen Hand (ohne Freistaat Bayern) <i>Vgl. Vermerk zu 631 87 und 686 87.</i>	93.500,0	93.500,0	A	85.000,0
					B	87.707,2
					C	87.601,0
112 87-4	290	Säumniszuschläge, Geldbußen <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	400,0	400,0	A	400,0
					B	333,2
					C	437,0
162 87-3	290	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 863 87.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.200,0
					B	1.375,6
					C	1.391,4
182 87-9	290	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 863 87.</i>	3.900,0	3.900,0	A	3.600,0
					B	5.187,6
					C	4.591,4
231 86-1	290	Zuweisungen vom Bund aus dem Ausgleichsfonds <i>Vgl. Vermerk zu 683 86.</i>	700,0	700,0	A	480,0
235 87-6	290	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	50,0	50,0	A	50,0
271 87-1	290	Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	50,0	50,0	A	50,0
281 87-9	290	Einnahmen aus Beihilfen und Zuschüssen <i>Vgl. Vermerk zu 686.87.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.200,0
					B	1.220,3
					C	1.731,3

Erläuterungen

Zu 10 03/52 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu TG 52 (Ausgaben)

2009 gegenüber 2008:

10,0 Tsd. EUR weniger wegen der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/71 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die Einnahmen im Vollzug des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz - UVG) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 2007 (BGBl I S. 1446), zuletzt geändert durch Art. 1 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl I S. 3194).

Vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 71 (Ausgaben).

Zu 10 03/231 71

Erstattungsleistungen des Bundes (ein Drittel der Geldleistungen) gemäß § 8 Abs. 2 UVG.

Vgl. auch Erläuterungen zu 681 71.

2009 gegenüber 2008:

1.791,3 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

366,6 Tsd. EUR mehr wegen des zu erwartenden Aufkommens bei 681 71.

Zu 10 03/281 71

Einnahmen aus den Ansprüchen der berechtigten Kinder gegen den säumigen Unterhaltsschuldner, die nach § 7 Abs. 1 UVG auf das Land übergehen. Ein Drittel dieser Einnahmen sind an den Bund abzuführen.

Vgl. auch Erläuterungen zu 631 71.

2009 gegenüber 2008:

161,3 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:

330,0 Tsd. EUR mehr infolge erwarteter höherer Einnahmen.

Zu 10 03/111 87

2009 gegenüber 2008:

8.500,0 Tsd. EUR mehr nach voraussichtlichem Aufkommen.

Zu 10 03/112 87

Für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe sind Säumniszuschläge nach § 77 Abs. 4 SGB IX zu erheben.

Nach § 156 SGB IX ist die Verhängung von Geldbußen möglich.

Zu 10 03/182 87

2009 gegenüber 2008:

300,0 Tsd. EUR mehr aufgrund der voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 03/231 86

Zuweisungen des Bundes aus dem Ausgleichsfonds für das Programm "Job 4000".

2009 gegenüber 2008:

220,0 Tsd. EUR mehr nach der voraussichtlichen Zuweisung aus dem Ausgleichsfonds.

Zu 10 03/235 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Förderungshilfen nach dem Arbeitsförderungsrecht des SGB III.

Zu 10 03/271 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds.

Zu 10 03/281 87

Nach § 102 Abs. 6 in Verbindung mit § 14 SGB IX hat das Integrationsamt einen Erstattungsanspruch gegen den für die Leistungen zuständigen Rehabilitationsträger, wenn nachträglich dessen Zuständigkeit festgestellt wird.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
381 87-8	990	Aufkommen an Ausgleichsabgabe durch den Freistaat Bayern als Arbeitgeber der öffentlichen Hand <i>Vgl. Vermerk zu 631 87 und 686 87.</i>	---	---	A B C	1.500,0 -587,5 -5.305,0
Summe der Titelgruppe			101.000,0	101.000,0	A B C	93.480,0 97.105,9 90.447,0
88 Einnahmen aus Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsoferfürsorge						
162 88-2	290	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
182 88-8	290	Tilgung von Darlehen	12,5	10,3	A B C	20,0 15,2 14,1
281 88-8	290	Einnahmen aus Beihilfen	93,7	94,7	A B C	110,0 94,4 99,6
Summe der Titelgruppe			106,2	105,0	A B C	130,0 109,6 113,7
94 Einnahmen aus Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsoferfürsorge						
162 94-4	290	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 94.</i>	---	---	A C	---
182 94-0	290	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 94.</i>	14,8	14,1	A B C	20,0 14,9 16,5
231 94-1	290	Erstattung des Anteils an den Leistungen an Opfer von Gewalttaten durch den Bund	656,8	698,0	A B C	520,8 438,4 521,4
281 94-0	290	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 631 94.</i>	34,5	36,5	A B C	50,0 36,6 21,4
Summe der Titelgruppe			706,1	748,6	A B C	590,8 489,9 559,3
95 Einnahmen aus Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsoferversorgung (ohne Kriegsoferfürsorge)						
231 95-0	290	Erstattung des Anteils an den Leistungen durch den Bund	3.980,6	4.025,6	A B C	3.611,7 3.396,8 3.494,3

Erläuterungen

Zu 10 03/381 87

Vgl. Erläuterung zu 13 03/989 01.

2009 gegenüber 2008:

1.500,0 Tsd. EUR weniger nach voraussichtlichem Aufkommen.

Zu 10 03/88 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu TG 88 (Ausgaben).

2009 gegenüber 2008:

23,8 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/94 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu TG 94 (Ausgaben).

2009 gegenüber 2008:

115,3 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:

42,5 Tsd. EUR mehr insbesondere wegen Anpassung der Bundeserstattung an die Ausgaben bei 681 94 und 863 94.

Zu 10 03/95 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu TG 95 (Ausgaben).

2009 gegenüber 2008:

292,1 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:

45,0 Tsd. EUR mehr wegen höherer Erstattungen durch den Bund.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
281 95-9	290	Rückerstattungen aus den Leistungen an Opfer von Gewalttaten <i>Vgl. Vermerk zu 631 95.</i>	375,0	375,0	A	451,8
					B	147,1
					C	290,3
		Summe der Titelgruppe	4.355,6	4.400,6	A	4.063,5
					B	3.543,9
					C	3.784,6
		Gesamteinnahmen	237.601,3	245.164,8	A	194.319,0
					B	198.021,5
					C	191.178,0
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
412 01-4	254	Vergütungen für die Mitglieder der Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	2,0	2,0	A	2,0
					B	0,3
					C	0,4
427 11-5	254	Vergütungen für Beisitzer und sonstige Kosten der Heimarbeits- und Entgeltausschüsse	3,6	3,6	A	3,6
					B	1,2
					C	2,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
<u>525 03-6</u>	960	Fortbildung des Heimaufsichtspersonals	275,5	275,5	A	
526 21-3	175	Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen <i>Zu 526 21 und 683 01: Gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk zu 981 02. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 50,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 50,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	100,0	A	250,0
					B	180,8
					C	36,2
526 22-2	175	Forschungsauftrag zur Erstellung einer Wirksamkeitsanalyse sozialpolitischer Maßnahmen	66,7	---	A	75,0
531 21-6	290	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit <i>Zu 531 21 und 540 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 119 01. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 150,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 150,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	339,8	339,8	A	213,5
					B	218,1

Erläuterungen

Zu 10 03/412 01

Zur Durchführung der Aufgaben des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend (JArbSchG) vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965) wurde/n der Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz und bei den ehemaligen Gewerbeaufsichtsamtern die Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz gebildet (§§ 55, 56 JArbSchG). Aus dem Ansatz werden Vergütungen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) in der jeweils geltenden Fassung an Mitglieder gewährt. Die Sachkosten für die Durchführung der Veranstaltungen der Ausschüsse werden aus 536 07 bestritten.

Zu 10 03/427 11

Nach den §§ 4 und 22 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl I S. 191), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Oktober 1993 (BGBl I S. 1668), sind von den obersten Arbeitsbehörden der Länder Heimarbeits- und Entgeltausschüsse zu errichten. Veranschlagt sind die Kosten für die Entschädigung der Beisitzer.

Zu 10 03/525 03

Veranschlagt ist der Bedarf für die Fortbildung des Heimaussichtspersonals zu Auditoren im Qualitätsmanagement. Die Schulung der Beschäftigten wird im Bildungszentrum der Sozialverwaltung in Wasserburg durchgeführt und soll bis zum Jahr 2011 abgeschlossen sein.

2009 gegenüber 2008:

106,7 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 10 02/525 02
168,8 Tsd. EUR	mehr zur Ausweitung der Fortbildungsmaßnahmen
<u>275,5 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 03/526 21

Die Mittel dienen der Durchführung von Studien und Untersuchungen, die für die politischen und fachlichen Entscheidungen erforderlich sind (vgl. auch Erläuterung zu 683 01).

Daneben sind insbesondere bei den Fachtitelgruppen der Kap. 10 03, 10 05 und 10 07 weitere Forschungstitel ausgebracht.

2009 gegenüber 2008:

27,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
122,2 Tsd. EUR	weniger wegen geringeren Bedarfs
<u>150,0 Tsd. EUR</u>	weniger

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Zur zeitgerechten Beauftragung von mehr- oder überjährigen Forschungsaufträgen.

Zu 10 03/526 22

Die Mitteln werden zur Abfinanzierung eines Forschungsauftrags benötigt.

2009 gegenüber 2008:

8,3 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2010 gegenüber 2009:

66,7 Tsd. EUR weniger wegen Wegfall des Forschungsauftrags.

Zu 10 03/531 21

Die Haushaltsmittel für die Öffentlichkeitsarbeit sind überwiegend dezentral in Gruppe 531 veranschlagt. Mit dem Haushalt 2007/2008 wurde ein Teil der Haushaltsmittel auf einen neuen Haushaltstitel konzentriert. Die zentrale Veranschlagung hat sich bewährt, ermöglicht sie doch eine schnelle und flexible Realisierung aktuell erforderlicher Kommunikationsmaßnahmen sowie die Setzung übergeordneter Schwerpunktthemen in der politischen Kommunikation.

2009 gegenüber 2008:

23,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
150,0 Tsd. EUR	mehr aufgrund Ausweitung fachübergreifender Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere Intensivierung der Online-Kommunikation
<u>126,3 Tsd. EUR</u>	mehr

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Zur Sicherstellung eines jeweils zeitgerechten Projektbeginns bei überjährigen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
536 01-5	254	Kosten der Untersuchungen von Jugendlichen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz <i>Aus dem Ansatz können auch Kosten für die Herstellung der erforderlichen Formblätter getragen werden. Zu 536 01 und 981 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.350,0	2.350,0	A	2.306,4
					B	2.327,3
					C	2.295,9
536 02-4	290	Arbeitstagungen zum Vollzug des SGB XII	2,0	2,0	A	2,0
536 03-3	290	Kosten der Herstellung und Verleihung der Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare und der Bayerischen Staatsmedaille für soziale Verdienste sowie sonstiger Auszeichnungen	54,1	54,1	A	60,8
					B	43,1
					C	47,4
536 05-1	960	Kosten von Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger in Bayern	---	4,1	A	---
536 06-0	960	Kosten des Landeswahlausschusses für Sozialversicherungswahlen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	2,5	A	---
536 07-9	254	Kosten der Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	1,2	1,2	A	1,4
					B	0,4
					C	0,0
536 08-8	227	Kosten im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- bzw. Mindereinnahme bei 282 04.</i>	***	***	A	45,5
					B	28,7
					C	37,7

Erläuterungen

Zu 10 03/536 01

Nach den §§ 32 ff. des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend (JArbSchG) vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965) darf ein Jugendlicher, der in das Berufsleben eintritt, nur beschäftigt werden, wenn er innerhalb der letzten vierzehn Monate von einem Arzt untersucht worden ist und dem Arbeitgeber eine von diesem Arzt ausgestellte Bescheinigung vorliegt. Spätestens ein Jahr nach Aufnahme der ersten Beschäftigung muss der Jugendliche nachuntersucht werden.

Die Kosten der Untersuchung trägt nach § 44 des JArbSchG das Land. Veranschlagt sind die Mittel für die Erstuntersuchungen, die Nachuntersuchungen, die notwendigen Ergänzungsuntersuchungen, die Verwaltungskosten der Kassenärztlichen Vereinigung, Untersuchungsberechtigungsscheine, Listen und Merkblätter.

2009 gegenüber 2008:

43,6 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/536 02

Zur Durchführung von Arbeitstagungen zum Sozialhilferecht.

Zu 10 03/536 03

Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare werden verliehen für Dienstzeiten von 25, 40, 50 und 60 Jahren bei einem Arbeitgeber. Mit der Sozialmedaille werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um den arbeitenden Menschen in besonderem Maße verdient gemacht haben. Darüber hinaus werden Ehrenurkunden und Medaillen verliehen an Personen, die einen behinderten Menschen in häuslicher Pflege langjährig intensiv betreuen.

Im Einzelnen sind veranschlagt:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Kosten der Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare einschl. Beschriftung, Schutzhüllen, Versandrollen und Aufwendungen anlässlich der Verleihung	41,8	41,8
2. Kosten der Sozialmedaille einschl. Aufwendungen anlässlich der Verleihung	7,9	7,9
3. Ehrenurkunden und Medaillen für die Pflege behinderter Menschen	3,2	3,2
4. Aufwendungen anlässlich der Verleihung von Bundesverdienstorden	1,2	1,2
Zusammen	54,1	54,1

2009 gegenüber 2008:

6,7 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 03/536 05

Die Oberste Verwaltungsbehörde des Landes hat nach § 53 Abs. 2 Satz 1 SBG IV den Landeswahlbeauftragten und dessen Stellvertreter zu bestellen; das Land hat gem. § 82 Abs. 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung (SVWO) die dafür anfallenden Kosten zu tragen.

Die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen in der Sozialversicherung fanden zuletzt 2005 statt, die nächsten Wahlen sind 2011 durchzuführen. Mit den Vorbereitungen ist bereits 2010 zu beginnen.

Zu 10 03/536 06

Gemäß § 4 SVWO ist der Landeswahlausschuss für die Durchführung der Sozialversicherungswahlen bereits 2010 zu bestellen. Die Mitglieder erhalten eine Entschädigung, die Vorsitzenden auch Aufwandspauschalen.

Im Übrigen vgl. auch Erläuterung zu 236 01.

Zu 10 03/536 07

Kosten für Veranstaltungen, Aufklärungsmaßnahmen u.ä. (Aufklärung der Ausbilder, Eltern, Erzieher, Lehrer, Unternehmer, Vertreter der Organisationen und der Jugendlichen über die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes).

Vgl. auch Erläuterung zu Tit. 412 01.

Zu 10 03/536 08

2009 gegenüber 2008:

45,5 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 07/536 08.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
540 01-9	290	Kosten für Veranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 21. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 50,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 50,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	28,9	28,9	A	
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
631 02-8	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 152 Sozialgesetzbuch IX	1.850,0	1.850,0	A B C	1.700,0 1.832,3 1.841,2
631 03-7	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferfürsorge) <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach 7,5 v.H. der Isteinnahme bei 281 01.</i>	6,0	6,0	A B C	1,9 5,4 3,6
631 04-6	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferversorgung) <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach 7,5 v.H. der Isteinnahme bei 281 02.</i>	75,0	75,0	A B C	71,3 77,8 67,2
632 01-8	290	Erstattung des Anteils Bayerns an den Kosten der Leistungen nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen <i>Die Mittel sind übertragbar. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>	90,0	90,0	A B C	99,0 86,1 85,5
633 02-6	290	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus den Zuweisungen des Bundes für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 04. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>	54.338,7	58.518,6	A B C	33.538,0 33.538,0 33.585,3
633 03-5	290	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände für Mittagessen an Ganztagschulen und Grundschulen mit Mittagsbetreuung <i>Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.350,0	3.300,0	A	
636 01-4	290	Leistungen an gesetzliche Krankenkassen nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen	4.000,0	4.000,0	A B C	4.500,0 3.897,9 3.966,9

Erläuterungen

Zu 10 03/540 01

Die Haushaltsmittel für Veranstaltungen sind derzeit dezentral in Gruppe 540 veranschlagt. Ein Teil dieser Haushaltsmittel wird auf einen neuen Haushaltstitel konzentriert, um einen effektiven und effizienten Mitteleinsatz sicherzustellen. Der neue Haushaltstitel ermöglicht die schnelle und flexible Realisierung geeigneter Veranstaltungen als Reaktion auf (aktuelle) sozialpolitische Entwicklungen oder die Festlegung (neuer) politischer Schwerpunkte.

2009 gegenüber 2008:

28,9 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von Gruppe 540 bei Kap. 10 05, 10 07 und 10 50.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Zur Sicherstellung einer jeweils zeitgerechten Auftragsvergabe für Veranstaltungen.

Zu 10 03/631 02

Der in § 145 Abs. 1 SGB IX bestimmte Personenkreis der schwerbehinderten Menschen erhält die Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr nur noch gegen eine Kostenbeteiligung von 60 EUR (jährlich) bzw. 30 EUR (halbjährlich).

Bei den veranschlagten Mitteln handelt es sich um den Anteil des Bundes gem. § 152 SGB IX an den bei 111 11 veranschlagten Einnahmen.

Vgl. auch Erläuterungen zu 111 11.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.1.

2009 gegenüber 2008:

150,0 Tsd. EUR mehr wegen höherer Erstattungen an den Bund.

Zu 10 03/631 03 und 631 04

Nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten sind die innerhalb eines Haushaltsjahres eingezogenen Beträge bis zum 31. März des folgenden Jahres in Höhe von 7,5 v.H. an den Bund abzuführen.

Zu 10 03/632 01

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Kosten des Gesetzes über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (AntiDHG). Die Individualleistungen nach den §§ 3, 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG sind den Ländern, in denen die Anti-D-Immunprophylaxe durchgeführt wurde, von den übrigen Ländern in Höhe von insgesamt 12,4 v.H. zu erstatten.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

Zu 10 03/633 02

Vgl. Erläuterungen zu 231 04.

Zu 10 03/633 03

Staatliche Beteiligung an der Finanzierung von Mittagessen für bedürftige Schüler an der Primar- und Sekundarstufe I in gebundenen und offenen Ganztagschulen sowie in Grundschulen mit Mittagsbetreuung.

2009 gegenüber 2008:

2.350,0 Tsd. EUR mehr für die erstmalige Förderung.

2010 gegenüber 2009:

950,0 Tsd. EUR mehr für die volle Jahresförderung.

Verpflichtungsermächtigung 2008/2010:

Zur überjährigen Förderung für das jeweilige Schuljahr.

Zu 10 03/636 01

Erstattung von Aufwendungen der Krankenkassen nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21. August 1995 (BGBl I S. 1054).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

2009 gegenüber 2008:

500,0 Tsd. EUR weniger wegen voraussichtlich niedrigerem Bedarf.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
636 03-2	290	Verwaltungskostenerstattung für die Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	100,0	90,0	A	112,0
					B	120,4
					C	170,8
681 01-8	234	Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz	81.700,0	81.700,0	A	81.700,0
					B	81.069,6
					C	81.671,4
682 01-7	234	Erstattung an die Verkehrsbetriebe für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	35.750,0	37.000,0	A	36.000,0
					B	32.993,0
					C	43.282,2
683 01-6	175	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	65,3	65,3	A	467,8
					B	23,6
					C	46,4
683 02-5	290	Zuschüsse an Arbeitgeber zur Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs	1,2	1,2	A	6,5
					B	3,4
					C	1,8
684 01-5	290	Zuschüsse an Verbände, Vereine u.ä. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)	350,0	350,0	A	187,5
					B	148,3
					C	150,0

Erläuterungen

Zu 10 03/636 03

Nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl I S. 233) werden die bei der Durchführung des Gesetzes entstehenden Verwaltungskosten der landesunmittelbaren Alterskassen vom Land getragen. Die Kosten werden pro bearbeiteten Antrag bzw. laufenden Leistungsfall pauschal erstattet.

2009 gegenüber 2008:
12,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
10,0 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/681 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz vom 7. April 1995 (GVBl S. 150), zuletzt geändert durch das Nachtragshaushaltsgesetz vom 24. März 2004 (GVBl S. 84). Bei der Gewährung des Blindengeldes bleibt jegliches Einkommen anrechnungsfrei. Das Bayerische Blindengeld geht der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII vor. Leistungen, die dem Blinden zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen nach anderen Rechtsvorschriften zustehen, insbesondere Pflegeversicherungsleistungen, werden auf das Blindengeld teilweise angerechnet.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.5.

Zu 10 03/682 01

Nach Kapitel 13 des SGB IX vom 19. Juni 2001 (BGBl I S. 1046) ist ein bestimmter Personenkreis im öffentlichen Personenverkehr unentgeltlich zu befördern. Den Verkehrsbetrieben werden die Fahrgeldausfälle teils vom Bund und teils vom Land erstattet (§ 151 SGB IX).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.1.

2009 gegenüber 2008:
250,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
1.250,0 Tsd. EUR mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/683 01

Veranschlagt sind:

1. Mittel zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, die insbesondere aus gesellschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gründen für den Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen von Belang sind.
2. Mittel zur Förderung von Kongressen und sonstigen Veranstaltungen.

2009 gegenüber 2008:

52,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
259,2 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 12 08 TG 93, 95, 98
91,3 Tsd. EUR	weniger wegen geringerem Bedarf
402,5 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 03/683 02

Der Freistaat Bayern gewährt nach dem Gesetz über die Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs vom 18. Mai 1951 (BayRS 811-2-A) auf Antrag privaten Arbeitgebern die Lohn- und Gehaltsaufwendungen für den nach § 125 SGB IX vom 19. Juni 2001 (BGBl I S. 1046) zusätzlich gewährten Urlaub, wenn sie über den Pflichtsatz nach § 71 SGB IX hinaus Schwerbeschädigte beschäftigen.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.2.

Zu 10 03/684 01

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung, Anleitung, Fortbildung und Begleitung ehrenamtlicher Betreuer (vgl. Art. 4 Abs. 1 AGBtG) sowie der Beratung über Vorsorgevollmacht, Patiententestament und Betreuungsverfügung.

2009 gegenüber 2008:

20,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
183,3 Tsd. EUR	mehr wegen Ausweitung der Förderung
162,5 Tsd. EUR	mehr

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
685 01-4	252	Zuschüsse an die Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen"	---	---	A B C	--- 411,9 406,9
686 05-9	254	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	59,0	59,0	A B C	50,0 45,0 18,5
Sonstige Sachinvestitionen						
<u>811 01-1</u>	011	Modernisierung der Kraftfahrzeugausstattung des Freistaates Bayern nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Schwerpunkt Infrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 43.</i>	15,0	19,0	A	
Investitionsförderungsmaßnahmen						
<u>883 01-4</u>	262	Zuschuss zur Errichtung einer freiheitsentziehenden Jugendhilfeeinrichtung mit Schule nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 31. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.750,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	2.000,0	A	
<u>893 01-2</u>	262	Zuschüsse für familienersetzende und familienergänzende Einrichtungen (Heime, Heilpädagogische Tagesstätten) nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 32. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.730,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	930,0	1.330,0	A	
<u>893 02-1</u>	290	Zuschüsse für Heime oder ähnliche Einrichtungen für behinderte Minderjährige nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 33. Rückforderungen dürfen von der Einnahme abgesetzt werden. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.040,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	1.520,0	A	
<u>893 03-0</u>	290	Zuschüsse für Werkstätten für behinderte Menschen und Wohnheime für Werkstattbeschäftigte nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 34. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 9.660,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.660,0	9.660,0	A	
<u>893 04-9</u>	235	Zuschüsse für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Schwerpunkt Infrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 7.140,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.140,0	7.140,0	A	

Erläuterungen

Zu 10 03/685 01

Die Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen" wurde mit Gesetz vom 24. Juli 1995 unter Beteiligung des Bundes, der pharmazeutischen Industrie, des Blutspendedienstes und der Länder errichtet. Der Anteil Bayerns an der Aufstockung des Stiftungsvermögens betrug insgesamt rd. 1.626,7 Tsd. EUR, verteilt auf 4 Jahre (2004 bis 2007). Über eine etwaige Mitfinanzierung der Stiftung durch die Bundesländer ab 2011 wird in absehbarer Zeit entschieden.

Zu 10 03/686 05

Mitgliedsbeiträge werden gezahlt u.a. an die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, die Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe, den Deutschen Arbeitsgerichtsverband e.V., den Deutschen Sozialrechtsverband e.V. und den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.

2009 gegenüber 2008:

5,0 Tsd. EUR	mehr wegen steigender Mitgliedsbeiträge
4,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 12 03/686 07
<u>9,0 Tsd. EUR</u>	mehr

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
893 05-8	235	Zuschüsse für Wohn- und Pflegeeinrichtungen sowie von Heimplätzen für entlassene Maßregelvollzugspatienten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Schwerpunkt Infrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 42. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.050,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.050,0	1.050,0	A	
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 01-5	990	Erstattung der Kosten der Auswertung der ärztlichen Untersuchungen von Jugendlichen nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung <i>Vgl. Vermerk zu 536 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
981 02-4	990	Erstattung von Kosten an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für statistische Erhebungen sowie die Inanspruchnahme von Rechenanlagen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 21. Die Mittel sind übertragbar. Rückentnahmen sind von den Ausgaben abzusetzen.</i>	277,2	294,2	A	332,7
					B	46,0
					C	130,1
Titelgruppen						
51 Soziale und medizinische Zwecke im Rahmen der humanitären Hilfe des Freistaates Bayern						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
531 51-9	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	***	***	A	---
547 51-1	290	Kosten für Hilfsmaßnahmen	139,3	139,3	A	156,7
					B	83,2
					C	63,0
684 51-4	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	44,0	44,0	A	49,5
					B	123,0
					C	157,0
686 51-2	290	Zuschüsse an Sonstige	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			183,3	183,3	A	206,2
					B	206,2
					C	220,0
52 Förderung von Maßnahmen auf den Gebieten des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin, des Unfallschutzes in Heim und Freizeit, der Sicherheitstechnik, der Chemikaliensicherheit und von Untersuchungen auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei 119 52.</i>						
428 52-4	254	Personalausgaben	204,5	152,2	A	
511 52-2	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	4,1	4,1	A	4,6
					B	26,9
					C	3,8

Erläuterungen

Zu 10 03/981 02

Kostenerstattung an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen usw., zur Zahlbarmachung der Personalkostenzuschüsse gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 BayKiBiG sowie für erforderliche statistische Erhebungen im Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

2009 gegenüber 2008:

39,6 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 02/981 11
15,9 Tsd. EUR	weniger wegen geringerem Bedarf
<u>55,5 Tsd. EUR</u>	weniger

2010 gegenüber 2009:

17,0 Tsd. EUR mehr wegen höherem Bedarf.

Zu 10 03/51

Aus dem Ansatz werden im Rahmen der humanitären Hilfe des Freistaates Bayern Maßnahmen und Einrichtungen für soziale und medizinische Zwecke in Rumänien gefördert. Insbesondere handelt es sich hierbei neben der Soforthilfe und der Beschaffung von Medikamenten und lebenswichtigen Gütern um die Förderung von Transportkosten privat gespendeter Hilfsgüter sowie um Investitionsförderungsmaßnahmen.

2009 gegenüber 2008:

22,9 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 03/52

Veranschlagt sind im Einzelnen für:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ergänzungsbeschaffung von mobilen Informationsständen	51,8	51,8
2. Einholung von Gutachten, Beschaffung von Informationsmaterial auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin, Kosten von Untersuchungen sowie Ankauf von Prüfobjekten	248,0	248,0
3. Projekte der Chemikaliensicherheit	308,6	256,0
4. Förderung von Maßnahmen zur Aufklärung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über Unfallgefahren im Betrieb und der Bevölkerung über Unfallgefahren im Heim und in der Freizeit		
a) Veröffentlichungen	50,0	50,0
b) Veranstaltungen	40,7	40,7
5. Förderung von Institutionen auf dem Gebiet der Unfallverhütung	9,5	9,5
Zusammen	<u>708,6</u>	<u>656,0</u>

2009 gegenüber 2008:

27,2 Tsd. EUR	weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
308,6 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 12 04/547 81
182,0 Tsd. EUR	mehr wegen Vergabe von Kontrollen an externe Auftragnehmer und für Projekte der Chemikaliensicherheit
<u>463,4 Tsd. EUR</u>	mehr

2010 gegenüber 2009:

52,6 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Bedarf.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
526 52-5	254	Einholung von Gutachten, Beschaffung von Informationsmaterial, Kosten von Untersuchungen sowie Ankauf von Prüfobjekten	248,0	248,0	A B C	79,0 37,3 45,1
531 52-8	254	Kosten für Veröffentlichungen	49,6	49,6	A B C	55,8 21,7 20,3
540 52-7	254	Kosten für Veranstaltungen	41,3	41,3	A B C	46,5 68,8 74,2
547 52-0	254	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	148,5	148,2	A B	50,0 0,1
684 52-3	254	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	12,6	12,6	A B C	9,3 2,5 2,5
<u>686 52-1</u>	254	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	---	---	A	
Summe der Titelgruppe			708,6	656,0	A B C	245,2 157,3 145,9
71 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz						
631 71-4	237	Anteil des Bundes an den Rückeinnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um ein Drittel der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 71.</i>	8.330,0	8.440,0	A B C	8.276,2 8.637,4 8.836,9
681 71-3	237	Unterhaltsvorschüsse und -ausfallleistungen	83.300,0	84.400,0	A B C	88.674,0 87.647,4 90.632,4
Summe der Titelgruppe			91.630,0	92.840,0	A B C	96.950,2 96.284,8 99.469,3
72 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten u. dgl. <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 72-1	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A	---
531 72-4	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A B	---
540 72-3	290	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
684 72-9	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	430,6	430,6	A B C	484,4 194,1 187,5
883 72-8	290	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
893 72-6	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			430,6	430,6	A B C	484,4 194,1 187,5

Erläuterungen

Zu 10 03/71

Veranschlagt sind die Einnahmen im Vollzug des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz - UVG) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 2007 (BGBl I S. 1446), zuletzt geändert durch Art. 1 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl I S. 3194). Das Gesetz gewährt Kindern unter zwölf Jahren, die von einem Elternteil allein erzogen werden, für die Dauer von 72 Monaten Anspruch auf Zahlung von Unterhaltsvorschüssen, wenn der andere Elternteil seiner Unterhaltsverpflichtung nicht oder nicht regelmäßig nachkommt. Soweit kein Unterhaltsanspruch besteht, werden die Leistungen als Ausfallleistungen erbracht.

Zu 10 03/631 71

Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Ansprüchen gegen den säumigen Unterhaltsschuldner gemäß § 7 Unterhaltsvorschussgesetz.
Vgl. auch Erläuterung zu 281 71.

2009 gegenüber 2008:
53,8 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:
110,0 Tsd. EUR mehr infolge der zu erwartenden Rückeinnahmen.

Zu 10 03/681 71

Leistungen gemäß § 2 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), die gemäß § 8 Abs. 1 UVG zu einem Drittel vom Bund und zu zwei Dritteln von den Ländern getragen werden.
Vgl. auch Erläuterung zu 231 71.

2009 gegenüber 2008:
5.374,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
1.100,0 Tsd. EUR mehr wegen dem zu erwartenden Bedarf.

Zu 10 03/72

Verbesserung der Betreuung von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten im Sinne der §§ 67 ff. SGB XII insbesondere durch landesweite Koordinierungs- und Vernetzungsmaßnahmen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

2009 gegenüber 2008:
53,8 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		73 Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 73-0	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A	1,0
531 73-3	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	---
536 73-8	290	Kosten für Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen	---	---	A	1,0
633 73-0	290	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200,0	200,0	A	150,0
					B	147,6
					C	129,8
683 73-9	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---
684 73-8	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	4.000,0	4.000,0	A	3.648,0
					B	1.752,4
					C	1.619,4
		Summe der Titelgruppe	4.200,0	4.200,0	A	3.800,0
					B	1.900,0
					C	1.749,1
		74 Förderung des Qualitätsmanagements und der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Sozialarbeit				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 02.</i>				
526 74-9	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	12,0	12,0	A	25,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 20,0</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 20,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
531 74-2	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	---
					B	0,2
					C	0,1
536 74-7	290	Kosten für Fach- und Arbeitstagungen	177,2	123,2	A	149,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 150,0</i>			B	116,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 150,0</i>			C	238,8
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
633 74-9	290	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
683 74-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---
684 74-7	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	40,0	40,0	A	25,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 40,0</i>			B	7,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 40,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
685 74-6	290	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	18,0	12,0	A	11,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 10,0</i>			B	0,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 10,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	247,2	187,2	A	210,6
					B	124,1
					C	238,9

Erläuterungen

Zu 10 03/73

Mit den veranschlagten Mitteln werden anerkannte Insolvenzberatungsstellen in gemeinnütziger und kommunaler Trägerschaft für die Durchführung des nach der Insolvenzordnung erforderlichen außergerichtlichen Entschuldungsversuches gefördert.

2009 gegenüber 2008:

422,1	Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
822,1	Tsd. EUR	mehr	zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Insolvenzberatung
400,0	Tsd. EUR	mehr	

Zu 10 03/74

Zweck der Förderung ist es, die Qualität und Effizienz sozialer Arbeit in den Feldern Unterstützung, Hilfe und Beratung aller Anbieter transparent zu machen, zu steigern und die Ergebnisse bewertbar zu machen. Damit verbunden ist die Gewinnung von Erkenntnissen, ebenso die Förderung und Fortentwicklung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie (neue Medien) in der sozialen Arbeit mit dem Ziel, die Information über die Angebote für die Bürger, die Beratungskräfte und die Kostenträger zu verbessern.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind die Mittel im Einzelnen für:		
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen	215,2	155,2
Insbesondere: ConSozial - Fachmesse und Kongress für den Sozialmarkt in Deutschland, Deutscher Fürsorgetag 2009, Sozialmarktstudie		
2. Zuschüsse zur Förderung des Qualitätsmanagements sowie des Einsatzes und der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie	32,0	32,0
Zusammen	247,2	187,2

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2009 gegenüber 2008:

23,4	Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
60,0	Tsd. EUR	mehr	wegen verstärktem Bedarf bei der ConSozial und Zuwendungen für die Sozialmarktstudie
36,6	Tsd. EUR	mehr	

2010 gegenüber 2009:

60,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Bedarf.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die Förderung jahresübergreifender Projekte.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		86 - 87 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Im Vorgriff auf die Einnahmen bei 111 87 und 381 87 dürfen in den Monaten Januar bis März des jeweiligen Haushaltsjahres bei Titel 425 87, 547 87, 681 87, 684 87, 686 87, 892 87 und 893 87 Ausgaben in Höhe von bis zu 10.000,0 Tsd. EUR geleistet sowie Zuschüsse in Höhe von bis zu 10.000,0 Tsd. EUR (fällig in den Monaten April bis Dezember) bewilligt werden.</i>				
428 87-3	290	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 681 87, 683 87 und 686 87 bis zum Betrag von 230,1 Tsd. EUR. Aus dem Ansatz können Entgelte der Arbeitnehmer in sämtlichen Geschäftsbereichen geleistet werden.</i>	90,0	90,0	A B C	90,0 70,5 55,8
547 87-9	290	Aufwendungen zur Verbesserung der beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen	2.000,0	2.000,0	A B C	2.000,0 882,5 1.031,3
631 86-7	290	Abführung der Zinsen aus den Zuweisungen des Ausgleichsfonds für das Sonderprogramm "Job 4000" an den Bund <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 686 87 in Höhe der auf das Sonderprogramm "Job 4000" entfallenden Zinsen.</i>	10,0	10,0	A	---
631 87-6	290	Abführungen an den Ausgleichsfonds <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 34 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 87 und 381 87.</i>	28.050,0	28.050,0	A B C	29.410,0 25.720,2 26.171,1
632 87-5	290	Ausgaben für den Ausgleich des Aufkommens an Ausgleichsabgabe zwischen den Integrationsämtern	12.650,0	12.650,0	A B C	12.000,0 9.167,6 12.716,0
681 87-5	290	Zuschüsse zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an einzelne schwerbehinderte Menschen <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	2.000,0 2.187,4 2.499,1
683 86-4	290	Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige im Rahmen des Sonderprogramms "Job 4000" <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 86.</i>	700,0	700,0	A	480,0
683 87-3	290	Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	300,0	300,0	A B C	100,0 387,7 2.897,6

Erläuterungen

Zu 10 03/428 87

Mittelbedarf für die bis 31.12.1990 eingestellten Vorlesekräfte für blinde Bedienstete.

Zu 10 03/547 87

Aufklärungs-, Bildungs- und Schulungsmaßnahmen (§ 102 Abs. 3 letzter Satz SGB IX, § 29 SchwbAV).

Zu 10 03/631 86

Erstattung der Zinserträge von den Zuweisungen aus dem Ausgleichsfonds für das Programm "Job 4000" an den Bund.

2009 gegenüber 2008:

10,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/631 87

Der dem Ausgleichsfonds zustehende Anteil von 30 v.H. an dem in einem Haushaltsjahr eingehenden Aufkommen der Ausgleichsabgabe ist an den Bund abzuführen; Übergangsregelung § 46 Abs. 1 Nr. 2 SchwbAV (zusätzliche Abführung 4 v.H.) läuft 2008 ab.

2009 gegenüber 2008:

1.360,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/632 87

Zwischen den Integrationsämtern im Bundesgebiet wird ein Ausgleich herbeigeführt (§ 77 Abs. 6 Satz 2 und 3 SGB IX), damit jedem Integrationsamt annähernd gleiche Beträge an der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stehen. Durch den Ausgleich verringert sich der dem Land verbleibende Anteil von 66 v.H. des Aufkommens.

2009 gegenüber 2008:

650,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/681 87

Leistungen gemäß § 102 Abs. 3 SGB IX, §§ 17 bis 25 SchwbAV.

Zu 10 03/683 86

Veranschlagt sind die Mittel aus dem Ausgleichsfonds für das Programm "Job 4000".
Vgl. Erläuterung zu 10 03/231 86.

2009 gegenüber 2008:

220,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/683 87

Mittel für Zuschüsse an Arbeitgeber für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Rahmen von Sonderprogrammen.

2009 gegenüber 2008:

200,0 Tsd. EUR mehr wegen notwendiger Landesmittel für das Sonderprogramm "Job 4000".

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
684 87-2	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 3.600,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2010 in Höhe von 3.600,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2011 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2013 Tsd. EUR 1.200,0</i>	1.200,0	1.200,0	A B C	1.200,0 454,0 369,6
686 87-0	290	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke <i>Zu 681 87, 683 87 und 686 87:</i> <i>Vgl. Vermerk zu 425 87.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 66 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 87 und 381 87 sowie um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 112 87, 235 87, 271 87 und 281 87.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 13 06/162 45.</i>	5.000,0	5.000,0	A B C	5.000,0 5.155,5 4.027,4
862 87-6	290	Darlehen an Arbeitgeber	400,0	400,0	A B C	200,0 55,6 99,4
863 87-5	290	Darlehen an einzelne schwerbehinderte Menschen und an Sonstige <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 87 und 182 87.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.560,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.560,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	5.000,0	A B C	5.000,0 3.313,8 4.731,0
892 87-0	290	Zuschüsse an Arbeitgeber <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 17.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 17.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	30.000,0	30.000,0	A B C	25.000,0 29.871,8 36.692,6
893 87-9	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation schwerbehinderter Menschen nach § 30 SchwbAV <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 13.600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 13.600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.740,0	11.740,0	A B C	11.000,0 9.861,5 13.327,2
Summe der Titelgruppe			99.140,0	99.140,0	A B C	93.480,0 87.128,3 104.618,0
88 Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
681 88-4	290	Beihilfen	2.335,0	2.345,0	A B C	2.200,0 2.371,3 2.310,5

Erläuterungen

Zu 10 03/684 87

Bewilligung von Zuschüssen für Miet- und Pachtaufwendungen gem. § 30 Abs. 3 SchwbAV.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die Bewilligung von Zuschüssen für mehrjährige Mietverhältnisse.

Zu 10 03/686 87

Veranschlagt sind:

1. Zuschüsse zur psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen (§ 102 Abs. 2 Satz 4 SGB IX, § 28 SchwbAV)
2. Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeits- und Berufsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (§ 17 SchwbAV)
3. Zuschüsse für Forschungs- und Modellvorhaben (§ 14 Abs. 1 Nr. 4 SchwbAV).

In Abstimmung mit dem Finanzministerium werden gemäß der Zustimmung des Zentralbankrates vom 27. November 1980 die zur Auszahlung vorübergehend nicht benötigten Mittel der Ausgleichsabgabe verzinslich angelegt. Die hieraus bei 13 06/162 45 aufkommenden Zinserträge fließen dem Ansatz zu.

Zu 10 03/862 87

Darlehen zur Schaffung und Bereitstellung sowie zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen privater Unternehmer.

2009 gegenüber 2008:

200,0 Tsd. EUR mehr wegen höherem Bedarf.

Zu 10 03/863 87

Veranschlagt sind

1. Darlehen zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an einzelne schwerbehinderte Menschen (§ 102 Abs. 3 SGB IX, §§ 17 bis 25 SchwbAV)
2. Darlehen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/892 87

Zuschüsse an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen, zur behindertengerechten Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsplätzen, bei außergewöhnlichen Belastungen im Sinne von § 102 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b SGB IX sowie zur Förderung von Integrationsprojekten.

2009 gegenüber 2008:

5.000,0 Tsd. EUR mehr wegen voraussichtlichem Bedarf.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Zur rechtzeitigen Bewilligung mehrjähriger Vorhaben.

Zu 10 03/893 87

Zuschüsse zur Schaffung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation schwerbehinderter Menschen in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

2009 gegenüber 2008:

740,0 Tsd. EUR mehr nach den voraussichtlich verfügbaren Mitteln.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/88

Nach § 60 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) erhalten Impfgeschädigte wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen eines Impfschadens auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG); darunter fallen auch Leistungen der Kriegsofopferfürsorge (§§ 25 bis 27j BVG). Die Aufwendungen trägt allein das Land.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

2009 gegenüber 2008:

132,5 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:

10,0 Tsd. EUR mehr wegen zu erwartender höherer Ausgaben.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
863 88-4	290	Darlehen	17,5	17,5	A C	20,0 16,4
Summe der Titelgruppe			2.352,5	2.362,5	A B C	2.220,0 2.371,3 2.327,0
89 Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>						
632 89-3	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	5,0	5,0	A B C	20,0 1,7 3,7
636 89-9	290	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	820,5	870,5	A B C	860,0 726,6 725,5
671 89-5	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	446,5	450,5	A B C	520,0 464,1 465,6
672 89-4	290	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung	0,5	0,5	A C	--- 0,0
681 89-3	290	Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	10.250,0	10.300,0	A B C	10.400,0 10.085,6 10.117,4
Summe der Titelgruppe			11.522,5	11.626,5	A B C	11.800,0 11.278,0 11.312,2
90 Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
684 90-7	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	620,4	620,4	A B C	558,4 446,7 476,1
893 90-4	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			620,4	620,4	A B C	558,4 446,7 476,1
94 Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge <i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 94) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
631 94-7	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 40 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 94, 182 94 und 281 94.</i>	19,7	20,2	A B C	28,0 21,0 16,6
681 94-6	290	Beihilfen	1.617,0	1.732,0	A B C	1.276,0 1.449,3 1.076,9

Erläuterungen

Zu 10 03/89

Leistungen nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes mit Ausnahme der Kriegsopferversorge.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

2009 gegenüber 2008:
277,5 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
104,0 Tsd. EUR mehr wegen dem voraussichtlichen Bedarf.

Für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorge sind Mittel bei TG 88 veranschlagt.

Zu 10 03/90

Zuschüsse an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege für Personalkosten, die im Rahmen der zentralen Aufgaben im Wohlfahrtsbereich, insbesondere in der Bündelungsfunktion für Fördermaßnahmen entstehen (insbesondere Zuschüsse gem. Art. 88 Abs. 3 AGSG), sowie Zuschüsse an sonstige Körperschaften, Verbände und Vereine zur Förderung ihrer Aufgaben.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2009 gegenüber 2008:		
	62,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
	124,0 Tsd. EUR	mehr wegen erhöhtem Förderbedarf
	<u>62,0 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 03/94, 95 und 96

Nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (OEG) erhalten Opfer von Gewalttaten wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Gewalttat auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG).

Es sind veranschlagt:

1. bei TG 94:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorge (§§ 25 bis 27j BVG), für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
2. bei TG 95:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferversorge, für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
3. bei TG 96:
Ausgaben für die Leistungen, für die Kostenträger ausschließlich das Land ist (Leistungen, die nicht Geldleistungen im Sinne des § 4 Abs. 2 OEG sind).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.3.

Zu 10 03/94

Die entsprechenden Einnahmen sind bei TG 94 (Einnahmen) ausgebracht.

2009 gegenüber 2008:
331,7 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:
103,5 Tsd. EUR mehr wegen dem voraussichtlichen Bedarf.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
863 94-6	290	Darlehen	25,0	13,0	A B C	26,0 5,1 3,0
Summe der Titelgruppe			1.661,7	1.765,2	A B C	1.330,0 1.475,4 1.096,5
95 Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)						
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 95) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
631 95-6	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 40 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 95.</i>	150,0	150,0	A B C	180,7 46,3 175,1
632 95-5	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	10,0	10,0	A B C	3,7 7,4 37,2
636 95-1	290	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	213,5	226,5	A B C	164,7 195,6 167,2
671 95-7	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	28,0	27,5	A B C	30,9 25,4 23,7
672 95-6	290	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung	---	---	A	---
681 95-5	290	Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	9.700,0	9.800,0	A B C	8.830,0 8.450,4 8.687,7
Summe der Titelgruppe			10.101,5	10.214,0	A B C	9.210,0 8.725,1 9.090,9
96 Leistungen an Opfer von Gewalttaten, soweit Kostenträger ausschließlich das Land ist						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>						
631 96-5	290	Kostenerstattung an den Bund	---	---	A	---
632 96-4	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	30,0	30,0	A B C	42,0 16,6 68,0
636 96-0	290	Erstattungen an Sozialversicherungsträger	5.631,5	6.231,5	A B C	5.613,0 5.013,3 4.488,6
671 96-6	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	1.562,0	1.551,0	A B C	1.665,0 1.688,8 1.497,9
681 96-4	290	Unterstützungen sowie Beihilfen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge	2.530,0	2.565,0	A B C	2.030,0 2.775,5 2.562,7

Erläuterungen

Zu 10 03/95

Die entsprechenden Einnahmen sind bei TG 95 (Einnahmen) ausgebracht.

2009 gegenüber 2008:
891,5 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:
112,5 Tsd. EUR mehr entsprechend dem zu erwartenden Bedarf.

Zu 10 03/96

2009 gegenüber 2008:
403,5 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:
624,0 Tsd. EUR mehr wegen dem voraussichtlichen Bedarf.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
863 96-4	290	Darlehen im Rahmen der Kriegsoferfürsorge	---	---	A B C	--- -1,5 -2,2
		Summe der Titelgruppe	9.753,5	10.377,5	A B C	9.350,0 9.492,7 8.615,0
		Gesamtausgaben	436.583,0	447.885,2	A B C	391.571,9 376.882,7 407.532,5

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	104.582,3	104.579,4	A	95.685,0
					B	100.195,3
					C	99.604,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	116.616,0	121.581,7	A	97.134,0
					B	98.413,7
					C	96.879,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	16.403,0	19.003,7	A	1.500,0
					B	-587,5
					C	-5.305,0
		Gesamteinnahmen	237.601,3	245.164,8	A	194.319,0
					B	198.021,5
					C	191.178,0
		Personalausgaben	300,1	247,8	A	95,6
					B	72,1
					C	58,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.038,2	5.923,8	A	5.523,8
					B	4.035,5
					C	3.893,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	362.990,0	371.529,9	A	344.373,8
					B	329.622,6
					C	348.582,4
		Sonstige Sachinvestitionen	15,0	19,0	A	-
					B	-
					C	-
		Investitionsförderungsmaßnahmen	66.962,5	69.870,5	A	41.246,0
					B	43.106,5
					C	54.867,4
		Besondere Finanzierungsausgaben	277,2	294,2	A	332,7
					B	46,0
					C	130,1
		Gesamtausgaben	436.583,0	447.885,2	A	391.571,9
					B	376.882,7
					C	407.532,5
		Zuschuss	198.981,7	202.720,4	A	197.252,9
					B	178.861,2
					C	216.354,5

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-2	211	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
					B	1,3
132 01-1	211	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
					C	5,2
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
236 01-6	211	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern, den Verbänden und sonstige Institutionen	2.143,9	2.182,4	A	2.240,5
					B	2.259,6
					C	2.069,4
Gesamteinnahmen			2.143,9	2.182,4	A	2.240,5
					B	2.260,9
					C	2.074,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	211	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	1.765,1	1.802,2	A	1.734,8
					B	1.683,5
					C	1.740,0
422 11-8	211	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	***	A	---
422 31-4	211	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	43,2	44,1	A	51,3
					B	41,2
					C	61,0
422 45-8	211	Leistungszulagen und Leistungsprämien für Beamte aufgrund § 42a BBesG	3,7	3,7	A	3,7
428 01-4	211	Entgelte der Arbeitnehmer	87,7	89,5	A	203,4
					B	84,4
					C	187,0
441 01-7	211	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamte	90,0	90,0	A	109,0
					B	75,8
					C	90,1
441 02-6	211	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeitnehmer	1,0	1,0	A	0,5
					B	0,9
453 01-2	211	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0	A	10,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	211	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	39,7	39,7	A	44,7
					B	25,9
					C	21,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 04

Dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung obliegt die Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung aller landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger, ihrer Verbände, der Kassenärztlichen Vereinigungen, der Ausschüsse und der Geschäftsstelle nach § 106 SGB V und der Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Dienst. Diese erstatten nach Art. 7 Abs. 3 AGSG und nach § 274 Abs. 2 SGB V die Kosten der Prüfung nach dem Verhältnis der beitragspflichtigen Einnahmen ihrer Mitglieder. Der Staatskasse fallen diejenigen Kosten des Prüfungsamtes zur Last, die über die kostenerstattungspflichtige Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung der o.g. Sozialversicherungsträger und Institutionen hinaus im Staatsinteresse entstehen sowie die Kosten der Dienstaufsichtsprüfungen. Der Anteil der o.g. Sozialversicherungsträger und Institutionen ist mit 70 v.H., der Anteil des Staates mit 30 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben des Prüfungsamtes pauschaliert. Die Kosten für Prüfungen nach § 15a Risikostrukturausgleichsverordnung tragen die geprüften Krankenversicherungsträger in voller Höhe.

Zu 10 04/236 01

Die Einnahmen errechnen sich aus 70 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben.

2009 gegenüber 2008:

96,6 Tsd. EUR weniger wegen rückläufiger Ausgaben

2010 gegenüber 2009:

38,5 Tsd. EUR mehr wegen höherer Ausgaben.

Zu 10 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 04/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

Zu 10 04/422 45

Wegen der teilweisen Erstattung der Aufwendungen für das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung durch die Sozialversicherungsträger werden die anteiligen Leistungszulagen und Leistungsprämien ab 2004 gesondert veranschlagt.

Zu 10 04/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 04/441 01

2009 gegenüber 2008:

19,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 04/453 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	5,0	5,0
2. Umzugskostenvergütungen	5,0	5,0
Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 04/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	12,0	12,0
2. Bücher und Zeitschriften	4,0	4,0
3. Kommunikation	7,0	7,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	8,0	8,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	8,7	8,7
Zusammen	39,7	39,7

Zu 10 04/511 01, 525 01, 546 49 und 812 01

Weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
518 01-5	211	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	112,0	112,0	A B C	120,0 119,0 119,0
518 11-3	211	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	4,9	4,9	A B C	5,9 1,5 1,6
525 01-6	211	Aus- und Fortbildung	14,0	14,0	A B C	15,7 5,0 6,2
527 01-4	211	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	104,7	104,7	A B C	100,0 75,4 88,3
534 01-5	211	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	55,0	55,0	A B	70,0 19,3
546 49-5	211	Vermischte Verwaltungsausgaben	1,2	1,2	A B	1,3 0,0
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-8	211	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	14,2	14,2	A B	16,0 2,2
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 02-2	990	Erstattung der Versorgungsanteile für die Beamten des Landesprüfungsamtes an das Land <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 40 v.H. der Mehrausgaben bei 422 01, 422 11 und 422 31.</i>	723,3	738,5	A B C	714,4 630,7 651,2
Gesamtausgaben			3.069,7	3.124,7	A B C	3.200,7 2.764,8 3.013,9

Erläuterungen

Zu 10 04/518 01

Nutzungsschädigung für die Diensträume des Landesprüfungsamtes im StMAS.

Zu 10 04/518 11

Miete für ein Fotokopiergerät.

Zu 10 04/527 01

2009 gegenüber 2008:

11,1 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
7,0 Tsd. EUR	mehr	infolge Erhöhung der Wegstreckenentschädigung
8,8 Tsd. EUR	mehr	wegen höheren Bedarfs
4,7 Tsd. EUR	mehr	

Zu 10 04/534 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Datenerfassung durch Dritte	-	-
Softwareentwicklung durch Dritte (Infosystem)	20,0	20,0
Sonstiges (Hotline, Support, DV-Systeme)	35,0	35,0
Zusammen	55,0	55,0

2009 gegenüber 2008:

7,8 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
7,2 Tsd. EUR	weniger	wegen geringeren Bedarfs
15,0 Tsd. EUR	weniger	

Zu 10 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 04/812 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Beschaffung von Arbeitsplatzrechnern	4,0	4,0
2. Beschaffung von Druckern	2,0	2,0
3. Einrichtung für Datenschutz und Datensicherheit	2,0	2,0
4. Software	6,2	6,2
Zusammen	14,2	14,2

Zu 10 04/981 02

Erstattung des Versorgungsaufwands zugunsten 13 20/381 71 in Form einer Pensionsrücklage in Höhe von 40 v.H. des Aktivbruttogehalts der Beamten.

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	-
					B	1,3
					C	5,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.143,9	2.182,4	A	2.240,5
					B	2.259,6
					C	2.069,4
		Gesamteinnahmen	2.143,9	2.182,4	A	2.240,5
					B	2.260,9
					C	2.074,6
		Personalausgaben	2.000,7	2.040,5	A	2.112,7
					B	1.885,7
					C	2.078,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	331,5	331,5	A	357,6
					B	246,2
					C	274,5
		Sonstige Sachinvestitionen	14,2	14,2	A	16,0
					B	2,2
					C	10,2
		Besondere Finanzierungsausgaben	723,3	738,5	A	714,4
					B	630,7
					C	651,2
		Gesamtausgaben	3.069,7	3.124,7	A	3.200,7
					B	2.764,8
					C	3.013,9
		Zuschuss	925,8	942,3	A	960,2
					B	503,9
					C	939,4

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
111 01-3	252	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
					B	13,4
					C	1,6
119 01-5	252	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	10,0
					B	1,0
					C	1,9
182 01-7	252	Rückzahlungen aus Darlehen	---	---	A	---
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-8	252	Zuweisungen des Bundes für Modellvorhaben im Rahmen der beruflichen Bildung behinderter Menschen <i>Vgl. Vermerk zu TG 78.</i>	---	---	A	---
231 02-7	252	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der beruflichen Bildung <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A	---
231 03-6	253	Zweckgebundene Zuweisungen zu den Kosten der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften <i>Vgl. Vermerk zu TG 76.</i>	---	---	A	---
231 04-5	251	Zweckgebundene Zuweisung des Bundes gem. § 46 SGB II <i>Vgl. Vermerk zu 633 01.</i>	240.000,0	240.000,0	A	240.000,0
					B	312.497,1
					C	300.463,4
272 30-3	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 2 gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 54.</i>	---	---	A	7.300,0
					B	7.332,9
					C	11.504,4
272 31-2	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 3 gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 55.</i>	---	---	A	26.600,0
					B	50.107,8
					C	36.773,0

Erläuterungen**Vorbemerkung zu Kapitel 10 05**

Aus den Mitteln des Kapitel 10 05 werden Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, der Berufshilfe, der beruflichen Bildung, insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und der freiwilligen sozialen Dienste, sowie Maßnahmen und Einrichtungen der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation gefördert.

Zu 10 05/111 01

Leertitel zur Vereinnahmung von Gebühren usw.

Zu 10 05/119 01

Einnahmen aus Schutzgebühren für arbeitswissenschaftliche Veröffentlichungen.

2009 gegenüber 2008:

10,0 Tsd. EUR weniger wegen den immer geringeren Einnahmen.

Zu 10 05/182 01

Rückflüsse aus nicht verwendeten Darlehen.

Zu 10 05/231 01 bis 231 03

Für zweckgebundene Zuweisungen des Bundes:

1. Tit. 231 01 zur Förderung von Modellvorhaben im Rahmen der beruflichen Bildung behinderter Menschen; Ausgaben bei TG 78.
2. Tit. 231 02 zur Förderung von Entwicklungsarbeiten im Bereich der beruflichen Bildung; Ausgaben bei TG 74.
3. Tit. 231 03 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften; Ausgaben bei TG 76.

Zu 10 05/231 04

Im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten erwerbstätige Hilfebedürftige neben Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (§ 19 SGB II) Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II. Träger der Leistungen für Unterkunft und Heizung sind die Landkreise und kreisfreien Gemeinden, § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II.

Der Bund beteiligt sich zweckgebunden an diesen Leistungen in der im Gesetz geregelten Höhe, um sicherzustellen, dass die Kommunen durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der sich aus ihm ergebenden Einsparungen der Länder um jährlich 2,5 Mrd. EUR entlastet werden.

Der Bund trug in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 29,1 v.H. der Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 46 Abs. 6 S. 1 SGB II). Im Jahr 2007 trug der Bund 31,2 v.H. (§ 46 Abs. 6 S. 2 SGB II), im Jahr 2008 wird er 28,6 v.H. (§ 46 Abs. 7 SGB II). In den Jahren 2009 und 2010 wird die Beteiligungsquote nach der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach der im Gesetz geregelten Formel bestimmt und gegebenenfalls angepasst.

Die Bundeserstattung wird an die Kommunen weitergeleitet – vgl. 633 01.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.4.

Zu 10 05/272 30 und 272 31

Veranschlagt sind Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) von der EU im Rahmen der Einheitlichen Programmplanungsdokumente für das Ziel 2 und das Ziel 3 innerhalb des Förderzeitraums 2000 - 2006 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen nach einer einmaligen Vorauszahlung im Rahmen eines Erstattungsprinzips in Form von Zwischenzahlungen und Restzahlungen.

Die ESF-Mittel werden über die jeweils entsprechende Ausgabetitelgruppe (TG 54 und 55) abgewickelt.

Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen.

Die Anträge auf Restzahlung für das Ziel 2 und 3 sind bis spätestens 31.03.2010 bei der Europäischen Kommission vorzulegen.

Vgl. auch Erläuterungen zu TG 54 und 55.

Zu 10 05/272 30

2009 gegenüber 2008:

7.300,0 Tsd. EUR weniger wegen Auslaufen des Förderzeitraums.

Zu 10 05/272 31

2009 gegenüber 2008:

26.600,0 Tsd. EUR weniger wegen Auslaufen des Förderzeitraums.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
272 34-9	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (Programm Bayern-Tschechische Republik) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 58.</i>	---	---	A	500,0
					B	706,3
					C	324,6
272 39-4	253	Zuweisung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" gemäß der Verordnung (EG) mit Allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und der Verordnung (EG) über den ESF (Förderzeitraum 2007 - 2013) <i>Vgl. Vermerk zu TG 60.</i> <i>Auszahlungen an andere Ressorts können von den Einnahmen abgesetzt, Rückerstattungen der Ressorts können als Einnahmen gebucht werden.</i>	34.500,0	34.500,0	A	---
					B	6.201,2
272 40-1	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) für das Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" gem. Art. 3 der Verordnung (EG) mit Allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und gem. Art. 6 der Verordnung (EG) über den EFRE (Förderzeitraum 2007 - 2013) <i>Vgl. Vermerk zu TG 61.</i>	***	***	A	---
281 11-5	252	Rückerstattungen aus Zuschüssen	500,0	500,0	A	800,0
					B	293,9
					C	544,0
282 01-6	252	Beiträge zu den Kosten der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A	---
282 02-5	252	Einnahmen vom Bund für die Begabtenförderung <i>Vgl. Vermerk zu 681 01.</i>	***	***	A	---
Titelgruppen						
83 Einnahmen im Rahmen der Begabtenförderung						
<u>231 83-9</u>	252	Erstattungen vom Bund <i>Vgl. Vermerk zu 681 83.</i>	---	---	A	
<u>281 83-8</u>	252	Rückerstattungen von Leistungsempfängern <i>Vgl. Vermerk zu 631 83.</i>	---	---	A	
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
					B	-
					C	-
Gesamteinnahmen			275.000,0	275.000,0	A	275.210,0
					B	377.162,8
					C	350.568,5

Erläuterungen**Zu 10 05/272 34**

Veranschlagt ist ein Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE), die dem Freistaat Bayern von der EU im Rahmen des Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A innerhalb des Förderzeitraums 2000 - 2006 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen nach einer einmaligen Vorauszahlung im Rahmen eines Erstattungsprinzips in Form von Zwischenzahlungen und Restzahlungen.

Die EFRE-Mittel werden über die entsprechende Ausgabetitelgruppe (TG 58) abgewickelt.

Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen.

Die Anträge auf Restzahlung für das Ziel 2 und 3 sind bis spätestens 31.03.2010 bei der Europäischen Kommission vorzulegen.

Vgl. auch Erläuterungen zu TG 58.

2009 gegenüber 2008:

500,0 Tsd. EUR weniger wegen Auslaufen des Förderzeitraums.

Zu 10 05/272 39

Veranschlagt sind die zweckgebundenen Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern von der EU im Rahmen des Operationellen Programms "Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds - Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007-2013" für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ innerhalb des Förderzeitraums 2007 - 2013 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen durch die EU erfolgen nach einer einmaligen Vorauszahlung im Rahmen eines Erstattungsprinzips in Form von Zwischenzahlungen und Restzahlungen.

Die Vereinnahmung der ESF-Mittel erfolgt durch die Bescheinigungsbehörde ESF in Bayern als zuständige Stelle für die Entgegennahme der Zahlungen i.S.d. Art. 37 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006. Von dort erfolgt auch die Weiterleitung der ESF-Mittel an die übrigen beteiligten Ressorts.

Die ESF-Mittel werden über die entsprechende Ausgabetitelgruppe (TG 60) abgewickelt.

Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen.

Vgl. auch Erläuterungen zu TG 60.

2009 gegenüber 2008:

34.500,0 Tsd. EUR mehr wegen Zuweisungen der EU für den neuen Förderzeitraum.

Zu 10 05/281 11

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2009 gegenüber 2008:

300,0 Tsd. EUR weniger wegen der zu erwartender geringerer Rückzahlungen.

Zu 10 05/282 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Kostenbeiträgen von Teilnehmern an Veranstaltungen im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung; Ausgabe bei TG 74.

Zu 10 05/282 02

Ab 2009 Buchung bei TG 83 (Einnahmen).

Zu 10 05/83 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die Erstattungen des Bundes für die Begabtenförderung sowie die Rückerstattungen der Leistungsempfänger bei nicht in Anspruch genommenen Förderungen.

Vgl. auch Erläuterungen zu TG 83 (Ausgaben).

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 02-8	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung <i>Zu 412 02 und 536 02: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	4,0	4,0	A B C	4,0 2,4 4,4
Sächliche Verwaltungsausgaben						
536 02-9	011	Sachkosten des Landesausschusses für Berufsbildung <i>Vgl. Vermerk zu 412 02.</i>	1,0	1,0	A	0,5
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-2	251	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus den Zuweisungen des Bundes gem. § 46 SGB II <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 04. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>	240.000,0	240.000,0	A B C	240.000,0 312.496,1 300.463,4
681 01-3	252	Geldleistungen an natürliche Personen im Rahmen der Begabtenförderung <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 282 02.</i>	***	***	A	---
684 02-9	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Wirtschaftsbereich Hauswirtschaft	35,6	35,6	A B C	35,3 32,0 32,0
Titelgruppen						
54 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 2 (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen) gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 30. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und bei anderweitigen Ausgabeansätzen des Epl. 10, ausgenommen Ansätze für gemeinsam bewirtschaftete und verstärkungsfähige Personalausgaben und aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierte Ansätze, kassenmäßig auszugleichen.</i>						
429 54-6	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 92,0 198,1
547 54-3	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 37,4 26,5

Erläuterungen**Zu 10 05/412 02**

Nach § 82 Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl I S. 931), zuletzt geändert durch § 232 Abs. 5 der Neunten Zuständigkeitsanpassungsverordnung (BGBl I S. 2407), ist beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen der Landesausschuss für Berufsbildung zu bilden, der die Staatsregierung in Fragen der beruflichen Bildung zu beraten hat. Veranschlagt sind die Entschädigungen für Barauslagen und Zeitaufwand der Mitglieder. Die Mittel für Sachkosten des Ausschusses sind bei 536 02 veranschlagt.

Zu 10 05/536 02

Der Landesausschuss für Berufsbildung und seine Unterausschüsse beraten die Staatsregierung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen (Drucksachen des Bundestages, des Bundesrates, des Landtages usw.) und Referentenhonorare finanziert. Die Mittel für die Vergütung der Mitglieder sind bei 412 02 veranschlagt.

Zu 10 05/633 01

Vgl. Erläuterung zu 231 04.

Zu 10 05/681 01

Ab 2009 Buchung bei TG 83 (Ausgaben).

Zu 10 05/684 02

Aus dem Ansatz wird ausschließlich die Geschäftsstelle des Bayerischen Landesausschusses für Hauswirtschaft (BayLAH) mit Personal- und Sachkosten gefördert.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4.

2009 gegenüber 2008:

3,9 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,2 Tsd. EUR	mehr	infolge höheren Bedarfs
0,3 Tsd. EUR	mehr	

Zu 10 05/54 und 55

Auf der Grundlage von Einheitlichen Programmplanungsdokumenten für das Ziel 2 und das Ziel 3 werden dem Freistaat Bayern von der EU Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung gestellt (Förderzeitraum 2000 - 2006). Der Freistaat Bayern setzt diese Mittel für Maßnahmen bzw. Tätigkeiten ein, die insgesamt vor allem der Verhinderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung der Humanressourcen, der Integration in den Arbeitsmarkt und der Förderung der Beschäftigung dienen.

Der ESF beteiligt sich nur mit einem bestimmten maximalen Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Maßnahmen bzw. Tätigkeiten (Kofinanzierungsanteil). Die erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von ESF-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt.

Die Titelgruppen korrespondieren mit den diesbezüglichen Einnahmetiteln (vgl. 272 30 und 272 31).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.1.

Zu 10 05/54

Im Rahmen von Ziel 2 (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen bzw. Tätigkeiten zur Entwicklung menschlicher Ressourcen, um insbesondere eine positive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung sowie die wirtschaftliche und soziale Umstellung zu unterstützen.

Die Förderung richtet sich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Einheitlichen Programmplanungsdokument für das Ziel 2 (Förderzeitraum 2000 - 2006) in der jeweils aktuellen Fassung.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
633 54-8	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 1.229,2 1.297,3
681 54-9	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 1.733,5 603,4
686 54-4	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A B C	7.300,0 4.979,3 5.317,8
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	7.300,0 8.071,4 7.443,1
<p>55 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 3 (Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme) gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006)</p> <p><i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 31. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und bei anderweitigen Ausgabeansätzen des Epl. 10, ausgenommen Ansätze für gemeinsam bewirtschaftete und verstärkungsfähige Personalausgaben und aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierte Ansätze, kassenmäßig auszugleichen.</i></p>						
429 55-5	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 300,5 287,5
547 55-2	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 179,6 120,5
633 55-7	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 900,3 600,6
681 55-8	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 9.314,1 10.364,5
686 55-3	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A B C	26.600,0 34.950,5 38.485,0
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	26.600,0 45.644,9 49.858,1

Zu 10 05/686 54

7.300,0 Tsd. EUR weniger wegen Auslaufen des Förderzeitraums.

Zu 10 05/55

Im Rahmen von Ziel 3 (Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen bzw. Tätigkeiten insbesondere in folgenden Bereichen:

- Entwicklung und Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitiken zur Bekämpfung und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Erleichterung der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen sowie zur Unterstützung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen und von Berufsrückkehrern.
- Förderung der Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der vom gesellschaftlichen Ausschluss Bedrohten.
- Förderung und Verbesserung der Bildung sowie der Beratung im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens zur Förderung des Zugangs bzw. der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, der Beschäftigungsfähigkeit und der beruflichen Mobilität.
- Förderung von qualifizierten, ausgebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräften, der Innovation und der Anpassungsfähigkeit bei der Arbeitsorganisation, der Entwicklung des Unternehmergeistes, der Erleichterung zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Qualifizierung und Verstärkung des Arbeitskräftepotentials in Forschung, Wissenschaft und Technologie.
- Spezifische Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zum und ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt, einschließlich ihres beruflichen Aufstiegs, ihres Zugangs zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten und zum Unternehmertum, sowie Verringerung der geschlechtsspezifischen vertikalen und horizontalen Aufgliederung des Arbeitsmarktes.
- Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen sowie territorialer Beschäftigungsbündnisse.

Die Förderung richtet sich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Einheitlichen Programmplanungsdokument für das Ziel 3 (Förderzeitraum 2000 - 2006) in der jeweils aktuellen Fassung.

Zu 10 05/686 55

26.600,0 Tsd. EUR weniger wegen Auslaufen des Förderzeitraums.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		58 Maßnahmen zur Umsetzung des Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000-2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 34. Rückerneinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und bei anderweitigen Ausgabeansätzen des Epl. 10, ausgenommen Ansätze für gemeinsam bewirtschaftete und verstärkungsfähige Personalausgaben und aus zweckgebundene Einnahmen finanzierte Ansätze, kassenmäßig auszugleichen.</i>				
429 58-2	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 58-9	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
633 58-4	253	Zuweisungen an Gemeinden und GV	---	---	A	---
681 58-5	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
686 58-0	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	500,0
					B	706,3
					C	324,6
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	500,0
					B	706,3
					C	324,6
		60 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms für das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1083/2006 und Nr. 1081/2006 (Förderzeitraum 2007 - 2013) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 39. Rückerneinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und bei anderweitigen Ausgabeansätzen des Epl. 10, ausgenommen Ansätze für gemeinsam bewirtschaftete und verstärkungsfähige Personalausgaben und aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierte Ansätze, kassenmäßig auszugleichen.</i>				
429 60-8	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 60-5	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	56,7
633 60-0	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 60-1	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---

Erläuterungen**Zu 10 05/58**

Im Rahmen des von der Europäischen Kommission genehmigten Programmdokuments für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds (EFRE) insbesondere arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogene Maßnahmen, die die Schaffung bzw. Entwicklung eines integrierten Arbeitsmarktes flankieren und die Stärkung der Humanressourcen unterstützen oder die Integration im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt erleichtern (Förderzeitraum 2000 - 2006). Im Zentrum stehen ESF-konforme Maßnahmen, die aus dem EFRE gemäß Art. 21 der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 und Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 mitfinanziert werden. Die Förderung konzentriert sich dabei vor allem auf Maßnahmen mit grenzübergreifendem Charakter oder grenzübergreifenden Wirkungen.

Der EFRE beteiligt sich nur mit einem bestimmten maximalen Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Maßnahmen bzw. Tätigkeiten (Kofinanzierungsanteil). Die erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von EFRE-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt.

Die Titelgruppe korrespondiert mit dem diesbezüglichen Einnahmetitel 272 34.

Die Förderung richtet sich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Einheitlichen Programmplanungsdokument für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (Förderzeitraum 2000 - 2006) in der jeweils aktuellen Fassung.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.1.

Zu 10 05/686 58

500,0 Tsd. EUR weniger wegen Auslaufen des Förderzeitraums.

Zu 10 05/60

Auf der Grundlage des Operationellen Programms "Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds - Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007-2013 für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ werden dem Freistaat Bayern von der EU Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung gestellt (Förderzeitraum 2007 - 2013). Der Freistaat Bayern kann aus ESF-Mitteln Aktionen fördern, die insbesondere auf folgende übergreifende thematische Schwerpunkte bzw. Interventionsbereiche abstellen:

- Steigerung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer, Unternehmen und Unternehmer im Hinblick auf eine bessere Vorwegnahme und Bewältigung des wirtschaftlichen Wandels.
- Verbesserung des Zugangs von Arbeitssuchenden und nicht erwerbstätigen Personen zum Arbeitsmarkt und Verbesserung ihrer dauerhaften Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Prävention von Arbeitslosigkeit, insbesondere von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, Förderung des aktiven Alterns, Verlängerung des Arbeitslebens und Erhöhung der Beteiligung am Arbeitsmarkt.
- Verbesserung der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen im Hinblick auf ihre dauerhafte Eingliederung ins Erwerbsleben und Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.
- Stärkung und Verbesserung des Humankapitals.
- Förderung des Aufbaus von Partnerschaften, Bündnissen und Initiativen durch Vernetzung der zuständigen Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler und grenzübergreifender Ebene als Anstoß für Reformen hinsichtlich Beschäftigung und Einbeziehung aller in den Arbeitsmarkt.

Die Förderung richtet sich maßgeblich nach dem von der Europäischen Kommission mit Entscheidung vom 06.11.2007 genehmigten Operationellen Programm in der jeweiligen Fassung. Die Förderung erfolgt dort innerhalb typischer Förderaktivitäten, die in vier Prioritätsachsen gebündelt sind:

- Steigerung von Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen
- Verbesserung des Humankapitals
- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung
- Technische Hilfe

Der ESF beteiligt sich nur mit einem bestimmten maximalen Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Schwerpunkte bzw. Aktionen (Kofinanzierungsanteil). Die erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von ESF-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereit gestellt.

Die Auszahlungen der anderen beteiligten Ministerien werden grundsätzlich in den dortigen Haushalten verbucht.

Die Titelgruppe korrespondiert mit dem diesbezüglichen Einnahmetitel 272 39.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.2.

2009 gegenüber 2008:

34.500,0 Tsd. EUR mehr wegen Auszahlungen für den neuen Förderzeitraum.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
686 60-6	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	34.500,0	34.500,0	A	---
Summe der Titelgruppe			34.500,0	34.500,0	A B C	- 56,7 -
<p>61 Maßnahmen zur Umsetzung des Operativen Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen des Ziels "Europäische territoriale Zusammenarbeit" nach Art. 3 der Verordnung (EG) mit Allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und nach Art. 6 der Verordnung (EG) über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Förderzeitraum 2007 - 2013)</p> <p><i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 40. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und bei anderweitigen Ausgabeansätzen des Epl. 10, ausgenommen Ansätze für gemeinsam bewirtschaftete und verstärkungsfähige Personalausgaben und aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierte Ansätze, kassenmäßig auszugleichen.</i></p>						
429 61-7	253	Personalausgaben	***	***	A	---
547 61-4	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	***	***	A	---
633 61-9	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	***	***	A	---
681 61-0	253	Leistungen an natürliche Personen	***	***	A	---
686 61-5	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- - -
<p>70 Dreijahres-Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen im Behindertenbereich</p> <p><i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 10 05 TG 78.</i></p>						
883 70-5	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	***	A	---
892 70-4	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	***	A	---
893 70-3	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	***	A B C	--- 880,4 2.123,3
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- 880,4 2.123,3

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Erläuterungen

Zu 10 05/70

Leertitel für die Abfinanzierung der bewilligten Zuwendungen zur Schaffung von qualifizierten Heimplätzen für Menschen mit schwersten körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm wurden vor allem unter der Trägerschaft der gemeinnützigen Wohlfahrts- und Behindertenverbände moderne Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für behinderte Menschen errichtet.

Durch Haushaltsvermerk können die benötigten Mittel aus TG 78 bereitgestellt werden.

Das Programm wird 2009 abfinanziert.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		71 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
531 71-0	252	Druckkosten der Publikationsmittel	---	---	A	---
540 71-9	252	Veranstaltungskosten	---	---	A B C	8,0 0,1 0,3
681 71-8	252	Leistungen an natürliche Personen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	507,8	507,8	A B C	740,0 377,7 437,8
684 71-5	252	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	118,0	118,0	A B C	132,7 90,9 106,8
		Summe der Titelgruppe	625,8	625,8	A B C	880,7 468,7 544,9
		73 Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 893 73. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
<u>540 73-7</u>	252	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
633 73-5	252	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 73-3	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 750,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 750,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.107,9	1.107,9	A B C	1.246,4 616,5 505,9
686 73-1	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	42,2	42,2	A B C	47,5 19,8 8,0
893 73-0	252	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	1.150,1	1.150,1	A B C	1.293,9 636,3 514,0

Erläuterungen**Zu 10 05/71**

1. Im Rahmen des Bayerischen Jugendwerkes werden insbesondere folgende vorrangige Maßnahmen gefördert
 - a) der Übergang von der Schule zur Arbeitswelt bei leistungsgeminderten oder noch nicht berufsfähigen Jugendlichen - jedoch nicht für behinderte Menschen im Sinne der Rehabilitation -, die ohne eine spezifische Heranführung an Ausbildung und Arbeit im Berufsleben scheitern würden;
 - b) die betriebliche Berufsausbildung vor allem im nichtindustriellen Bereich, insbesondere in der Hauswirtschaft;
 - c) die Verbesserung der Ausstattung der Maßnahmeträger, um die Erreichung der Ausbildungsziele zu gewährleisten;
 - d) die Fortbildung von Lehrkräften der Grundlehrgänge für Hauswirtschaft in fachlichen Veranstaltungen.
 Eine Förderung erfolgt grundsätzlich nur, wenn andere Kostenträger (Sozialhilfeträger, Eltern usw.) nicht zur Übernahme der Kosten herangezogen werden können.
2. Für die Maßnahme "Freiwillige Hauswirtschafts- und Familienhilfe" sind Mittel bei 684 71 veranschlagt.
3. Die individuelle Förderung der Teilnehmer an den Grundlehrgängen für Hauswirtschaft ist bei 681 71 veranschlagt.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4.

2009 gegenüber 2008:

97,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
7,2 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/540 01 (von 540 71)
150,0 Tsd. EUR	weniger wegen geringerem Bedarf
<u>254,9 Tsd. EUR</u>	weniger

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die Förderung jahresübergreifender Maßnahmen.

Zu 10 05/73

Zur Berufsfindung Jugendlicher auf dem Sektor der Sozial- und Pflegeberufe ist die Förderung von Maßnahmen (z.B. im Rahmen des "freiwilligen sozialen Jahres") notwendig, die dem Jugendlichen Gelegenheit geben, seine Eignung zu erproben. Diese Maßnahmen, in der Regel von den freien Wohlfahrtsverbänden durchgeführt, bedürfen einer sorgfältigen und fachkundigen pädagogischen Betreuung und Führung. Insbesondere die im Zuge dieser Betreuung von den Maßnahmeträgern durchgeführten Kurse, Seminare und Veranstaltungen werden mit staatlichen Mitteln gefördert (684 73).

Verschiedene Organisationen führen laufend Maßnahmen der Berufshilfe durch, insbesondere zur Information der Arbeitnehmer über Fragen des Berufs- und Arbeitslebens und zur beruflichen Fortbildung. Es liegt im staatlichen Interesse, diese berufsbildungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen zu fördern. Daneben wird auch die überfachliche Fortbildung gefördert, die von Arbeitgebervereinigungen, Gewerkschaften, kirchlichen Stellen und ähnlichen Organisationen getragen wird (686 73).

Zu 10 05/684 73

2009 gegenüber 2008:

138,5 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Bedarf zur jahresübergreifenden Förderung.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4.

Zu 10 05/686 73

2009 gegenüber 2008:

5,3 Tsd. EUR weniger infolge haushaltneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		74 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 231 02 und 282 01.</i>				
531 74-7	252	Druckkosten der Publikationsmittel <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 52,5 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6,9	42,7	A B	24,8 62,2
540 74-6	252	Veranstaltungskosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.430,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 1.430,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2010 Tsd. EUR 700,0 2011 Tsd. EUR 730,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 300,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	33,0	930,0	A B C	950,0 560,0 669,9
683 74-3	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---
684 74-2	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 70,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	93,5	93,5	A B	85,0 19,4
685 74-1	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A B C	---
686 74-0	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A B C	---
		Summe der Titelgruppe	133,4	1.066,2	A B C	1.059,8 692,9 677,9
		76 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 03.</i>				
526 76-2	253	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A B C	---
531 76-5	253	Druckkosten der Publikationsmittel	---	---	A	---
540 76-4	253	Veranstaltungskosten	---	---	A B	---
633 76-2	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	44,5	44,5	A	50,0
681 76-3	253	Leistungen an natürliche Personen <i>Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>	---	---	A	---
683 76-1	252	Prämien und Leistungen an Unternehmen	---	---	A	---
684 76-0	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 200,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	232,4	232,4	A B C	261,4 62,6 351,4

Erläuterungen**Zu 10 05/74**

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung, der Ausbildungsbereitschaft und des Engagements für die Berufsbildung. Die Orientierung der Ausbildungsstellensuchenden und die Ausbildungsbereitschaft sollen unterstützt und dadurch gesichert werden. Initiativen sind wegen der regionalen Engpässe und des Süd-Nord-Gefälles weiterhin geboten. Die Zahl der Schulabgänger und damit der potentiellen Bewerber um betriebliche Ausbildungsstellen befindet sich auf hohem Niveau. Auch der Anteil der Altbewerber an der Gesamtheit der Nachfrager nimmt weiterhin zu. Die Zahlen der Ausbildungsverzichter und -abbrecher müssen verringert werden, damit mehr Jugendliche eine berufliche Qualifikation erwerben. Besonders sind an Maßnahmen für leistungsschwache Jugendliche und Immigranten zu denken. Im Jahr 2010 wird der 11. Bayerische Berufsbildungskongress stattfinden.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

2009 gegenüber 2008:

117,7 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
808,7 Tsd. EUR	weniger	wegen erfolgter Abfinanzierung des 10. Berufsbildungskongresses
926,4 Tsd. EUR	weniger	

2010 gegenüber 2009:

932,8 Tsd. EUR mehr zur Durchführung des 11. Bayerischen Berufsbildungskongresses

Verpflichtungsermächtigung 2009:

Für den Abschluss von Verträgen für den 11. Berufsbildungskongress.

Zu 10 05/76

Die Mittel werden für arbeitsmarktliche Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbesondere der beruflichen Orientierung, Vorbereitung und Eingliederung von Arbeitskräften eingesetzt. Förderungsfähig sind vor allem solche Maßnahmen, die den strukturpolitischen Zielvorstellungen Rechnung tragen, der Anpassung an technologische Veränderungen oder der Integration älterer Arbeitsloser dienen. Die Maßnahmen können im Zusammenwirken mit den Agenturen für Arbeit, von ihr beauftragten Arbeitsgemeinschaften oder Kommunen (z.B. Auftragsmaßnahmen) durchgeführt werden.

Gefördert werden auch Projekte, deren Zielsetzung die Bekämpfung der Akademikerarbeitslosigkeit ist.

Aus der Titelgruppe werden auch die Betriebsbefragungen und Analysen auf der Basis des Betriebspanels Bayern finanziert.

2009 gegenüber 2008:

44,4 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung von längerfristig laufenden Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
			6			
686 76-8	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 50,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	79,6	79,6	A	89,5
863 76-3	253	Darlehen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
892 76-8	253	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 76-7	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			356,5	356,5	A	400,9
					B	197,8
					C	529,5
77 Förderung einer Technologieberatungsagentur						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
531 77-4	253	Veröffentlichungs-, Druckkosten	---	---	A	---
684 77-9	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 77-7	253	Zuschüsse an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 70,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 70,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	156,7	156,7	A	270,0
					B	252,0
					C	255,0
893 77-6	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 30,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 30,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	26,7	26,7	A	30,0
Summe der Titelgruppe			183,4	183,4	A	300,0
					B	252,0
					C	255,0

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Erläuterungen

Zu 10 05/77

Die Mittel werden zur Information, Beratung und Qualifikation von Arbeitnehmern/innen und ihren betrieblichen sowie überbetrieblichen Interessenvertretungen in Fragen technologischer Veränderungen eingesetzt. Zur Durchführung geeigneter Maßnahmen wird der Betrieb der eingerichteten Technologieberatungsagentur finanziell unterstützt. Ziel ist es, bei betrieblichen Veränderungen ein produktives Co-Management der Betriebsräte mit der Unternehmensleitung herbeizuführen. Betriebsräte sollen durch entsprechende Schulungen in die Lage versetzt werden, technologische Neuerungen für den Betrieb zu beurteilen, Vorurteile abzubauen und entsprechende Umstellungen positiv zu begleiten. Durch die Anpassung an die technologischen Veränderungen können Arbeitsplätze erhalten und ggf. geschaffen werden.

2009 gegenüber 2008:

33,3 Tsd. EUR	weniger	infolge	haushaltsneutraler	Absenkung	der	haushaltsgesetzlichen	Sperre
83,3 Tsd. EUR	weniger	infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf					
116,6 Tsd. EUR	weniger						

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung längerfristiger Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
		78 - 79 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig, Titel 536 78 bis zu 75,0 Tsd. EUR.</i> <i>Titel der TG einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 10 07 Tit. 681 80 bis zu 1.022,6 Tsd. EUR und zu Lasten Kap. 10 05 TG 82 bis zu 200,0 Tsd. EUR.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 10 05 TG 70.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 10 65 TG 81.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01.</i>			
526 78-0	253	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	39,6	39,6	A 44,5 B 49,6 C 58,1

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation**Erläuterungen****Zu 10 05/78**

Menschen mit Behinderung bedürfen einer umfassenden Hilfe des Freistaates Bayern, um ihre besondere Lebenssituation meistern zu können. Gefördert werden daher insbesondere folgende Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen (Dritter Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung):

- Vgl. auch Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe im Anschluss an die Erläuterungen zu dieser Titelgruppe. -

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Förderung von Maßnahmen:		
1. Ambulante Maßnahmen im Bereich der Frühförderung und der beruflichen Rehabilitation, Beratungs- und Betreuungsdienste der offenen Behindertenarbeit, Selbsthilfeaktionen für behinderte und chronisch kranke Menschen	9.126,8	9.126,8
2. Arbeitsstelle Frühförderung	1.000,0	1.000,0
3. Behindertensport	1.000,0	1.000,0
4. Gesellschaftliche Integration behinderter Menschen (z.B. Begegnungsveranstaltungen, Orientierungs- und Kommunikationshilfen, Öffentlichkeitsarbeit für behinderte Menschen durch Dritte)	1.752,4	1.752,4
5. Gewinnung und Fortbildung von Personal für Behinderte sowie Elternkurse	230,0	230,0
6. Behindertenverbände, die in der Betreuung behinderter Menschen auf Landesebene bedeutsam wirken	153,4	153,4
7. Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Arbeitstagungen usw.	97,7	97,7
8. Wissenschaftliche Veranstaltungen, Forschungsvorhaben	39,6	39,6
9. Ausgaben im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes	100,0	100,0
Maßnahmen zusammen	13.499,9	13.499,9

Förderung von Einrichtungen:	2009	2009	2010	2010
	Haush.Betr. Tsd. EUR	Verpfl.Erm. Tsd. EUR	Haush.Betr. Tsd. EUR	Verpfl.Erm. Tsd. EUR
1. Einrichtungen für die Frühförderung, Sozialpädiatrische Zentren	2.572,7	3.000,0	2.572,7	3.000,0
2. Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation und der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0
3. Gemeinschaftseinrichtungen sowie Tagesbetreuungsstätten und -wohnheime (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	3.860,0	5.000,0	3.860,0	5.000,0
4. Einrichtungen für die Pflege und Betreuung behinderter Menschen	2.000,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
Einrichtungen zusammen	9.432,7	11.000,0	9.432,7	11.000,0
Maßnahmen und Einrichtungen insgesamt	22.932,6	11.000,0	22.932,6	11.000,0

Durch Haushaltsvermerk ist eine Mittelverstärkung bis zu 1.022,6 Tsd. EUR zu Lasten Kap. 10 07 Tit. 681 80 sowie bis zu 200,0 Tsd. EUR zu Lasten Kap. 10 05 TG 82 möglich.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2009 gegenüber 2008:

2.876,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
944,5 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 07/684 04
860,0 Tsd. EUR	mehr zur beschleunigten Abfinanzierung laufender und zum Teil seit Jahren fertig gestellter sowie neu bewilligter Projekte
2.961,3 Tsd. EUR	weniger

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Zur rechtzeitigen Bewilligung der Zuwendungen für Investitionsförderungsmaßnahmen.

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation**Erläuterungen****Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe:**

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweckbestimmung (Haushaltsstelle)		
1. Bundesanteil an der Ausgabe von Wertmarken gem. § 152 SGB IX (10 03/631 02)	1.850,0	1.850,0
2. Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz (10 03/681 01)	81.700,0	81.700,0
3. Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr (10 03/682 01)	35.750,0	37.000,0
4. Zuschüsse an Arbeitgeber zur Erstattung des Schwerbeschädigtenurlaubs (10 03/683 02)	1,2	1,2
5. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe (10 03/TG 86-87)	99.140,0	99.140,0
6. Leistungen an Impfgeschädigte (10 03/TG 88 und 89)	13.875,0	13.989,0
7. Leistungen an Opfer von Gewalttaten (10 03/TG 94, 95 und 96)	21.516,7	22.356,7
8. Bayer. Landesplan für Menschen mit Behinderung (10 05/TG 78)	22.932,6	22.932,6
9. Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen (10 05/TG 82)	1.396,5	1.696,5
10. Erholungs- und Wohnungshilfe (10 06/633 03)	50,0	50,0
11. Allgemeine Maßnahmen der Schwerbehindertenfürsorge (10 06/686 04)	18,3	18,3
12. Leistungen der Kriegsoferfürsorge (10 06/TG 71 bis 74)	4.774,5	4.659,5
13. 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (10 06/TG 75 und 76)	62,4	62,4
14. 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz(10 06/TG 77 und 78)	16,2	16,2
15. Heime und ähnliche Einrichtungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz (10 07/TG 79)	2.500,0	1.980,0
16. Erstattung von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger (10 20/636 01)	1.000,0	1.000,0
17. Verwaltungskostenersatz für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen (10 20/671 01)	20,0	20,0
18. Maßnahmen nach § 3 Satz 1 Nr. 1 u. 2 ZulnvG (Kap. 10 03 Titel 893 02 bis 893 05)	17.850,0	19.370,0
Zusammen	304.453,4	307.842,4

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
531 78-3	290	Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen	24,7	24,7	A B C	27,8 123,6 76,9
536 78-8	290	Kosten des Behindertenbeauftragten <i>Die Behindertenbeauftragte der Staatsregierung erhält eine Entschädigung von bis zu monatlich 2,5 Tsd. EUR.</i>	---	---	A B C	--- 57,0 49,3
540 78-2	290	Veranstaltungskosten	---	---	A B C	--- 65,8 4,8
633 78-0	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
671 78-3	290	Erstattungen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
684 78-8	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	13.253,8	13.253,8	A B C	14.931,5 10.783,3 10.670,6
686 78-6	235	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	181,8	181,8	A B C	204,5 154,2 126,3
862 78-2	235	Darlehen an private Unternehmen	---	---	A	---
863 78-1	235	Darlehen an Sonstige	---	---	A	---
883 78-7	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
892 78-6	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 78-5	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 11.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 11.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 11.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 6.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2010 in Höhe von 11.000 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2011 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 5.000,0</i> <i>2013 Tsd. EUR 4.000,0</i>	9.432,7	9.432,7	A B C	10.685,6 11.299,0 6.956,2
<u>893 79-4</u>	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte	---	---	A	
Summe der Titelgruppe			22.932,6	22.932,6	A B C	25.893,9 22.532,5 17.942,2

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
81 Komplementärmittel zur Bindung von Zuweisungen der EU, insbesondere für die Entwicklung von Humanressourcen und die Förderung des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Landeskomplementärmittel können im Rahmen der Zweckbestimmung auch aus anderen Ansätzen des Epl. 10 erbracht werden (Art. 35 Abs. 2 Satz 1 BayHO).</i>						
547 81-0	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	324,6
					C	129,4
633 81-5	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
					B	54,8
					C	105,4
681 81-6	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
682 81-5	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	---	---	A	---
683 81-4	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---
684 81-3	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 81-1	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.500,0	1.500,0	A	4.000,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR</i>			B	564,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR</i>			C	1.268,3
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
893 81-0	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			1.500,0	1.500,0	A	4.000,0
					B	943,6
					C	1.503,2
82 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Titel der TG einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 10 05 TG 78 bis zu 200,0 Tsd. EUR. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 82-4	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	8,9	8,9	A	10,0
					C	6,6
531 82-7	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	---
					B	11,9
536 82-2	290	Kosten der psychosozialen Arbeitsgemeinschaften	---	---	A	---
633 82-4	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	89,0	89,0	A	100,0
					B	40,0
					C	42,0
684 82-2	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	293,4	293,4	A	300,0
					B	576,8
					C	548,7
686 82-0	235	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	---
883 82-1	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und GV	---	---	A	---
					C	9,2
892 82-0	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation**Erläuterungen****Zu 10 05/81**

Die Mittel werden ausschließlich zur Bindung von Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) verwendet.

Gefördert werden vor allem Maßnahmen bzw. Tätigkeiten im Rahmen des ESF entsprechend den einschlägigen Verordnungen, insbesondere zur Entwicklung von Humanressourcen und zur Förderung des Arbeitsmarkts bzw. der Beschäftigung. In begrenztem Umfang werden mit den veranschlagten Mitteln auch entsprechende Maßnahmen bzw. Tätigkeiten im Rahmen des EFRE kofinanziert.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.2.

2009 gegenüber 2008:

444,4 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2.055,6 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>2.500,0 Tsd. EUR</u>	weniger

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung bzw. Bewilligung von Zuschüssen für längerfristig laufende Maßnahmen.

Zu 10 05/82

Die Bayerische Staatsregierung hat am 13. März 2007 die Grundsätze zur Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Bayern beschlossen. In diesem Zusammenhang sollen vorrangig Maßnahmen mit innovativem Charakter in folgenden Bereichen gefördert werden:

- Ausbau der Laienhilfe, der Selbsthilfe und der Krisenintervention,
- Fortbildung der Fachkräfte,
- Errichtung differenzierter betreuter Wohneinrichtungen,
- Schaffung von tagesstrukturierenden und beschäftigungsfördernden Angeboten (Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.),
- Sanierung bedarfsgerechter Pflegeeinrichtungen.

Veranschlagt sind die Mittel für:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierungsgremien	8,9	8,9
2. Fortbildung, Laienhelferschulung und Fachtagungen	50,0	50,0
3. Sozialpsychiatrische Betreuung einschließlich Laienhilfe und Selbsthilfe	332,4	332,4
4. Wohngemeinschaften und Wohnheime	450,0	550,0
5. Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.	200,0	200,0
6. Pflegeeinrichtungen	355,2	555,2
Zusammen	<u>1.396,5</u>	<u>1.696,5</u>

Durch Haushaltsvermerk ist eine Mittelverstärkung zugunsten TG 78 bis zu 200,0 Tsd. EUR möglich.

Weitere Mittel zur Sanierung und Verbesserung der Ausstattung des pflegerischen Bereichs der psychiatrischen Krankenhäuser sind bei Kap. 13 10 Tit. 891 01 veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:

139,9 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
276,8 Tsd. EUR	mehr wegen verstärkter Förderung von Projekten mit innovativem Charakter und von Wohn- und Pflegeeinrichtungen, die entlassene Maßregelvollzugspatienten aufnehmen
<u>136,9 Tsd. EUR</u>	

2010 gegenüber 2009:

300,0 Tsd. EUR mehr wegen verstärkter Förderung von Projekten mit innovativem Charakter und von Wohn- und Pflegeeinrichtungen, die entlassene Maßregelvollzugspatienten aufnehmen.

Verpflichtungsermächtigungen 2009 und 2010:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Mittel für Investitionsvorhaben.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
893 82-9	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.005,2	1.305,2	A B C	849,6 512,1 516,9
Summe der Titelgruppe			1.396,5	1.696,5	A B C	1.259,6 1.140,8 1.123,3
83 Leistungen im Rahmen der Begabtenförderung						
<u>631 83-5</u>	252	Rückerstattungen an den Bund <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Isteinnahmen bei 231 83 und 281 83.</i>	---	---	A	
<u>681 83-4</u>	252	Geldleistungen an natürliche Personen <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Isteinnahmen bei 231 83.</i>	---	---	A	
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- - -
Gesamtausgaben			302.818,9	304.051,7	A B C	309.528,6 394.672,0 383.338,5

Erläuterungen**Zu 10 05/83**

Veranschlagt sind die Auszahlung der Bundesmittel für die Empfänger der Begabtenförderung sowie die Rückerstattung nicht verbrauchter und von Leistungsempfängern zurückgezahlte Fördermittel an den Bund.
Vgl. auch Erläuterungen zu TG 83 (Einnahmen).

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	10,0
					B	14,4
					C	3,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	275.000,0	275.000,0	A	275.200,0
					B	377.148,4
					C	350.565,0
		Gesamteinnahmen	275.000,0	275.000,0	A	275.210,0
					B	377.162,8
					C	350.568,5
		Personalausgaben	4,0	4,0	A	4,0
					B	394,9
					C	489,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	114,1	1.046,9	A	1.065,6
					B	1.663,7
					C	1.320,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	292.236,2	292.236,2	A	296.893,8
					B	379.921,9
					C	371.922,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	10.464,6	10.764,6	A	11.565,2
					B	12.691,5
					C	9.605,6
		Gesamtausgaben	302.818,9	304.051,7	A	309.528,6
					B	394.672,0
					C	383.338,5
		Zuschuss	27.818,9	29.051,7	A	34.318,6
					B	17.509,1
					C	32.770,0

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
182 02-4	249	Tilgung von Darlehen	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 03-4	249	Erstattungen des Bundes zur Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft <i>Vgl. Vermerk zu 633 02 und 671 01.</i>	1.533,9	1.533,9	A B C	1.533,9 1.947,0 1.949,2
231 04-3	244	Erstattungen des Bundes für Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz	84,0	84,0	A B C	50,4 79,5 54,3
231 05-2	244	Erstattungen des Bundes für Leistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz	12,0	12,0	A B	12,0 9,6
233 01-4	247	Anteil des Freistaates Bayern an den Rückeinnahmen aus der Erholungs- und Wohnungshilfe	50,0	50,0	A B C	1,0 51,2 0,1
281 12-2	249	Rückeinnahmen aus Zuschüssen	20,5	20,5	A B C	20,5 63,8 11,0
282 01-4	249	Spenden von Dritten <i>Vgl. Vermerk zu 681 02.</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Einnahmen aus Leistungen der Kriegsofopferfürsorge <i>Vgl. Vermerk zu 631 74.</i>						
162 71-4	247	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
182 71-0	247	Tilgung von Darlehen	17,7	17,7	A B C	60,0 28,6 41,4
281 71-0	247	Einnahmen aus Beihilfen	317,0	317,0	A B C	500,0 369,6 358,1
Summe der Titelgruppe			334,7	334,7	A B C	560,0 398,2 399,5
72 Einnahmen aus den der Kriegsofopferfürsorge entsprechenden Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 74.</i>						
162 72-3	247	Zinsen aus Darlehen	0,5	0,5	A B C	--- 0,7 0,9
182 72-9	247	Tilgung von Darlehen	30,1	30,1	A B C	35,0 34,2 35,9

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Vorbemerkung zu Kapitel 10 06**

Veranschlagt sind insbesondere die Haushaltsmittel (einschl. der Bundesmittel) für

- die Kriegsopferfürsorge und verwandte Leistungen,
- die Erhaltung der Gräber der Opfer von Kriegs- und Gewaltherrschaft,
- die Betreuung der durch Kriegs- und politische Ereignisse geschädigten Personen,
- die Förderung der Verbände und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und
- die Leistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen.

Zu 10 06/231 03

Erstattung der Kosten für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch den Bund.

Zu 10 06/231 04

Vgl. Erläuterung zu 633 04.

Zu 10 06/231 05

Vgl. Erläuterung zu 636 02.

Zu 10 06/233 01

Anteil des Freistaates Bayern aus Rückeinnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe (vgl. 633 03).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1.

Zu 10 06/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht verwendeten Zuschüssen und Rückforderungen nach Verwendungsnachweisprüfungen.

Zu 10 06/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden), die über 681 02 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt werden.

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Einnahmen)

Der Freistaat Bayern ist überörtlicher Träger bestimmter Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 bis 27j Bundesversorgungsgesetz und entsprechender Leistungen nach anderen Gesetzen. Seine Aufgaben nimmt die beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eingerichtete Hauptfürsorgestelle wahr.

Der Bund trägt 80 v.H. der Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge; die Kosten für entsprechende Leistungen an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland sowie an Berechtigte nach dem Soldatenversorgungs- und Zivildienstgesetz werden voll vom Bund getragen (§ 1 Abs. 1 Nr. 8 des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung des Art. V § 1 des Zweiten KOV-Neuordnungsgesetzes vom 21. Februar 1964 - BGBl I S. 85).

Die Einnahmen und Ausgaben werden in voller Höhe im Landeshaushalt veranschlagt. Der Anteil des Bundes an den Ausgaben erscheint als Einnahme bei 231 74, der Anteil an den Einnahmen als Ausgabe bei 631 74. Vgl. auch Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Ausgaben).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1 und 4.2.

Zu 10 06/71 (72 und 73) (Einnahmen)

Veranschlagt sind Rückflüsse aus Leistungen der Kriegsopferfürsorge oder aus entsprechenden Leistungen durch Verzinsung und Tilgung von Darlehen und von zu Unrecht gewährten Leistungen.

Zu 10 06/71 (Einnahmen)

2009 gegenüber 2008:

225,3 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Rückflüsse.

Zu 10 06/72 (Einnahmen)

2009 gegenüber 2008:

56,0 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Rückflüsse.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
281 72-9	247	Einnahmen aus Beihilfen	28,4	28,4	A B C	80,0 51,3 63,0
Summe der Titelgruppe			59,0	59,0	A B C	115,0 86,2 99,7
73 Einnahmen aus den der Kriegsofopferfürsorge entsprechenden Leistungen an Versorgungsberechtigte in Österreich, Italien und Griechenland <i>Vgl. Vermerk zu 631 74.</i>						
166 73-8	247	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
186 73-4	247	Tilgung von Darlehen	1,2	1,2	A B C	3,5 1,2 1,2
286 73-3	247	Einnahmen aus Beihilfen	1,0	1,0	A B C	14,0 0,4 22,4
Summe der Titelgruppe			2,2	2,2	A B C	17,5 1,6 23,7
74 Einnahmen aus Leistungen der Kriegsofopferfürsorge, die im Vollzug des Ersten Überleitungsgesetzes anfallen (soweit nicht in den TG 71-73 enthalten)						
231 74-8	247	Anteil des Bundes an den Aufwendungen der Kriegsofopferfürsorge sowie Dauervorschuss	3.885,5	3.793,5	A B C	4.589,0 3.583,5 4.373,4
233 74-6	247	Erstattung von anderen Trägern der Kriegsofopferfürsorge (Landesanteil)	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			3.885,5	3.793,5	A B C	4.589,0 3.583,5 4.373,4
75 Einnahmen aus Leistungen nach dem 1. SED-Unrechts- bereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsofopferfürsorge						
162 75-0	244	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 75.</i>	---	---	A	---
182 75-6	244	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 75.</i>	---	---	A	1,0
231 75-7	244	Erstattung des Anteils an den Leistungen nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz durch den Bund	---	---	A	26,6
281 75-6	244	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 631 75.</i>	3,0	3,0	A	3,1
Summe der Titelgruppe			3,0	3,0	A B C	30,7 - -

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/73 (Einnahmen)

2009 gegenüber 2008:

15,3 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Rückflüsse.

Zu 10 06/74 (Einnahmen)

Veranschlagt sind der Anteil des Bundes an den Aufwendungen für die Kriegssopferfürsorge (vgl. Vorbemerkung) und Erstattungen anderer Träger der Kriegssopferfürsorge.

2009 gegenüber 2008:

703,5 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

92,0 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Erstattungen des Bundes wegen Reduzierung der Ausgaben.

Zu 10 06/75 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 75 (Ausgaben).

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		76 Einnahmen aus Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)				
281 76-5	244	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 76.</i>	0,6	0,6	A	1,0
		Summe der Titelgruppe	0,6	0,6	A B C	1,0 - -
		77 Einnahmen aus Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge				
162 77-8	244	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 77.</i>	---	---	A	---
182 77-4	244	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 77.</i>	---	---	A	0,5
231 77-5	244	Erstattung des Anteils an den Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz durch den Bund	---	---	A	15,4
281 77-4	244	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 631 77.</i>	1,5	1,5	A	1,5
		Summe der Titelgruppe	1,5	1,5	A B C	17,4 - -
		78 Einnahmen aus Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)				
281 78-3	244	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 78.</i>	0,2	0,2	A	0,5
		Summe der Titelgruppe	0,2	0,2	A B C	0,5 - -
		79 Einnahmen aus Leistungen nach dem 3. Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR				
231 79-3	244	Erstattung des Anteils an den Leistungen durch den Bund	5.460,0	5.850,0	A	6.240,0

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/76 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 76 (Ausgaben).

Zu 10 06/77 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 77 (Ausgaben).

Zu 10 06/78 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 78 (Ausgaben).

Zu 10 06/79 (Einnahmen)

Einnahmen aus Leistungen nach dem 3. Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR.

Zu 10 06/231 79

Erstattung des Bundes gemäß § 20 StrRehaG für die Gewährung der besonderen monatlichen Zuwendung für SED-Haftopfer nach § 17a StrRehaG (siehe Titel 681 79).

2009 gegenüber 2008:
780,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
390,0 Tsd. EUR mehr entsprechend den Leistungen durch den Bund.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
281 79-2	244	Rückerstattungen aus der Besonderen Zuwendung für SED-Haftopfer <i>Vgl. Vermerk bei 631 79.</i>	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			5.460,0	5.850,0	A B C	6.240,0 73,3 -
Gesamteinnahmen			11.447,1	11.745,1	A B C	13.188,9 6.293,9 6.910,8
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-7	246	Vergütungen für die Mitglieder des Beirats für Vertriebenen- und Spätaussiedlerfragen	1,5	1,5	A B	0,5 0,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-7	012	Kosten der Beschaffung von Spätaussiedlerbescheinigungen und Antragsformblättern	---	---	A	---
526 21-6	246	Kosten für das Forschungsprojekt "Die Entwicklung Bayerns durch die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge" <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	29,6	---	A B C	33,3 12,1 20,4
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
631 02-1	246	Anteil des Landes an Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe sowie für die Landwirtschaft und den Wohnungsbau nach §§ 17 - 19 des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der DDR und Berlin (Ost) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	0,8	0,8	A B C	1,0 0,2 0,3
633 02-9	249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Zu 633 02 und 671 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 03. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.227,1	1.227,1	A B C	1.227,1 1.443,5 1.382,9
633 03-8	247	Erstattungsleistung des Freistaates Bayern für Erholungs- und Wohnungshilfe in der KOF	50,0	50,0	A B C	60,0 33,9 51,2
633 04-7	244	Erstattungen an Sozialhilfeträger für Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz	140,0	140,0	A B C	140,0 118,6 133,9
636 01-7	246	Erstattung von Verwaltungskosten nach § 11 BVFG	8,5	8,4	A B C	60,0 4,1 9,9
636 02-6	244	Kostenerstattung an die Bundesagentur für Arbeit für Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz	20,0	20,0	A B	20,0 16,0

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Zu 10 06/412 01**

Der Beirat hat die Aufgabe, die Staatsregierung sachverständig in Vertriebenen- und Spätaussiedlerfragen zu beraten. Er soll zu allgemeinen Regelungen und Maßnahmen in Bereich der Vertriebenen und Spätaussiedler gehört werden. Aus dem Ansatz werden Reisekosten und ähnliche Aufwendungen gezahlt.

Zu 10 06/511 01

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wurde die Ausstellung der Bescheinigungen nach § 15 BVFG für die ab 01.01.2005 in das Bundesgebiet zuziehenden Spätaussiedler dem Bundesverwaltungsamt übertragen. Für die vor diesem Stichtag zugezogenen Spätaussiedler sind noch die Ausgleichsämter für die Erteilung der Bescheinigungen zuständig.

Zu 10 06/526 21

2009 gegenüber 2008:

3,7 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2010 gegenüber 2009:

29,6 Tsd. EUR weniger wegen Beendigung des Projekts.

Zu 10 06/631 02

Berechtigten nach Abschnitt I des Flüchtlingshilfegesetzes (FlüHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 1971 (BGBl I S. 681), zuletzt geändert durch Art. 6a des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBl I S. 1742), konnten bis 31.12.1990 auf Antrag Aufbaudarlehen gewährt werden.

Nach § 21 FlüHG trägt der Bund die Aufwendungen für die Darlehen; die Länder erstatten dem Bund 20 v.H. Dies gilt auch für die nach wie vor anfallenden Verwaltungskosten der ausgereichten Darlehen.

Zu 10 06/633 02 (und 671 01)

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft nach dem Gräbergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 2005 (BGBl I S. 2426) und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz (GräbVwV) i.d.F. vom 25. Juli 1979 (GMBl S. 473). Der Bund erstattet die Aufwendungen nach Pauschsätzen je Grab (vgl. 231 03).

Zu 10 06/633 03

Der Freistaat Bayern erstattet den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern der Kriegsoferfürsorge die Hälfte der von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Erholungs- und Wohnungshilfe nach §§ 27b und 27c BVFG (Art. 106 Abs. 3 AGSG). Da den örtlichen Trägern 80 v.H. ihrer Aufwendungen vom Bund erstattet werden, entspricht die zusätzliche Erstattungsleistung des Landes 10 v.H. der Gesamtausgaben für Maßnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe. Vgl. Erl. zu 233 01 und die Vorbemerkung zu den Titelgruppen 71 - 74 (Ausgaben).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1.

2009 gegenüber 2008:

10,0 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/633 04

Nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1997 (BGBl I S. 1625), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 21. August 2007 (BGBl I S. 2118), erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Ausgleichsleistungen in Anwendung der Vorschriften des 3. Abschnitts des Gesetzes.

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Sozialhilfeträger. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 231 04).

Zu 10 06/636 01

Veranschlagt sind die Verwaltungskosten, die den Krankenkassen gemäß § 11 Abs. 6 BVFG in Höhe von 8 v. H. ihres Aufwands zu erstatten sind.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

2009 gegenüber 2008:

51,5 Tsd. EUR weniger wegen geringerer Erstattungsleistungen.

Zu 10 06/636 02

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juni 1994 (BGBl I S. 1311) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Leistungen der bevorzugten beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsrecht durch die Bundesagentur für Arbeit als einem für diese Aufgabe entliehenen Organ des Landes in Anwendung der Vorschriften des 2. Abschnitts des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (Art. 2 des 2. SED-UnBerG).

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Bundesagentur für Arbeit. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 231 05).

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
						Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
671 01-3	249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch Sonstige <i>Vgl. Vermerk zu 633 02.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	306,8	306,8	A	306,8
					B	568,9
					C	568,9
671 02-2	243	Erstattung von Verwaltungskosten an die KfW-Bank	15,0	8,0	A	16,0
					B	9,5
					C	100,4
681 02-0	249	Zuschüsse aus Spenden Dritter <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei</i> <i>282 01.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
681 06-6	244	Kapitalentschädigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	60,0	50,0	A	200,0
					B	80,9
					C	37,1
685 03-5	249	Zuwendung an die Heimkehrerstiftung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die</i> <i>Mehr- oder Mindereinnahmen bei 13 06/162 03 und</i> <i>13 06/182 03.</i>	***	***	A	0,5
					B	0,7
					C	0,4
686 01-6	246	Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG <i>Einseitig deckungsfähig bis 90,0 Tsd. EUR zu Gunsten</i> <i>15 93/428 11 und bis 400,0 Tsd. EUR zu Gunsten 896 01.</i> <i>Zu 686 01 und 686 21:</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig.</i>	1.564,0	1.564,0	A	1.758,6
					B	1.227,8
					C	1.188,2
686 02-5	246	Förderung der Einrichtung "Haus der Heimat" in Nürnberg	140,5	140,5	A	158,0
					B	126,4
					C	126,4
<u>686 03-4</u>	246	Förderung heimatpolitischer Anliegen im Rahmen der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe	85,0	---	A	
686 04-3	249	Zuschüsse aus Landesmitteln für allgemeine Maßnahmen der Schwerbehinderten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge	18,3	18,3	A	20,6
					B	16,3
					C	16,5

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Zu 10 06/671 01**

Vgl. Erläuterungen zu 633 02.

Zu 10 06/671 02

Mit dem 34. Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 21.07.2004 wurde die Rückforderung des Lastenausgleichs in Fällen, in denen ein Schadensausgleich erst nach dem 30.06.2009 bekannt wird, mit Wirkung vom 01.01.2010 auf das Bundesausgleichsamt übertragen. Die Rückforderungsfälle, in denen das Ausgleichsamt von einem Schadensausgleich bereits vor dem 01.07.2009 Kenntnis erlangt, sind weiterhin von den Ausgleichsämtern zu bearbeiten.

Zu 10 06/681 02

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 06/681 06

Mit dem am 29.08.2007 in Kraft getretenen Dritten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR wurde die Antragsfrist für die Gewährung der Kapitalentschädigung nach § 17 StrRehaG bis 31.12.2011 verlängert.
Kostenträger ist das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H. (§ 20 StrRehaG).
Veranschlagt ist der Landesanteil.

2009 gegenüber 2008:

140,0 Tsd. EUR weniger infolge rückläufiger Anträge.

Zu 10 06/685 03

Die Heimkehrerstiftung wurde zum 31.12.2007 aufgelöst. Die Aufgaben wurden dem Bundesverwaltungsamt übertragen.

Zu 10 06/686 01

Veranschlagt sind Förderungen der im staatlichen Interesse liegenden Kulturarbeit von Verbänden und Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Zur Sicherung, Ergänzung und Förderung ihrer Kulturarbeit ist der Staat nach § 96 BVFG verpflichtet (Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu erhalten; Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten; Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern).

Aus diesem Ansatz werden vorrangig die aus der Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen und die aus der Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen erwachsenden Kosten getragen.

Gefördert werden im Einzelnen:

1. Bund der Vertriebenen, Landesverband Bayern e.V.
2. Deutsche Jugend in Europa (DJO), Landesverband e.V.
3. Stiftung Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg
4. Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen
5. Sudetendeutsches Archiv e.V.
6. Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste
7. Gerhard-Möbus-Institut für Schlesienforschung an der Universität Würzburg
8. Sudetendeutsches Musikinstitut in Regensburg
9. Bukowina-Institut e.V. in Augsburg
10. Egerland-Museum in Marktredwitz
11. Isergebirgs-Museum in Kaufbeuren-Neugablonz

2009 gegenüber 2008:

194,6 Tsd. EUR weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 06/686 02

Institutionelle Förderung des Vereins "Haus der Heimat" in Nürnberg.

2009 gegenüber 2008:

17,5 Tsd. EUR weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 06/686 03

2009 gegenüber 2008:

85,0 Tsd. EUR mehr zur Unterstützung der politischen Arbeit der Sudetendeutschen.

2010 gegenüber 2009:

85,0 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/686 04

Veranschlagt ist die Förderung der von Kriegsofferverbänden durchgeführten Veranstaltungen für alle Menschen im Rahmen der nach § 26 e BVG vorgesehenen Maßnahmen der Altenhilfe.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
686 06-1	246	Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit (Antragsteller im Inland) <i>Zu 686 06 und 687 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	145,9	145,9	A	164,1	
					B	69,7	
					C	103,4	
686 21-2	246	Förderung von Einzelmaßnahmen im Sinne des § 96 BVFG <i>Vgl. Vermerk zu 686 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	400,5	385,5	A	433,5	
					B	276,7	
					C	259,9	
687 01-5	246	Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit (Antragsteller im Ausland) <i>Vgl. Vermerk zu 686 06.</i>	---	---	A	---	
					B	79,8	
					C	22,9	
698 01-2	246	Übernahme einer Patenschaft für die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen	208,0	208,0	A	209,0	
Investitionsförderungsmaßnahmen							
881 01-9	246	Zuweisung an den Bund für die Beteiligung des Landes an den Baukosten für das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth	***	***	A	---	
893 01-5	246	Förderung von Sanierungsmaßnahmen in der Bildungsstätte "Der Heiligenhof" in Bad Kissingen	---	---	A	330,0	
896 01-2	246	Hilfe für die Deutschen in Osteuropa - Zuschüsse für investive Maßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 686 01.</i>	112,0	---	A	250,0	
Titelgruppen							
71 Kosten für Leistungen der Kriegsofferfürsorge							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
681 71-6	247	Beihilfen	2.765,0	2.650,0	A	3.340,0	
					B	2.795,7	
					C	3.037,5	
863 71-6	247	Darlehen	30,0	30,0	A	40,0	
					B	9,3	
					C	32,8	
Summe der Titelgruppe			2.795,0	2.680,0	A	3.380,0	
					B	2.805,0	
					C	3.070,3	
72 Der Kriegsofferfürsorge entsprechende Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
681 72-5	247	Beihilfen	765,0	765,0	A	1.000,0	
					B	709,5	
					C	669,4	
863 72-5	247	Darlehen	24,5	24,5	A	30,0	
					B	17,0	
					C	-0,2	
Summe der Titelgruppe			789,5	789,5	A	1.030,0	
					B	726,5	
					C	669,2	

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Zu 10 06/686 06**

Veranschlagt ist die Förderung grenzüberschreitender Maßnahmen für die deutschen Minderheiten im Osten. Mit der Förderung soll die Wahrung der sprachlichen, kulturellen und religiösen Identität ermöglicht werden.

2009 gegenüber 2008:

18,2 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 06/686 21

Die Mittel dienen der Erfüllung der staatlichen Verpflichtungen aus § 96 BVFG zur Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte.

2009 gegenüber 2008:

48,0 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

15,0 Tsd. EUR mehr zur Förderung von Projekten der Ackermanngemeinde.

33,0 Tsd. EUR weniger.

Zu 10 06/698 01

Übernahme einer Patenschaft durch den Freistaat Bayern.

Zu 10 06/893 01

2009 gegenüber 2008:

330,0 Tsd. EUR weniger wegen Beendigung der Maßnahme.

Zu 10 06/896 01

Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Osteuropa.

2009 gegenüber 2008:

27,8 Tsd. EUR weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

110,2 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs

138,0 Tsd. EUR weniger

2010 gegenüber 2009:

112,0 Tsd. EUR weniger wegen Beendigung der Maßnahme.

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74

Die vom Freistaat Bayern nach Art. 100 Abs. 1 AGSG zu gewährenden Leistungen der Kriegsofferfürsorge sowie die der Kriegsofferfürsorge entsprechenden Leistungen nach anderen Gesetzen (SVG, ZDG) sind fast ausschließlich Pflichtleistungen, deren Art, Dauer und Ausmaß sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles richten (individuelle Hilfen). Sie dienen überwiegend zur Bestreitung des mit dem schädigenden Ereignis zusammenhängenden, aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht oder nicht hinreichend gedeckten Bedarfs in den verschiedensten Lebenssituationen; die Höhe der Leistungen bemisst sich deshalb vor allem auch nach den Lebenshaltungskosten und dem allgemeinen Kosten- und Preisniveau.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1 und 4.2.

Zu 10 06/71

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsofferfürsorge für Berechtigte nach dem BVG.

2009 gegenüber 2008:

585,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

115,0 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/72

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsofferfürsorge für Berechtigte nach dem SVG und ZDG.

2009 gegenüber 2008:

240,5 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		73 Der Kriegsopferfürsorge entsprechende Leistungen an Versorgungsberechtigte in Österreich, Italien und Griechenland <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
687 73-8	247	Beihilfen	850,0	850,0	A B C	850,0 845,9 779,4
866 73-1	247	Darlehen	10,0	10,0	A	5,0
		Summe der Titelgruppe	860,0	860,0	A B C	855,0 845,9 779,4
		74 Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die im Vollzug des Ersten Überleitungsgesetzes anfallen (soweit nicht in den TG 71 - 73 enthalten) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
631 74-4	247	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei TG 71 (Einnahmen) und um die Mehreinnahmen bei den TG 72 und 73 (Einnahmen). Die Mittel sind übertragbar.</i>	329,0	329,0	A B C	580,5 423,0 436,3
633 74-2	247	Erstattungen an andere Träger der Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	1,0	1,0	A C	2,0 0,3
		Summe der Titelgruppe	330,0	330,0	A B C	582,5 423,0 436,7
		75 Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferfürsorge <i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 75) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
631 75-3	244	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 65 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 75, 182 75 und 281 75.</i>	2,0	2,0	A	2,7
681 75-2	244	Beihilfen	---	---	A C	38,3 -1,3
863 75-2	244	Darlehen	---	---	A	2,6
		Summe der Titelgruppe	2,0	2,0	A B C	43,6 - -1,3
		76 Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge) <i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 76) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
631 76-2	244	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 65 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 76.</i>	0,4	0,4	A	0,7

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Zu 10 06/73

Veranschlagt sind die der Kriegsopferfürsorge entsprechenden Leistungen an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland.

Zu 10 06/74

2009 gegenüber 2008:

252,5 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/75 und 76

Nach dem Ersten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (1. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Kostenträger ist das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

Zu 10 06/75

Veranschlagt sind Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferfürsorge (§§ 25 bis 27j BVG). Sie werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die Erstattungen des Bundes (65 v.H.) werden bei Titelgruppe 75 (Einnahmen) vereinnahmt.

2009 gegenüber 2008:

41,6 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/76

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge. Sie werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02), der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 35 v.H. seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 76 (Ausgaben). Einnahmen sind bei Titelgruppe 76 (Einnahmen) ausgebracht.

2009 gegenüber 2008:

49,6 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
632 76-1	244	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	2,0	2,0	A	6,0
636 76-7	244	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	3,0	3,0	A B C	22,0 3,0 3,7
671 76-3	244	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	4,0	4,0	A	22,0
672 76-2	244	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung (Anteil des Freistaates Bayern)	0,5	0,5	A	0,5
681 76-1	244	Anteil an den Ausgaben für Versorgungsbezüge an Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	50,5	50,5	A B C	58,8 53,4 59,9
Summe der Titelgruppe			60,4	60,4	A B C	110,0 56,3 63,6
77 Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferfürsorge						
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 77) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
631 77-1	244	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 60 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 77, 182 77 und 281 77.</i>	0,9	0,9	A	1,2
681 77-0	244	Beihilfen	---	---	A	24,1
863 77-0	244	Darlehen	---	---	A	1,5
Summe der Titelgruppe			0,9	0,9	A B C	26,8 - -
78 Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsoferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)						
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 78) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
631 78-0	244	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 60 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 78.</i>	0,1	0,1	A	0,3
632 78-9	244	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	1,0	1,0	A	1,0
636 78-5	244	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	---	---	A C	5,5 0,3
671 78-1	244	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	1,5	1,5	A	4,0
672 78-0	244	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung (Anteil des Freistaates Bayern)	0,5	0,5	A	0,5

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Zu 10 06/77 und 78

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Kostenträger ist das Land mit 40 v.H. und der Bund mit 60 v.H.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

Zu 10 06/77

Veranschlagt sind Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung (§§ 25 bis 27j BVG). Sie werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die Erstattungen des Bundes werden bei Titelgruppe 77 (Einnahmen) vereinnahmt.

2009 gegenüber 2008:

25,9 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/78

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferversorgung. Sie werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02). Der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 40 % seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 78 (Ausgaben). Einnahmen sind bei Titelgruppe 78 (Einnahmen) ausgebracht.

2009 gegenüber 2008:

24,7 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
681 78-9	244	Anteil an den Ausgaben für Versorgungsbezüge an Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	12,2	12,2	A B C	28,7 14,9 16,1
Summe der Titelgruppe			15,3	15,3	A B C	40,0 14,9 16,3
79 Leistungen nach dem 3. Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
631 79-9	244	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis beträgt 65 v.H. der Einnahmen bei 281 79.</i>	---	---	A	---
681 79-8	244	Besondere Zuwendung für SED-Haftopfer	8.400,0	9.000,0	A	9.600,0
Summe der Titelgruppe			8.400,0	9.000,0	A B C	9.600,0 108,5 -
Gesamtausgaben			17.786,6	18.012,9	A B C	21.056,9 9.065,5 9.056,9

Erläuterungen**Zu 10 06/79**

Ausgaben zur Gewährung einer besonderen Zuwendung für SED-Haftopfer in der ehemaligen DDR. Die Ausgaben werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die Erstattungen des Bundes (65 v. H.) werden bei Titelgruppe 79 (Einnahmen) vereinnahmt.

2009 gegenüber 2008:
1.200,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
600,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	49,5	49,5	A	100,0
					B	64,7
					C	79,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	11.397,6	11.695,6	A	13.088,9
					B	6.229,2
					C	6.831,4
		Gesamteinnahmen	11.447,1	11.745,1	A	13.188,9
					B	6.293,9
					C	6.910,8
		Personalausgaben	1,5	1,5	A	0,5
					B	0,2
					C	-
		Sächliche Verwaltungsausgaben	29,6	-	A	33,3
					B	12,1
					C	20,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	17.579,0	17.946,9	A	20.364,0
					B	9.026,9
					C	9.003,9
		Investitionsförderungsmaßnahmen	176,5	64,5	A	659,1
					B	26,3
					C	32,6
		Gesamtausgaben	17.786,6	18.012,9	A	21.056,9
					B	9.065,5
					C	9.056,9
		Zuschuss	6.339,5	6.267,8	A	7.868,0
					B	2.771,6
					C	2.146,1

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	274	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4,0	4,0	A B C	4,0 3,3 0,1
119 01-1	290	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1,0	1,0	A B C	2,0 0,3 0,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	262	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der vorbeugenden Jugendhilfe und des Jugendschutzes <i>Vgl. Vermerk zu TG 76.</i>	---	---	A	---
281 11-1	290	Rückerstattungen aus Zuschüssen	3.000,0	3.000,0	A B C	2.000,0 7.559,3 4.491,0
281 12-0	290	Rückzahlungen von Landeserziehungsgeld	400,0	400,0	A B C	400,0 400,0 466,1
281 13-9	290	Rückzahlungen von Familienbeihilfen	---	---	A B C	---
282 03-0	235	Teilnahmebeiträge für Fachtage im Bereich Seniorenarbeit <i>Vgl. Vermerk zu TG 71.</i>	---	---	A	---
<u>282 04-9</u>	227	Einnahmen im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege <i>Vgl. Vermerk bei 536 08.</i>	---	---	A	
Titelgruppen						
87 Einnahmen aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2008 - 2013						
331 87-0	274	Zuweisungen des Bundes <i>Vgl. Vermerk zu TG 87.</i>	58.364,0	57.197,0	A	59.555,0
Summe der Titelgruppe			58.364,0	57.197,0	A B C	59.555,0 - -
Gesamteinnahmen			61.769,0	60.602,0	A B C	61.961,0 7.978,4 5.000,2

Vorbemerkung zu Kapitel 10 07

Das Kapitel umfasst die Aufwendungen für die Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe.

Zu 10 07/111 01

Einnahmen aus Gebühren usw.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.3.

Zu 10 07/119 01

Schutzgebühren für Veröffentlichungen.

Zu 10 07/231 01

Leertitel zur Vereinnahmung etwaiger Bundeszuweisungen für Maßnahmen der vorbeugenden Jugendhilfe und des Jugendschutzes.

Zu 10 07/281 11

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 2 und 6.3.

2009 gegenüber 2008:

1.000,0 Tsd. EUR mehr nach den voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 07/281 12

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3.

Zu 10 07/282 03

Leertitel zur Vereinnahmung von Teilnahmebeiträgen für Fachtage.

Zu 10 07/282 04

Leertitel zur Vereinnahmung insbesondere von Teilnahmebeiträgen für Fachtage.

Zu 10 07/331 87

Vgl. Erläuterung zu 883 87.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesbeirats für Familienfragen	3,0	3,0	A B C	3,0 1,6 1,7
Sächliche Verwaltungsausgaben						
536 01-6	011	Kosten des Landessenorenrates in Bayern	1,2	1,2	A B C	1,3 0,1 0,3
536 02-5	011	Arbeitstagungen für das Personal der Heimaufsichtsbehörden	22,3	22,3	A B C	25,0 3,1 0,2
<u>536 08-9</u>	227	Kosten im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 04. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 25,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 25,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	31,6	31,6	A	
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
684 02-5	235	Förderung von Maßnahmen nach §§ 45c und 45d SGB XI <i>Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 1.233,6 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 1.233,6 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A B C	628,7 310,7 361,6
684 03-4	232	Förderung staatlich nicht anerkannter Schwangerenberatungsstellen	690,1	690,1	A B	776,3 567,0
<u>684 04-3</u>	276	Förderung heilpädagogischer Fachdienste zur Beratung des Personals in Kindertageseinrichtungen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	944,5	944,5	A	
685 01-5	290	Zuschuss an das Deutsche Jugendinstitut	225,0	225,0	A B C	225,0 202,1 206,8

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/412 01**

Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Landesbeirats für Familienfragen und für die Mitglieder der Fachausschüsse dieses Gremiums.

Zu 10 07/536 01

Der Landesseniorenrat berät das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in allen die Seniorenpolitik betreffenden Fragen. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Kosten der Entschädigung der Mitglieder und Sachverständigen, Referentenhonorare, Kosten für die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen, Besichtigungsfahrten, Fahrten von Mitgliedern des Landesseniorenrates sowie die Kosten für die Nutzung von Tagungsräumen finanziert.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.3.

Zu 10 07/536 01, 536 02, 684 03, 526 73, 531 73, 893 73 und TG 76

Weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 07/536 02

Aus dem Ansatz werden Aufwendungen zur Durchführung von Arbeitstagen bestritten, die das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen bzw. die Regierungen veranstalten. Diese Arbeitstagen dienen der regelmäßigen Information des in der Heimaufsicht nach dem föderalisierten Heimrecht eingesetzten Personals über aktuelle und wichtige Themen der Altenhilfe.

Zu 10 07/536 08

Die Koordinierungsstelle hat vor allem die Aufgabe, das Berufsbild "Pflege" und damit auch die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Pflege zu fördern. Aus dem Ansatz werden u.a. Veranstaltungen sowie Kosten im Zusammenhang mit dem Aufbau eines multiprofessionellen Zirkels finanziert mit dem Ziel, das Pflegemanagement zu untersuchen und zu verbessern, Qualitätssicherungsstrukturen aufzubauen sowie die Vernetzung zwischen Krankenhaus und Pflegeeinrichtung zu intensivieren.

2009 gegenüber 2008:

45,5 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 10 03/536 08
5,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
8,9 Tsd. EUR	weniger wegen Änderung des Koppelungsvermerks
<u>31,6 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 07/684 02

Das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz sieht seit 01.01.2002 die Förderung des Auf- und Ausbaus von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten sowie von Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und Versorgungsstrukturen insbesondere für demenzkranke Pflegebedürftige vor. Der veranschlagte Betrag ist zur Bindung der von den Spitzenverbänden der Pflegekassen (Ausgleichsfonds) bereitgestellten Mittel erforderlich. Diese Mittel wurden zum 01.01.2009 von 10.000,0 Tsd. EUR auf 25.000,0 Tsd. EUR erhöht. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sieht nach § 45d SGB XI die Förderung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe aus den Mitteln der Pflegekassen nach § 45c SGB XI vor.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.3.

2009 gegenüber 2008:

69,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
941,1 Tsd. EUR	mehr zur Bindung der erhöhten Bundesmittel für Maßnahmen nach § 45d SGB XI
<u>871,3 Tsd. EUR</u>	mehr

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die Durchführung jahresübergreifender Projekte sowie die Bewilligung mehrjähriger Modellprojekte.

Zu 10 07/684 03

Seit 01.01.2007 erhalten staatlich nicht anerkannte Schwangerenberatungsstellen nach Maßgabe der Fördergrundsätze für die ergänzende freiwillige Förderung von staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich vom 21.12.2006 eine freiwillige staatliche Förderung. Diese wird als Festbetrag je Beratungsstelle ausgereicht.

Zu 10 07/684 04

Heilpädagogische Fachdienste sind bei sogenannten "Risikokindern" im Vorfeld einer Behinderung beratend und präventiv tätig. Insbesondere stehen sie dem pädagogischen Personal von Kindertageseinrichtungen bei auffälligen bzw. "schwierigen" Kindern beratend zur Seite.

2009 gegenüber 2008:

944,5 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 10 05/684 78.

Zu 10 07/685 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die institutionelle Förderung des Deutschen Jugendinstituts e.V. in München.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
686 01-4	290	Zuschüsse zur Beratung und Betreuung bedrohter Frauen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	232,3	232,3	A B C	206,3 182,0 188,7
Titelgruppen						
71 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren						
<i>Die Ausgabebefugnis bei Tit. 526 71 bis 684 71 erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 03. Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 853 71 mit 893 71. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 71-3	235	Kosten von Untersuchungen u. dgl. <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 25,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 25,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	66,7	66,7	A B C	75,0 36,5 45,0
531 71-6	235	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	55,7	55,7	A B C	62,7 0,2 24,0
536 71-1	235	Kosten von Fachtagungen, Projektbegleitung und Fortbildungsprojekten <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	186,7	186,7	A B C	210,0 60,8 20,5
633 71-3	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 30,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 30,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	115,5	115,5	A B	130,0 53,3
683 71-2	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	177,8	177,8	A	200,0
684 71-1	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.899,1	5.484,1	A B C	5.157,0 3.421,2 305,7
698 71-5	235	Zustiftung an die "Bayerische Stiftung Hospiz"	---	---	A	---
853 71-6	235	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Zu 853 71 mit 893 71: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	---	---	A B C	--- 970,4 847,7
861 71-6	235	Darlehen an öffentliche Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A	---
862 71-5	235	Darlehen an private Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A B C	--- 1.219,7 2.267,7
863 71-4	235	Darlehen an Sonstige im Inland <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A B C	--- 1.334,3 4.075,7
883 71-0	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A C	--- 150,0
891 71-0	235	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A B	--- 31,0
892 71-9	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A	---

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/686 01**

Im Rahmen der Bekämpfung von Frauenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsverheiratung werden Maßnahmen zur Beratung und Betreuung von bedrohten Frauen gefördert. Durch eine qualifizierte Betreuung sollen die Notlage der traumatisierten Frauen gemildert und aussagebereite Opfer als Zeuginnen vor Gericht unterstützt werden.

Ferner können auch Untersuchungen zur Situation betroffener Frauen gefördert werden.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

2009 gegenüber 2008:

22,9 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
48,9 Tsd. EUR	mehr	wegen erhöhtem Beratungs- und Betreuungsbedarf
26,0 Tsd. EUR	mehr	

Zu 10 07/71

Die Mittel dienen der Weiterentwicklung von Prävention und Rehabilitation, IuK-Technologien, der Erprobung sektorenübergreifender, moderner Versorgungskonzepte, der Sicherung von Betreuungs- und Pflegeangeboten im "Bayerischen Netzwerk Pflege", die gesetzlich nicht refinanziert werden können, der Entwicklung neuer Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich, der Unterstützung von Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels (kommunale seniorenpolitische Konzepte) sowie der Forschung und Entwicklung gerontotechnologischer Produkte. Ferner können auch Evaluationen sowie Kosten-Nutzen-Analysen gefördert werden.

Zur Sicherstellung eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und am Bedarf orientierten Fortbildungsangebotes werden zudem Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziert.

Die auf die Länder übergegangene Zuständigkeit für das Heimrecht erfordert die Durchführung von Untersuchungen, die Schaffung einer Datenbank für die Veröffentlichung der Prüfergebnisse, die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Realisierung und Evaluierung innovativer Projekte im stationären Bereich.

Das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) sieht vor, Pflegestützpunkte einzurichten. Durch die Einbindung der staatlich geförderten Fachstellen für pflegende Angehörige werden Doppelstrukturen vermieden und kann ein effizientes Netz an Pflegestützpunkten aufgebaut und eine qualitativ hochwertige Beratung ermöglicht werden.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Familienpflege	1.244,5	1.244,5
2. Arbeit mit und für pflegende Angehörige	1.648,4	1.733,4
3. Ehrenamtliche Hospizarbeit	22,3	22,3
4. Aufbau ambulanter Wohn- und Betreuungsformen, Förderung von Innovationen	2.466,3	1.966,3
5. Pflege- und Wohnqualitätsgesetz	231,1	231,1
6. Fort- und Weiterbildung	888,9	888,9
	Zusammen	Zusammen
	6.501,5	6.086,5
Verpflichtungsermächtigungen	2.155,0	2.155,0

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4 und 6.3.

2009 gegenüber 2008:

648,2 Tsd. EUR	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1.315,0 Tsd. EUR	mehr	insbesondere für den Ausbau der Angehörigenfachstellen und den weiteren Ausbau ambulanter Wohn- und Betreuungsformen
666,8 Tsd. EUR	mehr	

2010 gegenüber 2009:

415,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
893 71-8	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A B C	--- -147,8 120,3
Summe der Titelgruppe			6.501,5	6.086,5	A B C	5.834,7 6.979,6 7.856,5
73 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk zu 10 65 TG 81. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
<u>525 73-2</u>	290	Fortbildung	---	---	A	
526 73-1	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	357,6	357,6	A C	402,3 21,3
531 73-4	290	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	67,1	67,1	A B C	75,4 54,2 113,8
540 73-3	290	Veranstaltungskosten	---	---	A B	--- 1,4
<u>547 73-6</u>	290	Modellvorhaben zur Weiterentwicklung von Mütter- und Familienzentren	---	---	A	
633 73-1	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 73-9	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 280,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 280,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.231,2	4.731,2	A B C	4.163,7 1.778,6 2.069,5
685 73-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A	---

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/73**

Nach Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 124 ff. BV stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Dieser verfassungs- rechtlich garantierte Schutz wird durch die Veranschlagung von Mitteln zur Förderung von geeigneten Maßnahmen und Einrichtungen konkretisiert (vgl. Bayerisches Familienprogramm).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4 und 2.

Zu 10 07/525 73

Leertitel zur Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen.

Zu 10 07/526 73

Mit den veranschlagten Mitteln werden Forschungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen finanziert.

Zu 10 07/531 73

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Veröffentlichung familienpolitischer Untersuchungen	44,5	44,5
2. Aufklärungsaktion für die Familie	22,6	22,6
Zusammen	67,1	67,1

Zu 10 07/547 73

Leertitel zur Finanzierung von Modellvorhaben.

Zu 10 07/684 73

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zuschüsse zu Maßnahmen der Familienerholung in Familienferienstätten oder vergleichbaren Einrichtungen	590,5	590,5
2. Zuschüsse für die Öffentlichkeitsarbeit der Familienorganisationen und deren Aufgaben Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2009: 20,0 Tsd. EUR 2010: 20,0 Tsd. EUR	68,2	68,2
3. Maßnahmen zur Familienforschung	-	-
4. Maßnahmen der Familienbildung nach § 16 SGB VIII	1.777,8	1.777,8
5. Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung sowie familienbezogene Beratung von Gemeinwesenarbeit Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2009: 260,0 Tsd. EUR 2010: 260,0 Tsd. EUR	1.687,5	1.187,5
6. Maßnahmen für allein erziehende Eltern	77,2	77,2
7. Mütter- und Familienzentren	1.030,0	1.030,0
Zusammen	5.231,2	4.731,2

2009 gegenüber 2008:

462,5 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
844,3 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 684 74
185,7 Tsd. EUR	mehr wegen Aufnahme weiterer Mütter- und Familienzentren in die Förderung
500,0 Tsd. EUR	mehr zur verstärkten Förderung der Ehe- und Familienberatungsstellen
1.067,5 Tsd. EUR	mehr

2010 gegenüber 2009:

500,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
893 73-6	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 290,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 290,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A	562,4
Summe der Titelgruppe			6.155,9	5.655,9	A B C	5.203,8 1.834,2 2.204,6

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen**

Zu 10 07/893 73		2009	2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Zuschüsse zur Verbesserung von Familienferienstätten Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2009: 145,0 Tsd. EUR 2010: 145,0 Tsd. EUR	250,0	250,0
2.	Zuschüsse zur Verbesserung von Müttergenesungsheimen Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2009: 145,0 Tsd. EUR 2010: 145,0 Tsd. EUR	250,0	250,0
Zusammen		500,0	500,0

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
		74 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 76. Vgl. Vermerk zu 10 65 TG 81. Die Mittel sind übertragbar.</i>					
526 74-0	262	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A	---	
					B	6,3	
					C	28,8	
531 74-3	262	Veröffentlichungen und Informationsmaterial, Öffentlichkeitsarbeit	15,7	15,7	A	17,7	
					B	29,8	
					C	10,1	
536 74-8	262	Kosten von Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	113,6	113,6	A	127,8	
					B	9,9	
					C	4,0	
547 74-5	262	Kosten der Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe	45,4	45,4	A	51,1	
					B	85,2	
633 74-0	262	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.995,5	2.259,0	A	2.654,0	
					B	2.947,6	
					C	2.851,5	
684 74-8	262	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.943,8 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.943,8 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	17.680,6	20.102,6	A	16.149,7	
					B	11.735,4	
					C	11.726,1	
686 74-6	262	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	---	---	A	---	

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/74**

Die Empfänger der Zuwendungen sind Träger der öffentlichen Jugendhilfe und anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sowie Fachorganisationen und Institute, deren Arbeitsbereich die Jugendhilfe ist. Die freien Träger der Jugendhilfe übernehmen Aufgaben, die sonst der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände erfüllen müssten.

Das zum 1.1.1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG, SGB VIII) erweitert und differenziert das Leistungsangebot und die Aufgabenstellungen gegenüber dem Jugendwohlfahrtsgesetz in hohem Maße. Es stellt familienunterstützende, -beratende und krisenbekämpfende Hilfen ebenso in den Mittelpunkt wie Hilfen zur Förderung und Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie. Insbesondere im Hinblick auf diesen stark familienorientierten Ansatz dienen die staatlichen Fördermittel zur Fortentwicklung und Umgestaltung der Jugendhilfe im Sinne des Gesetzes, aber auch zur Verbesserung vorhandener und zur Errichtung neuer Jugendhilfeeinrichtungen und -maßnahmen.

Die Zuwendungsmittel dienen außerdem der Erfüllung der der Obersten Landesjugendbehörde gesetzlich zugewiesenen Aufgabenstellung (§ 82 SGB VIII). Sie hat die Tätigkeit der Jugendhilfeträger und die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern sowie auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken.

Unabhängig von dieser bundesgesetzlich verankerten Aufgabe sind die Mittel auch zur Umsetzung des Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung, Fortschreibung 1998, erforderlich. Der Strukturwandel weg vom Sozialleistungskonsum hin zu Eigeninitiative, Selbsthilfe und Mitverantwortung wird hier ebenso deutlich wie die Notwendigkeit von Vernetzung und interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Die Schwerpunkte der Weiterentwicklung liegen entsprechend den Beschlüssen des Ministerrats in den Bereichen Kinder- und Jugendschutz, Jugendsozialarbeit und Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität.

Zur Förderung der Jugendarbeit sind Ausgaben im Einzelplan des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus veranschlagt; vgl. Kap. 05 04 Titelgruppe 89 und die Erläuterungen hierzu.

Die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen sind im Anschluss an die Erläuterungen zu dieser Titelgruppe zusammenfassend dargestellt.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4, 2 und 6.2.

2009 gegenüber 2008:

2.404,8	Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
844,3	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 684 73
1.137,5	Tsd. EUR	mehr zum Start der flächendeckenden Etablierung sozialer Frühwarnsysteme (koordinierende Kinderschutzstellen)
2.668,3	Tsd. EUR	mehr zur Aufnahme weiterer 104 Stellen in die staatliche Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen ab dem Schuljahr 2009/2010
230,0	Tsd. EUR	weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf zur Förderung von Heimen, Tagesstätten und Verbundeinrichtungen der Jugendhilfe
326,7	Tsd. EUR	mehr

2010 gegenüber 2009:

3.158,4	Tsd. EUR	mehr zum Vollausbau sozialer Frühwarnsysteme (koordinierende Kinderschutzstellen)
572,9	Tsd. EUR	weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.
2.585,5	Tsd. EUR	mehr

Zu 10 07/526 74 (und 531 74 bis 686 74)

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung der Jugendhilfe - Erziehungshilfe		
1. Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit	3.943,8	3.943,8
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:		
2009: 3.943,8 Tsd. EUR		
2010: 3.943,8 Tsd. EUR		
2. Förderung der Erziehung in der Familie	7.370,8	7.370,8
3. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	229,2	229,2
4. Qualitätsmanagement und Effizienz in der Jugendhilfe	334,3	334,3
5. Soziale Frühwarnsysteme (koordinierende Kinderschutzstellen)	1.137,5	4.295,9
6. Jugendsozialarbeit an Schulen	6.835,2	6.362,3
Zusammen	<u>19.850,8</u>	<u>22.536,3</u>

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
863 74-1	262	Darlehen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
883 74-7	262	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	454,5	454,5	A	511,3
893 74-5	262	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.666,4	1.566,4	A B C	2.133,4 884,3 1.021,5
Summe der Titelgruppe			21.971,7	24.557,2	A B C	21.645,0 15.698,5 15.642,0
75 Förderung der Gleichstellungs- und Frauenpolitik <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 536 75.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 75-9	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	13,6	13,6	A	15,3
531 75-2	290	Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen, Druckkosten der Publikationsmittel	31,4	31,4	A B C	35,2 25,3 20,8
536 75-7	290	Kosten des Bayerischen Landesfrauenrates	27,7	27,7	A B C	24,7 21,7 17,7
540 75-1	290	Veranstaltungskosten	41,1	41,1	A B C	94,7 70,7 6,9
683 75-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A C	--- 10,0
684 75-7	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 75-5	290	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	228,0	228,0	A B C	218,2 192,5 222,4
Summe der Titelgruppe			341,8	341,8	A B C	388,1 310,2 277,8

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen**

Zu 10 07/863 74 (883 74 und 893 74)		
	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Heimen, Tagesstätten und Verbundeinrichtungen der Jugendhilfe	1.676,4	1.576,4
2. Neue Aufgabenstellungen in der stationären Jugendhilfe	444,5	444,5
Zusammen	2.120,9	2.020,9

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:
Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für Investitionen.

Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen

Zweckbestimmung (Haushaltsstelle)		
	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Bayerisches Jugendwerk (Kap. 10 05 TG 71)	625,8	625,8
2. Freiwilliges soziales Jahr (Kap. 10 05 Titel 684 73)	1.107,9	1.107,9
3. Einrichtungen für die Frühförderung, Sozialpädiatrische Zentren (Kap. 10 05 TG 78 z.T.)	2.572,7	2.572,7
4. Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe (Kap. 10 07 TG 74)	21.971,7	24.557,2
5. Jugendschutz, Aktionsprogramm gegen Gewalt (Kap. 10 07 TG 76)	1.290,6	1.290,6
6. Kosten von Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in der Jugendhilfe sowie für Fach- und Arbeitstagungen (Kap. 10 20 Titel 536 02 und 536 03)	205,6	205,6
7. Hilfen für junge Zuwanderer (Kap. 10 50 TG 52 z.T.)	622,3	622,3
8. Maßnahmen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Kap. 10 03 Titel 883 01 und 893 01)	1.930,0	3.330,0
Zusammen	30.326,6	34.312,1

Zu 10 07/75 (mit Ausnahme von 536 75)

Aus dem Ansatz werden insbesondere folgende Maßnahmen gefördert:

- Modell- und Initiativmaßnahmen zur Umsetzung der im Programm "Politik für Frauen in Bayern" genannten Ziele,
- Modell und Initiativmaßnahmen zur Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern
- Implementierung einer geschlechtersensiblen Sichtweise in möglichst vielen Bereichen (Gender Mainstreaming),
- Maßnahmen zur Förderung der Frauen in der Wirtschaft und zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen im Beruf,
- Untersuchungen, Gutachten, Forschungsvorhaben zur weiteren Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern,
- Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen,
- Maßnahmen zur Neuorientierung nach der Familienphase und zur Förderung des Wiedereinstiegs in eine Erwerbstätigkeit,
- Modellprojekte zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4.

2009 gegenüber 2008:

40,4 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
8,9 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/540 01 (von 540 75)
49,3 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 07/536 75

Der Bayerische Landesfrauenrat trägt zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Er gibt Stellungnahmen und Empfehlungen ab an die Organe der Legislative und Exekutive in allen Fragen, die die gesellschaftliche Situation der Frauen betreffen, und berät insbesondere die Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung. Der Landesfrauenrat arbeitet im parlamentarischen Stil. Aus dem Ansatz werden deshalb vor allem die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen, Zeitschriften, Rundbriefe, etc.), für Sachverständige und Referenten, für die Beschaffung von Informationsmaterial und sonstigen Arbeitsmitteln sowie die Entschädigung der Delegierten anlässlich der Sitzungen finanziert. Auch sind hieraus die aufgrund der Vernetzung der Landesfrauenräte für die Präsidiumsmitglieder anfallenden Reisekosten zu zahlen.

2009 gegenüber 2008:

2,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
5,7 Tsd. EUR	mehr infolge Kostenmehrung durch neue Aufgaben und erhöhten Aufwand für öffentliche Meinungsbildung
3,0 Tsd. EUR	mehr

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		76 Förderung des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes sowie Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Gewalt <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 74. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01.</i>				
526 76-8	262	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	22,8	22,8	A B C	25,6 15,7 10,1
531 76-1	262	Druckkosten der Publikationsmittel	12,7	12,7	A C	14,3 4,6
536 76-6	262	Kosten von Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	---	---	A B	--- 0,0
633 76-8	262	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	332,5	332,5	A	374,1
671 76-1	262	Erstattung von Kosten des gesetzlichen Jugendmedienschutzes	62,2	62,2	A B C	70,0 89,9 92,2
681 76-9	262	Belohnungen, Prämien und Geldleistungen an natürliche Personen	***	***	A	---
684 76-6	262	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	860,4	860,4	A B C	967,9 671,4 710,1
883 76-5	262	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
893 76-3	262	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	1.290,6	1.290,6	A B C	1.451,9 777,0 817,0
		77 Förderung staatlich anerkannter Schwangerenberatungsstellen nach Art. 14 BaySchwBerG <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Der Staatszuschuss kann im Rahmen der veranschlagten Mittel auf 65 v.H. erhöht werden.</i>				
633 77-7	232	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	470,0	470,0	A B C	450,0 391,2 382,9
684 77-5	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	8.730,0	9.030,0	A B C	8.550,0 7.490,2 7.327,9
		Summe der Titelgruppe	9.200,0	9.500,0	A B C	9.000,0 7.881,4 7.710,8

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/526 76 (und 531 76 bis 684 76)**

Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes und zur Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Gewalt.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erzieherischer und gesetzlicher Jugendschutz	852,4	852,4
2. Umsetzung von Schwerpunkten des Aktionsprogramms gegen Gewalt	438,2	438,2
Zusammen	1.290,6	1.290,6

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 2.

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.**Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan**

	Betrag für 2009 Tsd. EUR	Betrag für 2010 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	Istergebnis 2007 Tsd. EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	419,4	418,9	384,1	361,4
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	153,3	153,8	142,5	158,2
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	572,7	572,7	526,6	519,6
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	63,0	63,0	75,9	94,6
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber				
a) Bund	-	-	-	-
b) Bundesamt für Zivildienst	3,3	3,3	3,0	3,3
3. Zuwendungen des Landes	506,4	506,4	447,7	421,7
Zusammen	572,7	572,7	526,6	519,6

Höhere Zuwendungen des Landes insbesondere infolge tariflicher und struktureller Anpassung der Personalkosten.

Stellenplan

	Zahl der Stellen		
	Soll 2009	Soll 2010	Soll 2008
Beschäftigte			
TV/L 12	1	1	1
TV/L 11	4	4	4 +)
TV/L 9	1	1	1
TV/L 8	1	1	1
TV/L 6	0,5	0,5	0,5
Zusammen	7,5	7,5	7,5

+) 0,78 am 01.02.2008 nicht besetzt

Zu 10 07/77

Nach Art. 18 des Bayerischen Schwangerenberatungsgesetzes (BaySchwBerG) vom 9. August 1996 (GVBl S. 320), zuletzt geändert durch Art. 36 des Gesetzes vom 24. Juli 2003 (GVBl S. 452), übernimmt der Freistaat Bayern 50 v.H. der förderfähigen Gesamtkosten der anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich. Die Landkreise und kreisfreien Städte tragen 30 v.H. der zuschussfähigen Gesamtkosten.

Gemäß den aktuellen Fördergrundsätzen für die ergänzende Förderung von staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich beträgt die staatliche Förderung maximal 65. v.H.

2009 gegenüber 2008:
200,0 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:
300,0 Tsd. EUR mehr infolge Förderung neuer Fachkraftstellen sowie Tarifierhöhungen.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		79 Förderung von Heimen, Tagesstätten und ähnlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
883 79-2	290	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A C	--- 555,3
893 79-0	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 3.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.200,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 3.200,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 500,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 700,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 700,0</i> <i>2013 Tsd. EUR 800,0</i> <i>2014 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2010 in Höhe von 3.200,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2011 Tsd. EUR 500,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 700,0</i> <i>2013 Tsd. EUR 700,0</i> <i>2014 Tsd. EUR 700,0</i> <i>2015 Tsd. EUR 600,0</i>	2.500,0	1.980,0	A B C	1.985,1 1.687,2 1.532,8
		Summe der Titelgruppe	2.500,0	1.980,0	A B C	1.985,1 1.687,2 2.088,1
		80 Leistungen nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
681 80-3	232	Landeserziehungsgeld <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 10 05 TG 78 bis zu 1.022,6 Tsd. EUR.</i>	122.000,0	101.200,0	A B C	149.600,0 104.109,7 111.591,3
686 80-8	232	Erstattung der Vergütungen für die ärztliche Bescheinigung von Früherkennungsuntersuchungen (U6 bzw. U7)	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	122.000,0	101.200,0	A B C	149.600,0 104.109,7 111.591,3

Erläuterungen**Zu 10 07/79**

Für Neu- und Erweiterungsbauten sowie Generalmodernisierungen von Heilpädagogischen Tagesstätten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gewährt der Staat Finanzhilfen (Art. 24 Abs. 2 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz). Die Empfänger der Zuwendungen sind gemeinnützige Einrichtungsträger von Heilpädagogischen Tagesstätten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und von Internaten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen. Heilpädagogische Tagesstätten und Internate sind baulich und konzeptionell in der Regel mit (Förder-)Schulen verbunden. Die veranschlagten Mittel hängen deshalb eng mit parallel geplanten Schulbaumaßnahmen zusammen.

2009 gegenüber 2008:

220,5 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
735,4 Tsd. EUR	mehr wegen Förderung neuer Bauprojekte
514,9 Tsd. EUR	mehr

2010 gegenüber 2009:

520,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Verpflichtungsermächtigung 2009 und 2010:

Für die jahresübergreifende Bewilligung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 07/80

Veranschlagt sind im Haushaltsjahr 2009 die Kosten für den Vollzug des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes (BayLerzGG) in der für Geburten ab 01.07.2002 und bis 31.12.2006 geltenden Fassung. Das Landeserziehungsgeld beträgt für das erste Kind monatlich bis zu 200 EUR, für das zweite Kind monatlich bis zu 250 EUR und ab dem dritten Kind monatlich bis zu 350 EUR. Es wird für das erste Kind für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten gezahlt, ab dem zweiten Kind gilt ein Bezugszeitraum von zwölf Monaten.

Veranschlagt sind in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 die Kosten für den Vollzug des BayLerzGG in der für Geburten ab 01.01.2007 geltenden Fassung. Das Landeserziehungsgeld als unmittelbare Anschlussleistung an das Bundeselterngeld beträgt für das erste Kind monatlich bis zu 150 EUR, für das zweite Kind monatlich bis zu 200 EUR und ab dem dritten Kind monatlich bis zu 300 EUR. Es wird für das erste Kind für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten gezahlt, ab dem zweiten Kind gilt ein Bezugszeitraum von zwölf Monaten.

Durch Haushaltsvermerk ist zu Lasten 681 80 eine Mittelverstärkung zugunsten 10 05/78 (Landesbehindertenplan) bis zu 1.022,6 Tsd. EUR möglich.

Zu 10 07/681 80

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3.

2009 gegenüber 2008:

27.600,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

20.800,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 07/686 80

Für den Bezug von Landeserziehungsgeld ist die Durchführung der Früherkennungsuntersuchungen (U6 bzw. U7) nachzuweisen. Die Kosten der hierzu auszustellenden ärztlichen Bescheinigungen trägt der Freistaat. Die Abwicklung erfolgt über die Kassenärztliche Vereinigung Bayern.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		82 Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 82-0	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A	25,0
					C	-0,1
531 82-3	290	Veröffentlichung und Dokumentation	14,0	14,0	A	15,7
					C	29,0
540 82-2	290	Veranstaltungskosten	---	---	A	5,0
					C	1,4
633 82-0	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 82-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.621,1	1.621,1	A	1.574,7
					B	1.207,7
					C	1.218,9
685 82-7	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 82-6	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	---	---	A	---
698 82-2	290	Zustiftung für die Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt"	---	---	A	2.500,0
		Summe der Titelgruppe	1.635,1	1.635,1	A	4.120,4
					B	1.207,7
					C	1.249,2
		84 Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens - Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind" - <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
<u>525 84-9</u>	232	Fortbildung für Fachkräfte der Schwangerenberatung	10,5	10,5	A	
<u>526 84-8</u>	232	Kosten für Sachverständige	25,8	25,8	A	
531 84-1	232	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	100,5	100,5	A	113,0
					B	134,9
					C	108,6
540 84-0	232	Veranstaltungskosten	85,3	85,3	A	140,9
					B	126,8
					C	64,8
684 84-6	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	444,5	444,5	A	500,0
					C	5,0
685 84-5	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	4.096,6	4.096,6	A	4.608,6
					B	3.475,0
					C	3.280,0
		Summe der Titelgruppe	4.763,2	4.763,2	A	5.362,5
					B	3.736,7
					C	3.458,4

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/82**

Aufwendungen für Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erforschung der Gewaltproblematik	0,0	0,0
2. Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Untersuchungen, Ergebnisse von Fachtagungen und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für das Thema "Gewalt gegen Frauen und Kinder"	14,0	14,0
3. Veranstaltungskosten für Fachtagungen u. dgl. zur Gewaltproblematik	-	-
4. Betreuung misshandelter Frauen und deren Kinder in Frauenhäusern	1.032,5	1.032,5
5. Beratung misshandelter Frauen und deren Kinder durch Notrufgruppen	535,2	535,2
6. Fortbildung des Personals	8,9	8,9
7. Modellmaßnahmen	26,7	26,7
8. Vorübergehende Unterkunfts- und Betreuungsstätten für von Gewalt betroffene ausländische Frauen (v.a. aus Asien)	17,8	17,8
9. Zustiftung für die Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt " sowie Fördermaßnahmen, insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und modellhafte Präventionsprojekte sowie Verwaltung	-	-
Zusammen	1.635,1	1.635,1

2009 gegenüber 2008:

180,0	Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,5	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/540 01 (von 540 82)
2.500,0	Tsd. EUR	weniger wegen Wegfalls des einmaligen Betrags der Zustiftung für die Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt"
199,2	Tsd. EUR	mehr zur Erreichung des Planungszieles beim Ausbau der Frauenhäuser und Notrufgruppen sowie zur Anhebung der Fördersätze
2.485,3	Tsd. EUR	weniger

Zu 10 07/84

Aufwendungen für Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens einschließlich der Mittel für die Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind".

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz des ungeborenen Lebens	100,5	100,5
2. Fortbildung und Supervision der Beratungsfachkräfte	36,3	36,3
3. Veranstaltungskosten	85,3	85,3
4. Förderung eines Modellprojekts zur psychosozialen Beratung bei pränataler Diagnostik	444,5	444,5
5. Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"		
a) Schwangerenhilfe	3.741,0	3.741,0
b) Hilfen für Familien in Not	355,6	355,6
Zusammen	4.763,2	4.763,2

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 5.1.

2009 gegenüber 2008:

595,7	Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
3,6	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/540 01 (von 540 84)
599,3	Tsd. EUR	weniger

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		85 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 85-7	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	5,0	5,0	A C	5,0 20,0
531 85-0	290	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	5,0	5,0	A B C	5,0 50,5 0,8
536 85-5	290	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung	---	---	A	---
540 85-9	290	Veranstaltungskosten	---	---	A B	--- 2,8
547 85-2	290	Ausgaben für die privatversicherungsrechtliche Absicherung ehrenamtlich Tätiger für Unfall und Haftpflicht (Landesversicherung)	80,0	85,0	A B	71,4 53,6
633 85-7	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
683 85-6	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---
684 85-5	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	390,0	390,0	A B C	315,0 275,3 276,5
893 85-2	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	480,0	485,0	A B C	396,4 382,1 297,2
		87 Ausgaben für das Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2008 - 2013 <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 331 87. Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen auch nach Abschluss des Haushaltsjahres von der Ausgabe abgesetzt werden. Für den gleichen Zweck sind Mittel bei den einschlägigen Haushaltskapiteln der jeweiligen Baumaßnahme sowie bei Kap. 13 30 TG 75 veranschlagt.</i>				
701 87-2	274	Kleine Neu- Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
710 87-1	274	Staatliche Hochbaumaßnahmen	---	---	A	---
812 87-8	274	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für staatliche betriebliche Einrichtungen	---	---	A	---
883 87-2	274	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	58.364,0	57.197,0	A	59.555,0
891 87-2	274	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	58.364,0	57.197,0	A B C	59.555,0 - -

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/85**

Aufwendungen für die Förderung von Maßnahmen, Projekten und Einrichtungen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement sowie Prämie für die Bayerische Landesversicherung Ehrenamt.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Untersuchungen, Fachtagungen, Workshops zu Bedarf und Möglichkeiten, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt	5,0	5,0
2. Öffentlichkeitsarbeit, Werbekampagnen, Fortbildung des im Bürgerschaftlichen Engagement tätigen Personals sowie Finanzierung landesweiter Vorträge für Vereinsleiter	20,0	20,0
3. Finanzierung des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (LNBE)	375,0	375,0
4. Prämie für die Bayerische Landesversicherung Ehrenamt (BEaV)	80,0	85,0
Zusammen	480,0	485,0

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.4.

2009 gegenüber 2008:

36,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
119,7 Tsd. EUR	mehr insbesondere zur Intensivierung der Kommunalberatung
83,6 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 07/87

Der Freistaat Bayern gewährt im Rahmen eines Sonderprogramms nach Maßgabe der „Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013“ auf der Basis der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Bundesländern vom 18. Oktober 2007 Zuweisungen zu Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung und in der Tagespflege in den Jahren 2008 bis längstens 2013. Gefördert werden insbesondere notwendige Investitionen für den Neu- bzw. Umbau von Gebäuden, Gruppenräumen, Ruheräumen, Sanitärräumen, Versorgungsküchen, Aufenthaltsräumen, Speiseräumen, Personalräumen, Außenanlagen mit Spielgeräten und Abstellmöglichkeiten für Kinderwagen. Zuweisungsempfänger sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise und kreisfreie Städte) und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Zu 10 07/701 87, 710 87 und 891 87

Zur Schaffung von Krippenplätzen für Kinder von Behördenbediensteten ist die Errichtung staatlicher betrieblicher Einrichtungen geplant.

Zu 10 07/812 87

Leertitel zur Abwicklung von Ausstattungsinvestitionen.

Zu 10 07/883 87

Veranschlagt sind Ausgaben zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige. Die entsprechenden Zuweisungen des Bundes sind bei Tit. 331 87 veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:

1.191,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

1.167,0 Tsd. EUR weniger wegen degressiver Zuweisungen des Bundes.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		88 - 90 Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege <i>Titel 526 88, 546 88, 633 88 und 684 88 gegenseitig deckungsfähig. Titel 633 89 und 684 89 gegenseitig deckungsfähig. Titel 525 89 bis 536 89 gegenseitig deckungsfähig und bis zu 380,0 Tsd. EUR deckungsfähig zu Lasten Titel 633 89 und 684 89. Die Mittel sind übertragbar. Sonstige Maßnahmen können aus den Mitteln der TG nach Maßgabe der Erläuterungen vorgenommen werden. Für den gleichen Zweck (Sprachförderung und qualitative Angebotsverbesserung) sind Mittel bei Kap. 13 30 TG 77 veranschlagt.</i>				
525 89-4	274	Fortbildung	---	---	A B C	--- 38,7 29,5
<u>526 88-4</u>	274	Kosten von Untersuchungen u. dgl. (Sprachförderung)	---	---	A	
526 89-3	274	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	75,0	75,0	A B C	75,0 3,6 10,5
531 89-6	274	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	55,3	55,3	A B C	55,3 120,9 64,7
536 89-1	274	Kosten von Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	---	---	A B C	--- 0,8 0,2
546 88-0	274	Vermischte Verwaltungsausgaben (Sprachförderung)	---	---	A	470,0
633 88-4	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Sprachförderung)	5.312,6	5.312,6	A	---
633 89-3	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	649.358,4	677.999,2	A B C	605.662,2 593.328,4 303.367,1
<u>633 90-0</u>	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren	14.900,0	29.800,0	A	***
684 88-2	274	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Sprachförderung)	995,0	995,0	A	---
684 89-1	274	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	5.703,9	5.691,6	A B C	11.588,0 4.624,9 242.343,8
		Summe der Titelgruppe	676.400,2	719.928,7	A B C	617.850,5 598.117,2 545.815,8
		Gesamtausgaben	915.254,0	938.271,0	A B C	884.259,0 743.988,3 702.273,6

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/88 - 90**

1. a) Zuschüsse zu den förderfähigen Kosten des pädagogischen Fach- und Hilfspersonals in Kindergärten und Horten (§ 3 Abs. 3 Nr. 1 BayKiBiG und ÄndG) im Rahmen der Endabrechnung und erforderlicher Berichtigungen an kommunale und freigemeinnützige Träger.
- b) Betriebskostenförderung für Kindertageseinrichtungen und für die Tagespflege nach Art. 18 ff. BayKiBiG an Gemeinden und an Träger der öffentlichen Jugendhilfe.
- c) Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, die aus Bundesmitteln finanziert werden (Art. 2 Kinderförderungsgesetz)
- d) Zuwendungen zur Verbesserung der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen (Sprachförderrichtlinie).
2. Aus den Mitteln können ferner finanziert werden:
 - a) Fortbildungsmaßnahmen für das pädagogische Personal nach Art. 17 Abs. 2 BayKiBiG, zur Umsetzung der kindbezogenen Förderung, zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes, für den Austausch von pädagogischen Kräften, zur Verbesserung der Sprachförderung sowie für Lehrkräfte im Rahmen der Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Schulen.
 - b) Zuschüsse für den Aufbau einer Tagespflegestruktur (§ 3 Abs. 3 Nr. 6 BayKiBiG und ÄndG).
 - c) Ausgaben für Forschungsvorhaben und Öffentlichkeitsarbeit.
 - d) Maßnahmen nach Art. 29 BayKiBiG.

3. Mittelaufteilung	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
a) Betriebskostenförderung bzw. Personalkostenzuschüsse	650.484,3	679.112,8
b) Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	14.900,0	29.800,0
c) Verbesserung der Sprachförderung für deutsche Kinder	5.689,1	5.989,1
d) Fortbildungsmaßnahmen		
- für das pädagogische Personal	657,2	657,2
- für die Umsetzung der kindbezogenen Förderung	290,8	290,8
- für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans	680,0	680,0
- im Rahmen des Austausches von pädagogischen Kräften	50,0	50,0
- zur Verbesserung der Sprachförderung	400,0	100,0
e) Aufbau einer Tagespflegestruktur	1.600,0	1.600,0
f) Forschungsvorhaben, Öffentlichkeitsarbeit	348,8	348,8
g) Maßnahmen nach Art. 29 BayKiBiG	1.300,0	1.300,0
Zusammen	676.400,2	719.928,7

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereiche 1.4 und 2.

Die Investitionskostenzuschüsse (Art. 27 BayKiBiG) sind bei 13 10/883 87 veranschlagt.

Die Investitionskostenzuschüsse im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013" sind bei 10 07/TG 87 (soweit sich der Bund beteiligt) und bei 13 30/TG 75 veranschlagt.

2009 gegenüber 2008:

36.512,1	Tsd. EUR	mehr zum bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter 3-Jährige und Schulkinder, wegen Verbesserung des Mindestanstellungsschlüssels sowie wegen Tarifierhöhungen
14.900,0	Tsd. EUR	mehr wegen erstmaliger Veranschlagung der aus Bundesmitteln (Art. 2 Kinderförderungsgesetz) für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren finanzierten Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Tit. 633 90)
5.907,6	Tsd. EUR	mehr zur Durchführung des Programms zur Sprachförderung für deutsche Kinder
70,0	Tsd. EUR	weniger wegen geringeren Bedarfs an Fortbildungsmaßnahmen
1.300,0	Tsd. EUR	mehr für Maßnahmen nach Art. 29 BayKiBiG
58.549,7	Tsd. EUR	mehr

2010 gegenüber 2009:

28.628,5	Tsd. EUR	mehr aufgrund von Tarifierhöhungen und weiterem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter 3-Jährige und Schulkinder
14.900,0	Tsd. EUR	mehr wegen Erhöhung der aus Bundesmitteln (Art. 2 Kinderförderungsgesetz) für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren finanzierten Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Tit. 633 90)
300,0	Tsd. EUR	mehr wegen höheren Bedarfs für die Verbesserung der Sprachförderung für deutsche Kinder
300,0	Tsd. EUR	weniger infolge rückläufiger Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen
43.528,5	Tsd. EUR	mehr

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	5,0	5,0	A	6,0
					B	3,5
					C	0,9
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.400,0	3.400,0	A	2.400,0
					B	7.974,8
					C	4.999,2
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	58.364,0	57.197,0	A	59.555,0
					B	-
					C	-
		Gesamteinnahmen	61.769,0	60.602,0	A	61.961,0
					B	7.978,4
					C	5.000,2
		Personalausgaben	3,0	3,0	A	3,0
					B	1,6
					C	1,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.569,3	1.574,3	A	2.239,4
					B	953,5
					C	658,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	850.196,8	874.995,8	A	817.269,4
					B	737.054,1
					C	691.042,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	63.484,9	61.697,9	A	64.747,2
					B	5.979,1
					C	10.570,9
		Gesamtausgaben	915.254,0	938.271,0	A	884.259,0
					B	743.988,3
					C	702.273,6
		Zuschuss	853.485,0	877.669,0	A	822.298,0
					B	736.009,9
					C	697.273,5

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-3	054	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	3.700,0	3.700,0	A B C	3.600,0 3.700,5 3.648,1
112 01-2	054	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	7,0	7,0	A B C	9,3 6,9 8,5
119 49-9	054	Vermischte Einnahmen	4,4	4,4	A B C	1,4 4,1 6,1
124 01-8	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,8	4,8	A B C	4,5 4,9 4,4
132 01-8	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A C	--- 0,3
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	054	Sonstige Zuweisungen vom Bund	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			3.716,2	3.716,2	A B C	3.615,2 3.720,0 3.673,8
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-9	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	476,0	483,0	A B C	485,0 456,4 432,6
422 01-7	054	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	14.886,7	15.273,3	A B C	13.716,8 13.509,3 13.325,2
422 11-5	054	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A B C	517,3 619,4 582,1
422 21-3	054	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	124,0	126,6	A B C	292,4 118,3 198,9
422 31-1	054	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	82,6	84,3	A B C	101,6 78,8 94,0
422 41-9	054	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 10

Die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen wird in Bayern durch die Landesarbeitsgerichte München und Nürnberg als Berufungs- und Beschwerdegerichte und die Arbeitsgerichte Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Kempten, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Rosenheim, Weiden und Würzburg mit insgesamt 11 auswärtigen Kammern als Erstinstanzgerichte nach dem Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) vom 3. September 1953 (BGBl I S. 1267) in der Fassung der verschiedenen Änderungsgesetze ausgeübt.

Zu 10 10/111 01

Gebühren und Auslagen nach § 12 ArbGG.

2009 gegenüber 2008:

100,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	4,7	4,7
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	0,1	0,1
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	4,8	4,8

Zu 10 10/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) zu leisten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 10 10/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 10/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

Zu 10 10/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 10/422 41

Leertitel für die Verbuchung ggf. anfallender Aufwendungen.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
427 01-2	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	3,0	3,0	A	4,6	
					B	1,4	
					C	2,0	
428 01-1	054	Entgelte der Arbeitnehmer	4.109,0	4.196,0	A	4.116,2	
					B	3.956,5	
					C	3.964,4	
428 11-9	054	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---	
428 21-7	054	Entgelte der Arbeitnehmer	274,6	280,5	A	261,4	
					B	264,4	
					C	279,7	
428 41-3	054	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	0,5	0,5	A	0,5	
453 01-9	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	11,5	11,5	A	11,5	
					B	14,2	
					C	10,7	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-9	054	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.263,2	1.263,2	A	1.517,0	
					B	1.111,4	
					C	1.237,1	
514 01-6	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	4,5	4,5	A	4,4	
					B	3,3	
					C	2,5	
514 11-4	054	Dienst- und Schutzkleidung	2,5	2,5	A	3,5	
					B	2,0	
					C	2,9	

Erläuterungen

Zu 10 10/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/453 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	8,5	8,5
2. Umzugskostenvergütungen	3,0	3,0
Zusammen	11,5	11,5

Zu 10 10/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 teilweise wieder zu.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	196,0	196,0
2. Bücher und Zeitschriften	220,0	220,0
3. Kommunikation	44,0	44,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	723,0	723,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	65,0	65,0
6. Sonstiges	15,2	15,2
Zusammen	1.263,2	1.263,2

2009 gegenüber 2008:

168,6 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
85,2 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
253,8 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 10/514 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	4,0	4,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	0,5	0,5
Zusammen	4,5	4,5

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	4,5	4,5
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	3,0	3,0
Zusammen	7,5	7,5

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	1	1	1	1	1
Krafträder (Mopeds, Mofas)	1	1	1	1	-

Die Kosten für das LAG Nürnberg und das ArbG Nürnberg sind bei 10 20/514 01 veranschlagt (Fahrbereitschaft).

2009 gegenüber 2008:

0,5 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
0,6 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
0,1 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 10/514 11

2009 gegenüber 2008:

0,4 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
0,6 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
1,0 Tsd. EUR	weniger

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
517 01-3	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	340,2	340,2	A	416,0
					B	331,3
					C	308,3
517 05-9	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	259,2	259,2	A	236,0
					B	234,7
					C	195,4
517 31-7	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	161,3	161,3	A	---
					B	155,4
517 35-3	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	114,2	114,2	A	---
					B	101,6
518 01-2	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.333,6	1.396,0	A	1.331,0
					B	1.289,0
					C	1.270,3
518 11-0	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	9,8	9,8	A	---
					B	9,6
518 18-3	054	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	3,0	3,0	A	3,0
					B	2,9
					C	3,0

Erläuterungen

Zu 10 10/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:

83,2 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,5 Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzende Dienststelle (vgl. Kap. 10 12 Tit. 517 31)
11,9 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>75,8 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 10/517 05

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	164,8	164,8
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	94,4	94,4
Zusammen	<u>259,2</u>	<u>259,2</u>

2009 gegenüber 2008:

47,2 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,5 Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzende Dienststelle (vgl. Kap. 10 12 Tit. 517 35)
74,9 Tsd. EUR	mehr nach voraussichtlichem Bedarf und wegen erhöhter Preise für Heizstoffe und elektrische Energie
<u>23,2 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 10/517 31

2009 gegenüber 2008:

156,5 Tsd. EUR	mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 03 08, 03 18, 03 80, 04 04, 06 22, 10 12, 10 20 Tit. 517 01).
4,8 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>161,3 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 10/517 35

2009 gegenüber 2008:

104,4 Tsd. EUR	mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 03 08, 03 18, 03 80, 04 04, 06 22, 10 12, 10 20 Tit. 517 05).
9,8 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>114,2 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 10/518 01

Für angemietete Diensträume sind im Einzelnen veranschlagt (Jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Arbeitsgericht/Grundstück	Nutzfläche qm	Jährliche	Jährliche
		Kosten 2009	Kosten 2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
Augsburg, Frohsinnstr. 2	1.253	120,0	120,0
Kammer Neu-Ulm, Kepplerstr. 2	109	14,4	14,4
Kempten, Königstraße 11	911	94,8	94,8
München, Winzererstraße 104	6.403	997,6	1.060,0
Passau, Eggendobl 4	632	37,6	37,6
Kammer Deggendorf	263	7,5	7,5
Bayreuth für Kammer Hof	280	26,0	26,0
Gerichtstage	-	35,7	35,7
Zusammen		<u>1.333,6</u>	<u>1.396,0</u>

2009 gegenüber 2008:

23,6 Tsd. EUR	mehr wegen Mieterhöhungen und Anmietung neuer Räume für das Arbeitsgericht Augsburg.
21,0 Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzende Dienststelle (vgl. Kap. 10 12 Tit. 518 31)
<u>2,6 Tsd. EUR</u>	mehr

2010 gegenüber 2009:

62,4 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
518 31-6	054	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	8,1	8,1	A B	--- 8,0
519 01-1	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 80,3 83,3
526 01-2	054	Auslagen in Rechtssachen	7.000,0	7.000,0	A B C	7.700,0 6.724,1 6.762,6
527 01-1	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	134,6	134,6	A B C	137,5 110,8 114,4
532 11-2	054	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A C	--- 2,2
540 01-4	054	Veranstaltungskosten	---	---	A B C	--- 3,1 14,7
546 49-2	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	3,5	3,5	A B C	3,0 2,5 1,9
Baumaßnahmen						
701 01-9	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-6	054	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-5	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	115,5	62,0	A B C	117,0 52,3 109,5
812 03-3	054	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	8,9	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 10/518 31

2009 gegenüber 2008:

8,0 Tsd. EUR	mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 03 08, 10 12 Tit. 518 01).
0,1 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>8,1 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 10/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

Zu 10 10/526 01

2009 gegenüber 2008:

700,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/527 01

2009 gegenüber 2008:

15,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
12,4 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>2,9 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 10/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2009 gegenüber 2008:

0,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
0,8 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>0,5 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 10/812 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	13,0	7,5
2. Ersatzbeschaffungsprogramm für unbrauchbar gewordene Einrichtungsgegenstände	75,5	38,5
3. Ersatz von Geschäftszimmerausstattungen	27,0	16,0
Zusammen	<u>115,5</u>	<u>62,0</u>

2009 gegenüber 2008:

13,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
11,5 Tsd. EUR	mehr für die Ausstattung neuer Räume des Arbeitsgerichts Augsburg
<u>1,5 Tsd. EUR</u>	weniger

2010 gegenüber 2009:

53,5 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-2	054	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	196,6	196,6	A B C	206,0 216,1 94,1
514 99-9	054	Verbrauchsmittel	40,0	40,0	A B C	50,0 31,1 32,0
518 99-5	054	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-4	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	24,6	234,6	A B C	68,7 0,9 7,5
525 99-6	054	Aus- und Fortbildung	23,4	23,4	A B C	18,7 6,1 8,2
526 99-5	054	Ausgaben für Sachverständige	22,2	22,2	A B C	25,0 2,4 69,7
527 99-4	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	11,1	11,1	A B C	8,0 32,9 20,4
534 99-5	054	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	44,4	44,4	A	---

Erläuterungen

Zu 10 10/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und für die Informationsgewinnung. Die Ansätze der TG 99 sind für Ersatzbeschaffungen zwingend erforderlich.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Gruppe Beamte	
Höherer Dienst	-
Gehobener Dienst	7
Mittlerer Dienst	6
Gruppe Angestellte	-
Zusammen	13

Zu 10 10/511 99

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	6,6	6,6
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	190,0	190,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	196,6	196,6

2009 gegenüber 2008:

0,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
9,3 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
9,4 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 10/514 99

2009 gegenüber 2008:

5,6 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,4 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
10,0 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 10/519 99

2009 gegenüber 2008:

7,6 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
36,5 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
44,1 Tsd. EUR	weniger

2010 gegenüber 2009:

210,0 Tsd. EUR mehr wegen der kompletten Neuverkabelung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Nürnberg.

Zu 10 10/525 99

2009 gegenüber 2008:

2,1 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
6,8 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
4,7 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 10/526 99

2009 gegenüber 2008:

2,8 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 10/527 99

2009 gegenüber 2008:

0,9 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,0 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
3,1 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 10/534 99

44,4 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 10 02 TG 97.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
815 99-5	054	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	427,7	427,7	A B C	439,0 227,5 331,1
		Summe der Titelgruppe	790,0	1.000,0	A B C	815,4 517,0 563,0
		Gesamtausgaben	31.520,0	32.220,8	A B C	31.791,1 29.757,9 29.560,6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	3.716,2	3.716,2	A B C	3.615,2 3.716,4 3.667,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A B C	- 3,6 6,4
		Gesamteinnahmen	3.716,2	3.716,2	A B C	3.615,2 3.720,0 3.673,8
		Personalausgaben	19.967,9	20.458,7	A B C	19.507,3 19.018,6 18.889,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	11.000,0	11.272,4	A B C	11.727,8 10.459,5 10.230,5
		Sonstige Sachinvestitionen	552,1	489,7	A B C	556,0 279,8 440,5
		Gesamtausgaben	31.520,0	32.220,8	A B C	31.791,1 29.757,9 29.560,6
		Zuschuss	27.803,8	28.504,6	A B C	28.175,9 26.037,8 25.886,8

Erläuterungen

Zu 10 10/815 99	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:		
1. Ersatzbeschaffung von Peripheriegeräten	124,4	277,8
2. Ersatzbeschaffungen für Server	241,1	83,3
3. Softwarelizenzen	62,2	66,6
Zusammen	<u>427,7</u>	<u>427,7</u>

2009 gegenüber 2008:

48,8 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

37,5 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf

11,3 Tsd. EUR weniger

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	054	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	3.721,0	3.721,0	A B C	5.500,0 3.682,0 282,0
112 01-8	054	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	47,5	47,5	A B C	51,0 43,1 48,3
119 49-5	054	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A B C	0,5 0,6 1,4
124 01-4	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	24,6	24,6	A B C	25,0 23,7 23,6
132 01-4	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0,3	0,3	A B C	0,3 5,2 0,2
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	054	Sonstige Zuweisungen vom Bund	---	---	A	---
235 12-7	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A B C	---
281 01-3	054	Erstattung von Prozesskosten	1.884,0	1.884,0	A B C	---
Gesamteinnahmen			5.677,9	5.677,9	A B C	5.576,8 5.620,9 6.596,7
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	565,0	565,0	A B C	555,0 549,7 547,4
422 01-3	054	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	20.856,0	21.466,9	A B C	17.981,4 19.278,4 18.269,9
422 11-1	054	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A B C	451,5 451,0 527,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 12

Die Sozialgerichtsbarkeit wird in Bayern durch das Bayerische Landessozialgericht in München als Berufungs- und Beschwerdegericht (§ 28 Abs. 1, § 29 SGG, Art. 4 Abs. 1 AGSGG) und die Sozialgerichte Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg als Erstinstanzgerichte (§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGG, Art. 1 AGSGG) ausgeübt.

Durch Verordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 2. Mai 1995 (GVBl S. 167) wurde zum 1. Juli 1995 eine Zweigstelle des Bayerischen Landessozialgerichts mit 6 Senaten in Schweinfurt errichtet.

Zu 10 12/111 01

Kosten für die Anfertigung von Abschriften gemäß §§ 93, 120 Abs. 2 SGG.

Erstattung von Gebühren nach §§ 184 ff., von Kosten nach § 109 SGG und den Auslagen für geleistete Rechtshilfe.

2009 gegenüber 2008:

1.1779,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 281 01.

Zu 10 12/112 01

Ordnungsgelder gemäß § 118 SGG in Verbindung mit §§ 380 ff., 409 ZPO.

2009 gegenüber 2008:

3,5 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen.

Zu 10 12/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	23,9	23,9
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	0,1	0,1
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	0,6	0,6
Zusammen	24,6	24,6

Zu 10 12/281 01

2009 gegenüber 2008:

1.779,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 111 01

105,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen

1.884,0 Tsd. EUR mehr

Zu 10 12/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) zu leisten.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 10 12/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
422 21-9	054	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	101,3	103,4	A	185,6
					B	96,6
					C	107,7
422 31-7	054	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	105,7	107,9	A	544,0
					B	100,8
					C	493,3
427 01-8	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
					B	1,2
					C	0,5
428 01-7	054	Entgelte der Arbeitnehmer	4.884,8	4.988,3	A	4.882,7
					B	4.703,5
					C	4.782,3
428 11-5	054	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
428 12-4	054	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
428 21-3	054	Entgelte der Arbeitnehmer	734,0	749,6	A	731,7
					B	706,8
					C	698,2
428 41-9	054	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	2,9
					C	2,9
453 01-5	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	15,5	15,5	A	15,5
					B	23,6
					C	15,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	054	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.342,9	1.342,9	A	1.473,3
					B	1.157,8
					C	1.196,2
514 01-2	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	17,4	17,4	A	17,4
					B	11,5
					C	14,7
514 11-0	054	Dienst- und Schutzkleidung	3,5	4,5	A	4,5
					B	1,6
					C	1,9

Erläuterungen

Zu 10 12/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/428 41

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/428 41.

Zu 10 12/453 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	10,3	10,3
2. Umzugskostenvergütungen	5,2	5,2
Zusammen	15,5	15,5

Zu 10 12/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 wieder zu.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	161,3	161,3
2. Bücher und Zeitschriften	288,5	288,5
3. Kommunikation	82,0	82,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	654,9	654,9
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	133,4	133,4
6. Sonstiges	22,8	22,8
Zusammen	1.342,9	1.342,9

2009 gegenüber 2008:

163,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
33,3 Tsd. EUR	mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf
130,4 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 12/514 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	14,0	14,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	3,4	3,4
Zusammen	17,4	17,4

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	17,4	17,4
Personalausgaben	100,8	103,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		
Ausgaben für Leasing/Miete	8,8	8,8
Zusammen	127,0	129,2

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	davon geleast/ gemietet
	2009	2010	2008	gesamt	
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	3	3	3	3	2
Krafträder (Mopeds, Mofas)	1	1	1	1	-
Kommunaltraktoren	2	2	2	2	-

2009 gegenüber 2008:

1,9 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1,9 Tsd. EUR	mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf
-	Tsd. EUR

Zu 10 12/514 11

2009 gegenüber 2008:

0,5 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
0,5 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
1,0 Tsd. EUR	weniger

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
517 01-9	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	524,3	524,3	A	657,7	
					B	506,7	
					C	523,3	
517 05-5	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	386,3	386,3	A	463,5	
					B	327,8	
					C	410,2	
<u>517 31-3</u>	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	4,5	4,5	A		
<u>517 35-9</u>	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	4,5	4,5	A		
518 01-8	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.194,2	1.194,2	A	1.219,6	
					B	1.082,7	
					C	1.137,1	
518 11-6	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	40,8	40,8	A	35,1	
					B	39,7	
					C	34,4	
518 18-9	054	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	8,8	8,8	A	8,4	
					B	7,7	
					C	4,7	
<u>518 31-2</u>	054	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	21,0	21,0	A		
519 01-7	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
					B	512,8	
					C	362,4	
526 01-8	054	Auslagen in Rechtssachen	21.776,0	21.776,0	A	21.776,0	
					B	21.853,4	
					C	22.903,9	

Erläuterungen

Zu 10 12/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:

131,5 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
66,1 Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzenden Dienststellen (vgl. Kap. 03 75, 10 10, 10 20 Tit. 517 31)
64,2 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>133,4 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 12/517 05

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
1. Heizung	230,3	230,3
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	156,0	156,0
Zusammen	<u>386,3</u>	<u>386,3</u>

2009 gegenüber 2008:

92,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
68,3 Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzenden Dienststellen (vgl. Kap. 03 75, 10 10, 10 20, 12 77 Tit. 517 35)
83,8 Tsd. EUR	mehr wegen erheblichem Anstieg der Kosten für Energie (Heizung, Strom)
<u>77,2 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 12/517 31

2009 gegenüber 2008:

4,5 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 10 10 Tit. 517 01).

Zu 10 12/517 35

2009 gegenüber 2008:

4,5 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 10 10 Tit. 517 05).

Zu 10 12/518 01

Für angemietete Diensträume sind im Einzelnen veranschlagt (jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Sozialgericht/Grundstück	Nutzfläche qm	Jährliche Kosten 2009	Jährliche Kosten 2010
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweigstelle des BLSG in Schweinfurt	1.450	192,0	192,0
Augsburg, Holbeinstraße 12	2.381	162,0	162,0
München, Richelstraße	7.980	826,2	826,2
Gerichtstage	-	14,0	14,0
Zusammen		<u>1.194,2</u>	<u>1.194,2</u>

(München, Richelstraße: 700 qm vom Zentrum Bayern Familie und Soziales belegt).

2009 gegenüber 2008:

25,4 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzenden Dienststellen (vgl. Kap. 10 10, 10 20 Tit. 518 31).

Zu 10 12/518 31

2009 gegenüber 2008:

21,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 10 10 Tit. 518 01).

Zu 10 12/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

Zu 10 12/526 01

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
1. Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, Erstattungen an Kläger u. dgl.	21.350,0	21.350,0
2. Reisekosten in Rechtssachen	-	-
3. Prozesskostenhilfe	426,0	426,0
Zusammen	<u>21.776,0</u>	<u>21.776,0</u>

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
527 01-7	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	51,9	51,9	A	44,2
					B	39,3
					C	40,7
532 11-8	054	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
540 01-0	054	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
546 49-8	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	7,1	7,1	A	2,9
					B	6,1
					C	5,8
Baumaßnahmen						
701 01-5	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	450,0	250,0	A	300,0
					B	458,8
					C	252,8
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-2	054	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-1	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	112,7	111,7	A	160,0
					B	110,6
					C	118,6
812 03-9	054	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	---
					C	5,4

Erläuterungen

Zu 10 12/527 01

2009 gegenüber 2008:

4,9 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
12,6 Tsd. EUR	mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf
<u>7,7 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 12/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2009 gegenüber 2008:

0,3 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,5 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<u>4,2 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 12/701 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
SG Nürnberg	250,0	100,0
Sanierung des Kellergeschosses		
SG Würzburg	200,0	150,0
Renovierung der Außenfassade (CO ² -Ausstoßreduzierung) und Dachsanierung		
Zusammen	<u>450,0</u>	<u>250,0</u>

2009 gegenüber 2008:

60,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.
210,0 Tsd. EUR	mehr wegen dringender Sanierungsmaßnahmen
<u>150,0 Tsd. EUR</u>	mehr

2010 gegenüber 2009:

200,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 12/812 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	10,0	10,0
2. Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen	25,7	25,7
3. Neuausstattung von Geschäftsstellenzimmern	77,0	76,0
Zusammen	<u>112,7</u>	<u>111,7</u>

2009 gegenüber 2008:

17,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
29,5 Tsd. EUR	weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf
<u>47,3 Tsd. EUR</u>	weniger

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-8	054	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	238,3	238,3	A B C	90,0 49,7 57,3
514 99-5	054	Verbrauchsmittel	55,5	55,5	A B C	52,0 41,0 33,9
518 99-1	054	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A B C	--- 0,6 0,1
519 99-0	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	166,2	36,2	A B C	--- 1,6 12,3
525 99-2	054	Aus- und Fortbildung	16,7	16,7	A B C	6,3 8,3 7,4
526 99-1	054	Ausgaben für Sachverständige	18,9	18,9	A	---
527 99-0	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	23,3	23,3	A B C	11,0 14,2 28,9
534 99-1	054	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	44,4	44,4	A C	--- 27,3

Erläuterungen

Zu 10 12/99

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb eines Informationsverarbeitungssystems in den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit. Die Ansätze der TG 99 sind für Ersatzbeschaffungen zwingend erforderlich.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Gruppe Beamte	
Höherer Dienst	-
Gehobener Dienst	8,0
Mittlerer Dienst	4,0
Gruppe Arbeitnehmer	1,0
Zusammen	13,0

Zu 10 12/511 99

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	13,3	13,3
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	72,0	72,0
3. Mieten und Wartung	153,0	153,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	238,3	238,3

2009 gegenüber 2008:

0,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
4,0 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
153,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 815 99 und Erhöhung der Lizenzen
148,3 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 12/514 99

2009 gegenüber 2008:

5,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
9,3 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
3,5 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 12/519 99

2009 gegenüber 2008:

166,2 Tsd. EUR mehr wegen erforderlicher EDV-Neuverkabelung des Bayerischen Landessozialgerichts.

2010 gegenüber 2009:

130,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 12/525 99

2009 gegenüber 2008:

0,7 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
11,1 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
10,4 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 12/526 99

2009 gegenüber 2008:

18,9 Tsd. EUR mehr wegen höherem Beratungsaufwand für Firewall-Konfiguration sowie Einführung einer Spracherkennung.

Zu 10 12/527 99

2009 gegenüber 2008:

1,2 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
13,5 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
12,3 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 12/534 99

2009 gegenüber 2008:

44,4 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 10 02/TG 97.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
815 99-1	054	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	166,7	166,7	A B C	320,0 287,1 243,8
		Summe der Titelgruppe	730,0	600,0	A B C	479,3 402,5 411,0
		Gesamtausgaben	53.938,2	54.342,5	A B C	51.989,3 52.433,4 52.867,7
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	3.793,9	3.793,9	A B C	5.576,8 3.754,7 355,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.884,0	1.884,0	A B C	- 1.866,2 6.241,2
		Gesamteinnahmen	5.677,9	5.677,9	A B C	5.576,8 5.620,9 6.596,7
		Personalausgaben	27.262,3	27.996,6	A B C	25.347,4 25.914,4 25.444,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	25.946,5	25.817,5	A B C	25.861,9 25.662,6 26.802,4
		Baumaßnahmen	450,0	250,0	A B C	300,0 458,8 252,8
		Sonstige Sachinvestitionen	279,4	278,4	A B C	480,0 397,7 367,8
		Gesamtausgaben	53.938,2	54.342,5	A B C	51.989,3 52.433,4 52.867,7
		Zuschuss	48.260,3	48.664,6	A B C	46.412,5 46.812,6 46.271,0

Erläuterungen

Zu 10 12/815 99

2009 gegenüber 2008:

35,6	Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsrechtlicher Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
153,0	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 511 99
35,3	Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
<hr/>		
153,3	Tsd. EUR	weniger

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
119 49-8	133	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	0,5	
					B	0,1	
					C	0,1	
124 01-7	133	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	25,0	25,0	A	25,0	
					B	22,4	
					C	23,2	
132 01-7	133	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1,0	1,0	A	1,0	
					B	0,2	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen							
236 01-2	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern (Ausbildung)	---	---	A	---	
236 02-1	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern (Fortbildung)	7,5	7,5	A	7,5	
					B	31,7	
					C	5,3	
261 01-0	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	3,0	3,0	A	3,0	
					B	0,7	
					C	4,1	
282 01-5	133	Zweckgebundene Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 525 02, 527 05 und 546 49.</i>	---	---	A	---	
					C	1,8	
Gesamteinnahmen			37,0	37,0	A	37,0	
					B	55,1	
					C	34,5	
Ausgaben							
Personalausgaben							
422 01-6	133	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	199,4	203,6	A	267,5	
					B	190,2	
					C	237,3	
422 31-0	133	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	20,6	21,1	A	---	
					B	19,7	
					C	3,5	
427 01-1	133	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---	
428 01-0	133	Entgelte der Arbeitnehmer	206,3	210,7	A	173,1	
					B	198,7	
					C	165,0	
428 21-6	133	Entgelte der Arbeitnehmer	134,3	137,1	A	130,5	
					B	129,3	
					C	132,8	
453 01-8	133	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---	

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 15

Mit Verordnung vom 29. März 1993 (GVBl S. 225) wurde zur Aus- und Fortbildung der Bediensteten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung (VSoV) als zentrale Bildungsstätte errichtet. Aufgaben sind die Ausbildung der Beamten des mittleren nichttechnischen Dienstes in der Sozialverwaltung einschließlich vergleichbarer Angestellter und des mittleren, gehobenen und höheren technischen Gewerbeaufsichtsdienstes, die Mitwirkung bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Prüfungen für den mittleren nichttechnischen Dienst und den technischen Gewerbeaufsichtsdienst einschließlich der Zulassungsverfahren zum Aufstieg, sowie die Durchführung von Fort- und Weiterbildungslehrgängen einschließlich Schulungen im Bereich der Informationsverarbeitung nach Anordnung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Die Verwaltungsschule ist im Bildungszentrum der Sozialverwaltung in Wasserburg a. Inn untergebracht. Neben der Verwaltungsschule nutzt auch der Fachbereich Sozialverwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR) die Einrichtungen des Bildungszentrums. Die Grundstücks- und Liegenschaftsverwaltung des Bildungszentrums Sozialverwaltung obliegt der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung.

Soweit Beamtenanwärter des gehobenen Dienstes des Geschäftsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen bei anderen Fachbereichen der BayFHVR ausgebildet werden (Studiengang Verwaltungsinformatik), werden die Aufwendungen (Fahrtkosten u. ä.) ebenfalls aus diesem Kapitel bestritten.

Zu 10 15/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	4,0	4,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	20,5	20,5
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	0,5	0,5
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	25,0	25,0

Zu 10 15/261 01

Kostenerstattung durch Dritte für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen.

Zu 10 15/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 15/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 15/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
459 01-2	133	Prüfungsvergütungen	37,0	37,0	A B C	23,0 5,2 10,3
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-8	133	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	48,0	48,0	A B C	42,6 45,3 24,3
514 01-5	133	Haltung von Dienstfahrzeugen	1,3	1,3	A B C	1,5 0,3 2,1
514 11-3	133	Dienst- und Schutzkleidung	---	---	A B C	--- 0,0 0,0
517 01-2	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	110,6	110,6	A B C	217,3 75,6 143,6
517 05-8	133	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	83,0	83,0	A B C	140,5 44,7 114,1
518 01-1	133	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	137,5	137,5	A B C	137,5 131,0 131,0
518 11-9	133	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	7,5	7,5	A B C	7,5 6,3 6,1

Erläuterungen

Zu 10 15/459 01

Vergütungen und sonstige Aufwendungen für die Durchführung der Anstellungsprüfungen für den mittleren nichttechnischen Dienst, den technischen Gewerbeaufsichtsdienst sowie für die Zulassungsverfahren zum Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen Dienstes.

2009 gegenüber 2008:

14,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von Kap. 12 02 Tit. 525 73.

Zu 10 15/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	8,5	8,5
2. Bücher und Zeitschriften	9,0	9,0
3. Kommunikation	13,0	13,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	3,5	3,5
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	13,0	13,0
6. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	48,0	48,0

2009 gegenüber 2008:

4,7 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

10,1 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf

5,4 Tsd. EUR mehr

Zu 10 15/514 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	0,3	0,3
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	1,3	1,3

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast
Kommunaltraktor	1	1	1	1	-
Anhänger	2	2	2	2	-

Zu 10 15/514 01, 519 01, 523 01, 525 01, 527 01, 546 49 und 812 01

Weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 15/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:

43,5 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

65,4 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzende Dienststelle (Kap. 06 14 Tit. 517 31)

2,2 Tsd. EUR mehr wegen höherer Hausbewirtschaftungskosten

106,7 Tsd. EUR weniger

Zu 10 15/517 05

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	50,0	50,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	33,0	33,0
Zusammen	83,0	83,0

2009 gegenüber 2008:

28,1 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

38,5 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung auf die mitnutzende Dienststelle (Kap. 06 14 Tit. 517 35)

9,1 Tsd. EUR mehr wegen gestiegener Energieaufwendungen

57,5 Tsd. EUR weniger

Zu 10 15/518 01

Veranschlagt ist die Miete für Hörsäle und Appartements.

Zu 10 15/518 11

Veranschlagt ist die Miete für den Betrieb von Kopiergeräten.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
519 01-0	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	55,0	55,0	A B C	60,0 177,6 79,5
523 01-4	133	Bibliothek	29,8	29,8	A B C	33,5 28,1 25,4
525 01-2	133	Ausbildung	8,9	8,9	A B C	10,0 4,5 6,9
525 02-1	133	Verpflegungskosten für Fortbildungsmaßnahmen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 10 02/525 02. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	---	---	A	---
527 01-0	133	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1,8	1,8	A B C	1,9 1,6 1,5
527 05-6	133	Reisekostenvergütungen für Ausbildungsreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	111,9	111,9	A B C	120,0 48,0 84,4
546 49-1	133	Vermischte Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	2,0	2,0	A B C	2,2 0,9 1,8
Baumaßnahmen						
701 01-8	133	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B	--- 149,2
710 00-8	133	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-4	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	17,8	17,8	A B	26,0 8,9
Gesamtausgaben			1.212,7	1.224,6	A B C	1.394,6 1.264,8 1.182,9

Erläuterungen

Zu 10 15/519 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	45,0	45,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	10,0	10,0
Zusammen	55,0	55,0

Zu 10 15/525 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für externe Lehrkräfte (Einkommensteuerrecht, Arbeitsförderung, Lernmethodik, Soziale Kompetenz, Sonstiges).

Zu 10 15/527 05

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Reisekosten Beamtenanwärter	75,0	75,0
2. Reisekosten nebenamtlicher Lehrkräfte	18,0	18,0
3. Ausbildungsleitertagungen	5,0	5,0
4. Kosten für staatsbürgerkundliche Exkursionen	13,9	13,9
Zusammen	111,9	111,9

2009 gegenüber 2008:

13,3 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

5,2 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von Kap. 12 02 Tit. 527 73

8,1 Tsd. EUR weniger

Zu 10 15/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 15/812 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:		
1. Beschaffung von Daten- und Videoprojektoren	8,0	8,0
2. Ersatzbeschaffungen im Wohnbereich	9,8	-
3. Ersatzbeschaffungen von DV-Geräten	-	9,8
Zusammen	17,8	17,8

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	26,5	26,5	A	26,5
					B	22,7
					C	23,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	10,5	10,5	A	10,5
					B	32,4
					C	11,2
		Gesamteinnahmen	37,0	37,0	A	37,0
					B	55,1
					C	34,5
		Personalausgaben	597,6	609,5	A	594,1
					B	543,0
					C	548,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	597,3	597,3	A	774,5
					B	563,7
					C	634,0
		Baumaßnahmen	-	-	A	-
					B	149,2
					C	-
		Sonstige Sachinvestitionen	17,8	17,8	A	26,0
					B	8,9
					C	-
		Gesamtausgaben	1.212,7	1.224,6	A	1.394,6
					B	1.264,8
					C	1.182,9
		Zuschuss	1.175,7	1.187,6	A	1.357,6
					B	1.209,7
					C	1.148,4

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales**Produkthaushalt****Vorbemerkung zu Kapitel 10 20**

Mit dem Zweiten Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung – 2. Verwaltungsmodernisierungsgesetz (2. VerwModG) vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287) wurden mit Wirkung vom 01.08.2005 das Bayerische Landesamt für Versorgung und Familienförderung, die Ämter für Versorgung und Familienförderung, das Bayerische Landesjugendamt, die Integrationsämter und die Hauptfürsorgestellen zu einem Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) vereinigt. Das ZBFS nimmt die Aufgaben der genannten Ämter und Dienststellen als eine unmittelbar dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) nachgeordnete zentrale Landesbehörde wahr. Es unterliegt der Rechts- und Fachaufsicht des StMAS. Das ZBFS hat seinen Sitz (Zentrale) in Bayreuth und Regionalstellen in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg.

Das ZBFS ist im Wesentlichen zuständig für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und des Soldatenversorgungsgesetzes, für das Feststellungsverfahren und die Integration nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, für Entscheidungen über Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz, Opferentschädigungsgesetz, Zivildienstgesetz, Häftlingshilfegesetz, Bayerischen Blindengeldgesetz, dem Bundeseltern- und Elternzeitgesetz und dem Bundes- und Landeserziehungsgeldgesetz sowie für die Aufgaben des Landesjugendamtes nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG).

Das ZBFS arbeitet auf der Grundlage der Neuen Verwaltungssteuerung und bedient sich betriebswirtschaftlicher Instrumente. Die Aufbauorganisation des ZBFS ist deshalb an den zu erstellenden Produkten orientiert.

Das ZBFS erbringt Leistungen in folgenden Produktbereichen:

	Erlöse 2009	Kosten 2009	Erlöse 2010	Kosten 2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Familie	4,0	19.943,3	---	20.011,1
2. Kinder- und Jugendhilfe	---	2.469,3	---	2.486,1
3. Eingliederung von Menschen mit Behinderung	---	58.905,9	---	60.466,0
4. Soziale Entschädigung	---	18.687,7	---	18.742,8
5. Stiftungen	16,0	918,4	16,0	921,6
6. Sonstige Aufgaben	---	4.730,7	---	4.515,1
7. Unentgeltliche Leistungen für andere staatliche Verwaltungen des Freistaats	---	5.592,1	---	5.645,2
Summe:	20,0	111.247,4	16,0	112.787,9

Die Beschreibung der Aufgaben und Leistungen im Einzelnen:

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006			2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006		
			Erlöse					Kosten		
1. Familie	[Tsd. EUR] 4,0	----	A 4,0 B 1,2 C 1,8	19.943,3	20.011,1	A 19.999,9 B 17.077,4 C 16.333,3				
			Personalkosten	16.502,3	16.592,9	A 17.614,8 B 14.052,4 C 13.051,9				
			Sach- und Dienstleistungskosten	2.578,0	2.484,2	A 1.525,3 B 2.223,5 C 2.554,1				
			Kalkulatorische Kosten	863,0	934,0	A 859,8 B 801,5 C 727,3				

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
1.1 Bundeselterngeld	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B 0,4	C ---	15.640,6	14.541,7	A 16.271,6	B 9.669,9	C 600,9	
		Personalkosten					Kalkulatorische Kosten					
		Sach- und Dienstleistungskosten					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	725.000,0	725.000,0	A 450.000,0	B 286.773,7	C ---	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	725.000,0	725.000,0	A 450.000,0	B 286.773,7	C ---	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesmitten insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	725.000,0	725.000,0	A 450.000,0	B 286.773,7	C ---	
Bundesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C ---	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	725.000,0	725.000,0	A 450.000,0	B 286.773,7	C ---	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmitten	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziel ist die Förderung der Familien durch schnelle Ausreichung der Leistung an alle Anspruchsberechtigten.					Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), das das Bundeserziehungsgeldgesetz abgelöst hat, gilt für alle ab dem 01.01.2007 geborenen Kinder. Der Vollzug des BEEG verursacht infolge der außerordentlich komplizierten Ermittlung und Berechnung des maßgebenden Einkommens, der aufwendigen Prüfung der komplexen Anspruchsvoraussetzungen, der verschiedensten individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und des erweiterten Berechtigtenkreises einen erheblichen Verwaltungsaufwand.					
Antragseingänge (ohne Partneranträge)	[Anzahl]	105.000	105.000	A 100.000	B 90.681	C ---						
Partneranträge	[Anzahl]	25.000	25.000	A 25.000	B 15.311	C ---						
Verfahren von Amts wegen	[Anzahl]	20.000	20.000	A 20.000	B 4.183	C ---						
Laufzeit	[Tage]	25	25	A 25	B 24	C ---						
Erledigte Verfahren (insgesamt)	[Anzahl]	150.000	150.000	A 145.000	B 100.801	C ---						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je erledigtem Verfahren	[EUR]	104	97	A 112	B 96	C ---						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006
		Erlöse			Kosten		
1.2 Bundeserziehungsgeld	[Tsd. EUR]	4,0	---	A 4,0 B 0,8 C 1,7	26,0	---	A 386,7 B 5.474,5 C 12.460,8
		Personalkosten			21,7	---	A 340,7 B 4.490,3 C 10.151,5
		Sach- und Dienstleistungskosten			3,2	---	A 29,2 B 735,6 C 1.740,5
		Kalkulatorische Kosten			1,1	---	A 16,8 B 248,6 C 568,8
		Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger		
Transferleistungen insgesamt Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	1.100,0	---	A 150.000,0 B 268.713,7 C 379.500,8
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	1.100,0	---	A 150.000,0 B 268.713,7 C 379.500,0
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	1.100,0	---	A 150.000,0 B 268.713,7 C 379.500,0
Bundesanteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	100,0	---	A 100,0 B 100,0 C 100,0
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	1.100,0	---	A 150.000,0 B 268.713,7 C 379.500,0
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Landesmittel	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Landesanteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
		Kennzahlen			Erläuterungen		
Ziel ist die Förderung der Familien durch schnelle Ausreichung der Leistung an alle Anspruchsberechtigten.					Das Bundeserziehungsgeldgesetz ist ein auslaufendes Gesetz (vgl. Produktgruppe 1.1), für das im Einzelfall noch bis zum 30.06.2009 Anträge gestellt werden können. Deswegen wurde nur noch eine Kennzahl für Antragsingänge angegeben.		
Antragseingänge	[Anzahl]	100	---	A 5.500 B 66.210 C 142.114			
Bewilligungsquote	[%]	---	---	A 82,0 B 87,3 C 88,7			
Laufzeit (eGovernment-Verfahren)	[Tage]	---	---	A 19 B 21 C 18			
Laufzeit (konventionelles Verfahren)	[Tage]	---	---	A 21 B 25 C 18			
Erledigte Anträge	[Anzahl]	---	---	A 5.500 B 73.666 C 143.500			
Durchschnittliche Verwaltungskosten je erledigtem Antrag	[EUR]	---	---	A 70 B 74 C 87			

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
1.3 Landeserziehungsgeld	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C 0,1	4.077,0	5.269,1	A 3.263,5	B 1.735,6	C 2.809,1	
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 07/281 12, 681 80	[Tsd. EUR]	400,0	400,0	A 400,0	B 400,0	C 466,1	122.000,0	101.200,0	A 149.600,0	B 104.109,7	C 111.591,3	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	400,0	400,0	A 400,0	B 400,0	C 466,1	122.000,0	101.200,0	A 149.600,0	B 104.109,7	C 111.591,3	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	400,0	400,0	A 400,0	B 400,0	C 466,1	122.000,0	101.200,0	A 149.600,0	B 104.109,7	C 111.591,3	
Landesanteil:	[%]	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziel ist die Förderung der Familien durch schnelle Ausreichung der Leistung an alle Anspruchsberechtigten.										
Antragseingänge	[Anzahl]	55.000	63.000	A 91.770	B 49.948	C 54.609	Das Landeserziehungsgeld (LERzG) wurde für Geburten ab 01.01.2007 als unmittelbare Anschlussleistung an das Bundeselterngeld (vgl. Produktgruppe 1.1) neu geordnet und mit dem Nachweis der Durchführung der Früherkennungsuntersuchung U 6 bzw. U 7 verknüpft. Die Neuordnung verursacht einen höheren Verwaltungsaufwand, da das für das LERzG maßgebende Einkommen nunmehr eigenständig zu berechnen ist. Die Berechnungsgrundlage für das Bundeselterngeld kann hierfür nicht herangezogen werden. In den Jahren 2008 und 2009 wird einmalig für zwei Geburtsjahrgänge LERzG ausgereicht. Das Haushaltsgesetz 2009/2010 sieht eine Anhebung der Einkommensgrenzen für Geburten ab 01.04.2008 vor, die zu einer höheren Inanspruchnahme der Leistung führen wird.					
Bewilligungsquote	[%]	84,0	88,0	A 82,0	B 90,1	C 89,1						
Laufzeit (eGovernment-Verfahren)	[Tage]	18,0	14,0	A 9	B 11	C 5						
Laufzeit (konventionelles Verfahren)	[Tage]	19,0	15,0	A 10	B 14	C 7						
Erledigte Anträge	[Anzahl]	55.000	63.000	A 91.420	B 49.866	C 54.206						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je erledigtem Antrag	[EUR]	74	84	A 36	B 35	C 52						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006
		Erlöse			Kosten		
1.4	Stärkung der Familien durch Beratungsangebote und sonstige Maßnahmen	[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	199,7	200,3	A 78,1 B 197,4 C 462,5
		Personalkosten			168,6	169,5	A 67,2 B 154,1 C 384,2
		Sach- und Dienstleistungskosten			23,2	22,3	A 8,1 B 25,4 C 54,5
		Kalkulatorische Kosten			7,9	8,5	A 2,8 B 17,9 C 23,8
		Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger		
Transferleistungen insgesamt 10 05/684 02, 71 (teilw.), 684 73; 10 07/71 (teilw.), 73 (teilw.), 74 (teilw.), 75 (teilw.), 85 (teilw.), 89 (teilw.), Bundeshaushalt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	8.388,5	7.967,4	A 4.462,3 B 3.568,6 C 3.572,5
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	8.388,5	7.967,4	A 4.462,3 B 3.568,6 C 3.572,5
davon Darlehen		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	427,3	427,3	A --- B --- C ---
Bundesanteil:		[%] ---	---	A --- B --- C ---	5,1	5,4	A --- B --- C ---
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	427,3	427,3	A --- B --- C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Landesmittel		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	7.961,2	7.540,1	A 4.462,3 B 3.568,6 C 3.572,5
Landesanteil:		[%] ---	---	A --- B --- C ---	94,9	94,6	A 100,0 B 100,0 C 100,0
		Kennzahlen			Erläuterungen		
Ziel ist die Stärkung der Familien durch Information, Beratung und durch die zeitnahe und zielgenaue Ausreichung der Leistungen.					Die Produktgruppe umfasst die Förderung		
Aufgrund der unterschiedlichen Aufgaben und deren mangelnder Vergleichbarkeit wird in dieser Produktgruppe auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.					<ul style="list-style-type: none"> - der Familienerholung, - der Öffentlichkeitsarbeit der Familienverbände, - der Träger der Ehe- und Familienberatungsstellen, - der Mütterzentren, - des Aufbaus von bedarfsgerechten Beratungsangeboten für Eltern von Schreibabys, - der Familienpflege, - von Tagesseminaren der Eltern- und Familienbildung, - des freiwilligen sozialen Jahres und von Freiwilligendiensten aller Generationen, - der Bürgerarbeit und des ehrenamtlichen Engagements, - der Geschäftsstelle des bayerischen Landesausschusses für Hauswirtschaft, - im Bayerischen Jugendwerk und - eines Modellprojekts im Bereich Kindertageseinrichtungen und Tagespflege sowie die Aufgaben - Kommunale Familientische und - Familienservicestelle. 		

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse						Kosten				
2. Kinder- und Jugendhilfe	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B 227,0	C 169,0	2.469,3	2.486,1	A 2.266,8	B 2.880,5	C 2.764,2	
		Personalkosten						1.934,3	1.950,0	A 1.895,9	B 1.893,3	C 1.998,5
		Sach- und Dienstleistungskosten						456,9	448,8	A 277,5	B 584,5	C 465,4
		Kalkulatorische Kosten						78,1	87,3	A 93,4	B 402,7	C 300,3
		Einzahlungen von Leistungsempfängern						Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt 10 07/281 11 (teilw.), 73 (teilw.), 74 (teilw.), 76 (teilw.), 684 89 (teilw.); 12 08/92 (teilw.)	[Tsd. EUR]	20,0	20,0	A 20,0	B 24,8	C 24,0	687,5	685,8	A 750,0	B 901,4	C 909,5	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	20,0	20,0	A 20,0	B 24,8	C 24,0	687,5	685,8	A 750,0	B 901,4	C 909,5	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	20,0	20,0	A 20,0	B 24,8	C 24,0	687,5	685,8	A 750,0	B 901,4	C 909,5	
Landesanteil:	[%]	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	
		Kennzahlen						Erläuterungen				
Ziel ist die fachliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern durch Beratung, fachliche Unterstützung sowie Fortbildung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe.								Der Produktbereich umfasst				
Aufgrund der unterschiedlichen Aufgaben und deren mangelnder Vergleichbarkeit wird in dieser Produktgruppe auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.								<ul style="list-style-type: none"> - die Durchführung von Fach- und Fortbildungsveranstaltungen der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, - die Erarbeitung von Fachpublikationen zu den Aufgaben der Jugendhilfe, - die Abgabe von Stellungnahmen gegenüber der obersten Landesjugendbehörde, - die Erarbeitung von grundsätzlichen fachlichen Empfehlungen zu aktuellen Fragestellungen der Jugendhilfe und die Entwicklung konkreter Praxishandreichungen, - die fachliche Unterstützung der Jugendämter vor Ort sowie - die Aufgaben der zentralen Adoptionsstelle (im Wesentlichen Auslandsadoptionen). 				

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2009	2010	A Soll 2008		2009	2010	A Soll 2008	
			B Ist 2007	C Ist 2006			B Ist 2007	C Ist 2006
			Erlöse				Kosten	
3. Eingliederung von Menschen mit Behinderung	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	58.905,9	60.466,0	A 57.569,1	B 57.134,4
				B 2,0			C 57.774,0	
				C 1,5				
				Personalkosten	39.707,6	41.130,3	A 36.341,4	B 38.367,4
							C 39.621,3	
				Sach- und Dienstleistungskosten	17.272,8	17.216,1	A 17.769,4	B 16.340,4
							C 15.632,1	
				Kalkulatorische Kosten	1.925,5	2.119,6	A 3.458,3	B 2.426,6
							C 2.520,6	

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006		
		Erlöse						Kosten					
3.1	Feststellungsverfahren nach dem SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen)	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B 1,6	C 0,9	49.243,2	50.477,3	A 47.975,9	B 48.428,9	C 49.045,5	
		Personalkosten						32.350,2	33.471,7	A 29.428,2	B 31.560,0	C 32.851,3	
		Sach- und Dienstleistungskosten						15.330,7	15.286,5	A 15.364,9	B 14.797,7	C 14.146,8	
		Kalkulatorische Kosten						1.562,3	1.719,1	A 3.182,8	B 2.071,2	C 2.047,4	
		Einzahlungen von Leistungsempfängern						Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/111 11, 682 01; Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	5.550,0	5.550,0	A 5.430,0	B 5.549,8	C 5.545,9	36.850,0	38.100,0	A 38.800,0	B 34.068,0	C 45.227,4	
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	5.550,0	5.550,0	A 5.430,0	B 5.549,8	C 5.545,9	36.850,0	38.100,0	A 38.800,0	B 34.068,0	C 45.227,4	
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	1.850,0	1.850,0	A 1.700,0	B 1.832,3	C 1.841,2	1.100,0	1.100,0	A 2.800,0	B 1.075,0	C 1.945,2	
Bundesanteil:		[%]	33,3	33,3	A 31,3	B 33,0	C 33,2	3,0	2,9	A 7,2	B 3,2	C 4,3	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.100,0	1.100,0	A 2.800,0	B 1.075,0	C 1.945,2	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 03/631 02		[Tsd. EUR]	1.850,0	1.850,0	A 1.700,0	B 1.832,3	C 1.841,2	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmittel		[Tsd. EUR]	3.700,0	3.700,0	A 3.730,0	B 3.717,5	C 3.704,7	35.750,0	37.000,0	A 36.000,0	B 32.993,0	C 43.282,2	
Landesanteil:		[%]	66,7	66,7	A 68,7	B 67,0	C 66,8	97,0	97,1	A 92,8	B 96,8	C 95,7	
		Kennzahlen						Erläuterungen					
Ziel ist die zügige Feststellung von Art und Grad der Behinderung sowie von Merkzeichen.													
Erstantragsverfahren		[Anzahl]	110.000	113.000	A 106.000	B 106.365	C 101.022	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Erst- und Neufeststellung nach dem SGB IX (Grad der Behinderung, Merkzeichen) sowie die Erstattung der Fahrgeldausfälle für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr.					
Neufeststellungsverfahren		[Anzahl]	160.000	163.000	A 155.000	B 157.692	C 151.302						
Widersprüche		[Anzahl]	49.000	49.000	A 47.200	B 48.317	C 45.009						
Laufzeit im Erstantragsverfahren		[Monate]	2,3	2,3	A 2,7	B 2,4	C 2,5						
Erledigte Verfahren		[Anzahl]	268.000	276.000	A 263.000	B 264.466	C 252.632						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je erledigtem Verfahren		[EUR]	184	183	A 182	B 183	C 194						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A	Soll 2008	2009	2010	A	Soll 2008	
				B	Ist 2007			B	Ist 2007	
				C	Ist 2006			C	Ist 2006	
		Erlöse				Kosten				
3.2	Integration nach dem SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen)	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B 0,1 C 0,1	9.159,8	9.484,0	A 8.696,3 B 8.189,4 C 8.205,2		
		Personalkosten				6.932,8	7.231,6	A 6.133,7 B 6.431,8 C 6.341,1		
		Sach- und Dienstleistungskosten				1.883,7	1.873,4	A 2.328,8 B 1.450,2 C 1.440,8		
		Kalkulatorische Kosten				343,3	379,0	A 233,8 B 307,4 C 423,3		
		Einzahlungen von Leistungsempfängern				Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt (10 03/ 119 31 (teilw.), 683 02, 893 03, 86-87 (ohne 231 86, 235 87, 271 87, 425 87, 547 87, 631 87, 632 87); 13 33/893 85 davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	100.200,0	100.200,0	A 92.900,0 B 88.465,4 C 90.447,1	66.011,2	66.011,2	A 63.986,5 B 45.511,5 C 64.645,6		
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	95.100,0	95.100,0	A 88.100,0 B 88.465,1 C 84.464,2	60.811,2	60.811,2	A 58.786,5 B 45.511,5 C 59.815,2		
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	5.100,0	5.100,0	A 4.800,0 B 0,3 C 5.982,9	5.200,0	5.200,0	A 5.200,0 B --- C 4.830,4		
Bundesanteil:		[%]	40,6	40,6	A 41.410,0 B 34.887,9 C 38.887,1	8.600,0	8.600,0	A 580,0 B --- C ---		
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A 44,6 B 39,4 C 43,0	13,0	13,0	A 0,9 B --- C ---		
b) Abwicklung über den Landes- haushalt (10 03/231 86, 235 87, 271 87, 334 34, 631 87, 632 87)		[Tsd. EUR]	40.700,0	40.700,0	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---		
Landesmittel		[Tsd. EUR]	59.500,0	59.500,0	A 41.410,0 B 34.887,9 C 38.887,1	8.600,0	8.600,0	A 580,0 B --- C ---		
Landesanteil:		[%]	59,4	59,4	A 51.490,0 B 53.577,5 C 51.560,0	57.411,2	57.411,2	A 63.406,5 B 45.511,5 C 64.645,6		
					A 55,4 B 60,6 C 57,0	87,0	87,0	A 99,1 B 100,0 C 100,0		
		Kennzahlen				Erläuterungen				
Ziel ist die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung.						Diese Produktgruppe umfasst im Wesentlichen die Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe. Die Mittel werden insbesondere für folgende Zwecke eingesetzt:				
Fördermaßnahmen	[An- zahl]	7.000	7.100	A 6.850 B 7.087 C 7.245	- Leistungen an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Aus- bildungsplätzen für schwer- behinderte Menschen,					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Fördermaßnahme	[EUR]	404	405	A --- B --- C ---	- Förderung von Integrations- projekten und von Werkstätten für behinderte Menschen,					
Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen	[An- zahl]	3.700	3.600	A 3.800 B 3.142 C 3.464	- Koordination der Integrationsfachdienste.					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Maßnahme zur Erhaltung von Arbeitsplätzen	[EUR]	418	436	A 395 B 465 C 432						
Beantragte Werkstattplätze (einschließlich Erweiterungen und Umstrukturierungen)	[An- zahl]	2.195	1.580	A --- B --- C ---						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je beantragtem Werkstattplatz	[EUR]	162	229	A --- B --- C ---						

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006
		Erlöse				Kosten					
3.3 Behindertenhilfe	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B 0,3	C 0,5	502,9	504,7	A 896,9	B 516,1	C 523,3
		Personalkosten				Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten				Auszahlungen an Leistungsempfänger					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern				Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/281 13 (teilw.), 632 01, 74 (teilw.), 684 90 (teilw.); 10 05/281 11 (teilw.), 78 (teilw.); Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	203,5	203,5	A 353,5	B 165,6	C 319,7	157.226,4	167.941,3	A 140.939,0	B 142.645,0	C 137.418,7
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	203,5	203,5	A 353,5	B 165,6	C 319,7	157.226,4	167.941,3	A 140.939,0	B 142.645,0	C 137.418,7
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	145.000,0	155.000,0	A 129.000,0	B 132.768,0	C 127.064,9
Bundesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	92,2	92,3	A 91,5	B 93,1	C 92,5
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	145.000,0	155.000,0	A 129.000,0	B 132.768,0	C 127.064,9
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Landesmittel	[Tsd. EUR]	203,5	203,5	A 353,5	B 165,6	C 319,7	12.226,4	12.941,3	A 11.939,0	B 9.877,0	C 10.353,8
Landesanteil:	[%]	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	7,8	7,7	A 8,5	B 6,9	C 7,5
		Kennzahlen				Erläuterungen					
		Ziel ist die zügige und sachgerechte Ausreichung der Fördermittel.				Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Förderung von Diensten der Offenen Behindertenarbeit, von Sport- und Freizeitmaßnahmen und von Selbsthilfegruppen. Bei den ausgewiesenen Bundesmitteln handelt es sich um die Beiträgerstattung gemäß § 179 Abs. 1 Satz 1 SGB VI in Verbindung mit der Verordnung über die Erstattung von Aufwendungen für die gesetzliche Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten (Aufwendungserstattungs-Verordnung).					
Anträge (einschließlich Sammelanträge)	[Anzahl]	957	964	A 942	B 965	C 944					
Gesamtverwendungsnachweise	[Anzahl]	954	958	A 935	B 973	C 956					
Laufzeit	[Monate]	7,0	7,0	A 7,0	B 6,0	C 8,0					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Tsd. Euro ausgezahlte Landesmittel	[EUR]	30	28	A 59	B 42	C 40					

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2009	2010	A Soll 2008		2009	2010	A Soll 2008	
			B Ist 2007	C Ist 2006			B Ist 2007	C Ist 2006
	Erlöse				Kosten			
4. Soziale Entschädigung	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C 5,3	18.687,7	18.742,8	A 20.802,1 B 20.208,2 C 22.318,4	
				Personalkosten	13.855,8	13.934,9	A 15.198,4 B 15.291,8 C 17.125,9	
				Sach- und Dienstleistungskosten	4.015,6	3.915,6	A 4.901,5 B 3.875,4 C 4.146,5	
				Kalkulatorische Kosten	816,3	892,3	A 702,2 B 1.041,0 C 1.046,0	

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
4.1 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C 5,0	9.488,7	9.504,5	A 11.442,3	B 11.440,6	C 12.627,7	
		Personalkosten										
		Sach- und Dienstleistungskosten										
		Kalkulatorische Kosten										
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 06/233 01 (teilw.), 633 03 (teilw.), 71, 73; Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	501,9	501,9	A 737,5	B 627,5	C 613,1	296.172,0	271.012,0	A 313.810,0	B 356.431,3	C 390.127,6	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	403,0	403,0	A 594,0	B 508,9	C 466,3	296.082,0	270.922,0	A 313.705,0	B 356.382,2	C 390.058,6	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	98,9	98,9	A 143,5	B 118,6	C 146,8	90,0	90,0	A 105,0	B 49,1	C 69,0	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	435,0	435,0	A 627,5	B 514,5	C 562,0	295.593,0	270.456,0	A 313.111,0	B 355.675,9	C 390.003,4	
Bundesanteil:	[%]	86,7	86,7	A 85,1	B 82,0	C 91,7	99,8	99,8	A 99,8	B 99,8	C 100,0	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	165,0	165,0	A 160,0	B 176,5	C 189,9	292.497,0	267.452,0	A 309.552,0	B 352.763,6	C 386.249,0	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 06/74 (teilw.)	[Tsd. EUR]	270,0	270,0	A 467,5	B 338,0	C 372,1	3.096,0	3.004,0	A 3.559,0	B 2.912,3	C 3.754,4	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	66,9	66,9	A 110,0	B 113,0	C 51,1	579,0	566,0	A 699,0	B 755,4	C 124,2	
Landesanteil:	[%]	13,3	13,3	A 14,9	B 18,0	C 8,3	0,2	0,2	A 0,2	B 0,2	C ---	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.												
Erstanträge	[Anzahl]	800	750	A 850	B 706	C 793	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung (Rentenleistungen, Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung) von Kriegsopfern und deren Hinterbliebenen.					
Quote der Versorgungsberechtigten mit einkommensabhängigen Leistungen	[%]	31,4	31,3	A 31,5	B 32,0	C 32,1						
Sonderbetreuungsmaßnahmen (Hausbesuche)	[Anzahl]	150	150	A 280	B 158	C 273						
Leistungsempfänger	[Anzahl]	51.000	45.000	A 54.000	B 65.327	C 72.723						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	186	211	A 212	B 175	C 174						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
4.2	Leistungen nach dem Soldaten- versorgungs- und Zivildienstgesetz	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	2.015,2	2.030,2	A 2.140,1	B 1.804,0	C 2.063,4	
		Personalkosten										
		Sach- und Dienstleistungskosten										
		Kalkulatorische Kosten										
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 06/72; Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	59,0	59,0	A 115,0	B 86,2	C 99,7	17.239,5	17.239,5	A 18.550,0	B 16.491,2	C 17.586,9
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	28,4	28,4	A 80,0	B 51,3	C 62,9	17.215,0	17.215,0	A 18.520,0	B 16.474,2	C 17.587,1
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	30,6	30,6	A 35,0	B 34,9	C 36,8	24,5	24,5	A 30,0	B 17,0	C -0,2
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	59,0	59,0	A 115,0	B 85,0	C 99,7	17.239,5	17.239,5	A 18.550,0	B 16.435,8	C 17.586,9
Bundesanteil:		[%]	100,0	100,0	A 100,0	B 98,6	C 100,0	100,0	100,0	A 100,0	B 99,7	C 100,0
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	16.450,0	16.450,0	A 17.520,0	B 15.764,7	C 16.917,7
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 06/74 (teilw.)		[Tsd. EUR]	59,0	59,0	A 115,0	B 85,0	C 99,7	789,5	789,5	A 1.030,0	B 671,1	C 669,2
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B 1,2	C ---	---	---	A ---	B 55,4	C ---
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B 1,4	C ---	---	---	A ---	B 0,3	C ---
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.												
Erstanträge		[An- zahl]	430	430	A 400	B 437	C 428	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung (Rentenleistungen, Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung) von Wehrdienst- und Zivildienstbeschädigten und deren Hinterbliebenen.				
Quote der Versorgungsberechtigten mit einkommensabhängigen Leistungen		[%]	17,0	17,0	A 17,0	B 16,4	C 16,6					
Laufzeit		[Mo- nate]	8,5	8,5	A 9,5	B 8,1	C 8,9					
Leistungsempfänger		[An- zahl]	3.500	3.500	A 3.500	B 3.504	C 3.502					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger		[EUR]	576	580	A 611	B 515	C 589					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006		
		Erlöse						Kosten					
4.3 Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	4.619,5	4.640,5	A 3.732,5	B 3.943,0	C 4.410,3		
		Personalkosten						3.633,8	3.654,7	A 2.537,6	B 3.152,6	C 3.478,3	
		Sach- und Dienstleistungskosten						777,4	758,3	A 1.107,0	B 609,7	C 737,7	
		Kalkulatorische Kosten						208,3	227,5	A 87,9	B 180,7	C 194,3	
		Einzahlungen von Leistungsempfängern						Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/281 01, 281 02, 94 (ohne 231 94, 631 94), 95 (ohne 231 95, 631 95), 96; Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	1.504,3	1.505,6	A 1.496,8	B 1.307,3	C 1.272,4	24.847,0	25.686,5	A 23.281,3	B 23.011,7	C 21.944,9		
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	1.489,5	1.491,5	A 1.476,8	B 1.292,4	C 1.255,9	24.822,0	25.673,5	A 23.255,3	B 23.008,1	C 21.944,1		
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	14,8	14,1	A 20,0	B 14,9	C 16,5	25,0	13,0	A 26,0	B 3,6	C 0,8		
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	169,7	170,2	A 281,9	B 150,5	C 262,5	8.101,4	8.152,6	A 7.732,5	B 7.221,0	C 7.349,9		
Bundesanteil:	[%]	11,3	11,3	A 18,8	B 11,5	C 20,6	32,6	31,7	A 33,2	B 31,4	C 33,5		
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	3.500,0	3.500,0	A 3.600,0	B 3.385,8	C 3.334,2		
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 03/231 94, 231 95, 631 94, 631 95	[Tsd. EUR]	169,7	170,2	A 281,9	B 150,5	C 262,5	4.601,4	4.652,6	A 4.132,5	B 3.835,2	C 4.015,7		
Landesmittel	[Tsd. EUR]	1.334,6	1.335,4	A 1.214,9	B 1.156,8	C 1.009,9	16.745,6	17.533,9	A 15.548,8	B 15.790,7	C 14.595,0		
Landesanteil:	[%]	88,7	88,7	A 81,2	B 88,5	C 79,4	67,4	68,3	A 66,8	B 68,6	C 66,5		
		Kennzahlen						Erläuterungen					
Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.								Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung (Renteleistungen, Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung) von Gewaltopfern und deren Hinterbliebenen. Die mit Kap. 10 03 Tit. 281 01 und 281 02 gekoppelten Ausgabtitel 631 03 und 631 04 werden bei „Abwicklung über den Landeshaushalt“ nicht erfasst, da sie vom StMAS bewirtschaftet werden.					
Erstanträge	[Anzahl]	1.900	2.000	A 1.600	B 1.818	C 1.743	Der Arbeitsanfall dieser Produktgruppe ist vor allem durch die Bearbeitung von Erstanträgen mit umfangreicher Sachverhaltsaufklärung und i. d. R. medizinischer Begutachtung, häufig auch auf dem psychiatrischen Fachgebiet, gekennzeichnet. Dadurch ergeben sich in dieser Produktgruppe hohe Verwaltungskosten.						
Sonderbetreuungsmaßnahmen (Hausbesuche)	[Anzahl]	120	120	A 100	B 106	C 106							
Laufzeit	[Monate]	9,0	9,0	A 9,2	B 9,1	C 9,5							
Leistungsempfänger	[Anzahl]	1.900	2.000	A 1.850	B 1.802	C 1.682							
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	2.431	2.320	A 2.018	B 2.188	C 2.622							

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
4.4	Leistungen nach den sonstigen Nebengesetzen der sozialen Entschädigung	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	970,3	975,3	A 787,8	B 826,0	C 905,1
		Personalkosten										
		Sach- und Dienstleistungskosten										
		Kalkulatorische Kosten										
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/88, 89; 10 06/75 (ohne 231 75, 631 75), 76 (ohne 631 76), 77 (ohne 231 77, 631 77), 78 (ohne 631 78); 13 21/443 01; Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	111,5	110,3	A 137,6	B 109,6	C 113,7	15.020,2	15.184,2	A 15.430,5	B 14.706,8	C 14.649,1
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	99,0	100,0	A 116,1	B 94,4	C 99,6	15.002,7	15.166,7	A 15.406,4	B 14.706,8	C 14.632,7
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	12,5	10,3	A 21,5	B 15,2	C 14,1	17,5	17,5	A 24,1	B ---	C 16,4
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	3,4	3,4	A 4,9	B ---	C ---	1.065,0	1.115,0	A 1.217,0	B 981,8	C 921,7
Bundesanteil:		[%]	3,0	3,1	A 3,6	B ---	C ---	7,1	7,3	A 7,9	B 6,7	C 6,3
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.065,0	1.115,0	A 1.175,0	B 981,8	C 921,7
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 06/231 75, 631 75, 631 76, 231 77, 631 77, 631 78		[Tsd. EUR]	3,4	3,4	A 4,9	B ---	C ---	---	---	A 42,0	B ---	C ---
Landesmittel		[Tsd. EUR]	108,1	106,9	A 132,7	B 109,6	C 113,7	13.955,2	14.069,2	A 14.213,5	B 13.725,0	C 13.727,4
Landesanteil:		[%]	97,0	96,9	A 96,4	B 100,0	C 100,0	92,9	92,7	A 92,1	B 93,3	C 93,7
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.												
Erstanträge		[Anzahl]	80	80	A 50	B 75	C 38	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung (Rentenleistungen, Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung) von Beschädigten und deren Hinterbliebenen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG), dem Häftlingshilfegesetz (HHG), dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG). Der Arbeitsanfall dieser Produktgruppe ist insbesondere durch die Bearbeitung von Erstanträgen nach dem IfSG mit umfangreicher Sachverhaltsaufklärung und i. d. R. umfangreicher medizinischer Begutachtung mit schwieriger Kausalitätsprüfung gekennzeichnet. Dadurch ergeben sich in dieser Produktgruppe hohe Verwaltungskosten.				
Quote der Versorgungsberechtigten mit einkommensabhängigen Leistungen		[%]	50,0	50,0	A 50,0	B 50,3	C 49,5					
Laufzeit		[Monate]	14,0	14,0	A 14,5	B 14,0	C 14,0					
Leistungsempfänger		[Anzahl]	650	650	A 650	B 651	C 664					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger		[EUR]	1.493	1.500	A 1.212	B 1.269	C 1.363					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
4.5 Blindengeld	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.594,0	1.592,3	A 2.699,4	B 2.194,6	C 2.311,9	
		Personalkosten										
		Sach- und Dienstleistungskosten										
		Kalkulatorische Kosten										
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/281 12, 681 01	[Tsd. EUR]	1.200,0	1.200,0	A 1.600,0	B 1.163,5	C 1.327,1	81.700,0	81.700,0	A 81.700,0	B 81.069,6	C 81.671,4	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	1.200,0	1.200,0	A 1.600,0	B 1.163,5	C 1.327,1	81.700,0	81.700,0	A 81.700,0	B 81.069,6	C 81.671,4	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	1.200,0	1.200,0	A 1.600,0	B 1.163,5	C 1.327,1	81.700,0	81.700,0	A 81.700,0	B 81.069,6	C 81.671,4	
Landesanteil:	[%]	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziel ist die schnelle Ausreichung der Leistung an alle Anspruchsberechtigten.										
Erstanträge	[Anzahl]	4.600	4.600	A 4.700	B 4.369	C 4.369	Diese Produktgruppe umfasst den Vollzug des Bayerischen Blindengeldgesetzes.					
Laufzeit	[Monate]	3,5	3,5	A 3,8	B 3,5	C 3,5						
Leistungsempfänger	[Anzahl]	16.000	16.000	A 16.400	B 16.034	C 16.233						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	100	100	A 165	B 137	C 142						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2009	2010	A Soll 2008		2009	2010	A Soll 2008	
			B Ist 2007	C Ist 2006			B Ist 2007	C Ist 2006
	Erlöse				Kosten			
5. Stiftungen	[Tsd. EUR] 16,0	16,0	A 16,0	B 13,8	918,4	921,6	A 892,8	B 1.071,6
			C 14,1				C 950,9	
			Personalkosten		777,4	781,7	A 751,1	B 826,1
			Sach- und Dienstleistungskosten		105,4	101,5	C 754,7	A 89,3
			Kalkulatorische Kosten		35,6	38,4	B 218,5	C 174,2
							A 52,4	B 27,0
							C 22,0	

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006		
		Erlöse						Kosten					
5.1 Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“	[Tsd. EUR]	14,0	14,0	A 14,0	B 12,4	C 12,7	734,7	737,3	A 615,2	B 774,8	C 681,8		
		Personalkosten						621,9	625,4	A 516,3	B 597,7	C 541,1	
		Sach- und Dienstleistungskosten						84,3	81,2	A 62,9	B 157,6	C 124,9	
		Kalkulatorische Kosten						28,5	30,7	A 36,0	B 19,5	C 15,8	
		Einzahlungen von Leistungsempfängern						Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	18.836,0	18.836,0	A 18.221,0	B 22.477,1	C 19.559,0		
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	18.836,0	18.836,0	A 18.221,0	B 22.477,1	C 19.559,0		
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---		
Stiftungsmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	15.200,0	15.200,0	A 14.585,0	B 19.002,1	C 16.279,0		
Stiftungsanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	80,7	80,7	A 80,0	B 84,5	C 83,2		
a) Abwicklung direkt über den Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	15.200,0	15.200,0	A 14.585,0	B 19.002,1	C 16.279,0		
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---		
Landesmittel 10 07/84 (teilw.)	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	3.636,0	3.636,0	A 3.636,0	B 3.475,0	C 3.280,0		
Landesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	19,3	19,3	A 20,0	B 15,5	C 16,8		
		Kennzahlen						Erläuterungen					
		Ziele sind eine rasche und unbürokratische Hilfevermittlung und die Ausreichung der Stiftungsleistungen.						Diese Produktgruppe umfasst					
Schwangerenhilfe: Anträge	[An- zahl]	27.500	27.500	A 27.000	B 27.244	C 26.524	- die Schwangerenhilfe (in Zusammenarbeit und mit Antragstellung über die Beratungsstellen),						
Laufzeit	[Wo- chen]	8	8	A 8	B 11	C 8	- Hilfen für Familien in Not (mit Projektförderung und Prüfung der Verwendung) sowie						
Leistungsempfänger	[An- zahl]	15.500	15.500	A 15.500	B 15.286	C 15.647	- sonstige Leistungen (Zuweisung von Sonderaufgaben, z.B. Katastrophenhilfe).						
Durchschnittliche Verwaltungs- kosten je Leistungsempfänger	[EUR]	36	36	A 30	B 38	C 32	Das Verfahren im Stiftungszweck "Hilfen für Familien in Not" ist im Verhältnis zum Stiftungszweck "Schwangerenhilfe" wesentlich aufwändiger, wodurch sich die unterschiedliche Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten erklärt.						
Hilfen für Familien in Not: Leistungsempfänger	[An- zahl]	300	300	A 380	B 291	C 286							
Durchschnittliche Verwaltungs- kosten je Leistungsempfänger	[EUR]	612	614	A 405	B 666	C 642							

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006
		Erlöse			Kosten		
5.2 Sonstige Stiftungen	[Tsd. EUR]	2,0	2,0	A 2,0 B 1,4 C 1,4	183,7	184,3	A 277,6 B 296,8 C 269,1
		Personalkosten			155,5	156,3	A 234,8 B 228,4 C 213,6
		Sach- und Dienstleistungskosten			21,1	20,3	A 26,4 B 60,9 C 49,3
		Kalkulatorische Kosten			7,1	7,7	A 16,4 B 7,5 C 6,2
		Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger		
Transferleistungen insgesamt Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	514,5	403,5	A 563,0 B 430,1 C 471,9
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	514,5	403,5	A 563,0 B 430,1 C 471,9
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Stiftungsmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	514,5	403,5	A 563,0 B 430,1 C 471,9
Stiftungsanteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	100,0	100,0	A 100,0 B 100,0 C 100,0
a) Abwicklung direkt über den Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	514,5	403,5	A 563,0 B 430,1 C 471,9
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Landesmittel	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Landesanteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
				Kennzahlen			
Aufgrund der unterschiedlichen Aufgaben und deren mangelnder Vergleichbarkeit wird in dieser Produktgruppe auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.				Erläuterungen			
				Bayer. Stiftung Hospiz: Förderung und Unterstützung des Hospizgedankens in Bayern Bayer. Kriegsblindenstiftung: Förderung der bayerischen Kriegsblindenfürsorge, insbesondere der Gesundheits- und Erholungsfürsorge im Kriegsblinden-Kursanatorium Söcking bei Starnberg Bayer. Stiftung für Kriegssopfer und Menschen mit Behinderung: Einmalige Zuwendungen an Kriegssopfer und Personen, die wie Kriegssopfer versorgt werden; Unterstützung der medizinischen, beruflichen und sozialen Förderung und Betreuung von Menschen mit chronischer Krankheit oder Behinderung Bayer. Invaliden-, Witwen- und Waisenfonds: Einmalige Zuwendungen an Angehörige bestimmter militärischer Einrichtungen und Ordensinhaber; Unterstützung der medizinischen, beruflichen und sozialen Förderung und Betreuung von Menschen mit chronischer Krankheit oder Behinderung			

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
6.1	Europäischer Sozialfonds (ESF) Förderzeitraum 2000-2006	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	267,5	115,0	A 1.300,2	B 3.501,9	C 3.138,7
		Personalkosten										
		Sach- und Dienstleistungskosten										
		Kalkulatorische Kosten										
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 05/686 73 (teilw.), 54, 55, 57, 58, 81 (ohne 547 81); 10 50/52		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A 35.320,0	B 54.212,9	C 58.910,2
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A 35.320,0	B 54.212,9	C 58.910,2
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
EU-Mittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A 34.400,0	B 53.541,1	C 57.413,8
EU-Anteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A 97,4	B 98,8	C 97,5
a) Abwicklung direkt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 05/54, 55, 57, 58		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A 34.400,0	B 53.541,1	C 57.413,8
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A 920,0	B 671,8	C 1.496,4
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A 2,6	B 1,2	C 2,5
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Antragseingänge		[Anzahl]	---	---	A ---	B 209	C 400	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Bewilligung, Prüfung und Abrechnung der mit ESF- und Landesmitteln geförderten Projekte im Bereich des StMAS. Das Soll 2008 für die EU-Mittel beruht auf einer rein rechnerischen Aufteilung der gesamten EU-Mittel auf den ganzen Förderzeitraum 2000 bis 2006 (Auszahlungen sind bis Ende 2008 möglich). Die tatsächlichen Auszahlungen hängen von Programmverlauf und -fortschritt ab und können u. U. erheblich abweichen. Für 2009 und 2010 sind keine Kennzahlen mehr ausgewiesen, da der Vollzug des Programms am 31.12.2008 endet.				
Prüfbescheide		[Anzahl]	---	---	A 350	B 644	C 356					
Bewilligte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF-Mittelvolumen		[%]	---	---	A 100,0	B 98,0	C 99,0					
Ausgezählte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF-Mittelvolumen		[%]	---	---	A 100,0	B 86,0	C 59,0					
Geförderte Projekte		[Anzahl]	---	---	A ---	B 210	C 407					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je ausgezahlte Tsd. EUR aus EU-Mitteln		[EUR]	---	---	A 37	B 65	C ---					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
6.2	Europäischer Sozialfonds (ESF) Förderzeitraum 2007-2013	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	3.968,5	3.903,5	A 433,4	B 2,0	C ---
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 05/60, 61, 81 (ohne 547 81); 10 07/74 (teilw.)		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	38.350,0	38.350,0	A 2.280,0	B ---	C ---
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	38.350,0	38.350,0	A 2.280,0	B ---	C ---
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
EU-Mittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	34.500,0	34.500,0	A ---	B ---	C ---
EU-Anteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	90,0	90,0	A ---	B ---	C ---
a) Abwicklung direkt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 05/60, 61		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	34.500,0	34.500,0	A ---	B ---	C ---
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	3.850,0	3.850,0	A 2.280,0	B ---	C ---
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	10,0	10,0	A 100,0	B ---	C ---
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziele sind eine vollständige Bindung der Fördermittel innerhalb des jeweiligen Förderzeitraums sowie die zeitgerechte Ausreichung.										
Antragseingänge (Projektförderung)		[An- zahl]	380	380	A 150	B 4	C ---	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Bewilligung, Prüfung und Abrechnung der mit ESF- und Landesmitteln geförderten Projekte im Bereich des StMAS. Die Sollzahlen für die EU-Mittel beruhen auf einer rein rechnerischen Aufteilung der gesamten EU-Mittel auf den ganzen Förderzeitraum 2007 bis 2013. Die tatsächlichen Auszahlungen hängen von Programmverlauf und -fortschritt ab und können u. U. erheblich abweichen. Da die Vereinnahmung der ESF-Mittel durch die Bescheinigungsbehörde im StMAS erfolgt, werden bei „Abwicklung über den Landeshaushalt“ die Ausgabebeträge dargestellt.				
Antragseingänge (Individualförderung)		[An- zahl]	3.550	3.550	A 3.550	B 4.099	C ---					
Prüfbescheide		[An- zahl]	150	380	A 75	B ---	C ---					
Bewilligte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF-Mittelvolumen		[%]	25,0	40,0	A 8,0	B 1,4	C ---					
Ausgezählte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF- Mittelvolumen		[%]	20,0	35,0	A 5,0	B ---	C ---					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je ausgezahlte Tsd. EUR aus EU- Mitteln		[EUR]	115	113	A ---	B ---	C ---					

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A	Soll 2008	2009	2010	A	Soll 2008	
				B	Ist 2007			B	Ist 2007	
				C	Ist 2006			C	Ist 2006	
		Erlöse				Kosten				
6.3	Altenhilfe	[Tsd. EUR]	---	---	A 0,1 B 0,1 C 0,1	405,6	407,1	A 174,1 B 332,2 C 305,3		
		Personalkosten				342,5	344,5	A 152,2 B 264,1 C 250,2		
		Sach- und Dienstleistungskosten				47,1	45,3	A 13,0 B 34,5 C 26,0		
		Kalkulatorische Kosten				16,0	17,3	A 8,9 B 33,6 C 29,1		
		Einzahlungen von Leistungsempfängern				Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt 10 07/111 01 (teilw.), 281 11 (teilw.), 536 01, 684 02, 71 (teilw.), 72 (teilw.), 13 08/182 51 (teilw.), 52 (teilw.)		[Tsd. EUR]	232,5	232,5	A 230,1 B 387,2 C 159,8	6.679,8	6.539,8	A 5.684,0 B 4.880,8 C 3.933,5		
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	232,5	232,5	A 230,1 B 387,2 C 159,8	6.679,8	6.539,8	A 5.684,0 B 4.880,8 C 3.933,5		
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---		
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---		
Bundesanteil:		[%]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---		
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---		
b) Abwicklung über den Landeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---		
Landesmittel		[Tsd. EUR]	232,5	232,5	A 230,1 B 387,2 C 159,8	6.679,8	6.539,8	A 5.684,0 B 4.880,8 C 3.933,5		
Landesanteil:		[%]	100,0	100,0	A 100,0 B 100,0 C 100,0	100,0	100,0	A 100,0 B 100,0 C 100,0		
		Kennzahlen				Erläuterungen				
		Ziel ist die zügige und sachgerechte Ausreichung der Fördermittel.								
Anträge (einschließlich Sammelanträge)		[Anzahl]	531	602	A 570 B 457 C 376	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Abwicklung von Förderverfahren im Bereich der Seniorenarbeit. Sie sollen dazu beitragen, die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu stärken, neue Wohn- und Betreuungsformen zu entwickeln, die Qualität der Pflege und Betreuung zu sichern und die Vernetzung der Versorgungsstrukturen zu fördern. Dabei werden diverse Einzelprojekte mit Modellcharakter gefördert, um Innovationen voranzubringen.				
Gesamtverwendungsnachweise		[Anzahl]	455	535	A 470 B 492 C 389					
Laufzeit		[Monate]	7,0	7,0	A 7,0 B 6,0 C 7,0					
Geförderte Maßnahmen und Projekte		[Anzahl]	1.811	1.979	A 2.100 B 1.844 C 1.718					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je geförderter Maßnahme oder Projekt		[EUR]	224	206	A 83 B 180 C 178					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse			Kosten							
6.4	Erstattung von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	32,8	33,0	A 140,1	B 34,2	C 36,1
		Personalkosten			Sach- und Dienstleistungskosten							
		Kalkulatorische Kosten			Kalkulatorische Kosten							
		Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger							
Transferleistungen insgesamt 10 05/633 01		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0	B 312.496,1	C 300.463,4
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0	B 312.496,1	C 300.463,4
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0	B 312.497,1	C 300.463,4
Bundesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 05/231 04		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0	B 312.497,1	C 300.463,4
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B -1,0	C ---
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
		Kennzahlen			Erläuterungen							
Ziel ist die unverzügliche und rechnerisch richtige Weiterleitung der Erstattungsleistungen des Bundes an die Kommunen.		In den Jahren 2009 und 2010 wird die Beteiligungsquote des Bundes gemäß der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften ggf. angepasst werden müssen. Unabhängig von den tatsächlichen Bundesleistungen in den Jahren 2006 und 2007 verbleibt es deshalb bei den bisher veranschlagten Sollbeträgen.										
Da es sich bei dieser Aufgabe um die Weiterleitung von Bundesmitteln an die Kommunen handelt, wird auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.												

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
6.5	Erstattung von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	4,3	4,3	A 6,0	B 7,4	C 11,1
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Kalkulatorische Kosten					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/633 02		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	54.338,7	58.518,6	A 33.538,0	B 33.538,0	C 33.585,3
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	54.338,7	58.518,6	A 33.538,0	B 33.538,0	C 33.585,3
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	54.338,7	58.518,6	A 33.538,0	B 33.538,0	C 33.538,0
Bundesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 99,9
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 03/231 04		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	54.338,7	58.518,6	A 33.538,0	B 33.538,0	C 33.538,0
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C 47,3
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C 0,1
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Ziel ist die unverzügliche und rechnerisch richtige Weiterleitung der Erstattungsleistungen des Bundes an die Kommunen.							Im Jahr 2006 waren die an die Kommunen weitergeleiteten Mittel höher als die Zuweisungen vom Bund. Diese Differenz ist als Istbetrag bei den Landesmitteln ausgewiesen.					
Da es sich bei dieser Aufgabe um die Weiterleitung von Bundesmitteln an die Kommunen handelt, wird auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.												

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	2009	2010	A Soll 2008	B Ist 2007	C Ist 2006	
		Erlöse					Kosten					
6.6	Erstattungsleistungen an Sozialversicherungsträger und sonstige Leistungen an Dritte	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	52,0	52,2	A 156,6	B 62,9	C 62,0
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	5.195,4	5.321,9	A 5.049,0	B 4.152,9	C 4.163,2
10 03/636 01, 72; 10 05/74 (teilw.); 10 06/636 01; 10 07/686 01; 13 08/681 51 (teilw.); Bundeshaushalt												
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	5.195,4	5.321,9	A 5.049,0	B 4.152,9	C 4.163,2
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	20,0	20,0	A 340,0	B 17,6	C -2,3
Bundesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	0,4	0,4	A 6,7	B 0,4	C -0,1
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	20,0	20,0	A 340,0	B 17,6	C -2,3
b) Abwicklung über den Landeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	5.175,4	5.301,9	A 4.709,0	B 4.135,3	C 4.165,5
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	99,6	99,6	A 93,3	B 99,6	C 100,1
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziel ist die zügige und sachgerechte Ausreichung der Mittel.					Die Produktgruppe umfasst die					
		Aufgrund der unterschiedlichen Aufgaben und deren mangelnder Vergleichbarkeit wird in dieser Produktgruppe auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.					<ul style="list-style-type: none"> - Hilfe für Frauen in besonderen Lebenslagen, - Maßnahmen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, - Berufliche Bildung, - Zuschüsse zur Beratung und Betreuung bedrohter Frauen, - Mobilitätshilfen an Auszubildende sowie - Erstattungsleistungen nach dem Bundesvertriebenengesetz. 					

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2009	2010	A Soll 2008		2009	2010	A Soll 2008	
			B Ist 2007	C Ist 2006			B Ist 2007	C Ist 2006
			Erlöse		Kosten			
7. Unentgeltliche Leistungen für andere staatliche Verwaltungen des Freistaats	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	5.592,1	5.645,2	A 7.902,2 B 6.102,3 C 3.392,4	
			Personalkosten		2.271,0	2.284,1	A 4.087,3 B 2.916,8 C 1.024,0	
			Sach- und Dienstleistungskosten		1.903,3	1.815,1	A 3.061,2 B 1.726,0 C 1.271,3	
			Kalkulatorische Kosten		1.417,8	1.546,0	A 753,7 B 1.459,5 C 1.097,1	
			Kennzahlen		Erläuterungen			
					<p>Das ZBFS erbringt Leistungen insbesondere für das StMAS, für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, für die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern und für die Gewerbeaufsicht.</p> <p>Die Leistungen des Informationsverarbeitungs- und Servicezentrums für den Geschäftsbereich des StMAS stellen hierbei den Schwerpunkt dieses Produktbereichs dar.</p>			

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
111 01-2	214	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4,0	4,0	A	4,0	
					B	1,5	
					C	3,6	
112 01-1	214	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	4,0	4,0	A	4,0	
					B	1,4	
					C	2,8	
119 01-4	214	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 11.</i>	25,0	25,0	A	0,5	
					B	23,4	
					C	22,0	
119 49-8	214	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	A	10,0	
					B	5,9	
					C	6,2	
124 01-7	214	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	93,6	110,8	A	78,0	
					B	61,4	
					C	67,9	
124 11-5	214	Einnahmen aus Vermietung von Wohnplätzen für Bedienstete	---	---	A	---	
					B	0,4	
					C	0,7	
132 01-7	214	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4,0	4,0	A	4,0	
					B	1,0	
					C	5,1	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen							
233 01-5	214	Zweckgebundene Förder- und Kostenbeiträge von Jugendämtern <i>Vgl. Vermerk zu 531 22.</i>	---	---	A	---	
					B	4,5	
					C	3,0	
235 12-0	214	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
					B	11,0	
261 01-0	214	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	23,0	23,0	A	23,0	
					B	21,2	
					C	21,6	
261 02-9	214	Erstattung von Personalausgaben	390,0	360,0	A	950,0	
					B	942,4	
					C	1.112,8	
261 03-8	214	Erstattung von Personalausgaben	1.600,0	1.600,0	A	2.494,3	
271 01-8	214	Erstattungen von der EU	***	***	A	---	
281 11-4	214	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen <i>Vgl. Vermerk zu 428 30.</i>	---	---	A	---	
282 01-5	214	Zweckgebundene Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 536 02 und 536 03.</i>	---	---	A	---	
					B	194,2	
					C	143,6	

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
		Titelgruppen				
		99 Einnahmen der Datenverarbeitung				
261 99-3	214	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	* * *	* * *	A	2,0
					B	0,3
					C	1,8
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	2,0
					B	0,3
					C	1,8
		Gesamteinnahmen	2.153,6	2.140,8	A	3.569,8
					B	1.278,7
					C	1.395,2
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
412 01-8	266	Entschädigungen und Reisekostenvergütungen an Beisitzer, Beiräte und Mitglieder diverser Ausschüsse und Gremien	12,0	12,0	A	24,3
					B	5,7
					C	7,8
422 01-6	214	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	36.391,4	37.419,0	A	35.749,6
					B	33.564,3
					C	33.608,4
422 11-4	214	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	- - -	* * *	A	1.221,9
					B	1.719,2
					C	1.432,2
422 21-2	214	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	206,4	210,7	A	644,3
					B	196,9
					C	388,6
422 31-0	214	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	982,9	1.003,5	A	473,9
					B	937,4
					C	738,8
422 41-8	214	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	- - -	- - -	A	- - -
					C	-0,7
<u>427 01-1</u>	214	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5,0	5,0	A	* * *
428 02-9	214	Entgelte der Arbeitnehmer (ehem. Reha-Klinik Bad Tölz)	100,0	40,0	A	390,0
428 07-4	214	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern (Arbeitnehmerbudget))	3.411,4	3.483,7	A	- - -
					B	3.284,8
428 12-7	214	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	- - -	- - -	A	- - -
					B	13,6
					C	3,2
428 30-5	214	Arbeitnehmerentgelte (Arbeitnehmerbudget) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 281 11. Die Mittel sind übertragbar.</i>	26.832,5	26.832,5	A	27.301,0
					B	24.791,7
					C	27.758,0

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
429 01-9	214	Nicht aufteilbare Personalausgaben (ehem. Krankenhaus Hohe Warte Bayreuth) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <u>Erläuterung zu 429 01 und 429 02:</u> Personalausgaben für Beamte und weitere Arbeitnehmer des ehemaligen Krankenhauses Hohe Warte Bayreuth (429 01) und der ehemaligen Reha-Klinik Bad Reichenhall (429 02) sind weiterhin vom Freistaat Bayern zu leisten, soweit der Freistaat noch Dienstherr/Arbeitgeber ist. Nach dem Personalüberleitungs- und Personalgestellungsvertrag wird dem Freistaat Bayern neben den tatsächlich geleisteten Personalkosten und einem Versorgungszuschlag (s. 261 02, 261 03) auch ein pauschaler Verwaltungskostenaufschlag (s. 06 15/261 01) erstattet.	580,0	475,0	A B C	900,0 796,5 988,9
429 02-8	214	Nicht aufteilbare Personalausgaben (ehem. Reha-Klinik Bad Reichenhall) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <u>Erläuterung:</u> Vgl. Erläuterung zu 429 01.	2.000,0	2.000,0	A	2.319,1
453 01-8	214	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	90,0	90,0	A B C	90,0 81,4 81,6
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-8	214	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.844,3	3.800,0	A B C	4.324,8 3.189,9 3.117,1
514 01-5	214	Haltung von Dienstfahrzeugen	108,9	108,9	A B C	119,3 99,4 95,8
514 11-3	214	Dienst- und Schutzkleidung	8,8	8,8	A B C	9,9 8,3 7,1
514 21-1	214	Medizinische Verbrauchsmittel	6,7	6,7	A B C	7,5 2,5 4,0
517 01-2	214	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.069,0	1.069,0	A B C	1.561,8 1.040,4 1.243,5
517 05-8	214	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	736,1	736,1	A B C	997,8 733,7 875,7
517 31-6	214	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	295,2	295,2	A B	--- 289,3
517 35-2	214	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	172,0	172,0	A B	--- 152,0
518 01-1	214	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.653,8	2.248,1	A B C	2.610,6 1.975,7 2.028,8
518 11-9	214	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	135,0	135,0	A B C	106,5 134,2 134,6
518 18-2	214	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	54,5	60,0	A B C	42,6 32,7 30,2

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
518 21-7	214	Anmietung von Wohnplätzen zur Unterbringung von Bediensteten	---	---	A	---
518 31-5	214	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	18,0	18,0	A	---
					B	18,0
519 01-0	214	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <u>Erläuterung:</u> Allgemeine Instandsetzungs- und Substanzerhaltungsmaßnahmen.	400,0	400,0	A	390,0
					B	767,9
					C	662,4
526 11-9	214	Kosten für Sachverständige	110,0	110,0	A	90,0
					B	102,1
					C	11,9
527 01-0	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	223,5	223,5	A	200,0
					B	189,5
					C	166,8
531 11-2	266	Fachveröffentlichungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	7,6	7,6	A	8,6
					B	31,4
					C	37,5
531 21-0	214	Sonstige Veröffentlichungen <u>Erläuterung:</u> Ausgaben für den zentralen Broschürenversand sowie den Jahresbericht des Zentrums Bayern Familie und Soziales.	18,0	10,0	A	---
					B	4,9
531 22-9	214	Kosten der Pflege des Internetratgebers "Eltern im Netz" <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 233 01.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	1,3
					C	0,5
532 11-1	214	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	88,9	88,9	A	100,0
					B	20,7
					C	12,0
536 01-9	214	Beweiserhebung und Kostenerstattung <u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind die Kosten für ärztliche Leistungen durch Dritte (11.900,0 Tsd. EUR), Reisekosten der Versorgungsberechtigten und im Rahmen der Beweiserhebung (252,0 Tsd. EUR), Erstattung von Auslagen gem. § 193 SGG (540,0 Tsd. EUR), Erstattung von Kosten gem. § 63 SGB X und Sonstiges (285,9 Tsd. EUR).	12.977,9	12.977,9	A	14.600,0
					B	11.579,3
					C	10.707,2
536 02-8	266	Kosten von Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in der Jugendhilfe <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 282 01, soweit sie nicht bei 536 03 in Anspruch genommen werden.</i>	150,0	150,0	A	168,8
					B	254,0
					C	197,5
536 03-7	266	Kosten für Fachtagungen und sonstige Arbeitstagungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 282 01, soweit sie nicht bei 536 02 in Anspruch genommen werden.</i>	55,6	55,6	A	62,5
					B	64,1
					C	64,2
536 04-6	266	Kosten des Landesjugendhilfeausschusses und seiner Arbeitsausschüsse	0,9	0,9	A	1,0
					B	0,7
					C	0,4
536 05-5	214	Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe	27,8	27,8	A	31,3
540 01-3	214	Veranstaltungskosten und Öffentlichkeitsarbeit	1,6	1,6	A	1,8
					B	14,3
					C	1,1
546 49-1	214	Vermischte Verwaltungsausgaben	10,4	10,4	A	11,7
					B	23,5
					C	13,8

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-2	214	Verwaltungskostenerstattung an das Land Niedersachsen <u>Erläuterung:</u> Durchführung der zentralen Beschaffung von Heil- und Hilfsmitteln durch das Prüf- und Beschaffungsamt Hannover für die Versorgungsberechtigten im Freistaat Bayern.	96,5	96,5	A	96,5
					B	96,4
					C	96,4
636 01-8	214	Verwaltungskostenerstattung an Krankenkassen <u>Erläuterung:</u> Erstattung von Verwaltungskosten nach § 20 Bundesversorgungsgesetz (BVG) an die Krankenkassen. Der Erstattungsbetrag ist nach Art. 2 Abs. 1 FAnpG vom 30. August 1971 (BGBl I S. 1426) seit 1972 von den Ländern zu tragen.	1.000,0	1.000,0	A	1.200,0
					B	979,0
					C	1.048,6
671 01-4	242	Verwaltungskostenerstattung für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen gemäß § 11 a Abs. 4 BVG <u>Erläuterung:</u> Grundlage für die Berechnung der Höhe der Kosten ist eine mit dem Bayerischen Behinderten- und Versehrtenverband e.V. abgeschlossene Vereinbarung.	20,0	20,0	A	26,0
					B	20,7
					C	24,2
		Baumaßnahmen				
701 01-8	214	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	300,0	500,0	A	650,0
					B	121,0
					C	229,0
710 00-8	214	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 5.400,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 9.400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.600,0	5.400,0	A	2.400,0
					B	224,7
					C	255,4
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-5	214	Erwerb von Dienstfahrzeugen	23,0	---	A	---
812 01-4	214	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	284,4	269,1	A	320,0
					B	270,5
					C	283,5

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99-1	214	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (180,0 Tsd. EUR), EDV-Leitungsmieten (1.650,0 Tsd. EUR), Mieten und Wartung (750,0 Tsd. EUR), Bücher, Zeitschriften und Sonstiges (70,0 Tsd. EUR).	2.650,0	2.650,0	A	2.650,0
					B	2.413,8
					C	2.022,2
514 99-8	214	Verbrauchsmittel	300,0	300,0	A	310,0
					B	270,5
					C	211,1
518 99-4	214	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	30,0	30,0	A	30,0
					B	27,5
					C	26,8
519 99-3	214	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	255,0	255,0	A	165,0
					B	129,6
					C	18,5
525 99-5	214	Aus- und Fortbildung	100,0	100,0	A	150,0
					B	87,3
					C	59,5
526 99-4	214	Ausgaben für Sachverständige	30,0	30,0	A	62,5
					B	2,0
					C	1,1
527 99-3	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	10,0	10,0	A	19,0
					B	8,3
					C	13,2
534 99-4	214	Vergabe von Aufträgen für Großrechnerbetrieb	715,0	715,0	A	848,5
					B	548,1
					C	537,8
815 99-4	214	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 220,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 220,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	510,0	530,0	A	284,5
					B	719,7
					C	521,2
		Summe der Titelgruppe	4.600,0	4.620,0	A	4.519,5
					B	4.206,8
					C	3.411,5
		Gesamtausgaben	103.710,0	106.199,0	A	103.772,6
					B	92.040,3
					C	91.543,9

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	140,6	157,8	A	100,5
					B	94,9
					C	108,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.013,0	1.983,0	A	3.469,3
					B	1.183,8
					C	1.286,9
		Gesamteinnahmen	2.153,6	2.140,8	A	3.569,8
					B	1.278,7
					C	1.395,2
		Personalausgaben	70.611,6	71.571,4	A	69.114,1
					B	65.391,5
					C	66.753,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	27.264,5	26.812,0	A	29.681,5
					B	24.216,9
					C	22.302,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.116,5	1.116,5	A	1.322,5
					B	1.096,0
					C	1.169,2
		Baumaßnahmen	3.900,0	5.900,0	A	3.050,0
					B	345,6
					C	514,1
		Sonstige Sachinvestitionen	817,4	799,1	A	604,5
					B	990,2
					C	804,7
		Gesamtausgaben	103.710,0	106.199,0	A	103.772,6
					B	92.040,3
					C	91.543,9
		Zuschuss	101.556,4	104.058,2	A	100.202,8
					B	90.761,6
					C	90.148,7

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	KA	Erlös- und Kostenarten	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	C
1	2	3	4	5	Tsd. EUR		6
		Produktabschluss					
		Erlöse	20,0	16,0	A	20,0	
					B	244,1	
					C	191,8	
	5	Personalkosten	79.060,3	80.507,7	A	77.825,6	
					B	76.678,4	
					C	76.633,7	
	6	Sach- und Dienstleistungskosten	26.867,8	26.472,5	A	27.800,6	
					B	25.378,0	
					C	24.566,3	
	7	Kalkulatorische Kosten	5.319,3	5.807,7	A	6.017,1	
					B	6.358,3	
					C	5.886,4	
		Kosten	111.247,4	112.787,9	A	111.643,3	
					B	108.415,0	
					C	107.086,4	
		Unterdeckung	111.227,4	112.771,9	A	111.623,3	
					B	108.170,9	
					C	106.894,6	
		Überleitungsrechnung Erlöse-Einnahmen					
		Erlöse	20,0	16,0	A	20,0	
					B	244,1	
					C	191,8	
		Neutrale Erlöse (verwaltungsfremd, periodenfremd, außerordentlich)	+143,6	+164,8	A	+105,5	
					B	+93,1	
					C	+90,5	
261 02-9		Personalgestellung Hohe Warte	+390,0	+360,0	A	+950,0	
					B	+942,4	
					C	+1.112,8	
261 03-8		Personalgestellung Bad Reichenhall	+1.600,0	+1.600,0	A	+2.494,3	
		Einnahmen	2.153,6	2.140,8	A	3.569,8	
					B	1.278,7	
					C	1.395,2	

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	KA	Erlös- und Kostenarten	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		Überleitungsrechnung Kosten-Ausgaben				
		Kosten	111.247,4	112.787,9	A B C	111.643,3 108.415,0 107.086,4
HGr. 4	5	Abgrenzung zwischen Personalkosten und Personalausgaben	-8.448,7	-8.936,3	A B C	-8.711,5 -11.286,9 -9.880,0
		davon Versorgungsrückstellungen (soweit bei Gruppe 422 Beamtenbezüge veranschlagt sind)	(-11.626,2)	(-11.578,0)	A B C	(-9.818,0) (-10.710,0) (-10.491,2)
		davon Beihilfezuschlag	(-2.629,1)	(-2.694,5)	A B C	(-2.578,4) (-2.534,4) (-2.552,9)
		davon neutrale Personalkosten	(+3.793,5)	(+3.873,9)	A B C	(+514,5) (+3.652,7) (+3.075,7)
		davon Personalausgaben, die in anderen Kapiteln veranschlagt sind	(-666,9)	(-1.052,7)	A B C	(-438,7) (-992,6) (-900,5)
		davon Personalgestellung Hohe Warte	(+580,0)	(+475,0)	A B C	(+900,0) (+796,5) (+988,9)
		davon ehemalige Reha-Klinik Bad Tölz	(+100,0)	(+40,0)	A	(+390,0)
		davon Personalgestellung Bad Reichenhall	(+2.000,0)	(+2.000,0)	A	(+2.319,1)
		Sach- und Dienstleistungskosten				
		Neutrale Sach- und Dienstleistungskosten	+80,0	+80,0	A B C	+100,4 +428,8 +437,8
		Ausgaben, die in anderen Kapiteln veranschlagt sind	-1.203,3	-1.203,3	A B C	-3.256,8 -1.009,6 -1.585,2
		Kalkulatorische Kosten				
	701	Kapitalkosten (kalkulatorische Zinsen)	-112,0	-99,4	A B C	-683,9 -123,9 130,9
	72	Kalkulatorische (Kalt-)Miete	-4.590,4	-5.169,9	A B C	-3.274,4 -5.547,4 -5.027,5
519 01-0		Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (soweit in kalkulatorischer Miete enthalten)	+778,2	+781,3	A B C	+292,0 +615,0 +481,2
		Investitionsausgaben				
		Abschreibungen lt. Investitionsplan (soweit nicht in der kalkulatorischen Miete erfasst)	-594,5	-518,8	A B C	-608,3 -687,8 -728,0
		Investitionen lt. Investitionsplan (soweit bei diesem Kapitel veranschlagt)	+4.573,0	+6.504,2	A B C	+3.273,2 +1.238,0 +890,1

Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	KA	Erlös- und Kostenarten	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
		Sonstiges Haushaltsgesetzliche Sperre	+1.980,3	+1.973,3	A	+4.998,6	
		Ausgaben	103.710,0	106.199,0	A	103.772,6	
					B	92.040,3	
					C	91.543,9	

Erläuterungen

Erläuterungen einzelner Positionen der Überleitungsrechnung:

Investitionsplan

Investitionen lt. Haushaltsplan		Ist	Ist	Soll	Soll	Soll
		2006	2007	2008	2009	2010
		Tsd. EUR				
kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	Gr. 701	229,0	121,0	650,0	300,0	500,0
Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	Gr. 702	29,7				
große Baumaßnahmen	Anlage S	255,4	224,7	2.400,0	3.600,0	5.400,0
sonstige Sachinvestitionen	OGr. 81/82	804,7	990,2	604,5	817,4	799,1
Investitionssumme lt. Haushaltsplan:		1.318,8	1.335,8	3.654,5	4.717,4	6.699,1
haushaltsgesetzliche Sperre				250,9	81,7	79,9
Investitionssumme (netto)		1.318,8	1.335,8	3.403,6	4.635,7	6.619,2

Abgrenzungen:

aktivierungspflichtige Anschaffungen	HGr. 5	98,6	398,4	128,6	85,0	87,9
geringwertige Wirtschaftsgüter (Sofort-AfA)	OGr. 81/82	-527,3	-496,2	-259,0	-147,7	-202,9
Nettoinvestitionen, die in anderen Kapiteln veranschlagt sind						19,0
Investitionen lt. Investitionsplan:		890,1	1.238,0	3.273,2	4.573,0	6.523,2

Bemessungsgrundlage für die Abschreibungen (HGr. 5 und 8)		376,0	892,4	353,2	673,0	623,2
--	--	-------	-------	-------	-------	-------

Abschreibungen aus Investitionen (HGr. 5 und 8)	vor 2008	728,0	687,8	572,1	492,9	363,6
	in 2008			36,2	72,4	72,4
	in 2009				29,2	58,3
	in 2010					24,5
Summe:		728,0	687,8	608,3	594,5	518,8

Erläuterung des Investitionsplans:

Zu 10 20/701 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Regionalstelle Landshut	100,0	-
Regionalstelle Bayreuth	200,0	500,0
Zusammen	300,0	500,0

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales**Erläuterungen****Zu 10 20/811 01****Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2009	Soll 2010	Soll 2008	am 1.2.2008	
				gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	16	16	16	16	10
Kommunaltraktoren	6	6	6	6	-

Nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 4 (4)**2009**

Tsd. EUR

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Kommunaltraktor, Baujahr 1988

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Kommunaltraktor

	23,0
Zusammen	23,0

Zu 10 20/812 01**2009**
Tsd. EUR**2010**
Tsd. EUR

Veranschlagt sind:

1. Zentrum Bayern Familie und Soziales (Zentrale)		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	35,0	25,0
2. Regionalstelle Oberfranken		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	5,0	5,0
Kopiergeräte (Ersatz)	25,0	-
Kuvertiermaschinen (Ersatz)	12,0	12,0
Frankiermaschine (Ersatz)	12,0	-
Bestuhlung Besprechungsräume (Ersatz)	-	25,0
3. Regionalstelle Niederbayern		
Telekommunikationsanlage mit Endgeräten (Ersatz)	-	58,0
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	12,0	12,0
4. Regionalstelle Oberbayern		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	55,0	30,0
Freistemplermaschine (Ersatz)	-	12,0
5. Regionalstelle Mittelfranken		
Geschäftszimmerausstattung (Ersatz)	-	35,0
Erweiterung Archivanlage (Rollregale)	40,0	-
Aufrufanlage für Servicecenter	5,0	6,0
6. Regionalstelle Oberpfalz		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	35,0	25,0
Ausstattung Konferenzraum	18,0	-
Beschaffung von Regalsystemen (Ersatz)	25,0	-
Beschaffung Postbearbeitungssystem (Ersatz)	-	19,0
7. Regionalstelle Schwaben		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	5,4	5,1
Zusammen	284,4	269,1

Zu 10 20/815 99

Veranschlagt sind:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Neuausstattungen	-	-
2. Ersatzbeschaffungen	510,0	530,0
3. Ergänzungsbeschaffungen	-	-
Zusammen	510,0	530,0

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 03-2	242	Einnahmen aus stationärer Behandlung von Patienten mit allgemeinem Pflegesatz, soweit nicht bei Titel 231 01 nachzuweisen <i>Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Titel 514 02.</i>	***	***	A B C	--- 389,4 643,3
111 04-1	242	Einnahmen aus ambulanter Behandlung von Selbstzahlerpatienten	***	***	A B C	--- 100,1 200,4
111 05-0	242	Einnahmen aus ambulanter Behandlung von Patienten der Kostenträger	***	***	A	---
111 06-9	242	Einnahmen aus Beobachtung und Begutachtung	***	***	A	---
111 07-8	242	Sonstige Gebühren	***	***	A	---
119 49-0	242	Vermischte Einnahmen	***	***	A B C	--- 0,0 6,6
124 01-9	242	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	***	***	A B C	--- 124,2 271,3
125 01-8	242	Einnahmen aus Personalverpflegung	***	***	A B C	--- 7,1 19,0
125 02-7	242	Einnahmen aus der Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen durch Bedienstete	***	***	A B C	--- 3,0 5,2
132 01-9	242	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	***	***	A C	--- 0,8
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-9	242	Sonstige Zuweisungen vom Bund	***	***	A B C	--- 1.353,3 3.121,5
235 12-2	242	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	***	***	A	---
Gesamteinnahmen			-	-	A B C	- 1.977,2 4.268,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 24

Die Kurklinik wurde zum 01.05.2007 verkauft.

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-8	242	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	***	***	A B C	--- 152,4 164,5
422 11-6	242	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	***	***	A	---
422 31-2	242	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	***	***	A	---
422 41-0	242	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zu 422 41 und 425 41: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	***	***	A	---
427 01-3	242	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich oder nebenberuflich Tätige	***	***	A B C	--- 8,4 16,7
427 41-5	242	Praktikantenvergütungen	***	***	A	---
428 01-2	242	Entgelte der Arbeitnehmer	***	***	A B C	--- 1.490,4 1.926,3
428 12-9	242	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	***	***	A	---
428 21-8	242	Entgelte der Arbeitnehmer (Reha-Klinik Bad Reichenhall)	***	***	A B C	--- 608,0 647,0
428 22-7	242	Entgelte der Arbeitnehmer (ehem. Reha-Klinik Bad Tölz)	***	***	A B C	--- 143,6 251,0
428 41-4	242	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk zu 422 41.</i>	***	***	A B C	--- 23,5 36,4
453 01-0	242	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	***	***	A B C	--- 7,5 8,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-0	242	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	***	***	A B C	--- 45,1 68,3
511 22-5	242	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	***	***	A B C	--- 33,8 63,7
514 01-7	242	Haltung von Dienstfahrzeugen	***	***	A B C	--- 0,2 2,6
514 02-6	242	Verpflegung <i>Vgl. Vermerk zu Titel 111 03.</i>	***	***	A B C	--- 98,9 279,5
514 03-5	242	Sonstige Verbrauchsmittel	***	***	A B C	--- 3,1 10,8

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
514 11-5	242	Dienst- und Schutzkleidung	***	***	A	---
					B	0,6
					C	2,3
514 21-3	242	Arzneien, Kur-, Verbands- und medizinische Verbrauchsmittel	***	***	A	---
					B	45,2
					C	93,1
517 01-4	242	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	***	***	A	---
					B	91,0
					C	204,1
517 05-0	242	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	***	***	A	---
					B	93,9
					C	204,1
518 01-3	242	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	***	***	A	---
					B	1,5
					C	21,8
518 11-1	242	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	***	***	A	---
519 01-2	242	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	***	***	A	---
					B	32,0
					C	114,0
525 01-4	242	Aus- und Fortbildung	***	***	A	---
					B	1,2
					C	2,2
527 01-2	242	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	***	***	A	---
					B	7,1
					C	7,4
535 01-2	242	Ausgaben für Wäschereinigung	***	***	A	---
					B	21,8
					C	47,3
536 01-1	242	Kulturelle Betreuung	***	***	A	---
					B	14,8
					C	30,0
536 02-0	242	Leistungen an Dritte für Behandlung	***	***	A	---
					B	17,0
					C	71,4
536 03-9	242	Leistungen an Dritte für heilgymnastische Winterkuren	***	***	A	---
					B	7,5
					C	12,4
546 49-3	242	Vermischte Verwaltungsausgaben	***	***	A	---
					B	0,3
					C	1,1
547 01-8	242	Abwicklungskosten für die Reha-Klinik in Bad Tölz	***	***	A	---
					C	0,2
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-3	242	Ausgaben für Kurtaxe	***	***	A	---
					B	35,2
					C	70,0
686 01-9	242	Beiträge zur Bayerischen Krankenhausgesellschaft	***	***	A	---
Baumaßnahmen						
701 01-0	242	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	***	***	A	---

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-7	242	Erwerb von Dienstfahrzeugen	***	***	A	---
812 01-6	242	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	***	***	A	---
812 02-5	242	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	***	***	A B	--- 24,4
Gesamtausgaben			-	-	A B C	- 3.008,5 4.356,3
Abschluss						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.			-	-	A B C	- 623,9 1.146,6
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			-	-	A B C	- 1.353,3 3.121,5
Gesamteinnahmen			-	-	A B C	- 1.977,2 4.268,1
Personalausgaben			-	-	A B C	- 2.433,7 3.050,0
Sächliche Verwaltungsausgaben			-	-	A B C	- 515,2 1.236,2
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			-	-	A B C	- 35,2 70,0
Sonstige Sachinvestitionen			-	-	A B C	- 24,4 -
Gesamtausgaben			-	-	A B C	- 3.008,5 4.356,3
Zuschuss			-	-	A B C	- 1.031,3 88,2

10 30 Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-5	254	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	17.708,1	18.079,7	A	16.026,7
					B	16.621,0
					C	16.911,4
422 11-3	254	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	***	A	1.264,9
					B	268,0
					C	682,5
422 21-1	254	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	---	---	A	10,6
422 31-9	254	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	120,4	122,9	A	190,2
					B	114,8
					C	177,1
427 01-0	254	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
428 01-9	254	Entgelte der Arbeitnehmer	1.209,9	1.235,5	A	1.280,7
					B	1.165,0
					C	1.118,9
428 11-7	254	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
428 41-1	254	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
453 01-7	254	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---
					B	7,7
					C	6,6
Sächliche Verwaltungsausgaben						
525 01-1	254	Fortbildung <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 10 02/525 02.</i>	---	---	A	---
					B	28,6
					C	22,6
Gesamtausgaben			19.038,4	19.438,1	A	18.773,1
					B	18.205,1
					C	18.919,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 30

Die Staatsregierung hat im Rahmen des Projektes "Verwaltung 21" beschlossen, ab 01.01.2005 die Gewerbeaufsichtsämter an die Regierungen anzugliedern. In Kap. 10 30 sind die Personalausgaben und die personalbezogenen Sachausgaben für das Fachpersonal der Gewerbeaufsichtsämter veranschlagt. Darüber hinaus gehende Sachausgaben und Personalausgaben für das Verwaltungspersonal sind im Epl. 03 A ausgebracht.

Zu 10 30/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 30/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

Zu 10 30/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 10 30/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 30/427 01

Der Ansatz wird nach Bedarf aus 10 02/427 01 verstärkt.

Zu 10 30/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 30/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 30/428 41

Der Ansatz wird nach Bedarf aus 10 02/428 41 gedeckt.

Zu 10 30/453 01

Der Ansatz wird nach Bedarf aus 10 02/453 01 verstärkt.

Zu 10 30/525 01

Der Ansatz wird nach Bedarf aus 10 02/525 02 gedeckt.

10 30 Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A Soll 2008 B Ist 2007 C Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A - B - C 0,4
		Gesamteinnahmen	-	-	A - B - C 0,4
		Personalausgaben	19.038,4	19.438,1	A 18.773,1 B 18.176,5 C 18.896,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	A - B 28,6 C 22,6
		Gesamtausgaben	19.038,4	19.438,1	A 18.773,1 B 18.205,1 C 18.919,1
		Zuschuss	19.038,4	19.438,1	A 18.773,1 B 18.205,1 C 18.918,7

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	246	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	770,0	565,0	A	4.100,0
					B	2.473,3
					C	5.501,1
119 49-5	246	Vermischte Einnahmen	15,0	10,0	A	40,0
					B	54,0
					C	56,5
124 01-4	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	15,0	15,0	A	60,0
					B	102,4
					C	144,4
132 01-4	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A	---
					B	3,0
					C	4,4
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
281 12-0	246	Rückerstattungen aus Zuschüssen	7,0	7,0	A	7,0
					B	75,2
					C	20,0
Gesamteinnahmen			807,0	597,0	A	4.207,0
					B	2.707,9
					C	6.508,8
Ausgaben						
Die Ausgabeansätze sind (mit Ausnahme der TG 52) innerhalb des Kap. 10 50 gegenseitig deckungsfähig und gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgabeansätzen des Kap. 10 53 (mit Ausnahme Tit. 684 01 und der TG 60).						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	246	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	90,0	85,0	A	150,0
					B	106,5
					C	136,9
511 22-0	246	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	31,0	31,0	A	135,0
					B	35,8
					C	42,0

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Vorbemerkung zu Kapitel 10 50**

Die Integration von Zuwanderern, die sich rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland aufhalten, ist eine ständige Aufgabe von hoher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Kosten für Integrationsmaßnahmen sind bei Kap. 10 50 veranschlagt.

Zur vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern, Jüdischen Emigranten und sonstigen dauerhaft bleibeberechtigten Flüchtlingen unterhält der Freistaat Bayern staatliche Einrichtungen.

Zu 10 50/111 01

Veranschlagt ist das Gebührenaufkommen für die Inanspruchnahme der staatlichen Unterbringungseinrichtungen entsprechend der Übernahmeverordnung vom 20. Dezember 2004 (GVBl S. 586 ff.).

2009 gegenüber 2008:
3.330,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
205,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Anteil gebührenpflichtiger Personen.

Zu 10 50/119 49

2009 gegenüber 2008:
25,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

Zu 10 50/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	-	-
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	15,0	15,0
Zusammen	<u>15,0</u>	<u>15,0</u>

2009 gegenüber 2008:
45,0 Tsd. EUR weniger wegen Abgabe bisher teilweise vermieteter Immobilien an die Immobilien Freistaat Bayern.

Zu 10 50/281 12

Veranschlagt sind die Rückeinnahmen aus Zuschüssen.

Zu 10 50/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	30,0	28,0
2. Bücher und Zeitschriften	2,5	2,5
3. Kommunikation	25,0	23,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	15,0	14,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	15,0	15,0
6. Sonstiges	2,5	2,5
Zusammen	<u>90,0</u>	<u>85,0</u>

2009 gegenüber 2008:
10,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 511 99
70,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
60,0 Tsd. EUR weniger

Zu 10 50/511 22

Die veranschlagten Beträge sind für Ersatzbeschaffungen der stark abgenutzten Einrichtungsgegenstände bestimmt.

2009 gegenüber 2008:
104,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
514 01-2	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	15,0	15,0	A B C	40,0 14,6 37,0
514 11-0	246	Dienst- und Schutzkleidung	2,5	2,5	A B C	3,0 0,9 1,2
514 21-8	246	Verbrauchsmittel	3,0	3,0	A B C	5,0 0,3 1,0
517 01-9	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	800,0	765,0	A B C	2.400,0 1.655,8 3.074,7
517 05-5	246	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	559,5	539,5	A B C	1.700,0 953,0 2.668,7
<u>517 31-3</u>	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	20,0	20,0	A	
<u>517 35-9</u>	246	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	10,0	10,0	A	

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen**

Zu 10 50/514 01	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	10,0	10,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen	15,0	15,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	15,0	15,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	3,0	3,0
Zusammen	18,0	18,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	2	2	3	4	1
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
Gabelstapler	-	-	-	-	-
Kommunaltraktoren	-	-	-	-	-
Schneeräumgeräte (einachsige)	7	7	7	7	-

2009 gegenüber 2008:
25,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Fahrzeugbestand.

Zu 10 50/514 21
Veranschlagt sind insbesondere die Ausgaben für Arznei- und Verbandsmittel.

2009 gegenüber 2008:
1,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 514 99
3,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs
2,0 Tsd. EUR weniger

Zu 10 50/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:
1.600,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
35,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 50/517 05	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	280,0	270,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	279,5	269,5
Zusammen	559,5	539,5

2009 gegenüber 2008:
1.140,5 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
20,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 50/517 31
2009 gegenüber 2008:
20,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 03 08 Tit. 517 01).

Zu 10 50/517 35
2009 gegenüber 2008:
10,0 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 03 08 Tit. 517 05).

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
518 01-8	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.300,0	1.200,0	A B C	5.700,0 5.818,2 8.379,1
518 11-6	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	10,0	10,0	A B C	15,0 10,0 18,6
518 18-9	246	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	3,0	3,0	A B C	2,5 3,3 3,5
519 01-7	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.000,0	900,0	A B C	3.730,0 2.439,8 2.232,4
527 01-7	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30,0	28,0	A B C	90,0 45,7 91,6
532 11-8	246	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A B	--- 20,2
533 01-9	246	Ausweichunterbringung	---	---	A	---
534 01-8	246	Ärztliche Untersuchungen	2,0	2,0	A	2,0
546 49-8	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	10,0	10,0	A B C	15,0 2,9 5,8
548 01-2	246	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgaben sind bei den betreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	***	***	A	0,0
549 01-1	246	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	***	***	A	-700,0
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-9	246	Kostenerstattung an das Land Niedersachsen	500,0	500,0	A	700,0
633 02-7	246	Erstattungen an Sozialhilfeträger für Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII gem. Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler	---	---	A	---
671 01-1	246	Transportkosten und sonstige Kosten für die Weiterleitung der Aussiedler	4,0	4,0	A B C	20,0 4,0 3,5
681 02-8	246	Verpflegungsgeld für die Bewohner der Landesaufnahmestelle	2,0	2,0	A B	15,0 0,7
684 01-6	246	Beratung und Betreuung von Zuwanderern <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	***	***	A B C	2.034,1 2.034,1 1.600,0
Baumaßnahmen						
701 01-5	246	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-2	246	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Zu 10 50/518 01**

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

2009 gegenüber 2008:

4.400,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

100,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen.

Zu 10 50/519 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	70,0	70,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	930,0	830,0
Zusammen	1.000,0	900,0

2009 gegenüber 2008:

2.730,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

100,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerer Bauunterhaltskosten.

Zu 10 50/527 01

2009 gegenüber 2008:

60,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 50/534 01

Veranschlagt sind Honorare für ärztliche und röntgenologische Untersuchungen.

Zu 10 50/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 50/632 01

Der Freistaat Bayern hat sich am 8. Dezember 2006 durch eine Verwaltungsvereinbarung verpflichtet, dem Land Niedersachsen für von Bayern aufzunehmende Spätaussiedler, die im Grenzdurchgangslager Friedland freiwillig einen Integrationskurs besuchen, insbesondere die anfallenden Unterkunfts-, Betreuungs- und Verwaltungskosten pauschal zu erstatten.

2009 gegenüber 2008:

200,0 Tsd. EUR weniger zurückgehender Zugangszahlen.

Zu 10 50/671 01

Veranschlagt sind insbesondere die anfallenden Transportaufwendungen (Reise- und Güterbeförderungskosten) für die Weiterleitung der Zuwanderer bis zur wohnungsgemäßen Unterbringung am Übernahmeort.

2009 gegenüber 2008:

16,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 50/681 02

Die jüdischen Emigranten erhalten während der Dauer ihrer Unterbringung in der Landesaufnahmestelle ein Verpflegungsgeld von 10 EUR je Kalendertag.

2009 gegenüber 2008:

13,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben.

Zu 10 50/684 01

2009 gegenüber 2008:

2.034,1 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 684 52.

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
812 01-1	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---
812 02-0	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	100,0
<u>815 01-8</u>	246	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	10,0	10,0	A	
Titelgruppen						
52 Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern						
<i>Titel der TG mit Ausnahme 536 52 gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 52-6	290	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
531 52-9	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A C	---
533 52-7	290	Kosten Informationssystem	4,5	4,5	A	5,0
<u>536 52-4</u>	290	Kosten des Integrationsbeauftragten <i>Der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung erhält eine Entschädigung von bis zu monatlich 2,5 Tsd. EUR.</i>	75,0	75,0	A	
540 52-8	290	Veranstaltungskosten	---	---	A B C	5,1 8,8 13,2
633 52-6	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 52-4	290	Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 662,5</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 662,5</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.246,6	4.246,6	A B C	2.189,6 1.332,1 463,5
685 52-3	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 52-2	290	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	---
893 52-1	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			4.326,1	4.326,1	A B C	2.199,7 1.341,0 491,9
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-8	246	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	***	***	A B C	25,0 13,8 9,7
514 99-5	246	Verbrauchsmittel	***	***	A B C	6,0 0,3 0,7
518 99-1	246	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	***	***	A	---
519 99-0	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	***	***	A	---
525 99-2	246	Aus- und Fortbildung	***	***	A C	---
						0,1

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Zu 10 50/812 02**

2009 gegenüber 2008:

100,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 50/815 01

2009 gegenüber 2008:

10,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 815 99.

Zu 10 50/52

Veranschlagt sind Personalkostenzuschüsse für die Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach der Migrationsberatungs-Richtlinie, Ausgabemittel für die Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 Aufenthaltsgesetz, z.B. außerschulische Maßnahmen mit Schwerpunkt Deutschförderung sowie besondere Maßnahmen zur Stärkung des Integrationsprozesses, und der Sachaufwand des Integrationsbeauftragten der Staatsregierung.

2009 gegenüber 2008:

2.260,2	Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 684 01 und Aufschlag der haushaltsgesetzlichen Sperre (bei 684 52)
---------	----------	---

244,2	Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (bei 533 52, 540 52 und 684 52)
-------	----------	---

40,0	Tsd. EUR	mehr wegen Auslobung von Integrationspreisen (bei 684 52)
------	----------	---

75,0	Tsd. EUR	mehr wegen erstmaliger Veranschlagung des Sachaufwands des Integrationsbeauftragten
------	----------	---

4,6	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/540 01 (bei 540 52)
-----	----------	--

2.126,4	Tsd. EUR	mehr
---------	----------	------

Verpflichtungsermächtigungen 2009 und 2010:

Für die jahresübergreifende Förderung von Maßnahmen.

Zu 10 50/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der DV-Systeme in der Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg und der Außenstelle im Grenzdurchgangslager Friedland sowie für die Neuausstattung der Übergangwohnheime. Berücksichtigt ist zudem der zentrale Betrieb beim Rechenzentrum Nord und die Einführung eines Integrierten Migrantenverwaltungssystems (iMVS).

Zu 10 50/511 99

2009 gegenüber 2008:

10,0	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 511 01
------	----------	-------------------------------------

15,0	Tsd. EUR	weniger wegen geringeren Bedarfs
------	----------	----------------------------------

25,0	Tsd. EUR	weniger
------	----------	---------

Zu 10 50/514 99

2009 gegenüber 2008:

1,0	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 514 21
-----	----------	-------------------------------------

5,0	Tsd. EUR	weniger wegen geringeren Bedarfs
-----	----------	----------------------------------

6,0	Tsd. EUR	weniger
-----	----------	---------

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
526 99-1	246	Ausgaben für Sachverständige	***	***	A	6,0
815 99-1	246	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	***	***	A B	32,0 5,0
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	69,0 19,1 10,5
Gesamtausgaben			8.728,1	8.466,1	A B C	18.425,3 14.631,3 29.287,0
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	800,0	590,0	A B C	4.200,0 2.632,7 6.442,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	7,0	7,0	A B C	7,0 75,2 66,7
Gesamteinnahmen			807,0	597,0	A B C	4.207,0 2.707,9 6.508,8
		Personalausgaben	-	-	A B C	- - 7.024,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.965,5	3.703,5	A B C	13.334,6 11.130,1 19.374,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.752,6	4.752,6	A B C	4.958,7 3.496,2 2.887,7
		Sonstige Sachinvestitionen	10,0	10,0	A B C	132,0 5,0 0,3
Gesamtausgaben			8.728,1	8.466,1	A B C	18.425,3 14.631,3 29.287,0
Zuschuss			7.921,1	7.869,1	A B C	14.218,3 11.923,4 22.778,2

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Erläuterungen

Zu 10 50/815 99

2009 gegenüber 2008:

20,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 02/981 12

10,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 815 01

2,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs

32,0 Tsd. EUR weniger

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-3	234	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte für Personen, die der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen	1.530,9	1.407,5	A B C	1.890,0 1.876,4 1.702,4
111 02-2	234	Gebühren und Erstattungen für Personen, die nicht der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen	1.020,0	1.020,0	A B C	675,0 941,4 647,7
119 49-9	234	Vermischte Einnahmen	30,0	30,0	A B C	25,0 54,9 59,3
124 01-8	234	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	32,5	32,5	A B C	35,0 32,5 38,2
132 01-8	234	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A B C	--- 2,4 6,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	234	Kostenerstattung vom Bund für Aufnahmeeinrichtungen	163,0	163,0	A B C	140,0 334,6 340,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 53

Nach § 44 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 1993 (BGBl I S. 1361), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 (BGBl I S. 1970), sind die Länder verpflichtet, für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten sowie entsprechend ihrer Aufnahmequote die im Hinblick auf den monatlichen Zugang Asylbegehrender in den Aufnahmeeinrichtungen notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen. Die Aufnahmequote für den Freistaat Bayern richtet sich entsprechend § 45 AsylVfG für das jeweilige Kalenderjahr nach dem Königsteiner Schlüssel des jeweils vorangegangenen Jahres (für 2008: 14,92811 v.H.).

Nach § 47 Abs. 1 AsylVfG sind Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu stellen haben, verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten, in der zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Im Freistaat Bayern stehen in zwei Aufnahmeeinrichtungen für diesen Zweck 1.000 Plätze zur Verfügung.

Asylbewerber, die nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, werden grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (§ 53 Abs. 1 AsylVfG, Art. 4 AufnG). Seit 01.07.2002 trägt der Staat die gesamten Kosten der Unterbringung und Versorgung aller ausländischen Flüchtlinge, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Aufnahmegesetz - AufnG). Für die Versorgung und Unterbringung dieser Personen stehen in 141 angemieteten oder staatseigenen Gemeinschaftsunterkünften - ohne die Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen und Regierungsaufnahmestellen - rund 13.800 Plätze zur Verfügung.

Zudem sind fallweise nach § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) von der Bundesrepublik Deutschland übernommene Ausländer aufzunehmen und unterzubringen. Ferner sind im Fall eines sog. Massenzustroms Ausländer, denen auf Grund eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2001/55/EG vorübergehender Schutz gewährt wird, nach § 24 Abs. 3 AufenthG aufzunehmen und unterzubringen. Das Bestehen eines Massenzustroms von Vertriebenen wird durch einen Beschluss des Rates auf Vorschlag der Kommission festgestellt. Ob und wie viele Migranten aufgrund § 22 Satz 2 AufenthG bzw. § 24 Abs. 3 AufenthG aufzunehmen wären, kann nicht prognostiziert werden.

Zu 10 53/111 01

Veranschlagt sind Gebühren und Entgelte der Bewohner, die der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen, für Unterkunft, Verpflegung und sonstige Leistungen.

2009 gegenüber 2008:
359,1 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
123,4 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Anteil gebührenpflichtiger Personen.

Zu 10 53/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für Personen, die noch in staatlichen Unterkünften untergebracht sind, jedoch nicht mehr der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen.

2009 gegenüber 2008:
345,0 Tsd. EUR mehr wegen höherem Anteil erstattungspflichtiger Personen in den Gemeinschaftsunterkünften.

Zu 10 53/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	32,5	32,5
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen		
Zusammen	32,5	32,5

Zu 10 53/231 01

Erstattungen vom Bund für die Unterbringung der Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in den Aufnahmeeinrichtungen.

2009 gegenüber 2008:
23,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
231 02-7	234	Kostenerstattung vom Bund für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei 533 03 und 633 02.</i>	---	---	A B	--- 42,8
281 12-4	234	Rückerstattungen aus Zuschüssen	10,2	10,2	A B C	10,2 25,7 117,6
Gesamteinnahmen			2.786,6	2.663,2	A B C	2.775,2 3.310,8 3.083,9
Ausgaben						
Die Ausgabeansätze sind (mit Ausnahme Tit. 684 01 und der TG 60) innerhalb des Kap. 10 53 gegenseitig deckungsfähig und gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgabeansätzen des Kap. 10 50 (mit Ausnahme der TG 52).						
Personalausgaben						
427 01-2	314	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	315,0	315,0	A	315,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-9	234	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	300,0	295,0	A B C	325,0 285,2 294,9
511 22-4	234	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	230,0	225,0	A B C	360,0 248,4 321,5
514 01-6	234	Haltung von Dienstfahrzeugen	91,0	86,0	A B C	75,0 86,3 81,0

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern**Erläuterungen****Zu 10 53/231 02**

Leertitel zur Vereinnahmung der Kostenbeteiligung des Bundes für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen.

Zu 10 53/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Zu 10 53/427 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die nebenberufliche Tätigkeit von Ärzten zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in den beiden Aufnahmeeinrichtungen sowie in fünf großen Gemeinschaftsunterkünften im Rahmen eines Sozialarztsystems.

Zu 10 53/511 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	70,0	70,0
2. Bücher und Zeitschriften	5,0	5,0
3. Kommunikation	70,0	70,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	115,0	115,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	40,0	35,0
6. Sonstiges	-	-
Zusammen	<u>300,0</u>	<u>295,0</u>

2009 gegenüber 2008:

20,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 511 99

45,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs

25,0 Tsd. EUR weniger

Zu 10 53/511 22

Ausgaben für Ersatz- bzw. Ergänzungsausstattungen der Unterkunfts- und sonstigen Räume in den bestehenden Unterbringungseinrichtungen sowie Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände.

2009 gegenüber 2008:

130,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 53/514 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	50,0	45,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	41,0	41,0
Zusammen	<u>91,0</u>	<u>86,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	91,0	86,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	8,0	8,0
Zusammen	<u>99,0</u>	<u>94,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2008	
	2009	2010	2008	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	24	24	25	26	-
Lastkraftwagen	2	2	2	2	-
Kommunaltraktoren	9	9	9	9	-
Anhänger	6	6	6	6	-
Gabelstapler	1	1	1	1	-

2009 gegenüber 2008:

6,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 514 99

10,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf

16,0 Tsd. EUR mehr

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
514 02-5	234	Sonstige Verbrauchsmittel	280,0	275,0	A B C	320,0 310,9 363,0
514 11-4	234	Dienst- und Schutzkleidung	5,0	5,0	A B C	5,0 3,2 3,5
514 21-2	234	Gemeinschaftsverpflegung	9.610,0	7.860,0	A B C	10.045,0 10.065,9 11.854,9
517 01-3	234	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.690,0	5.500,0	A B C	7.050,0 7.123,1 8.030,8
517 05-9	234	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	6.213,0	6.170,0	A B C	5.800,0 6.210,0 7.286,0
518 01-2	234	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 6.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.000,0	10.500,0	A B C	10.900,0 12.572,8 14.024,3
518 11-0	234	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	23,0	23,0	A B C	27,0 22,2 25,1
518 18-3	234	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	8,0	8,0	A	5,0

Erläuterungen

Zu 10 53/514 02

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Gewährung von Gesundheits- und Körperpflegemitteln sowie Verbrauchsgütern des Haushalts gemäß § 3 Abs. 1 S. 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl I S. 2022), zuletzt geändert durch Art. 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 (BGBl I S. 1970).

2009 gegenüber 2008:

40,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/514 21

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Gewährung von Gemeinschaftsverpflegung.

2009 gegenüber 2008:

435,0 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:

1.750,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Einsatz privater Wachdienste, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:

36,5 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 03 08/517 31

323,5 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten

360,0 Tsd. EUR weniger

2010 gegenüber 2009:

1.190,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 53/517 05

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	3.500,0	3.435,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	2.713,0	2.735,0
Zusammen	6.213,0	6.170,0

2009 gegenüber 2008:

446,5 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten

33,5 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 03 08/517 35

413,0 Tsd. EUR mehr

2010 gegenüber 2009:

43,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 53/518 01

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

2009 gegenüber 2008:

185,2 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen

85,2 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 03 08/518 31

100,0 Tsd. EUR mehr

2010 gegenüber 2009:

500,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen.

Zu 10 53/518 11

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Mieten für Fotokopiergeräte	21,0	21,0
2. Mieten für sonstige Geräte und Fahrzeuge	2,0	2,0
Zusammen	23,0	23,0

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
519 01-1	234	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.500,0	5.500,0	A	5.900,0
					B	4.304,2
					C	4.292,2
526 01-2	234	Gerichts- und ähnliche Kosten	12,0	12,0	A	20,0
					B	10,7
					C	39,3
526 11-0	234	Kosten für Sachverständige	6,9	6,7	A	---
					B	7,6
527 01-1	234	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	110,0	110,0	A	180,0
					B	122,2
					C	145,1
532 01-4	234	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkennnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	---	---	A	---
					B	32,9
					C	0,2
532 11-2	234	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 02-2	234	Ausweichunterbringung	---	---	A	---
533 03-1	234	Kosten für die Unterbringung und Verpflegung sowie sonstige Aufwendungen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Vgl. Vermerk zu 231 02 .</i>	---	---	A	3,0
					C	1,8
534 01-2	234	Kosten der Erstuntersuchung der Kontingentflüchtlinge	---	---	A	---
534 02-1	234	Kosten für einen Krankenschwesterdienst im Rahmen eines Sozialarztsystems	245,0	245,0	A	245,0
546 49-2	234	Vermischte Verwaltungsausgaben	34,0	33,0	A	12,4
					B	37,5
					C	14,0
548 01-6	234	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	***	***	A	0,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
633 01-2	234	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	35.306,0	37.856,0	A	39.837,5
					B	44.128,8
					C	46.546,3
633 02-1	234	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Vgl. Vermerk zu 231 02.</i>	---	---	A	50,0
					B	-14,0
					C	26,0
671 01-5	234	Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte	85,0	81,0	A	70,0
					B	92,3
					C	41,3
684 01-0	234	Zuschüsse zur Förderung der Asylsozialberatung	1.440,2	1.440,2	A	1.440,2
					B	1.440,2
					C	1.440,2
		Baumaßnahmen				
701 01-9	234	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
710 00-9	234	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	---	---	A	---

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern**Erläuterungen**

Zu 10 53/519 01	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	1.500,0	1.500,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	4.000,0	4.000,0
Zusammen	5.500,0	5.500,0

2009 gegenüber 2008:
400,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bauunterhaltskosten.

Zu 10 53/527 01

2009 gegenüber 2008:
70,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 53/533 03

Leertitel für die Verbuchung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen.

Zu 10 53/534 02

Veranschlagt sind die Kosten für einen Krankenschwesterdienst im Rahmen eines Sozialarztssystems zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in den beiden Aufnahmeeinrichtungen sowie in fünf großen Gemeinschaftsunterkünften.

Zu 10 53/546 49

Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2009 gegenüber 2008:
21,6 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/633 01

Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Gemeinden gemäß Art. 8 des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Aufnahmegesetz - AufnG) vom 24. Mai 2002 (GVBl S. 192).

2009 gegenüber 2008:
4.531,5 Tsd. EUR weniger,

2010 gegenüber 2009:
2.550,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Erstattungsaufwendungen.

Zu 10 53/633 02

Leertitel für die Verbuchung der Weitergabe von Kostenerstattungen des Bundes an die Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen staatlicher Aufnahmeaktionen.

2009 gegenüber 2008:
50,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/671 01

Veranschlagt sind alle Transportaufwendungen, die mit der Aufnahme, Weiterleitung, Unterbringung und Verlegung ausländischer Flüchtlinge in Zusammenhang stehen.

2009 gegenüber 2008:
15,0 Tsd. EUR mehr wegen angestiegener Transportaufwendungen.

Zu 10 53/684 01

Veranschlagt sind Personalkostenzuschüsse für die soziale Beratung und Betreuung von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG und von Ausländerinnen und Ausländern in staatlichen Unterkünften sowie Mittel zur Kofinanzierung von Projekten aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds III.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-6	234	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A B C	--- 11,0 35,5
812 01-5	234	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A B	--- 27,7
812 02-4	234	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	10,0	10,0	A B	100,0 5,4
<u>815 01-2</u>	234	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	50,0	50,0	A	
Titelgruppen						
60 Förderung der freiwilligen Rückkehr ausländischer Flüchtlinge, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Rückeinnahmen fließen den Ausgaben zu. Soweit die aus dem Europäischen Rückkehrfonds zu bewilligenden Mittel nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen, sind die dadurch bedingten Mehrausgaben als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabenansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>						
681 60-1	234	Zuschüsse zur Förderung der freiwilligen Rückkehr <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 40,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 40,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	294,2	294,2	A B C	330,9 188,9 256,3
684 60-8	234	Zuschüsse für Beratungsmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 187,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 187,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	333,3	333,3	A B C	375,0 321,9 278,4
Summe der Titelgruppe			627,5	627,5	A B C	705,9 510,8 534,7
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-2	234	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	***	***	A B C	58,0 32,7 52,8
514 99-9	234	Verbrauchsmittel	***	***	A B C	10,0 0,6 2,7
518 99-5	234	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	***	***	A	2,0
519 99-4	234	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	***	***	A	---
525 99-6	234	Aus- und Fortbildung	***	***	A C	--- 0,5

Erläuterungen**Zu 10 53/812 02**

2009 gegenüber 2008:

90,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 53/815 01

2009 gegenüber 2008:

50,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 815 99.

Zu 10 53/60

Aus dem Ansatz werden individuelle, von Rückkehrberatern empfohlene Beihilfen an Rückkehrer gewährt. Damit wird ein Anreiz für eine freiwillige Ausreise geschaffen mit dem Ziel, die Unterbringungskosten bei Kap. 10 53 zu reduzieren. Daneben werden auch Mittel zur erforderlichen Beratung für eine freiwillige Rückkehr veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigungen 2009 und 2010:

Für die jahresübergreifende Förderung von Maßnahmen.

2009 gegenüber 2008:

78,4 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 53/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber (ZAE, AEen), der zentralen Gebührenabrechnungsstellen für Spätaussiedler und Asylbewerber (GASten), der Unterkunftsverwaltungen (Heimleiterbüros) sowie der Koordinationsstelle Bayern-Informationsverarbeitung. Berücksichtigt ist zudem der Betrieb der DV-Systeme beim Rechenzentrum Nord und die Einführung eines Integrierten Migrantenverwaltungssystems (iMVS).

Zu 10 53/511 99

2009 gegenüber 2008:

20,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 01

38,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs

58,0 Tsd. EUR weniger**Zu 10 53/514 99**

2009 gegenüber 2008:

6,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 514 01

4,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs

10,0 Tsd. EUR weniger

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
526 99-5	234	Ausgaben für Sachverständige	***	***	A B	5,0 2,2
533 99-6	234	Nebenkosten der Datenverarbeitung	***	***	A	---
534 99-5	234	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	***	***	A	37,5
815 99-5	234	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	***	***	A B C	121,5 151,4 35,5
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	234,0 186,9 91,5
Gesamtausgaben			78.191,6	77.233,4	A B C	84.025,0 87.832,5 111.588,1
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2.613,4	2.490,0	A B C	2.625,0 2.907,6 2.454,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	173,2	173,2	A B C	150,2 403,2 629,4
Gesamteinnahmen			2.786,6	2.663,2	A B C	2.775,2 3.310,8 3.083,9
		Personalausgaben	315,0	315,0	A B C	315,0 - 16.094,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	40.357,9	36.853,7	A B C	41.384,9 41.478,8 46.833,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	37.458,7	40.004,7	A B C	42.103,6 46.158,1 48.588,5
		Sonstige Sachinvestitionen	60,0	60,0	A B C	221,5 195,6 71,0
Gesamtausgaben			78.191,6	77.233,4	A B C	84.025,0 87.832,5 111.588,1
Zuschuss			75.405,0	74.570,2	A B C	81.249,8 84.521,7 108.504,2

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Erläuterungen

Zu 10 53/534 99

2009 gegenüber 2008:

37,5 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 53/815 99

2009 gegenüber 2008:

70,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 02/981 12

50,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 815 01

1,5 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs

121,5 Tsd. EUR weniger

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	246	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
119 49-2	246	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A B C	0,5 0,2 0,2
124 01-1	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Haushaltsvermerk in den Erläuterungen ist bindend.</i>	24,7	24,7	A B C	24,7 24,1 25,0
132 01-1	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
261 01-4	246	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
282 01-9	246	Spendeneinnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 547 11.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			25,2	25,2	A B C	25,2 24,4 25,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-2	246	Vergütungen für die Mitglieder des HDO-Beirats	2,5	2,5	A C	2,5 1,1
422 01-0	246	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	173,3	176,9	A B C	186,0 165,3 181,8
427 01-5	246	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	2,5	2,5	A B C	9,3 9,2 1,3
428 01-4	246	Entgelte der Arbeitnehmer	292,5	298,7	A B C	306,1 281,6 297,3
428 21-0	246	Entgelte der Arbeitnehmer	98,8	100,8	A B C	88,0 64,1 95,4
453 01-2	246	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 56

Das "Haus des Deutschen Ostens" (HDO) nimmt Aufgaben wahr, die dem Freistaat Bayern aus dem Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) erwachsen, nämlich das Kulturgut der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa im Bewusstsein der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten und zu fördern.

Als Kultur- und Bildungseinrichtung führt das HDO eigene Veranstaltungen im In- und Ausland durch. Einen Schwerpunkt bildet die Förderung der Vermittlung von Kenntnissen über Ostmittel- und Osteuropa in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Kulturarbeit unterstützt das HDO Maßnahmen, die die Situation der Deutschen im Osten stärken.

Durch die EU-Osterweiterung kommt den deutschen Minderheiten in ihren Heimatländern als Mittler der Verständigung zwischen Deutschland bzw. Bayern und seinen östlichen Nachbarn eine außerordentliche Bedeutung zu.

Als Begegnungsstätte stellt das HDO ostdeutschen Gruppen und Vereinigungen Tagungsräume und eine Gaststätte für kulturelle und gesellige Veranstaltungen zur Verfügung (vgl. Organisationserlass für das "Haus des Deutschen Ostens" vom 15. November 2006, 240-A).

Zu 10 56/124 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	7,0	7,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	17,7	17,7
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	24,7	24,7

Haushaltsvermerk:

Beim Ansatz wurde berücksichtigt, dass als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO dem Bund der Vertriebenen Räumlichkeiten im Anwesen Lilienberg 5 gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden.

Zu 10 56/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden) des Hauses des Deutschen Ostens. Die Mittel werden über 547 11 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt.

Zu 10 56/412 01

- Die Mitglieder des HDO-Beirats erhalten für die mit der ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Reisen oder Gänge Reisekostenvergütung nach den für bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15 geltenden Vorschriften. Sofern im öffentlichen Dienst stehende Mitglieder bei Dienstreisen eine höhere Reisekostenvergütung erhalten als bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15, wird ihnen für die genannten Reisen und Gänge die entsprechend höhere Reisekostenvergütung gewährt.
- Neben der Reisekostenvergütung nach Nr. 1 wird den Mitgliedern für jeden Tag der Teilnahme an einer Sitzung des HDO-Beirats eine Sitzungsvergütung gewährt, deren Höhe sich nach dem vollen Tagegeld für eintägige Dienstreisen eines bayerischen Staatsbeamten der Besoldungsgruppe A 15 bemisst.

Zu 10 56/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 56/427 01

Die Mittel werden zur stundenweisen Beschäftigung von Hilfskräften bei Ausstellungen und von Aushilfspförtnerinnen benötigt.

Zu 10 56/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 56/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-2	246	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	32,1	32,1	A	36,1	
					B	22,5	
					C	21,6	
511 22-7	246	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	6,0	6,0	A	6,7	
					B	3,9	
					C	3,8	
514 11-7	246	Dienst- und Schutzkleidung	0,3	0,3	A	0,3	
					B	0,2	
					C	0,2	
517 01-6	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	28,6	28,6	A	20,0	
					B	17,7	
					C	24,6	
517 05-2	246	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	30,9	30,9	A	42,0	
					B	27,5	
					C	29,5	
518 01-5	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	10,0	10,0	A	10,0	
					B	8,4	
					C	8,4	
519 01-4	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
					B	37,9	
					C	9,7	
523 01-8	246	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	25,3	25,3	A	28,5	
					B	22,8	
					C	22,4	
527 01-4	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	5,8	5,8	A	6,1	
					B	2,2	
					C	3,1	
546 49-5	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,4	0,4	A	0,4	
					B	0,3	
					C	0,7	
547 01-0	246	Kosten für Veranstaltungen <i>Zu 547 01 und 681 01: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	61,1	71,1	A	70,0	
					B	55,7	
					C	67,6	
547 11-8	246	Zweckgebundene Ausgaben aus Spenden <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01.</i>	---	---	A	---	

Erläuterungen

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	5,5	5,5
2. Bücher und Zeitschriften	1,8	1,8
3. Kommunikation	1,9	1,9
4. Entgelte für Postdienstleistungen	12,9	12,9
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	9,0	9,0
6. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	32,1	32,1

Zu 10 56/511 01, 511 22, 523 01 und 527 01

Weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 56/511 22

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Bibliothek und zur Durchführung von Ausstellungen.

Zu 10 56/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2009 gegenüber 2008:

4,0 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
12,6 Tsd. EUR	mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf
<u>8,6 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 56/517 05

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	23,0	23,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	7,9	7,9
Zusammen	30,9	30,9

2009 gegenüber 2008:

8,4 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
2,7 Tsd. EUR	weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf
<u>11,1 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 56/518 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Miete für Übungsräume für Kinder-, Jugend- und Volkstanzgruppen	-	-
2. Miete für Büchermagazin im Sudetendeutschen Haus	10,0	10,0
Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 56/523 01

Der Ansatz dient zur Unterhaltung und Ergänzung der Fachbibliothek.

Zu 10 56/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 56/547 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Veranstaltungen (z.B. Honorare und Reisekostenvergütungen für Vortragende), Qualifizierung, Modernisierung von Bildungsmaßnahmen und Kulturarbeit.

2009 gegenüber 2008:

7,8 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
1,1 Tsd. EUR	weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf
<u>8,9 Tsd. EUR</u>	weniger

2010 gegenüber 2009:

10,0 Tsd. EUR mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 56/547 11

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
681 01-6	246	Zuschüsse für Tagungsteilnehmer <i>Vgl. Vermerk zu 547 01.</i>	25,5	25,5	A	25,0
					B	19,9
					C	20,0
		Baumaßnahmen				
701 01-2	246	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
					B	248,4
					C	107,7
		Sonstige Sachinvestitionen				
812 01-8	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---
812 02-7	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	---
<u>815 01-5</u>	246	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 5,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5,0	5,0	A	
		Gesamtausgaben	800,6	822,4	A	837,0
					B	987,7
					C	904,6

Erläuterungen**Zu 10 56/681 01**

Soweit das Haus des Deutschen Ostens Tagungen durchführt, werden den Teilnehmern Reisekostenvergütungen (Fahrkosten, Tage- und Übernachtungsgelder) gewährt.

Zu 10 56/815 01

Veranschlagt sind die Aufwendung für Ersatzbeschaffung von Geräten zur Informationsverarbeitung.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	25,2	25,2	A	25,2
					B	24,4
					C	25,2
		Gesamteinnahmen	25,2	25,2	A	25,2
					B	24,4
					C	25,2
		Personalausgaben	569,6	581,4	A	591,9
					B	520,2
					C	577,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	200,5	210,5	A	220,1
					B	199,1
					C	199,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	25,5	25,5	A	25,0
					B	19,9
					C	20,0
		Baumaßnahmen	-	-	A	-
					B	248,4
					C	107,7
		Sonstige Sachinvestitionen	5,0	5,0	A	-
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	800,6	822,4	A	837,0
					B	987,7
					C	904,6
		Zuschuss	775,4	797,2	A	811,8
					B	963,3
					C	879,3

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 01-9	219	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 11.</i>	2,0	2,0	A B C	2,0 0,1 0,4
119 49-3	219	Vermischte Einnahmen	---	---	A B C	--- 0,1 0,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-2	219	Zuweisungen vom Bund für besondere Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu TG 54.</i>	---	---	A B C	--- 151,3 127,1
282 01-0	219	Sonstige Zuschüsse und Kostenbeteiligungen <i>Vgl. Vermerk zu TG 51.</i>	---	---	A B C	--- 73,6 277,7
282 02-9	219	Sonstige Zuschüsse und Kostenbeteiligungen <i>Vgl. Vermerk zu TG 52.</i>	---	---	A B C	--- 183,8 173,8
282 03-8	219	Teilnehmerbeiträge und Kostenbeteiligungen Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 536 01.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			2,0	2,0	A B C	2,0 409,0 579,1
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-1	219	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	204,7	209,0	A B C	178,8 195,3 187,7
422 31-5	219	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
427 01-6	219	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	37,6	37,6	A B C	42,7 25,4 28,7
428 01-5	219	Entgelte der Arbeitnehmer	2.053,8	2.097,3	A B C	2.049,6 1.977,5 1.918,6
453 01-3	219	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 65

Das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München ist ein wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern. Es wurde errichtet auf der Grundlage von Art. 6 BayKiG. Seine Aufgabe ist die ständige Weiterentwicklung der Frühpädagogik, insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung auf den Gebieten der Anthropologie, der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik der frühen Kindheit unter besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen des Elementarbereichs,
2. Entwicklung, Überprüfung und Übertragung von Hilfen und Anregungen zur pädagogischen Praxis für Kinder im Elementarbereich und für Kinder mit besonderen Bedürfnissen,
3. Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten, Familie, Schule und anderen Einrichtungen,
4. Entwicklung und Überprüfung von Hilfen der Förderung der Aus- und Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte insbesondere für den Elementarbereich.

Das Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg wurde als wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern mit fachlicher Anbindung an die Otto-Friedrich-Universität Bamberg errichtet.

Seine Aufgaben sind insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung über die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lebensbedingungen und -bedürfnisse der Familie und deren Dokumentierung,
2. Erforschung von familialen Entwicklungsverläufen, des Zusammenlebens der Generationen, der Veränderung der Familienstrukturen, des Erziehungsverhaltens, und der Auswirkungen von Arbeitswelt und Medien auf die Familie,
3. wissenschaftliche Begleitung von familienbezogenen Modellmaßnahmen sowie Beratung, insbesondere Politikberatung.

Zu 10 65/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 65/427 01

Veranschlagt sind:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Nebenamtliche Institutsleitung	17,6	17,6
2. Erhebungs- und Forschungsarbeiten	20,0	20,0
Zusammen	37,6	37,6

Zu 10 65/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007	
1	2	3	4	5	C	Ist 2006	
						Tsd. EUR	6
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-3	219	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	96,7	96,7	A	108,8	
					B	82,4	
					C	54,2	
517 01-7	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	9,6	9,6	A	11,8	
					B	10,5	
					C	10,2	
517 05-3	219	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	7,5	7,5	A	8,4	
					B	7,9	
					C	9,0	
517 31-1	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	73,8	73,8	A	---	
					B	72,4	
517 35-7	219	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	40,0	40,0	A	---	
					B	35,6	
518 01-6	219	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	51,0	51,0	A	44,1	
					B	43,0	
					C	45,4	
518 11-4	219	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	7,5	7,5	A	7,5	
					B	5,1	
					C	4,9	
518 31-0	219	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---	
519 01-5	219	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
523 01-9	219	Bibliothek	23,5	23,5	A	26,4	
					B	23,7	
					C	28,2	
526 21-2	219	Vergabe von Forschungsaufträgen, Gastvorträge	9,4	9,4	A	10,6	
					B	15,5	
					C	22,6	
527 01-5	219	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	23,6	23,6	A	15,0	
					B	24,1	
					C	19,5	
531 11-7	219	Fachveröffentlichungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	29,2	29,2	A	32,8	
					B	19,9	
					C	16,7	
536 01-4	219	Fachtagungen und Fortbildung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 03.</i>	12,4	12,4	A	13,9	
					B	7,7	
					C	9,2	
546 49-6	219	Vermischte Verwaltungsausgaben	1,8	1,8	A	2,0	
					B	1,4	
					C	4,2	
Baumaßnahmen							
701 01-3	219	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---	

Erläuterungen

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zu 10 65/511 01		
1. Geschäftsbedarf	20,0	20,0
2. Bücher und Zeitschriften	5,0	5,0
3. Kommunikation	35,0	35,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	20,0	20,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	12,0	12,0
6. Sonstiges	4,7	4,7
Zusammen	96,7	96,7

Zu 10 65/511 01, 523 01, 526 21, 531 11, 536 01 und 546 49

Weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 10 65/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zu 10 65/517 05		
1. Heizung	-	-
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	7,5	7,5
Zusammen	7,5	7,5

Zu 10 65/517 31

2009 gegenüber 2008:

72,4 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 10 01 Tit. 517 01)

1,4 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Kosten

73,8 Tsd. EUR mehr

Zu 10 65/517 35

2009 gegenüber 2008:

35,6 Tsd. EUR mehr infolge Umsetzung von der Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (vgl. Kap. 10 01 Tit. 517 05)

4,4 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Kosten

40,0 Tsd. EUR mehr

Zu 10 65/518 01

Veranschlagt ist der Mietzins für die Diensträume des Staatsinstituts für Familienforschung in Bamberg.

Zu 10 65/518 11

Veranschlagt ist der Mietzins für ein Kopiergerät beim Staatsinstitut für Frühpädagogik.

Zu 10 65/527 01

2009 gegenüber 2008:

1,7 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

1,6 Tsd. EUR mehr infolge Erhöhung der Wegstreckenentschädigung

8,7 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die Istentwicklung

8,6 Tsd. EUR mehr

Zu 10 65/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
		Sonstige Sachinvestitionen				
812 01-9	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30,0	30,0	A	22,1
					B	22,3
					C	5,4
		Titelgruppen				
		51 Forschungsprojekte Dritter (Familienforschung)				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
429 51-3	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A	---
					B	154,8
					C	311,3
547 51-0	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	-63,4
					C	18,7
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	-
					B	91,4
					C	330,0
		52 Forschungsprojekte Dritter (Frühpädagogik)				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 02.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
429 52-2	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A	---
					B	140,3
					C	139,2
547 52-9	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	73,0
					C	23,8
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	-
					B	213,3
					C	163,0
		54 Ausgaben für besondere Zwecke				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 231 01.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
429 54-0	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A	---
					B	88,4
					C	38,5
547 54-7	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	55,5
					C	10,2

Erläuterungen

Zu 10 65/812 01

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Veranschlagt sind für:

1. **Staatsinstitut für Familienforschung**

Geräte und Ausstattungsgegenstände (Ersatz)

3,0 3,0

DV-Ersatzbeschaffungen

6,0 6,0

2. **Staatsinstitut für Frühpädagogik**

Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)

4,0 4,0

DV-Ersatzbeschaffungen

17,0 17,0

Zusammen 30,0 30,0

2009 gegenüber 2008:

2,5 Tsd. EUR weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre

10,4 Tsd. EUR mehr wegen dringender Ersatzbeschaffungen

7,9 Tsd. EUR mehr

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
812 54-5	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	-
					B	143,9
					C	48,7
		81 Ausgaben zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen staatlicher Dienststellen				
		<i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 10 05 TG 78 und 10 07 TG 73 und 74 bis zu 430,0 Tsd. EUR pro Haushaltsjahr. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
429 81-7	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A	---
					B	169,6
					C	59,4
547 81-4	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	47,1
					C	23,9
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	-
					B	216,7
					C	83,3
		Gesamtausgaben	2.712,1	2.759,9	A	2.574,5
					B	3.235,1
					C	3.071,2

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
				6		
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2,0	2,0	A	2,0
					B	0,2
					C	0,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	408,8
					C	578,7
		Gesamteinnahmen	2,0	2,0	A	2,0
					B	409,0
					C	579,1
		Personalausgaben	2.296,1	2.343,9	A	2.271,1
					B	2.751,3
					C	2.683,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	386,0	386,0	A	281,3
					B	461,6
					C	333,2
		Sonstige Sachinvestitionen	30,0	30,0	A	22,1
					B	22,3
					C	54,2
		Gesamtausgaben	2.712,1	2.759,9	A	2.574,5
					B	3.235,1
					C	3.071,2
		Zuschuss	2.710,1	2.757,9	A	2.572,5
					B	2.826,1
					C	2.492,0

10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
141 01-7	312	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
281 11-5	312	Rückerstattungen von Bezirken	---	---	A	---
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
341 01-5	312	Kanalherstellungsbeiträge	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			-	-	A B C	- - 18,7
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
519 01-1	312	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	173,4	173,4	A B C	170,0 195,0 219,9
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-2	312	Kosten der einstweiligen Unterbringung und des Vollzugs von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch- und/oder suchtkranken Straftätern <i>Die Erläuterung Nr. 2 ist verbindlich. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 633 02. Die Mittel sind übertragbar.</i>	190.115,3	203.206,8	A B C	176.000,0 165.536,8 159.234,0
633 02-1	312	Kosten der ambulanten Sicherungsnachsorge <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 633 01.</i>	---	---	A B C	--- 75,0 4,6
<u>633 03-0</u>	312	Kosten der Betreuung in forensich-psychiatrischen Ambulanzen im Rahmen der Führungsaufsicht von psychisch- und/oder suchtkranken Straftätern nach §§ 63, 64 StGB <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	3.800,0	5.700,0	A	
Baumaßnahmen						
701 01-9	312	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B	--- 356,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 72

Nach Art. 95 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) haben die Bezirke auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörden die Unterbringung von Personen in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Entscheidungen zu vollziehen. Es handelt sich insoweit um eine den Bezirken nach Art. 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 und 2 Bezirksordnung (BezO) übertragene Aufgabe.

Zu 10 72/281 11

Leertitel zur Vereinnahmung etwaiger Rückerstattungen der Bezirke aufgrund von Minderbelegungen gegenüber den in den Budgetvereinbarungen zugrunde gelegten Berechnungstagen.

Zu 10 72/341 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Beiträgen der Anschlusspflichtigen für den vom Freistaat Bayern im Zusammenhang mit dem Bau der forensisch-psychiatrischen Klinik Straubing finanzierten Abwasserkanal.

Zu 10 72/519 01

Veranschlagt ist der Bedarf für die Unterhaltung der Anlagen des Bezirkskrankenhauses Straubing.

2009 gegenüber 2008:

18,9 Tsd. EUR	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
22,3 Tsd. EUR	mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf
3,4 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 72/633 01

- Der Staat hat nach Art. 95 Abs. 4 AGSG die Kosten der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt auf Grund einer strafgerichtlichen Entscheidung nach §§ 63, 64 Strafgesetzbuch, § 126a Strafprozessordnung und § 7 Jugendgerichtsgesetz zu tragen. Die Aufgabe der Durchführung des Maßregelvollzugs ist nach Art. 95 Abs.1 AGSG auf die Bezirke übertragen. Hierzu erhalten die Bezirke bzw. Unternehmen der Bezirke für die von ihnen betriebenen Einrichtungen des Maßregelvollzugs einen Gesamtbetrag für einen zukünftigen Zeitraum (Budget).
- Soweit den Bezirken aus den Budgets Mittel verbleiben, dürfen diese nur für Zwecke des Maßregelvollzugs (einschl. Investitionen) verwendet werden.

2009 gegenüber 2008:

14.115,3 Tsd. EUR mehr,

2010 gegenüber 2009:

13.091,5 Tsd. EUR mehr im Rahmen der Kostenentwicklung wegen steigender Unterbringungszahlen.

Zu 10 72/633 03

Veranschlagt sind die Kosten der Betreuung von psychisch- und/oder suchtkranken Straftätern, bei denen eine Maßregel nach §§ 63, 64 StGB angeordnet wurde und die unter Führungsaufsicht gem. § 68 b Abs. 1 S. 2 Nr. 11 in Verbindung mit § 68 Abs. 2 StGB stehen.

2009 gegenüber 2008:

3.800,0 Tsd. EUR mehr wegen erstmaliger Veranschlagung,

2010 gegenüber 2009:

1.900,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
710 00-9	312	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	1.000,0	---	A B C	3.000,0 5.803,1 2.720,0
Investitionsförderungsmaßnahmen						
883 01-9	312	Zuweisungen für Investitionen an Bezirke <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 30.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 35.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 30.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 8.000,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 9.000,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 9.000,0</i> <i>2013 Tsd. EUR 4.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2010 in Höhe von 35.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2011 Tsd. EUR 8.000,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 11.000,0</i> <i>2013 Tsd. EUR 11.000,0</i> <i>2014 Tsd. EUR 5.000,0</i>	22.500,0	25.000,0	A B C	20.000,0 18.194,4 13.605,8
Gesamtausgaben			217.588,7	234.080,2	A B C	199.170,0 190.161,0 175.784,2

Erläuterungen**Zu 10 72/883 01**

Auf der Grundlage des Art. 95 Abs. 4 AGSG hat der Staat auch die Kosten für notwendige Baumaßnahmen in den Bezirkskrankenhäusern zu tragen, um in ausreichender Anzahl Behandlungsplätze für psychisch kranke und/oder suchtkranke Straftäter zur Verfügung stellen und die Einrichtungen des Maßregelvollzugs an zeitgemäße therapeutische Konzeptionen anpassen zu können. Ferner müssen als Ausfluss des am 18. April 2007 in Kraft getretenen Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht bei den Maßregelvollzugseinrichtungen Räume für Nachsorgeambulanzen eingerichtet werden.

2009 gegenüber 2008:

1.500,0	Tsd. EUR	mehr wegen Ausweitung der Unterbringungskapazitäten
1.000,0	Tsd. EUR	mehr wegen der Einrichtung von Nachsorgeambulanzen
<u>2.500,0</u>	Tsd. EUR	mehr

2010 gegenüber 2009:

3.500,0	Tsd. EUR	mehr wegen Ausweitung der Unterbringungskapazitäten
1.000,0	Tsd. EUR	weniger wegen Wegfall des Bedarfs für Nachsorgeambulanzen
<u>2.500,0</u>	Tsd. EUR	mehr

Verpflichtungsermächtigungen 2009 und 2010:

Für die rechtzeitige Zusage der Kostentragung gegenüber den Bezirken.

10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Abschluss				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	-
					C	18,7
		Gesamteinnahmen	-	-	A	-
					B	-
					C	18,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	173,4	173,4	A	170,0
					B	195,0
					C	219,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	193.915,3	208.906,8	A	176.000,0
					B	165.611,8
					C	159.238,5
		Baumaßnahmen	1.000,0	-	A	3.000,0
					B	6.159,8
					C	2.720,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	22.500,0	25.000,0	A	20.000,0
					B	18.194,4
					C	13.605,8
		Gesamtausgaben	217.588,7	234.080,2	A	199.170,0
					B	190.161,0
					C	175.784,2
		Zuschuss	217.588,7	234.080,2	A	199.170,0
					B	190.161,0
					C	175.765,5

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	254	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Vgl. Vermerk bei 632 01.</i>	1.424,5	1.424,5	A	1.345,7
					B	1.502,0
					C	1.283,3
112 01-5	254	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	---	---	A	---
					C	0,1
119 01-8	254	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
119 49-2	254	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
124 01-1	254	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	254	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund	---	---	A	---
232 01-0	254	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	---	---	A	46,4
261 01-4	254	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			1.424,5	1.424,5	A	1.392,1
					B	1.502,0
					C	1.283,4
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	254	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter <i>Zu Titel 422 01 bis 459 49: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	795,2	812,1	A	766,0
					B	468,2
					C	578,6
422 11-8	254	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	***	A	---
					B	46,2
					C	15,7
422 31-4	254	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
422 45-8	254	Leistungszulagen und Leistungsprämien für Beamte aufgrund § 42a BBesG	---	---	A	---
427 01-5	254	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
428 01-4	254	Entgelte der Arbeitnehmer	158,3	161,5	A	162,3
					B	165,4
					C	197,9
428 11-2	254	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
428 21-0	254	Entgelte der Arbeitnehmer	---	---	A	---
441 01-7	254	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	28,0	28,0	A	28,0
					B	12,4
					C	35,3

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 80

Die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) wurde im Rahmen der Realisierung des Europäischen Binnenmarktes mit Abkommen der Länder vom 16./17.12.1993 errichtet und ist eine Organisationseinheit beim StMAS. Sie ist eine gemeinsame Einrichtung der Länder; die ZLS erhebt für ihre Tätigkeit nach Maßgabe des bayerischen Kostengesetzes Gebühren und Auslagen. Der dadurch nicht gedeckte Finanzbedarf wird zwischen den Ländern nach dem "Königsteiner Schlüssel" aufgeteilt; der Freistaat Bayern trägt vorweg eine Sitzlandquote in Höhe von 10 v.H.

Die ZLS ist zuständig für das deutsche Akkreditierungssystem im gesetzlichen Bereich der Sicherheitstechnik und des Gesundheitsschutzes. In diesem Zusammenhang werden die Anträge auf Anerkennung/Akkreditierung nach nationalem Recht bearbeitet und die zugelassenen Prüflaboratorien bzw. Zertifizierungsstellen überwacht. Die ZLS vertritt die Länder bei der Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen von Drittlandabkommen der EU.

Zu 10 80/111 01

2009 gegenüber 2008:

78,8 Tsd. EUR mehr nach der zu erwartenden Einnahmenentwicklung.

Zu 10 80/232 01

2009 gegenüber 2008:

46,4 Tsd. EUR weniger entsprechend den voraussichtlichen Erstattungen.

Zu 10 80/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 80/422 11

Der Titel ist entbehrlich, da das beamtenrechtliche Institut der Anstellung zum 1. April 2009 entfällt. Die Veranschlagung erfolgt künftig bei Titel 422 01.

Zu 10 80/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzuwendung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
453 01-2	254	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---
459 49-0	254	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	254	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Zu Titel 511 01 bis 546 49: Gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme Titel 529 01.</i>	13,0	13,0	A	13,0
					B	8,3
					C	6,3
511 22-7	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	---	---	A	---
514 01-9	254	Haltung von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
514 11-7	254	Dienst- und Schutzkleidung	---	---	A	---
514 21-5	254	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
517 01-6	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
517 05-2	254	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	---	A	---
518 01-5	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	90,0	90,0	A	90,0
					B	84,8
					C	84,8
518 11-3	254	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	3,0	3,0	A	3,0
					B	2,2
					C	2,1
519 01-4	254	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 01-6	254	Aus- und Fortbildung	29,5	4,5	A	4,5
					B	6,6
					C	5,7
526 01-5	254	Gerichts- und ähnliche Kosten	4,0	4,0	A	4,0
526 11-3	254	Kosten für Sachverständige und der Beweiserhebung	65,0	40,0	A	40,0
					B	11,5
					C	20,0
527 01-4	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	75,0	75,0	A	75,0
					B	74,7
					C	62,5
529 01-2	254	Zur Verfügung der ZLS für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,2	0,2	A	0,2
					B	0,2
					C	0,1
531 11-6	254	Fachveröffentlichungen, Dokumentation	---	---	A	---
532 11-5	254	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
540 01-7	254	Veranstaltungskosten	1,4	1,4	A	1,4
					B	0,9
					C	1,3
546 49-5	254	Vermischte Verwaltungsausgaben	28,0	28,0	A	28,0
					B	19,5
					C	31,9

Erläuterungen

Zu 10 80/511 01

Veranschlagt sind:

	2009	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	2,0	2,0
2. Bücher, Zeitschriften	2,0	2,0
3. Kommunikation	2,0	2,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	2,0	2,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	4,0	4,0
6. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	13,0	13,0

Zu 10 80/525 01

2009 gegenüber 2008:

25,0 Tsd. EUR mehr infolge der Änderung der EU-Verordnung für Akkreditierung und Marktüberwachung (Umsetzungsfrist bis zum 01.01.2010). Die Inanspruchnahme der Mehrung bedarf der Zustimmung durch die Haushaltskommission.

2010 gegenüber 2009:

25,0 Tsd. EUR weniger infolge der abgeschlossenen Umsetzung der EU-Verordnung für Akkreditierung und Marktüberwachung.

Zu 10 80/526 11

2009 gegenüber 2008:

25,0 Tsd. EUR mehr infolge der Änderung der EU-Verordnung für Akkreditierung und Marktüberwachung (Umsetzungsfrist bis zum 01.01.2010).

2010 gegenüber 2009:

25,0 Tsd. EUR weniger infolge der abgeschlossenen Umsetzung der EU-Verordnung für Akkreditierung und Marktüberwachung.

Zu 10 80/540 01

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Durchführung der Sitzungen von Sektorkomitees sowie der Information der zuständigen EU-Stellen über die nationalen Systeme der Marktüberwachung und der Akkreditierung von Prüfstellen anfallenden Kosten.

Zu 10 80/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben. Zusätzlich veranschlagt sind die Kosten des Erfahrungsaustauschkreises der nach dem Medizinproduktegesetz benannten Stellen.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
					C	Ist 2006
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-6	254	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei 111 01.</i>	99,2	---	A	---
671 01-8	254	Erstattungen an Sonstige	---	---	A	---
685 01-2	254	Beiträge an nationale und internationale Verbände und Organisationen	---	---	A	---
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-9	254	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-8	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---
812 02-7	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	---
812 03-6	254	Erwerb von Fernmeldeanlagen	---	---	A	---
		Besondere Finanzierungsausgaben				
981 01-3	990	Gemeinkosten	35,0	35,0	A	35,0
					B	35,0
					C	35,0
981 02-2	990	Versorgungsausgleich	238,6	243,6	A	229,8
					B	175,7
					C	179,1
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 511 01 bis 546 49.</i>				
511 99-5	254	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	8,0	8,0	A	8,0
					B	0,7
514 99-2	254	Verbrauchsmittel	2,0	2,0	A	2,0
518 99-8	254	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-7	254	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-9	254	Aus- und Fortbildung	1,0	1,0	A	1,0
					C	0,3
526 99-8	254	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-8	254	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	70,0	20,0	A	20,0
					C	12,8

Erläuterungen

Zu 10 80/632 01

Die infolge der Mehreinnahme bei 111 01 verfügbaren Mittel dienen der Erstattung an die Länder im übernächsten Jahr gemäß Abkommen der Länder vom 16./17.12.1993.

2009 gegenüber 2008:

99,2 Tsd. EUR mehr infolge der Rückerstattung des erzielten Überschusses im Haushaltsjahr 2007 an die Länder.

Zu 10 80/981 01

Ausgaben für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen des Staatsministeriums. Die Ausgaben fließen den Mitteln bei Kap. 10 01 Tit. 381 01 zu.

Zu 10 80/981 02

Veranschlagt sind die Versorgungszuschläge für die in der ZLS tätigen Beamten. Die Ausgaben fließen den Einnahmen bei Kap. 10 02 Tit. 281 12 und 281 14 zu (30 % aus Ansatz bei 422 01).

Zu 10 80/99

Veranschlagt sind die Kosten des laufenden Betriebs sowie Mittel für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von DV-Geräten und Software.

Zu 10 80/534 99

2009 gegenüber 2008:

50,0 Tsd. EUR mehr infolge der Änderung der EU-Verordnung für Akkreditierung und Marktüberwachung (Umsetzungsfrist bis zum 01.01.2010). Die Inanspruchnahme der Mehrung bedarf der Zustimmung durch die Haushaltskommission.

2010 gegenüber 2009:

50,0 Tsd. EUR weniger infolge der abgeschlossenen Umsetzung der EU-Verordnung für Akkreditierung und Marktüberwachung.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
815 99-8	254	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	9,0	9,0	A B C	9,0 12,2 4,4
		Summe der Titelgruppe	90,0	40,0	A B C	40,0 12,9 17,5
		Gesamtausgaben	1.753,4	1.579,3	A B C	1.520,2 1.124,5 1.274,0
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.424,5	1.424,5	A B C	1.345,7 1.502,0 1.283,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A B C	46,4 - -
		Gesamteinnahmen	1.424,5	1.424,5	A B C	1.392,1 1.502,0 1.283,4
		Personalausgaben	981,5	1.001,6	A B C	956,3 692,1 827,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	390,1	290,1	A B C	290,1 209,4 228,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	99,2	-	A B C	- - -
		Sonstige Sachinvestitionen	9,0	9,0	A B C	9,0 12,2 4,4
		Besondere Finanzierungsausgaben	273,6	278,6	A B C	264,8 210,7 214,1
		Gesamtausgaben	1.753,4	1.579,3	A B C	1.520,2 1.124,5 1.274,0
		Zuschuss	328,9	154,8	A B C	128,1 - -
		Überschuss	-	-	A B C	- 377,5 9,4

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009	2010	A	Soll 2008
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2007
1	2	3	4	5	C	Ist 2006
						Tsd. EUR
						6
Abschluss Epl. 10						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	117.454,3	117.135,2	A	113.490,2
					B	115.818,3
					C	115.538,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	412.903,8	418.181,0	A	393.992,2
					B	497.547,2
					C	473.530,1
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	74.802,0	76.235,7	A	61.090,0
					B	821,0
					C	-5.270,0
		Gesamteinnahmen	605.160,1	611.551,9	A	568.572,4
					B	614.186,4
					C	583.798,5
		Personalausgaben	241.791,1	248.090,8	A	221.079,4
					B	214.454,0
					C	240.565,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	125.537,8	122.184,3	A	141.241,6
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	9.500,0		B	125.469,3
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	5.422,5		C	139.279,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.760.369,8	1.811.514,9	A	1.703.315,1
					B	1.672.042,6
					C	1.632.525,3
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	17.166,9			
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	17.496,9			
		Baumaßnahmen	6.225,2	7.025,2	A	7.431,5
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	6.200,0		B	8.093,5
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	10.200,0		C	3.964,5
		Sonstige Sachinvestitionen	2.450,1	2.236,9	A	3.153,5
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	225,0		B	2.132,6
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	220,0		C	1.928,8
		Investitionsförderungsmaßnahmen	163.588,5	167.397,5	A	138.217,5
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	106.150,0		B	79.997,8
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	85.980,0		C	88.682,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	2.287,5	2.377,2	A	1.347,4
					B	1.911,2
					C	1.925,8
		Gesamtausgaben	2.302.250,0	2.360.826,8	A	2.215.786,0
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR	139.241,9		B	2.104.101,1
		Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR	119.319,4		C	2.108.871,1
		Zuschuss	1.697.089,9	1.749.274,9	A	1.647.213,6
					B	1.489.914,6
					C	1.525.072,7

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2009		2010	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
10 01					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.600,0	1.000,0	1.600,0	1.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	250,0	400,0	250,0	400,0
10 02					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	440,0	400,0	440,0	400,0
10 03					
526 21	Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen	100,0	50,0	100,0	50,0
531 21	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	339,8	150,0	339,8	150,0
540 01	Kosten für Veranstaltungen	28,9	50,0	28,9	50,0
633 03	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände für Mittagessen an Ganztagschulen und Grundschulen mit Mittagsbetreuung	2.350,0	2.000,0	3.300,0	2.400,0
883 01	Zuschuss zur Errichtung einer freiheitsentziehenden Jugendhilfeeinrichtung mit Schule nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnVG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur)	1.000,0	2.750,0	2.000,0	-
893 01	Zuschüsse für familienersetzende und familienergänzende Einrichtungen (Heime, Heilpädagogische Tagesstätten) nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnVG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur)	930,0	1.730,0	1.330,0	-
893 02	Zuschüsse für Heime oder ähnliche Einrichtungen für behinderte Minderjährige nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnVG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur)	- - -	3.040,0	1.520,0	-
893 03	Zuschüsse für Werkstätten für behinderte Menschen und Wohnheime für Werkstattbeschäftigte nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnVG (Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur)	9.660,0	9.660,0	9.660,0	-
893 04	Zuschüsse für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnVG (Schwerpunkt Infrastruktur)	7.140,0	7.140,0	7.140,0	-
893 05	Zuschüsse für Wohn- und Pflegeeinrichtungen sowie von Heimplätzen für entlassene Maßregelvollzugspatienten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnVG (Schwerpunkt Infrastruktur)	1.050,0	1.050,0	1.050,0	-
	74 Förderung des Qualitätsmanagements und der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Sozialarbeit				
526 74	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	12,0	20,0	12,0	20,0
536 74	Kosten für Fach- und Arbeitstagen	177,2	150,0	123,2	150,0
684 74	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	40,0	40,0	40,0	40,0
685 74	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	18,0	10,0	12,0	10,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2009		2010	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
10 03					
	86 - 87 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe				
684 87	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.200,0	3.600,0	1.200,0	3.600,0
863 87	Darlehen an einzelne schwerbehinderte Menschen und an Sonstige	5.000,0	2.560,0	5.000,0	2.560,0
892 87	Zuschüsse an Arbeitgeber	30.000,0	17.000,0	30.000,0	17.000,0
893 87	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation schwerbehinderter Menschen nach § 30 SchwbAV	11.740,0	13.600,0	11.740,0	13.600,0
10 05					
	71 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk)				
681 71	Leistungen an natürliche Personen	507,8	500,0	507,8	500,0
	73 Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste				
684 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.107,9	750,0	1.107,9	750,0
	74 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung				
531 74	Druckkosten der Publikationsmittel	6,9	-	42,7	52,5
540 74	Veranstaltungskosten	33,0	1.430,0	930,0	300,0
684 74	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	93,5	70,0	93,5	-
	76 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften				
684 76	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	232,4	200,0	232,4	200,0
686 76	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	79,6	50,0	79,6	50,0
	77 Förderung einer Technologieberatungsagentur				
686 77	Zuschüsse an Sonstige im Inland	156,7	70,0	156,7	70,0
893 77	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	26,7	30,0	26,7	30,0
	78 - 79 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation				
893 78	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	9.432,7	11.000,0	9.432,7	11.000,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2009		2010	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
10 05					
	81 Komplementärmittel zur Bindung von Zuweisungen der EU, insbesondere für die Entwicklung von Humanressourcen und die Förderung des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigung				
686 81	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
	82 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter				
893 82	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.005,2	1.100,0	1.305,2	1.300,0
10 07					
536 08	Kosten im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege	31,6	25,0	31,6	25,0
684 02	Förderung von Maßnahmen nach §§ 45c und 45d SGB XI	1.500,0	1.233,6	1.500,0	1.233,6
	71 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren				
526 71	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	66,7	25,0	66,7	25,0
536 71	Kosten von Fachtagungen, Projektbegleitung und Fortbildungsprojekten	186,7	100,0	186,7	100,0
633 71	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	115,5	30,0	115,5	30,0
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	5.899,1	2.000,0	5.484,1	2.000,0
	73 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie				
684 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	5.231,2	280,0	4.731,2	280,0
893 73	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	500,0	290,0	500,0	290,0
	74 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe				
684 74	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	17.680,6	3.943,8	20.102,6	3.943,8
893 74	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.666,4	2.000,0	1.566,4	2.000,0
	79 Förderung von Heimen, Tagesstätten und ähnlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung				
893 79	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	2.500,0	3.200,0	1.980,0	3.200,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2009		2010	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
10 20					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	510,0	220,0	530,0	220,0
10 50					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.300,0	500,0	1.200,0	500,0
	52 Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern				
684 52	Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG	4.246,6	662,5	4.246,6	662,5
10 53					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	11.000,0	6.000,0	10.500,0	3.000,0
	60 Förderung der freiwilligen Rückkehr ausländischer Flüchtlinge, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind				
681 60	Zuschüsse zur Förderung der freiwilligen Rückkehr	294,2	40,0	294,2	40,0
684 60	Zuschüsse für Beratungsmaßnahmen	333,3	187,0	333,3	187,0
10 56					
815 01	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	5,0	5,0	5,0	-
10 72					
883 01	Zuweisungen für Investitionen an Bezirke	22.500,0	30.000,0	25.000,0	35.000,0
Epl. 10					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. EUR je Maßnahme (Anlage S)	4.600,0	5.400,0	5.400,0	9.400,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		139.241,9		119.319,4

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 EUR Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 10

1. Die Anlage S enthält 4 Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 60,5 Mio. EUR und 1 Planungstitel. Bis einschl. 2007 wurden 19,9 Mio. EUR bewilligt. 2008 standen 5,4 Mio. EUR zur Verfügung. Ab 2011 werden voraussichtlich noch 20,5 Mio. EUR benötigt.

In den Haushalt wurde kein neues Vorhaben eingestellt.

2. Gemäß Nr. 1.4 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. EUR wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	A B C	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
10 15		Verwaltungsschule der Sozialverwaltung				
710 04-4	133	Ausbau des Bildungszentrums, 2. Bauabschnitt - Planung -	---	---	A	---
		Zugleich Summe Kapitel 10 15				
10 20		Zentrum Bayern Familie und Soziales				
730 01-3	214	Zentrum Bayern Familie und Soziales - Region Mittelfranken, Generalsanierung der Gebäude Bärenschanzstraße 8a/8c und Roonstraße 20/22 sowie Erweiterung des Gebäudes Roonstraße 22 in Nürnberg <i>Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 6.400,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2010 in</i> <i>Höhe von 6.400,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2011 Tsd. EUR 2.400,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>2013 Tsd. EUR 1.000,0</i>	500,0	2.500,0	A B C	1.100,0 98,0 29,4
745 01-6	214	Zentrum Bayern Familie und Soziales - Region Oberpfalz, Errichtung eines Zwischenbaues, Generalsanierung und Erweiterung der Dienstgebäude Landshuter Str. 55/57 in Regensburg <i>Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 10 01 Tit. 519 01 und</i> <i>Tit. 701 01 bis zu jeweils 500,0 Tsd. EUR jährlich.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 2.900,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.100,0	2.900,0	A B C	1.300,0 126,7 62,0
		Summe Kapitel 10 20	3.600,0	5.400,0	A B C	2.400,0 224,7 255,4
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 5.400,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 9.400,0				
10 53		Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern				
735 01-9	249	Errichtung von Sammelunterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern - z. T. Planung -	---	---	A	---
		Zugleich Summe Kapitel 10 53				
10 72		Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter				
720 02-5	312	Bezirkskrankenhaus Straubing - Forensisch-psychiatrische Klinik, Erweiterungsbauten für die Unterbringung psychisch Kranker nach Straffentlassung	1.000,0	---	A B C	3.000,0 5.803,1 2.720,0
		Zugleich Summe Kapitel 10 72				
		Summe Epl. 10	4.600,0	5.400,0	A B C	5.400,0 6.027,8 2.982,1
		Verpflichtungsermächtigung 2009 Tsd. EUR 5.400,0 Verpflichtungsermächtigung 2010 Tsd. EUR 9.400,0				

Erläuterungen

Zu 10 15/710 04

Nach der 1993 erfolgten Fertigstellung des 1. Bauabschnitts nahm das Bildungszentrum der Sozialverwaltung, in der die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung und der Fachbereich Sozialverwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege untergebracht ist, ihren Betrieb auf. Zur Aufgabe einer laufenden Anmietung soll im Rahmen des 2. Bauabschnitts auf den staatseigenen Grundstücken ein Erweiterungsbau errichtet werden. Die Kosten der Baumaßnahme werden bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 20/730 01

Gesamtkosten (geschätzt) laut baufachlicher Festsetzung vom 12.09.2003.	23.000,0 Tsd. EUR	davon festgesetzt:	1.770,0 Tsd. EUR
--	-------------------	--------------------	------------------

Bis einschl. 2007 bewilligt:	1.530,8 Tsd. EUR	verausgabt:	1.530,8 Tsd. EUR
------------------------------	------------------	-------------	------------------

Ab 2011 noch benötigt:	17.369,2 Tsd. EUR		
------------------------	-------------------	--	--

Die staatseigenen Dienstgebäude im Bereich Bärenschanzstraße 8a - 8c und Roonstraße 20 u. 22 in Nürnberg müssen grundlegend saniert werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 26.11.2003 die 1. Teilmaßnahme (dringliche Brandschutzmaßnahmen und Sanierung der Lüftungsanlage im Gebäude Roonstraße 20) genehmigt. In der 2. Teilmaßnahme soll das Gebäude Roonstraße 22 grundlegend saniert und aufgestockt werden. Die Kosten der 2. Teilmaßnahme werden bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 20/745 01

Gesamtkosten (geschätzt) laut baufachlicher Festsetzung vom 24.03.1999, 25.04.2007.	14.000,0 Tsd. EUR	davon festgesetzt:	8.434,0 Tsd. EUR
--	-------------------	--------------------	------------------

Bis einschl. 2007 bewilligt:	3.621,2 Tsd. EUR	verausgabt:	3.621,2 Tsd. EUR
------------------------------	------------------	-------------	------------------

Ab 2011 noch benötigt:	3.078,8 Tsd. EUR		
------------------------	------------------	--	--

Die Gebäude Landshuter Straße 55 und 57 müssen grundlegend saniert werden. Im Rahmen eines 1. Bauabschnitts wurde ein Zwischenbau errichtet und die Kopfbauten der Gebäude Landshuter Straße 55 und 57 saniert, wodurch Ausweichräume für die eigentliche Sanierungsmaßnahme geschaffen wurden. Der 2. Bauabschnitt umfasst die grundlegende Sanierung und Erweiterung des Gebäudes Landshuter Str. 55. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat den 2. Bauabschnitt am 12.07.2007 genehmigt. Im 3. und letzten Bauabschnitt soll das Gebäude Landshuter Straße 57 grundlegend saniert und erweitert werden.

Zu 10 53/735 01

Der Vortrag dient der Abwicklung.

Zu 10 72/720 02

Gesamtkosten laut baufachlicher Festsetzung vom 12.11.2001, 18.02.2008.	23.490,0 Tsd. EUR		
--	-------------------	--	--

Bis einschl. 2007 bewilligt:	14.739,1 Tsd. EUR	verausgabt:	14.739,1 Tsd. EUR
------------------------------	-------------------	-------------	-------------------

Ab 2011 noch benötigt:	- Tsd. EUR		
------------------------	------------	--	--

Zum Schutz der Allgemeinheit vor hochgefährlichen psychisch kranken Straftätern nach ihrer Haftentlassung müssen in Bayern geeignete Unterbringungseinrichtungen vorhanden sein. Die vorhandenen Kapazitäten sind nicht mehr ausreichend. Daher erfolgte in einem 1. Bauabschnitt auf dem Hochsicherheitsgelände des Bezirkskrankenhauses Straubing die Erweiterung der bestehenden Einrichtung um 40 Plätze. Im 2. Bauabschnitt wurden weitere 60 Plätze und ein zusätzliches Arbeitstherapiegebäude geschaffen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 09.04.2008 einen erforderlichen 1. Nachtrag genehmigt. Die Baumaßnahme wurde im Herbst 2008 fertig gestellt.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des

Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

- Einzelplan 10 -

10 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B 9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B 6	8	7	7
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	11	12,25	12,25
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		21	18	18
	<i>a) 3 Stellen dürfen mit außertariflichen Arbeitnehmern besetzt werden, die der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr B3 vergütet werden.</i>				
	<i>b) 1 Stelle ku nach BesGr A14 Oberregierungsrat mit Ausscheiden des Stelleninhabers.</i>				
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	26,50	26	27
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	22,75	23,65	22,65
	Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen		-	2,75	2,75
	Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin		-	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	22	21	21
	Gewerbeoberberäte, Gewerbeoberberätinnen		-	2,48	2,48
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	12	6	6
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13+AZ	-	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	77	75,20	75,20
	<i>1 Stelle kw zum 30.04.2010 (Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz - Kommunale Wahlbeamte)</i>				
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	19	19,50	19,50
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	16	19	19
	Technischer Amtmann, Technische Amtfrau		-	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	3	-	1
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	1	1	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	13	12	12
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	19	19	19
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	3	3
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin		1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	5	4,30	4,30
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		2	2	2
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A 6	1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	5	4	4
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin		1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	7	6	6
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin		1	-	-
	Zusammen		299,25	294,13	294,13
	Zugang/Abgang			-5,12	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		124,25	121,13	121,13
	- gehobener Dienst		116	117,70	117,70
	- mittlerer Dienst		45	44,30	44,30
	- einfacher Dienst		14	11	11

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	-	neu für die Geschäftsstelle des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+1	-	neu gemäß Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz (Kommunale Wahlbeamte)
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	+1	-	neu für die Geschäftsstelle des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+1	-	neu für die Geschäftsstelle des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu für die Geschäftsstelle des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung
Summe neu	+5	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-0,50	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 sowie im Vollzug des kw-Vermerks (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 sowie im Vollzug des kw-Vermerks (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 sowie im Vollzug des kw-Vermerks (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-2 -1	- -	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 sowie im Vollzug des kw-Vermerks (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)

10 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: Zu Titel 422 01 und 428 01 <i>Bei Bedarf dürfen die Stellen der Kap. 10 01 und 10 04 zum Zwecke des Stellentauschs gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B 6	1	2	2
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	4	3	3
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		2	2	2
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	3	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	7	7	7
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	8	8	8
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	1	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	4	4	4
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	10	10	10
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	4	4	4
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	3	3	3
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	2	2	2
	Zusammen		57	59	59
	Zugang/Abgang			+2	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	8	8	8
		A13+AZ - A9	8	8	8
		A9+AZ - A6	3	3	3
		A6 - A2	4	4	4
	Zusammen		23	23	23
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	3	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	25	25,36	25,36
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	21,24	22,64	22,64
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	15	13,91	13,91
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	18,85	17,75	17,75
	Zusammen		83,09	81,66	81,66
	Zugang/Abgang			-1,43	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	5	5	5

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-7,50	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 6 Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	-1	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
B 3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	-0,75	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-6	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+3	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1,50	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+1,40	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen	+2,75	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Gewerbeoberberäte, Gewerbeoberberätinnen	+2,48	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-5	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen +AZ	+2	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-8,80	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+6	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A12 Amträte, Amträtinnen	-1,50	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfräuen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Technische Amtmänner, Technische Amtrfräuen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektörinnen	-2	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A 9 Amtrinspektoren, Amtrinspektörinnen +AZ	-1	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)

**10 01
Ministerium**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E 2	2	2	2
	Zusammen		24	24	24
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		12	12	12
	Zusammen		12	12	12
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		299,25	294,13	294,13
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		83,09	81,66	81,66
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		382,34	375,79	375,79
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		12	12	12
	Personalsoll B		12	12	12
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		394,34	387,79	387,79

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-0,70	-	Umsetzung nach 10 20 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten (Ressortinterner Ausgleich)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,36	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,60	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,91	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,30	-	Umsetzung nach 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,20	-	Umsetzung von 12 01 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	-4,05	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+2	-	Umwandlung von 428 01 EGr 9
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+2	-	Umwandlung von 428 01 EGr 6
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 7
Summe Umwandlung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1 +1	- -	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10 kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 5

**10 01
Ministerium**

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
A 5 Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen Summe kostenwirksame Hebung	-1 - -	- - -	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 6
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-1 +1 -1	- - -	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14 kostenwirksame Hebung von BesGr A13 OAR kostenwirksame Hebung nach BesGr A13 RR
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A12 kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A11 kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+2 -2	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+2 -2 +2 -2	+1 -1 - -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10 kostenwirksame Hebung von BesGr A 9 AI kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9 RI
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2 -2	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+2 -2	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	+1 -1 - -	- - - -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Zu- und Abgang Personalsoll A	-6,55	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 50 Abs. 3 BayHO
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen Summe neu	+1 +2	- -	neu im Vollzug des Art. 50 Abs. 3 BayHO
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 6 Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr B 3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
B 3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr B 6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+2	-	

10 04
Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6	1	1	1
	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B 3	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin		1	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	18	18	18
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	5	5	5
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	-	-
	Zusammen		34	33	33
	Zugang/Abgang			-1	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		10	10	10
	- gehobener Dienst		24	23	23
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Die im Doppelhaushalt 2003/2004 neu ausgebrachten Planstellen (3 Planstellen der BesGr A13 Oberamtsrat und 3 Planstellen der BesGr A12 Amtsrat) dürfen nur dann besetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass die gesamten Personalkosten (einschließlich Versorgungszuschlag) von den Krankenkassen erstattet werden.</i>				
	Leerstellen				
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	2	2	2
	Zusammen		4	4	4
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	1	1	1
		A13+AZ - A9	2	2	2
	Zusammen		3	3	3
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5	E 5	0,50	0,50	0,50
	Zusammen		2,50	2,50	2,50
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E 8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	2	2	2
	Zusammen		3	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		1	1	1
	Zusammen		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-1	-	

10 04
Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		34	33	33
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2,50	2,50	2,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		36,50	35,50	35,50
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		1	1	1
	Personalsoll B		1	1	1
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		37,50	36,50	36,50

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsidenten der Landesarbeitsgerichte, Präsidentinnen der Landesarbeitsgerichte an Gerichten mit 26 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 6	2	2	2
	Vizepräsidenten der Landesarbeitsgerichte, Vizepräsidentinnen der Landesarbeitsgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 6	R 3+AZ	2	2	2
	Präsident des Arbeitsgerichts, Präsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen	R 3	1	1	1
	Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten		14	14	14
	Vizepräsident des Arbeitsgerichts, Vizepräsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit 16 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	1	1	1
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		4	4	4
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	R 2	3	3	3
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		4	4	4
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen		6	6	6
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten <i>3 Stellen kw zum 01.01.2014</i>	R 1	85	88	88
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen <i>2 Stellen dürfen mit Arbeitsrichtern der BesGr R 1 besetzt werden.</i>	A14	3	3	3
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13+AZ	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	12	12	15
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	23	26	27
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	31	31	28
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	5	2	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	4	4	4
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	8	12	16
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	42	45	45
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	66	64,30	63,30
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	28	20	17
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	5	5	6
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	2	2	1
	Hauptamtsgelhilfen, Hauptamtsgelhilfinnen	A 3	3	3	3
	Zusammen		361	361,30	361,30
	Zugang/Abgang			+0,30	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-0,70	-	Umsetzung nach 06 15 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten Umsetzung nach 06 04 wegen Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-2	-	
Summe Umsetzung	-2,70	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 1 Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	+3	-	Umwandlung von 422 21 BesGr A 6
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 6 Regierungssekretärenanwärter, Regierungssekretärenanwärterinnen	-3	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 1
Summe Umwandlung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		125	128	128
	- gehobener Dienst		75	75	75
	- mittlerer Dienst		148	145,30	145,30
	- einfacher Dienst		13	13	13
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	<i>1) Zu den Tit. 422 01, 422 21 und 428 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 6 - A 9+AZ) und für vergleichbare Arbeitnehmer und Beamte auf Widerruf im Vor- bereitungsdienst (BesGr A 6 bzw. A 9) in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
	<i>2) Bis zu 10 Hochschullehrer, die ein Richteramt als zweites Hauptamt ausüben, dürfen auf einer Richterplanstelle verrechnet werden.</i>				
	Leerstellen				
	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht, Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht	R 3	1	1	1
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	R 1	12	12	12
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	9	9	9
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	5	8	8
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	18	18	18
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	9	9	9
	Zusammen		63	66	66
	Zugang/Abgang			+3	-
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten	R 3	1	2	-
	Direktor des Arbeitsgerichts, Direktorin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	-	1	-
	Richter am Arbeitsgericht, Richterin am Arbeitsgericht als weiterer aufsichtführender Richter an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen	R 2	0,50	0,50	0,50
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	R 1	1,50	1	-
	Zusammen		3	4,50	0,50
	Zugang/Abgang			+1,50	-4
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): <i>Alle Stellen kw nach Art. 6d Abs. 3 HG</i>				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Rechtspflegeranwälter, Rechtspflegeranwältinnen, Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwältinnen	A 9	13	13	13
	Regierungssekretäranwälter, Regierungssekretärinwältinnen	A 6	21	18	18
	Zusammen		34	31	31
	Zugang/Abgang			-3	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-3	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 9 Regierungsinpektoren, Regierungsinpektorinnen Amtsinpektoren, Amtsinpektorinnen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2 - +2 -2	+2 +2 - -2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8 kostenwirksame Hebung von BesGr A 8 kostenwirksame Hebung von BesGr A 8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-2 +3 +2 - -3	- +3 - -2 -3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9 kostenwirksame Hebung von BesGr A 7 kostenwirksame Hebung von BesGr A 7 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-2 +1	- +1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8 kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 4
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 5
Zu- und Abgang Personalsoll A	-2,70	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+3	-	neu im Vollzug des Art. 50 Abs. 3 Satz 3 BayHO
Summe neu	+3	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+3	-	

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl			
			2008	2009	2010	
1	2	3	4	5	6	
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)	R 1	2	2	2	
		A13+AZ - A9	3	3	3	
		A9+AZ - A6	1	1	1	
		Zusammen	6	6	6	
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	2	2	2	
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	6	6	6
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	40,25	40,25	40,25
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	17,25	17,25	17,25
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E 2	1	1	1
		Zusammen		66,50	66,50	66,50
		Leerstellen				
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	15	15	15
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5	E 5	1	1	1
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	2	2	2
Zusammen		18	18	18		
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3	3	3	
		Zusammen	3	3	3	
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		7	7	7	
		Zusammen	7	7	7	

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 3 Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R 2 Direktoren der Arbeitsgerichte, +AZ Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R 1 Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+3	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 3 Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 2 Direktoren der Arbeitsgerichte, +AZ Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 1 Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	-0,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1,50	-4	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1,50	-4	

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		361	361,30	361,30
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		34	31	31
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		66,50	66,50	66,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		461,50	458,80	458,80
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3	3	3
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		7	7	7
	Personalsoll B		10	10	10
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		471,50	468,80	468,80
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		3	4,50	0,50

10 12
Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsident des Landessozialgerichts, Präsidentin des Landessozialgerichts an einem Gericht mit 101 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 8	1	1	1
	Präsident des Sozialgerichts, Präsidentin des Sozialgerichts an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen	R 4	1	1	1
	Vizepräsident des Landessozialgerichts, Vizepräsidentin des Landessozialgerichts als der ständige Vertreter eines Präsidenten der BesGr R 8		1	1	1
	Präsidenten der Sozialgerichte, Präsidentinnen der Sozialgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen	R 3	6	6	6
	Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht		15	15	15
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 oder R 4 an Gerichten mit 16 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	4	4	4
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 an Gerichten mit bis zu 15 Richterplanstellen	R 2	3	3	3
	Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht		35	36	36
	Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		4	9	9
	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht <i>Bei Bedarf kann eine Stelle mit einer Beamtin/einem Beamten der BesGr A 13/A 14 besetzt werden.</i>	R 1	113	124	124
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	4	6	7
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	11	9	10
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	22	23	26
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	26	22	17
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	5	8	9
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	16	17	23
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	55	53,60	51,60
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	73	73	72
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	25	22	18
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	12	12	12
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	2	2	2
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		2	2	2
	Hauptamtsgelhilfen, Hauptamtsgelhilfinnen	A 3	2	2	2
	Zusammen		447	460,60	460,60
	Zugang/Abgang			+13,60	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 6 Regierungsekretär anwärter, Regierungsekretär anwärterinnen	-1	-1	Einsparung zur Finanzierung von Stellenhebungen
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-2	-1	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 2 Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 05 / 422 01 BesGr R 2 (Richter am VGH) wegen Rechtswegeverlagerung für Sozialhilfestreitigkeiten
Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	+5	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 06 / 422 01 BesGr R 2 (Vors. Richter am VG) wegen Rechtswegeverlagerung für Sozialhilfestreitigkeiten
R 1 Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	+4	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 06 / 422 01 BesGr R 1 (Richter am VG) wegen Rechtswegeverlagerung für Sozialhilfestreitigkeiten
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-3	-	Umsetzung nach 06 04 wegen Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-0,40	-	Umsetzung nach 10 20 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten (Ressortinterner Ausgleich)
Summe Umsetzung	+6,60	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 1 Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	+7	-	Umwandlung von 422 21 BesGr A 6
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 6 Regierungsekretär anwärter, Regierungsekretär anwärterinnen	-7	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 1
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+2	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-2	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A13

10 12
Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		184	201	201
	- gehobener Dienst		68	65	65
	- mittlerer Dienst		174	173,60	173,60
	- einfacher Dienst		21	21	21
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	<i>1) Zu den Tit. 422 01, 422 21 und 428 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 6 - A 9+AZ) und für vergleichbare Arbeitnehmer und Beamte auf Widerruf im Vor- bereitungsdienst (BesGr A 6 bzw. A 9) in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2) Vgl. Verrechnungsvermerk für Hochschullehrer zu Kap. 10 10 Titel 422 01.</i>				
	Leerstellen				
	Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	R 2	5	5	5
	Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		3	3	3
	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	R 1	10	10	10
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	8	8	8
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	13	13	13
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	16	16	16
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	19	19	19
	Zusammen		82	82	82
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht	R 3	2	2	1
	Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	R 2	2	-	-
	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	R 1	2	2	-
	Zusammen		6	4	1
	Zugang/Abgang			-2	-3
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): <i>Alle Stellen kw nach Art. 6d Abs. 3 HG</i>				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A 9	5	5	5
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A 6	27	19	18
	Zusammen		32	24	23
	Zugang/Abgang			-8	-1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	- -	+1 -1	kostenneutrale Hebung von BesGr A11 kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A 8
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8

10 12
Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)	R 2	2	2	2
		R 1	10	2	2
		A13+AZ - A9	3	3	3
		A9+AZ - A6	1	1	1
		Zusammen Zugang/Abgang	16	8 -8	8 -
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Zusammen Zugang/Abgang Leerstellen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 3 Zusammen	E 12	1	1	1
		E 9	2	2	2
		E 8	4	4	4
		E 6	45,50	45,50	45,50
		E 5	58,50	57,50	57,50
			111	110 -1	110 -
		E 6	3	3	3
		E 5	8	8	8
		E 3	1	1	1
			12	12	12
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen		23	23	23
			23	23	23

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-2	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+4,60	-1	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Einsparung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))			
R 1	-8	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-8	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-8	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 3 Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+1	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 3 Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht	-1	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 2 Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 1 Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	-	-2	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-3	-3	
Zu- und Abgänge insgesamt	-2	-3	

10 12
Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		447	460,60	460,60
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		32	24	23
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		111	110	110
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		590	594,60	593,60
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		23	23	23
	Personalsoll B		23	23	23
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		613	617,60	616,60
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		6	4	1

10 15
Verwaltungsschule der Sozialverwaltung
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01 Planmäßige Beamte	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen <i>Bei Rückgang der Studierendenzahlen und entsprechender Reduzierung des Verwaltungspersonals 1 Stelle kw.</i>	A 8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen <i>Bei Rückgang der Studierendenzahlen und entsprechender Reduzierung des Verwaltungspersonals 1 Stelle kw.</i>	A 7	2	1,80	1,80
	Zusammen		9	8,80	8,80
	Zugang/Abgang			-0,20	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		1	1	1
	- gehobener Dienst		4	4	4
	- mittlerer Dienst		4	3,80	3,80
	Leerstellen				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
Zusammen		1	1	1	
422 31 Abgeordnete Beamte		A16+AZ - A13	1	-	-
		A9+AZ - A6	1	1	1
	Zusammen		2	1	1
	Zugang/Abgang			-1	-
428 01 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E 9	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	2	2	2
	Zusammen		3	3	3
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E 8	1	1	1
Zusammen		1	1	1	
428 21 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-0,05	-	Umsetzung nach 06 15 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten Umsetzung nach 10 20 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten (Ressortinterner Ausgleich)
	-0,15	-	
Summe Umsetzung	-0,20	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-0,20	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Einsparung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ - A13	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	

10 15
Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		9	8,80	8,80
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3	3	3
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		12	11,80	11,80
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3	3	3
	Personalsoll B		3	3	3
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		15	14,80	14,80

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales	B 6	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales	B 3	1	1	1
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B 2	4	6	7
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	8	8	8
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen <i>Die im Doppelhaushalt 2007/2008 von BesGr A16+AZ abgesenkten 3 Stellen dürfen bis zum Ausscheiden der Stelleninhaber mit Beamten der BesGr A16+AZ besetzt werden.</i>		12	10	9
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	20	20	20
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		28	26,30	26,30
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	30,60	30,10	30,10
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		21,85	11,48	11,48
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	10,50	10,25	10,25
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen		3	3	3
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	38	44	52
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	93	107	123
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	178	179	186
	Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen		2	2	2
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	152,08	132,07	114,07
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		7,75	7,75	7,75
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		9	9	9
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		4	4	4
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	26,32	19,52	12,52
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	26,50	29,50	32,50
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	61	68	77
	Oberpfleger, Oberschwester <i>0,75 Stelle kw (Schließung der Reha- Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)</i>		0,75	0,75	0,75
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	166	168,10	172,10
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	176,30	157,81	140,81
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	33,69	18,30	13,30
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	10	10	10
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	22	21,75	21,75
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		5	5	5
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		3	2,67	2,67
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	13	9	9
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		1,70	1,70	1,70
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	1,75	1	1
	Zusammen		1.175,79	1.130,05	1.130,05
	Zugang/Abgang			-45,74	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-0,45	-
		-0,25	-
		-1	-
A14	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-0,25	-
		-0,25	-
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-0,37	-
A13	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-0,25	-
A12	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-
A11	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-1	-
A10	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-0,87	-
		-0,14	-
A 9	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-2	-
		-0,80	-
A 9	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-1	-
A 7	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-2,14	-
A 6	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-10	-
		-0,39	-
A 5	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-0,25	-
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	-0,33	-
A 4	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-4	-
A 3	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	-0,75	-
	Summe Einsparung	-27,49	-

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		139,95	127,13	127,13
	- gehobener Dienst		512,15	506,34	512,34
	- mittlerer Dienst		464,24	442,46	436,46
	- einfacher Dienst		59,45	54,12	54,12
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	<i>1) Aus dem Stellenplan können bis zu 15 Bedienstete beschäftigt werden, die Aufgaben für staatlich verwaltete Stiftungen wahrnehmen.</i>				
	<i>2) Zu Titel 422 01 und 422 21</i>				
	<i>9 Stellen A 6 für Regierungssekretäranwärter,</i>				
	<i>7 Stellen A 9 für Regierungsinspektoranwälter,</i>				
	<i>5 Stellen A 13 für Oberamtsräte,</i>				
	<i>5 Stellen A 12 für Regierungsamtsräte und</i>				
	<i>2 Stellen A 11 für Regierungsamtmänner</i>				
	<i>ku zum 01. September 2009 in</i>				
	<i>15 Stellen A 6 für Regierungssekretäre und</i>				
	<i>13 Stellen A 9 für Regierungsinspektoren.</i>				
	<i>7 Stellen A 6 für Regierungssekretäranwärter,</i>				
	<i>7 Stellen A 9 für Regierungsinspektoranwälter,</i>				
	<i>6 Stellen A 13 für Oberamtsräte,</i>				
	<i>4 Stellen A 12 für Regierungsamtsräte und</i>				
	<i>3 Stellen A 11 für Regierungsamtmänner</i>				
	<i>ku zum 01. September 2010 in</i>				
	<i>15 Stellen A 6 für Regierungssekretäre und</i>				
	<i>13 Stellen A 9 für Regierungsinspektoren.</i>				
	Leerstellen				
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	2	-	-
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		3	4	4
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	5	5	5
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		9	10	10
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	4	3	3
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	2	7	7
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	11	22	22
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		2	2	2
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	53	53	53
	Sozialoberinspektor, Sozialoberinspektorin		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	32	17	17
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	10	15	15
	Oberpfleger, Oberschwester n		2	4	4
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	26	36	36
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	45	47	47
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	40	25	25

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-3	-	Umsetzung und Umwandlung nach 05 18 / 422 01 BesGr A13 (Wechsel von Beschäftigten aus Reformbereichen in den Schuldienst)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 05 18 / 422 01 BesGr A13 (Wechsel von Beschäftigten aus Reformbereichen in den Schuldienst)
	-1	-	Umsetzung nach 06 15 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten
	-2	-	Umsetzung nach 06 04 wegen Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 15 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten
	-0,30	-	Umsetzung nach 05 19
	+0,40	-	Umsetzung von 10 12 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten (Ressortinterner Ausgleich)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-0,80	-	Umsetzung nach 06 15 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten
	+0,70	-	Umsetzung von 10 01 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten (Ressortinterner Ausgleich)
	+0,15	-	Umsetzung von 10 15 wegen Konzentration der Abrechnung der Reisekosten, des Trennungsgelds und der Umzugskosten (Ressortinterner Ausgleich)
	+0,60	-	Umsetzung von 05 18 (Rückkehr aus dem Verwaltungsbereich der Realschulen)
Titel 428 02 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen - Reha-Klinik Bad Tölz)			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,35	-	Umsetzung von 10 24 / 428 01
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,70	-	Umsetzung von 10 24 / 428 01
KR Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,53	-	Umsetzung von 10 24 / 428 01
Summe Umsetzung	-6,67	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-10	-	Umwandlung nach 428 30
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+3	+1	Umwandlung von 422 01 BesGr A 9 AI
	-3	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9 RI
Summe Umwandlung	-10	-	

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 6	1	1	1
	Zusammen		256	259	259
	Zugang/Abgang			+3	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Leerstellen):				
	1) 4 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte; 1 Stelle BesGr A12, 2 Stellen BesGr A9 Oberpfleger und 1 Stelle BesGr A6)				
	2) Die Ausgaben der ehemaligen Beamten der Reha-Klinik Bad Reichenhall werden bei Titel 429 02 nachgewiesen.				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A 9	71	71	71
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A 6	64	64	64
	Zusammen		135	135	135
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:				
	Auf den Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst dürfen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen vorübergehend Beamte im Eingangsamt derselben Laufbahngruppe verrechnet werden, wenn und soweit die Anstellung oder Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit aufgrund der haushaltsrechtlichen Stellensperren nicht mehr möglich wäre. Auf je fünf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst können zwei Beamte im Eingangsamt derselben Laufbahngruppe geführt werden.				
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	8	8	8
		A13+AZ - A9	8	8	8
		A9+AZ - A6	9	9	9
	Zusammen		25	25	25
428 02	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E 8	-	0,35	0,35
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5	E 5	-	0,70	0,70
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr KR		-	0,53	0,53
	Zusammen		-	1,58	1,58
	Zugang/Abgang			+1,58	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 02:				
	Alle Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber.				
428 22	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	2,95	2,95
	Zusammen		-	2,95	2,95
	Zugang/Abgang			+2,95	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 22:				
	Alle Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 2 Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A16
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A16
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr B 2
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr B 2
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	-	+9	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	+2	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	-2	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+13	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	-	-9	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	-	+15	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-13	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-	-15	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+9	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	-	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-9	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-3	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+16	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-	+13	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-16	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	-	-13	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+5	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-5	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+10	+11	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
428 30	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		617,26	595	595
	Zusammen		617,26	595	595
	Zugang/Abgang			-22,26	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 30 :				
	1) Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 595 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.				
	2) Bis zu 50 Stellen dürfen mit außertariflichen Arbeitnehmern oder Arbeitnehmern der EGr 13 bis 15Ü besetzt werden.				
	3) 15,37 Stellen sind künftig einzusparen im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz (Auflösung der Heimatauskunftstelle).				
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		1.175,79	1.130,05	1.130,05
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		135	135	135
428 02	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)		-	1,58	1,58
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		1.310,79	1.266,63	1.266,63
	Ferner:				
428 22	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)		-	2,95	2,95
428 30	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		617,26	595	595
	Personalsoll B		617,26	597,95	597,95
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		1.928,05	1.864,58	1.864,58

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010		
1	2	3	4	
A11	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-10	-11	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
		-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
		+12	+14	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
		+1	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-12	-14	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
		-1	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
		+12	+13	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-12	-13	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
		+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9 AI
A 9	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
		+3	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9 RI
		-3	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
		+5	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
		+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
		-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
A 8	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-5	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
		-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
		+5	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
		-	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-5	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
		+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
		-	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
	Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A		-44,16	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)				
neu				
Titel 428 30 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3,60	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
	Summe neu	+3,60	-	
Einsparung				
Titel 428 30 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-13,34	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2006
		-15,17	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Summe Einsparung	-7,35	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Umsetzung	-35,86	-	
Titel 428 22 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen - Reha-Klinik Bad Tölz)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,95	-	Umsetzung von 10 24 / 428 22
Summe Umsetzung	+2,95	-	
Umwandlung			
Titel 428 30 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14
Summe Umwandlung	+10	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-19,31	-	
LEERSTELLEN			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
Summe Einsparung	-5	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+1	-	Umsetzung von 10 24 und Umwandlung (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	+1	-	Umsetzung von 10 24 und Umwandlung (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+1	-	Umsetzung von 10 24 und Umwandlung (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+1	-	Umsetzung von 10 24 und Umwandlung (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A 9 Oberpfleger, Oberschwester	+2	-	Umsetzung von 10 24 und Umwandlung (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	Umsetzung von 10 24 und Umwandlung (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
	+1	-	Umsetzung von 10 24 (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
Summe Umsetzung	+8	-	

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+5	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-5	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+15 -15	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A10 kostenneutrale Hebung nach BesGr A11
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+15 -15	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A 9 kostenneutrale Hebung nach BesGr A10
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+5 -5	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A 8 kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+15 -15	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A 7 kostenneutrale Hebung nach BesGr A 8
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+15 -15	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A 6 kostenneutrale Hebung nach BesGr A 7
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+3	-	

10 24
Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	2,50	-	-
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	3	-	-
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	-	-
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	-	-	-
	Regierungsamtman, Regierungsamtfrau	A11	1	-	-
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	-	-
	Oberpfleger, Oberschwester	A 9	2	-	-
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A 7	1	-	-
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 6	1	-	-
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 5	1	-	-
	Zusammen		13,50	-	-
	Zugang/Abgang			-13,50	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		5,50	-	-
	- gehobener Dienst		2	-	-
	- mittlerer Dienst		4	-	-
	- einfacher Dienst		2	-	-
	Leerstellen				
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	-	-
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A 7	1	-	-
	Zusammen		2	-	-
	Zugang/Abgang			-2	-
427 41	Praktikanten				
	Praktikant, Praktikantin		1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E 15	0,50	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	3,86	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	6,09	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	10,72	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	8,08	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 3	E 3	0,50	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr KR		15,53	-	-
	Zusammen		45,28	-	-
	Zugang/Abgang			-45,28	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü	E 13Ü	2	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	2	-	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-1,50	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-2	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-1	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
A 6 Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	-1	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
A 5 Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	-1	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3,86	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5,74	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10,72	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7,38	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
E 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
KR Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-15	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
Summe Einsparung	-50,20	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 und Umwandlung in eine Leerstelle (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 und Umwandlung in eine Leerstelle (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 und Umwandlung in eine Leerstelle (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 und Umwandlung in eine Leerstelle (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A 9 Oberpfleger, Oberschwester	-2	-	Umsetzung nach 10 20 und Umwandlung in eine Leerstelle (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 und Umwandlung in eine Leerstelle (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)

10 24
Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch					
428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E 2	2	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr KR		5	-	-
	Zusammen		11	-	-
	Zugang/Abgang			-11	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Reichenhall)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		27	-	-
	Auszubildende		2	-	-
	Zusammen		29	-	-
	Zugang/Abgang			-29	-
428 22	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		8,30	-	-
	Zusammen		8,30	-	-
	Zugang/Abgang			-8,30	-
Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		13,50	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		45,28	-	-
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		58,78	-	-
	Ferner:				
427 41	Praktikanten		1	-	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Reichenhall)		29	-	-
428 22	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)		8,30	-	-
	Personalsoll B		38,30	-	-
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		97,08	-	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,35	-	Umsetzung nach 10 20 / 428 02
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,70	-	Umsetzung nach 10 20 / 428 02
KR Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,53	-	Umsetzung nach 10 20 / 428 02
Summe Umsetzung	-8,58	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-58,78	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 427 41 (Praktikanten)			
Praktikanten, Praktikantinnen	-1	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen - Reha-Klinik Bad Reichenhall)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-27	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
Auszubildende	-2	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
Titel 428 22 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen - Reha-Klinik Bad Tölz)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5,35	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
Summe Einsparung	-35,35	-	
Umsetzung			
Titel 428 22 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen - Reha-Klinik Bad Tölz)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,95	-	Umsetzung nach 10 20 / 428 22
Summe Umsetzung	-2,95	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-38,30	-	
LEERSTELLEN			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall

10 24
Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 13Ü Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
E 2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
KR Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	Einsparung im Rahmen des Verkaufs der Reha-Klinik Bad Reichenhall
Summe Einsparung	-12	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 (Verkauf der Reha-Klinik Bad Reichenhall)
Summe Umsetzung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-13	-	

10 30
Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Gewerbedirektoren, Leitende Gewerbedirektorinnen	A16	-	9	9
	Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin		-	1	1
	Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen	A15	-	29	29
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		-	7	7
	Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen	A14	-	32	32
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		-	12	12
	<i>Bis zu 2 Planstellen dürfen bei Bedarf mit Ärzten der EGr 15 (ehemals VergGr Ia FGr 4 des Teils I der Anlage 1 a zum BAT) besetzt werden.</i>				
	Gewerberäte, Gewerberätinnen	A13	-	5	5
	Medizinalrat, Medizinalrätin		-	1	1
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	-	8	8
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	-	31	31
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	-	86	86
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	-	89	89
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen (Verwendungsaufstieg)		-	4	4
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	-	25	25
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		-	5	5
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin	A 9	-	1	1
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	-	23	23
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	A 9	-	40	40
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A 8	-	23,50	23,50
	Zusammen		-	431,50	431,50
	Zugang/Abgang			+431,50	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		-	96	96
	- gehobener Dienst		-	249	249
	- mittlerer Dienst		-	86,50	86,50
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Vgl. Abschnitt A der Vorbemerkungen zu Kapitel 03 08 zur gegenseitigen Inanspruchnahme der Stellen innerhalb der Regierungskapitel.</i>				
	Leerstellen				
	Gewerbedirektor, Gewerbedirektorin	A15	-	1	1
	Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin		-	1	1
	Gewerbeoberrat, Gewerbeoberrätin	A14	-	1	1
	Medizinaloberrat, Medizinaloberrätin		-	1	1
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin	A13	-	1	1
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	-	3	3
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	-	2	2
	Technischer Amtsinspektor, Technische Amtsinspektorin	A 9	-	1	1
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A 8	-	2	2
	Zusammen		-	13	13
	Zugang/Abgang			+13	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Gewerbedirektoren, Leitende Gewerbedirektorinnen	+9	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A15 Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen	+29	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+7	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A14 Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen	+32	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	+12	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Gewerberäte, Gewerberätinnen	+6	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Medizinalräte, Medizinalrätinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Technische Oberamtsräte, Technische +AZ Oberamtsrätinnen	+8	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	+31	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	+86	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A11 Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	+88	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen (Verwendungsaufstieg)	+4	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+21	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	+5	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A 9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A 9 Technische Amtsinspektoren, +AZ Technische Amtsinspektorinnen	+23	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A 9 Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	+40	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	+27,50	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+13	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	+450,50	-	

10 30
Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	-	9	8
	Zusammen		-	9	8
	Zugang/Abgang			+9	-1
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 Haushaltsgesetz.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	-	4	4
		A13+AZ - A9	-	1	1
		A9+AZ - A6	-	1	1
	Zusammen		-	6	6
	Zugang/Abgang			+6	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 15	E 15	-	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	-	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	-	13	13
	Zusammen		-	19	19
	Zugang/Abgang			+19	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	-	2	2
	Zusammen		-	2	2
	Zugang/Abgang			+2	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		-	431,50	431,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	19	19
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		-	450,50	450,50
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		-	450,50	450,50
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		-	9	8

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Gewerberäte, Gewerberätinnen	-1	-	Umwandlung nach BesGr A11
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+1	-	Umwandlung von BesGr A13
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+4	-	Umwandlung von BesGr A 8
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	-4	-	Umwandlung nach BesGr A10
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+450,50	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ - A13	+4	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13+AZ - A9	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A9+AZ - A6	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	+6	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+6	-	
LEERSTELLEN			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A14 Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+3	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+2	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A 9 Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	+2	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)

10 30
Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	+15	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+15	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
Summe Einsparung	-	-1	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+9	-	Umsetzung von 12 32 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	+9	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+9	-1	

10 56
Haus des Deutschen Ostens

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	-	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Bibliotheksamtmann, Bibliotheksamtfrau		1	1	1
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Zusammen		5	6	6
	Zugang/Abgang			+1	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		1	1	1
	- gehobener Dienst		3	4	4
	- mittlerer Dienst		1	1	1
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A9+AZ - A6	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12	E 12	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E 8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	3	3	3
	Zusammen		5	4	4
	Zugang/Abgang			-1	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E 8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E 6	1	1	1
	Zusammen		2	2	2
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 12
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A12
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-	

10 56
Haus des Deutschen Ostens

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		5	6	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		5	4	4
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		10	10	10
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3	3	3
	Personalsoll B		3	3	3
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		13	13	13

10 65

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl																		
			2008	2009	2010																
1	2	3	4	5	6																
	<i>Die Stellen des Kap. 10 65 verteilen sich wie folgt:</i>																				
	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Staats- institut für</th> <th>Planstellen</th> <th>Stellen für Arbeitnehmer</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><i>Familienforschung</i></td> <td>3,75</td> <td>7,00</td> <td>10,75</td> </tr> <tr> <td><i>Frühpädagogik</i></td> <td>9,75</td> <td>19,9</td> <td>29,65</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>13,50</td> <td>26,90</td> <td>40,40</td> </tr> </tbody> </table>	Staats- institut für	Planstellen	Stellen für Arbeitnehmer	Summe	<i>Familienforschung</i>	3,75	7,00	10,75	<i>Frühpädagogik</i>	9,75	19,9	29,65	Summe	13,50	26,90	40,40				
Staats- institut für	Planstellen	Stellen für Arbeitnehmer	Summe																		
<i>Familienforschung</i>	3,75	7,00	10,75																		
<i>Frühpädagogik</i>	9,75	19,9	29,65																		
Summe	13,50	26,90	40,40																		
422 01	Planmäßige Beamte																				
	Oberstudiendirektor, Oberstudiendirektorin <i>Leitung des Staatsinstituts für Frühpädagogik</i>	A16	1	1	1																
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	4	4																
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	4	4																
	Institutsrektor, Institutsrektorin		1	1	1																
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	1,50	1,50	1,50																
	Institutsrektor, Institutsrektorin		1	-	-																
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1																
	Bibliotheksoberinspektor, Bibliotheksoberinspektorin	A10	1	1	1																
	Zusammen		13,50	13,50	13,50																
	Gliederung nach Laufbahngruppen																				
	- höherer Dienst		11,50	11,50	11,50																
	- gehobener Dienst		2	2	2																
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 :																				
	Zu Titel 422 01 BesGr A 13 (höherer Dienst) und																				
	zu Titel 428 01 EGr 14 (bis 01.01.2008 ehemalige VergGr IIa):																				
	1 Stelle des Staatsinstituts für Frühpädagogik ist bei Freiberufen umgesetzt nach Kap. 05 30.																				
	Leerstellen																				
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1																
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1																
	Regierungsamtsmann, Regierungsamtsfrau	A11	1	1	1																
	Zusammen		3	3	3																
422 31	Abgeordnete Beamte																				
		A13+AZ - A9	1	1	1																
	Zusammen		1	1	1																

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,10	-	Einsparung zur Finanzierung von Stellenhebungen
Summe Einsparung	-0,10	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 05 30/422 01 BesGr A14+AZ
A13 Institutsrektoren, Institutsrektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 05 30 / 422 01 BesGr A13
Summe Umsetzung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,25	-	kostenneutrale Hebung von EGr 13
E 13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,25	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 14
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,25	-	kostenneutrale Hebung von EGr 12
E 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,25	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 13
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,75	-	kostenneutrale Hebung von EGr 11
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,75	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 12
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,75	-	kostenneutrale Hebung von EGr 10
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,75	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 11
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-0,10	-	

10 65

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 <i>Zu EGr 14 und EGr 13Ü: 2 Stellen ku nach BesGr A 13 (Regierungsrat)</i>	E 14	14	15,25	15,25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü <i>Siehe Vermerk zu EGr 14</i>	E 13Ü	1,50	1,50	1,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E 13	-	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12	E 12	-	0,50	0,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	2,75	2,40	2,40
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	1,50	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	6,25	6,25	6,25
	Zusammen		27	26,90	26,90
	Zugang/Abgang			-0,10	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		13,50	13,50	13,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		27	26,90	26,90
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		40,50	40,40	40,40
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		40,50	40,40	40,40

10 80

Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Gewerbedirektoren, Leitende Gewerbedirektorinnen	A16	-	2	2
	Gewerbedirektor, Gewerbedirektorin	A15	-	1	1
	Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen	A14	-	2	2
	Gewerberat, Gewerberätin	A13	-	1	1
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	-	2	2
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	-	2	2
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	-	2	2
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	-	2	2
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	-	2	2
	Zusammen		-	16	16
	Zugang/Abgang			+16	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		-	6	6
	- gehobener Dienst		-	10	10
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: <i>Die ausgewiesenen Stellen dürfen nur nach den Vorgaben der Haushaltskommission besetzt werden.</i>				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	-	0,50	0,50
	Zusammen		-	0,50	0,50
	Zugang/Abgang			+0,50	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): <i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 Haushaltsgesetz.</i>				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	-	2	2
	Zusammen		-	2	2
	Zugang/Abgang			+2	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01: <i>Die ausgewiesenen Stellen dürfen nur nach den Vorgaben der Haushaltskommission besetzt werden.</i>				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2009	2010	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Gewerbedirektoren, Leitende Gewerbedirektorinnen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A15 Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen	+1	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A14 Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Gewerberäte, Gewerberätinnen	+1	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Technische Oberamtsräte, Technische +AZ Oberamtsrätinnen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A13 Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A11 Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	+18	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+18	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+0,50	-	Umsetzung von 12 50 (Neugliederung der Geschäftsbereiche)
Summe Umsetzung	+0,50	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+0,50	-	

10 80
Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		-	16	16
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	2	2
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		-	18	18
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		-	18	18
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		-	0,50	0,50

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 10				
422 01	Planmäßige Beamte		2.358,04	2.754,88	2.754,88
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		201	190	189
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		343,37	315,56	315,56
428 02	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)		-	1,58	1,58
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		2.902,41	3.262,02	3.261,02
	Ferner:				
427 41	Praktikanten		1	-	-
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	4	4
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		77	48	48
428 22	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Reha-Klinik Bad Tölz)		8,30	2,95	2,95
428 30	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		617,26	595	595
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		707,56	649,95	649,95
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		3.609,97	3.911,97	3.910,97
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		9	18	10

